

PROSPEKT

# FRANKLIN TEMPLETON ALTERNATIVE FUNDS

Société d'investissement à capital variable,  
gegründet im Großherzogtum Luxemburg

Februar 2024



FRANKLIN  
TEMPLETON

# Franklin Templeton Alternative Funds

*Société d'investissement à capital variable*

Eingetragener Sitz: 8A, rue Albert Borschette, L-1246 Luxemburg

Großherzogtum Luxemburg

R.C.S. Luxembourg: B236840

## ANGEBOT

gesonderter Anteilsklassen ohne Nennwert von Franklin Templeton Investment Funds (die „Gesellschaft“), die jeweils einem der folgenden Teilfonds (die „Fonds“) der Gesellschaft zuzuordnen sind, zum veröffentlichten Ausgabepreis für die Anteile des betreffenden Fonds:

1. Franklin K2 Ellington Structured Credit Ucits Fund<sup>1</sup>
2. Franklin K2 Bardin Hill Arbitrage Ucits Fund
3. Franklin K2 Wellington Technology Long Short Ucits Fund
4. Franklin K2 Electron Global Ucits Fund
5. Franklin K2 Dynamic Market Neutral Ucits Fund
6. Franklin K2 Athena Risk Premia Ucits Fund<sup>2</sup>
7. Franklin K2 Cat Bond Ucits Fund
8. Franklin K2 ActusRay European Alpha Ucits Fund<sup>3</sup>
9. Franklin K2 Cfm Systematic Global Macro Ucits Fund

---

<sup>1</sup> Umbenennung in Franklin K2 Ellington Mortgage Income UCITS Fund ab dem 1. April 2024.

<sup>2</sup> Umbenennung in Franklin K2 Athena Uncorrelated Strategies UCITS Fund ab dem 1. April 2024.

<sup>3</sup> Umbenennung in Franklin K2 ActusRayPartners European Alpha UCITS Fund ab dem 1. April 2024.

# Franklin Templeton Alternative Funds – Wichtige Informationen

Falls Sie Fragen zum Inhalt des vorliegenden Prospekts (der „**Prospekt**“) haben, sollten Sie sich an Ihre Bank, Ihren Wertpapierhändler, Anwalt, Steuerberater oder einen anderen Finanzberater wenden. Niemand ist ermächtigt, Informationen zu liefern, die nicht in diesem Prospekt oder in einem der hierin erwähnten Dokumente enthalten sind.

## Die Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde in Luxemburg nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg als *société anonyme* (Aktiengesellschaft) gegründet und als *société d'investissement à capital variable* („SICAV“, Investmentfonds mit variablem Kapital) zugelassen.

Die Gesellschaft ist im amtlichen Register für Organismen für gemeinsame Anlagen in übertragbaren Wertpapieren gemäß Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in der jeweils geltenden Fassung (das „Gesetz vom 17. Dezember 2010“) eingetragen. Die Gesellschaft erfüllt die Voraussetzungen eines Organismus für gemeinsame Anlagen in übertragbaren Wertpapieren („OGAW“) gemäß der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 in der jeweils geltenden Fassung.

Die Gesellschaft hat Franklin Templeton International Services S.à r.l., *société à responsabilité limitée* mit eingetragenem Sitz in 8A, rue Albert Borschette, L-1246 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, zur Verwaltungsgesellschaft (die „Verwaltungsgesellschaft“) bestellt, die mit der Erbringung von Anlageverwaltungs-, Verwaltungs- und Vermarktungsleistungen für die Gesellschaft betraut ist und diese Leistungen ganz oder teilweise an Dritte delegieren kann.

Die Gesellschaft hat oder wird die Zulassung erhalten, ihre Anteile in einer Reihe europäischer Staaten (neben dem Großherzogtum Luxemburg) zu vermarkten: Die Registrierung der Anteile der Gesellschaft in diesen Ländern verpflichtet jedoch keine Behörde zu einer zustimmenden oder ablehnenden Äußerung über den Wahrheitsgehalt oder die Angemessenheit dieses Prospekts oder des von der Gesellschaft gehaltenen Wertpapierbestandes. Gegenteilige Behauptungen sind weder genehmigt noch rechtmäßig.

Einrichtungen für Anleger gemäß Artikel 92(1) b) bis e) der Richtlinie 2009/65/EG (geändert durch die Richtlinie (EU) 2019/1160) stehen unter <https://www.eifs.lu/franklintempleton> für einige Länder des EWR zur Verfügung.

Die Verbreitung dieses Prospekts und das Angebot von Anteilen können in bestimmten anderen Gerichtsbarkeiten Einschränkungen unterliegen. Es obliegt demjenigen, der einen Antrag auf Erwerb von Anteilen nach Maßgabe des vorliegenden Prospekts stellen will, sich über alle einschlägigen Gesetze und Bestimmungen der jeweiligen Gerichtsbarkeit zu informieren und dementsprechend zu verfahren. Die Anleger werden auch auf den Festbetrag aufmerksam gemacht, der von Vertriebsgesellschaften, lokalen Zahlstellen und Korrespondenzbanken in bestimmten

Gerichtsbarkeiten wie Italien auf die Transaktionen erhoben werden kann. Interessierte Anleger sollten sich über die gesetzlichen Vorschriften bezüglich solcher Zeichnungsanträge und die steuerlichen Bestimmungen in ihrem Heimatstaat, Wohn- oder Aufenthaltsort informieren.

Die Gesellschaft kann die Registrierung der Anteile in verschiedenen anderen Gerichtsbarkeiten weltweit beantragen.

Die Gesellschaft hat keinerlei Verbindlichkeiten, Kredite, Darlehen oder Schulden in Form von dinglich gesicherten Verpflichtungen, Kaufdarlehen, Bürgschaften oder sonstige wesentliche Eventualverbindlichkeiten.

Die Gesellschaft ist in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht gemäß dem Investment Company Act von 1940 registriert. Die Anteile der Gesellschaft sind in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht gemäß dem Securities Act von 1933 registriert. Die hier angebotenen Anteile dürfen weder unmittelbar noch mittelbar in den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Territorien, Besitzungen oder sonstigen, amerikanischem Recht unterstehenden Gebieten, an Gebietsansässige derselben verkauft werden, es sei denn, es besteht nach US-Recht, einschlägigen Gesetzen, Regeln oder Rechtsauslegungen eine Befreiung von den Registrierungsvorschriften. US-Personen sind nicht berechtigt, in die Gesellschaft zu investieren. Potenzielle Anleger müssen eine Erklärung abgeben, dass sie keine US-Person sind und keinen Antrag auf Erwerb von Anteilen im Namen einer US-Person stellen. Wenn ein potenzieller Anleger im Antragsformular für eine Investition in die Gesellschaft eine Adresse außerhalb der USA angibt, gilt dies, sofern der Gesellschaft keine gegenteilige schriftliche Mitteilung vorliegt, als eine Zusicherung und Garantie des betreffenden Anlegers, dass er keine US-Person ist und dass besagter Anleger weiterhin solange keine US-Person sein wird, bis die Gesellschaft anderweitig über eine Veränderung des Status des Anlegers in Bezug auf eine US-Person informiert wird.

Als „US-Person“ gilt jede Person, die eine US-Person im Sinne von Regulation S des United States Securities Act von 1933 oder gemäß der entsprechenden Definition durch die US Commodity Futures Trading Commission (US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel) ist, wobei sich die Definition dieses Begriffs durch Gesetze, Verfügungen, Bestimmungen oder Auslegungen von Justiz- und Verwaltungsbehörden von Zeit zu Zeit ändern kann.

Der Fonds ist weder in einer Provinz noch in einem Territorium Kanadas registriert, und die Anteile der Gesellschaft erfüllen gemäß den einschlägigen Wertpapiergesetzen nicht die Kriterien für den Verkauf in irgendeinem kanadischen Hoheitsgebiet. Die hier angebotenen Anteile dürfen weder unmittelbar noch mittelbar in einer Provinz oder einem Territorium Kanadas oder an eine bzw. zugunsten einer dort ansässigen Person verkauft werden, es sei denn, diese in Kanada ansässige Person ist und bleibt während der gesamten Dauer ihrer Anlage ein „zulässiger Kunde“ gemäß der Definition des kanadischen Wertpapierrechts. Potenzielle

Anleger müssen eventuell eine Erklärung abgeben, dass sie nicht in Kanada ansässig sind und keinen Antrag auf Erwerb von Anteilen im Namen von in Kanada ansässigen Personen stellen. Wenn ein Anleger nach dem Kauf von Anteilen an der Gesellschaft in Kanada ansässig wird, darf der Anleger keine weiteren Anteile an der Gesellschaft kaufen.

Dieser Prospekt bezieht sich auf Fonds, die keiner Form von Regulierung oder Genehmigung durch die Dubai Financial Services Authority („DFSA“) unterliegen und richtet sich nicht an Privatkunden gemäß Definition der DFSA (außer bei einem öffentlichen Vertrieb von Fonds durch Intermediäre gemäß den geltenden Gesetzen). Die DFSA ist nicht dafür verantwortlich, diesen Prospekt oder andere Dokumente in Verbindung mit den Fonds zu prüfen. Dementsprechend hat die DFSA weder diesen Prospekt oder andere zugehörige Dokumente genehmigt noch Schritte unternommen, um die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen zu prüfen. Sie übernimmt auch keine Verantwortung dafür. Das Angebot der Anteile kann Beschränkungen für deren Weiterverkauf unterliegen. Potenzielle Käufer sollten ihre eigene Due-Diligence-Prüfung der Anteile vornehmen und sich an autorisierte Finanzberater wenden, falls sie Fragen zum Inhalt dieses Prospekts haben.

Die im vorliegenden Prospekt enthaltenen Angaben beruhen auf den heutigen Gesetzen und Gepflogenheiten des Großherzogtums Luxemburg und gelten vorbehaltlich etwaiger Änderungen dieser Gesetze und Gepflogenheiten.

Dieser Prospekt stellt weder ein Angebot an noch eine Aufforderung durch irgendeine Person in einer Gerichtsbarkeit dar, in der die Unterbreitung solcher Angebote oder Aufforderungen ungesetzlich ist oder in der der Anbietende oder Auffordernde über keine entsprechende Zulassung verfügt.

Der Preis der Anteile an der Gesellschaft und der Ertrag aus ihnen können sowohl steigen als auch fallen; die Anleger erhalten den investierten Kapitalbetrag unter Umständen nicht vollständig zurück. Insbesondere werden die Anleger darauf hingewiesen, dass die Anlagen der Gesellschaft, wie im Folgenden definiert, bestimmte Risiken mit sich bringen können, wie im Abschnitt „Risikoabwägungen“ genauer beschrieben wird.

Der letzte geprüfte Jahres- und ungeprüfte Halbjahresbericht der Gesellschaft sind als integraler Bestandteil dieses Prospekts anzusehen und auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft kostenlos erhältlich.

Anleger, die weitere Informationen zur Gesellschaft (einschließlich der Beschwerdeverfahren, der Strategie für die Ausübung der Stimmrechte der Gesellschaft, der Politik der Platzierung von Handelsaufträgen der Gesellschaft mit anderen Unternehmen, der Best-Execution-Politik sowie der Vereinbarungen über Gebühren, Provisionen oder nichtmonetäre Leistungen bezüglich der Anlageverwaltung und der Verwaltung der Gesellschaft) wünschen oder die eine Beschwerde in Bezug auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft vorbringen möchten, haben sich an die Kundenbetreuung der Verwaltungsgesellschaft, 8A, rue Albert Borschette, L-1246 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, oder an ihr örtliches Servicebüro zu wenden.

Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft möchten die Anleger darauf hinweisen, dass Anteilseigner nur dann ihre Anteilsinhaberrechte, insbesondere das Recht zur Teilnahme an der Hauptversammlung der Anteilsinhaber, vollständig gegenüber der Gesellschaft geltend machen können, wenn diese selbst und mit eigenem Namen im Register der Anteilsinhaber der Gesellschaft eingetragen sind.

Wenn die Anlage eines Anlegers in die Gesellschaft über einen Vermittler erfolgt, der in seinem Namen jedoch für den Anleger in die Gesellschaft investiert, kann der Anleger bestimmte Anteilsinhaberrechte eventuell nicht immer unmittelbar gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Anlegern wird empfohlen, sich hinsichtlich ihrer Rechte beraten zu lassen. Die als Hauptvertriebsstelle der Gesellschaft agierende Verwaltungsgesellschaft (die „Hauptvertriebsstelle“) organisiert und beaufsichtigt außerdem das Marketing und den Vertrieb der Anteile. Die Hauptvertriebsgesellschaft kann Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker und/oder professionelle Anleger beauftragen (die verbundene Unternehmen von Franklin Templeton sein und einen Teil der jährlichen Verwaltungsgebühr erhalten können).

Darüber hinaus hat die Verwaltungsgesellschaft beschlossen, dass die Aufgaben der Organisation und Beaufsichtigung des Marketings und Vertriebs der Anteile oder der Vertrieb der Anteile selbst, die derzeit weltweit der Hauptvertriebsgesellschaft obliegen, anderen Rechtsträgern (die verbundene Unternehmen von Franklin Templeton sein können), die von der Verwaltungsgesellschaft jeweils direkt ernannt werden, übertragen werden können, wenn dies gemäß den anwendbaren gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und/oder steuerlichen Bestimmungen, die für bestimmte Länder gelten, in denen die Anteile der Gesellschaft jetzt oder in Zukunft angeboten werden, erforderlich ist.

Vorbehaltlich der Bestimmungen der mit der Verwaltungsgesellschaft abgeschlossenen Verträge können diese anderen Parteien wiederum Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker und/oder professionelle Anleger (die verbundene Unternehmen von Franklin Templeton sein können) beauftragen. Unbeschadet der vorherigen Festlegungen überwacht die Verwaltungsgesellschaft auch die Ernennung und die Aktivitäten von Untervertriebsgesellschaften, Vermittlern, Brokern und/oder professionellen Anlegern als Teil ihrer Aktivitäten als Hauptvertriebsgesellschaft.

Vertriebsgesellschaften, Untervertriebsgesellschaften, Vermittler und Broker/Händler, die mit dem Marketing und Vertrieb der Anteile befasst sind, müssen alle Bestimmungen dieses Prospekts gegebenenfalls einschließlich aller verbindlichen Vorschriften des luxemburgischen Rechts in Bezug auf den Vertrieb der Anteile einhalten und durchsetzen. Darüber hinaus sind sie zur Einhaltung der Bestimmungen jeglicher Gesetze und Verordnungen verpflichtet, die für sie in den Ländern gelten, in welchen ihre Aktivitäten stattfinden, insbesondere einschließlich jeglicher relevanter Anforderungen zur Identifizierung und zur Kenntnis ihrer Kunden. Sie dürfen keine Handlungen vornehmen, die der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft schaden oder diese belasten würden, insbesondere, indem

sie die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft verpflichten würden, aufsichtsrechtliche, steuerliche oder Finanzberichtsinformationen zu veröffentlichen, die sie sonst nicht veröffentlichen müssten. Sie dürfen sich nicht als Vertreter der Gesellschaft ausgeben.

Um alle Zweifel auszuräumen, wird hiermit ausdrücklich festgehalten, dass die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft Anlegern, die über solche anderen Parteien (oder über von solchen anderen Parteien ernannte Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger) Anteile erwerben oder eine Investition tätigen, keine zusätzlichen Gebühren und Kosten in Rechnung stellt.

Wann immer zutreffend, sind alle Verweise in diesem Prospekt auf die Hauptvertriebsgesellschaft auch als Verweise auf derartige andere von der Verwaltungsgesellschaft ernannte Parteien zu verstehen.

Die Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaft, deren Namen im Abschnitt „Informationen zur Fondsverwaltung“ angeführt sind, übernehmen die Verantwortung für die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben. Nach bestem Wissen und Gewissen des Verwaltungsrats (der alle angemessene Sorgfalt darauf verwendet hat, dies sicherzustellen) entsprechen die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben den Tatsachen, und es fehlen keine Hinweise, die sich auf die Bedeutung dieser Angaben auswirken könnten. Der Verwaltungsrat übernimmt die entsprechende Verantwortung.

#### **Befugnisse des Verwaltungsrats**

Der Verwaltungsrat ist für die Geschäftsleitung und Verwaltung der Gesellschaft zuständig und hat die tägliche Führung und Verwaltung im Einklang mit der Satzung und dem Verwaltungsgesellschaftsdienstleistungsvertrag der Verwaltungsgesellschaft übertragen.

Der Verwaltungsrat trägt die Verantwortung für die allgemeine Anlagepolitik, die allgemeinen Anlageziele und die allgemeine Anlageverwaltung der Gesellschaft und deren Fonds. Der Verwaltungsrat ist berechtigt, zukünftig die Auflegung weiterer Fonds zu genehmigen, die andere Anlageziele verfolgen; in diesem Fall wird dieser Prospekt geändert.

Der Verwaltungsrat kann im Hinblick auf jeden Fonds beschließen, eine bereits bestehende Anteilsklasse, wozu auch auf alternative Währungen lautende Anteilsklassen, abgesicherte Anteilsklassen und Anteilsklassen mit abweichender Dividendenpolitik zählen, anzubieten oder auszugeben, deren Bedingungen im Abschnitt „Anteilsklassen“ detaillierter beschrieben sind. Über die Ausgabe solcher Anteile werden die Anleger bei Veröffentlichung des Nettoinventarwerts je Anteil einer solchen Anteilsklasse informiert. Siehe hierzu auch die Ausführungen im Abschnitt „Bekanntgabe der Anteilspreise“.

Wenn der Gesamtwert der Anteile eines Fonds zu irgendeinem Zeitpunkt unter 100 Millionen USD oder deren Gegenwert in der Währung des betreffenden Fonds fällt oder wenn sich die den Fonds betreffende wirtschaftliche oder politische Situation in einer Weise ändert, die eine Liquidation rechtfertigt oder wenn dies im Interesse der Anteilhaber des betreffenden

Fonds ist, kann der Verwaltungsrat die Rücknahme aller im Umlauf befindlichen Anteile des betreffenden Fonds beschließen. Die eingetragenen Anteilseigner werden über eine derartige Rücknahme postalisch informiert. Der Preis, zu dem Anteile zurückgenommen werden, basiert auf dem Nettoinventarwert je Anteil, der nach Veräußerung aller Vermögenswerte des Fonds ermittelt wird. Weitere Einzelheiten hierzu finden sich in Anhang D.

Der Verwaltungsrat behält sich das Recht vor, jederzeit und ohne Vorankündigung die Ausgabe oder den Verkauf von Anteilen gemäß diesem Prospekt auszusetzen.

Eine detailliertere Beschreibung der in den verschiedenen Fonds, Klassen und Währungen angebotenen oder ausgegebenen Anteile findet sich im Abschnitt „Anteilsklassen“.

Die Vermögenswerte der einzelnen Fonds können ausschließlich zur Befriedigung der Rechte von Anteilhabern und Gläubigern verwendet werden, die sich aus der Schaffung, der Geschäftstätigkeit oder der Auflösung des Fonds ergeben. Im Hinblick auf die Beziehung der Anteilhaber zueinander wird jeder Fonds als getrennte Einheit betrachtet.

Die Ermittlung der Anteilspreise der einzelnen Fonds kann während eines Zeitraums, in dem der Handel an einer einschlägigen Börse erheblich eingeschränkt ist, oder wenn sonstige bestimmte Umstände vorliegen, die eine Veräußerung oder Bewertung der Anlagen der Gesellschaft unmöglich machen (siehe Anhang D), ausgesetzt werden. Während eines Aussetzungszeitraums dürfen keine Anteile ausgegeben, zurückgenommen oder umgetauscht werden. Jede Aussetzung wird, soweit angemessen, in den vom Verwaltungsrat und/oder der Verwaltungsgesellschaft von Zeit zu Zeit festgelegten Zeitungen bekannt gegeben.

Die Verbreitung dieses Prospekts kann in manchen Gerichtsbarkeiten eine Übersetzung dieses Prospekts in die von den Aufsichtsbehörden der betreffenden Gerichtsbarkeiten festgelegten Sprachen erforderlich machen. Bei Differenzen zwischen der übersetzten und englischen Fassung dieses Prospekts ist die englische Fassung maßgeblich.

Der Prospekt wird stets auf dem aktuellen Stand gehalten und auf der Internetseite [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) sowie auf der Website der Vertriebsgesellschaften von Franklin Templeton zur Verfügung gestellt. Er ist außerdem auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft kostenlos erhältlich.

# Inhalt

Angebot	2
Begriffsbestimmungen	7
Informationen zur Fondsverwaltung	11
Fondsinformationen, Anlageziele und Anlagepolitik	13
Risikoabwägungen	33
Verwaltungsgesellschaft	55
Anlageverwalter	56
Verwahrstelle	56
Register- und Transferstelle	58
Verwaltungsstelle	58
Bekanntgabe der Anteilspreise	58
Allgemeine Informationen für Anleger	59
Anteilsklassen	65
Kauf von Anteilen	72
Verkauf von Anteilen	74
Umtausch von Anteilen	76
Übertragung von Anteilen	79
Dividendenpolitik	80
Vergütung der Verwaltungsgesellschaft	81
Verwaltungsgebühren	82
Sonstige Gesellschaftsgebühren und -kosten	82
Performancegebühren	83
Benchmark-Verordnung	85
Besteuerung der Gesellschaft	86
Quellensteuer	87
Besteuerung der Anleger	87
FATCA	87
Versammlungen und Berichtswesen	88
Stimmrechte der Anleger	89
Einsehbare Dokumente	89
Anhang A Standardmäßige Handelsschlusszeiten	90
Anhang B Anlagebeschränkungen	92
Anhang C Zusätzliche Informationen	103
Anhang D Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil	105
Anhang E Franklin Templeton Alternative Funds – Aufschläge, Gebühren und Kosten	110
Anhang F Angaben zu den Benchmarks	113
Anhang G Offenlegungen nach SFDR	115
Besondere Hinweise für Anleger in Deutschland und Österreich	123

# Begriffsbestimmungen

„**Alternativer Fonds**“ Vermögen, das alternativen Strategien zugewiesen wird, die sich im Allgemeinen auf Anlagen in nicht traditionellen Anlageklassen oder nicht traditionellen Anlagestrategien, einschließlich Long-Short Equity-, Event-Driven-, Relative-Value- und Global-Macro-Strategien, beziehen

„**Anlageverwalter**“ das/die von der Verwaltungsgesellschaft ernannte(n) Unternehmen, das/die die tägliche Anlage und Wiederanlage der Vermögenswerte der Fonds verwaltet/verwalten

„**Anleger**“ ein Käufer von Anteilen der Gesellschaft entweder direkt oder über eine Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung des betreffenden Käufers von Anteilen der Gesellschaft kauft

„**Anlegerportfolio**“ oder manchmal „**Portfolio**“ ein Portfolio von Anteilen, die auf den Namen des (der) registrierten Anleger(s) lauten

„**Anlegerportfolio-Nummer**“ eine persönliche Nummer, die einem Anlegerportfolio bei Antragsannahme zugewiesen wird

„**Anteil**“ der einer bestimmten Anteilsklasse zugehörige Anteil am Gesellschaftskapital

„**Anteilsinhaber**“ ein Inhaber von Anteilen an der Gesellschaft

„**Anteilsklasse**“ eine Anteilsklasse mit eigener Gebührenstruktur, Basiswährung oder anderen spezifischen Merkmalen

„**Auf eine alternative Währung lautende Anteilsklasse**“ eine Anteilsklasse, die auf eine andere Währung als die Basiswährung des Fonds lautet

„**Ausführungsanzeige**“ siehe den Unterabschnitt „Ausführungsanzeigen“ im Abschnitt „Allgemeine Informationen für Anleger“

„**Ausschüttender Anteil**“ ein Anteil, dessen Anlageertrag üblicherweise ausgeschüttet wird

„**Basisinformationsblatt**“ ein vorvertragliches Dokument im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP). Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass, sofern relevant, Verweise auf das Basisinformationsblatt in diesem Prospekt als Verweise auf die Wesentlichen Anlegerinformationen („KIID“) im Sinne von Artikel 159 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 zu verstehen sind.

„**Bestand**“ die einer bestimmten Anteilsklasse zugehörigen Anteile innerhalb des Anlegerportfolios

„**Bewertungstag**“<sup>4</sup> jeder Tag, an dem die New York Stock Exchange („NYSE“) geöffnet ist oder an dem die Banken in Luxemburg für normale Bankgeschäfte ganztägig geöffnet sind (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist)

„**Broker/Händler**“ ein Finanzvermittler oder -berater

„**Commitment-Ansatz**“ ein Ansatz zur Messung des Risikos oder „Gesamtrisikos“, der das Marktrisiko der in einem OGAW-Teilfonds gehaltenen Anlagen einschließlich des mit gehaltenen Finanzderivaten verbundenen Risikos mit einbezieht, indem die Finanzderivate in entsprechende Positionen der Basiswerte dieser Derivate umgewandelt werden (dies wird manchmal als „theoretisches Risiko“ bezeichnet). Dies geschieht im Anschluss an Saldierungs- und Absicherungsvereinbarungen, bei denen der Marktwert von Basiswertpositionen mit anderen Verpflichtungen in Bezug auf dieselben Basiswerte verrechnet werden kann. Das mithilfe des Commitment-Ansatzes bemessene Gesamtrisiko wird als absoluter Prozentsatz am Gesamtnettvermögen ausgedrückt. Gemäß Luxemburger Recht darf das Gesamtrisiko ausschließlich in Bezug auf Finanzderivate 100 % des Gesamtnettvermögens nicht überschreiten und das allgemeine Gesamtrisiko (einschließlich des mit zugrunde liegenden Anlagen der Teilfonds verbundenen Marktrisikos, das laut Definition bis zu 100 % des Gesamtnettvermögens betragen kann) darf 200 % des Gesamtnettvermögens nicht überschreiten (mit Ausnahme der 10 %, die ein OGAW vorübergehend zu kurzfristigen Liquiditätszwecken leihen darf)

„**CPF Board**“ Central Provident Fund Board, eine in Singapur gemäß dem Central Provident Fund Act eingerichtete Behörde

„**CPF**“ Central Provident Fund

„**CPF-Anleger**“ ein Käufer von Anteilen der Gesellschaft, der seine CPF-Ersparnisse verwendet, vorbehaltlich der im Prospekt für Singapur dargelegten Konditionen und der eventuell gelegentlich vom CPF Board auferlegten Bedingungen

„**CSSF**“ „Commission de Surveillance du Secteur Financier“, die Regulierungs- und Aufsichtsbehörde der Gesellschaft in Luxemburg

„**Datenschutzbeauftragter**“ eine von der Verwaltungsgesellschaft gemäß Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung von Richtlinie 95/46/EG ernannte Person

<sup>4</sup> Mit Wirkung vom 1. April 2024 bezeichnet „Bewertungstag“ für jeden Fonds einen beliebigen Tag, wie in dem betreffenden Unterabschnitt mit den fondsspezifischen Informationen festgelegt. Weitere Informationen zu den geltenden Bewertungstagen für die Fonds sind auf der Website [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) abrufbar.

„**Drittzahlungen**“ Zahlungen, die von einer anderen Partei als dem registrierten Anleger eingehen oder von/an diese(r) geleistet werden

„**ESTR**“ Euro Short-Term Rate

„**EU**“ Europäische Union

„**EUR**“ oder „**Euro**“ die amtliche Währung der Eurozone

„**EWU**“ Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

„**FATCA**“ der Foreign Account Tax Compliance Act

„**FFI**“ ein ausländisches Finanzinstitut gemäß der Definition des FATCA

„**Fonds**“ ein eigenständiger Pool an Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb der Gesellschaft, der sich in erster Linie durch seine spezifische Anlagepolitik und spezifischen Anlageziele auszeichnet und von Zeit zu Zeit neu aufgelegt werden kann

„**Franklin Templeton**“ FRI und ihre weltweiten Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen

„**FRI**“ Franklin Resources Inc., One Franklin Parkway, San Mateo, Kalifornien, eine Holdinggesellschaft für verschiedene Tochtergesellschaften, die gemeinsam als Franklin Templeton bezeichnet werden

„**Gedekte Schuldverschreibungen**“ Gedekte Schuldverschreibungen sind von Kreditinstituten begebene Schuldverschreibungen, die durch einen separaten Vermögenspool (die „Deckungsmasse“ oder das „Deckungsvermögen“) besichert werden, auf den die Inhaber der Schuldverschreibungen als vorrangige Gläubiger unmittelbaren Rückgriff haben. Die Inhaber von Pfandbriefen behalten gleichzeitig das Recht, in Bezug auf eventuelle Restbeträge, die bei der Liquidation der Deckungsmasse nicht vollständig beglichen werden, als einfache Gläubiger gegen den Emittenten oder ein verbundenes Unternehmen des Emittenten vorzugehen, so dass sie einen doppelten Regressanspruch haben

„**Geldmarktinstrumente**“ Instrumente im Sinne von Artikel 2(1) der OGAW-Richtlinie, und auf die in Artikel 3 der Richtlinie der Kommission 2007/16/EG Bezug genommen wird

„**Gesamtrisiko**“ bezieht sich auf ein Maß für das Risiko eines OGAW-Teilfonds, welches das Marktrisiko zugrunde liegender Anlagen sowie das zusätzliche Marktrisiko und die implizite Hebelung in Verbindung mit eventuell im Portfolio gehaltenen Finanzderivaten einbezieht. Gemäß Luxemburger Recht sind OGAW verpflichtet, dieses Risiko unter Verwendung eines „Commitment-Ansatzes“ oder eines „Value-at-Risk-Ansatzes (VaR)“ zu messen – siehe hierfür separate Begriffsbestimmungen

„**Geschäftstag**“ ein Tag, an dem die Banken in der/den maßgeblichen Gerichtsbarkeit(en) normalerweise für den Geschäftsverkehr geöffnet sind

„**Gesellschaft**“ Franklin Templeton Alternative Funds

„**Gesetz vom 17. Dezember 2010**“ das sich auf Organismen für gemeinsame Anlagen beziehende Luxemburger Gesetz vom 17. Dezember 2010 in der jeweils geltenden Fassung

„**Handelsschlusszeit**“ der Zeitpunkt, vor dem eine Transaktionsanweisung eingehen muss, um zum NIW des aktuellen Tages abgewickelt zu werden, wie in Anhang A zu diesem Prospekt näher beschrieben wird

„**Handelstag**“ jeder Bewertungstag, der auch ein Geschäftstag ist, außer beim Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, bei dem der Handelstag der Bewertungstag ist, der auf den zweiten und auf den vierten Freitag (oder den nächsten Geschäftstag) jedes Monats und auf den letzten Geschäftstag des Monats fällt. Informationen zu den in einzelnen Gerichtsbarkeiten geltenden Einschränkungen in Bezug auf Handelstage sind auf Anfrage erhältlich

„**Hauptvertriebsgesellschaft**“ die als Hauptvertriebsstelle der Gesellschaft agierende Verwaltungsgesellschaft

„**Institutioneller Anleger**“ wie in den Richtlinien oder Empfehlungen der zuständigen Luxemburger Finanzaufsichtsbehörde im Sinne von Artikel 174 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 von Zeit zu Zeit definiert. Eine Liste zulässiger institutioneller Anleger befindet sich im Abschnitt „Anteilsklassen“

„**Investmentfonds**“ ein OGAW oder ein anderer OGA, in den die Fonds, unter Einhaltung der in Anhang B festgelegten Anlagebeschränkungen, investieren können

„**ISIN-Code**“ die International Securities Identification Number zur eindeutigen Identifizierung eines Fonds/einer Anteilsklasse

„**Jahreshauptversammlung**“ die jährlich stattfindende Hauptversammlung der Anteilhaber der Gesellschaft

„**Korrespondenzbank**“ eine Bank, die in ihrem eigenen Land die Geschäfte einer anderen Bank abwickelt, die in einem anderen Land ansässig ist

„**Nettoinventarwert je Anteil**“ oder „**NAV**“ der Wert der Anteile der einzelnen Anteilsklassen, der im Einklang mit den in Anhang D unter der Überschrift „Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil“ beschriebenen maßgeblichen Bestimmungen ermittelt wird

„**OECD**“ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„**OGA**“ oder „**sonstiger OGA**“ ein Organismus für gemeinsame Anlagen im Sinne von Artikel 1 Absatz (2) Buchstabe a) und b) der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 in der jeweils geltenden Fassung

„**OGAW**“ ein Organismus für gemeinsame Anlagen in übertragbaren Wertpapieren, der gemäß der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 in der jeweils geltenden Fassung zugelassen ist



„**OGAW-Richtlinie**“ bedeutet Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) in ihrer durch die Richtlinie 2014/91/EU geänderten Fassung

„**Pensionsgeschäfte**“ Termingeschäfte, bei deren Fälligkeit die Gesellschaft (Verkäufer) verpflichtet ist, die verkauften Vermögenswerte zurückzukaufen, und die Gegenpartei (Käufer) verpflichtet ist, die im Rahmen der Transaktion erworbenen Vermögenswerte

„**Register- und Transferstelle**“ Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l, an die die Verwaltungsgesellschaft die Register- und Transferstellendienste in Bezug auf die Gesellschaft delegiert hat

„**Regulierter Markt**“ ein Markt im Sinne von Punkt 21) von Artikel 4 der Richtlinie 2014/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente, oder ein anderer geregelter Markt, dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist und der anerkannt und für das Publikum in einem zulässigen Staat offen ist

„**REIT**“ eine juristische Person, die Immobilien besitzt und, in den meisten Fällen, verwaltet. Dies umfasst unter anderem Wohnimmobilien (Wohnungen), Gewerbeimmobilien (Einkaufszentren, Büros) und Industrieimmobilien (Fabriken, Lagerhäuser). Bestimmte REITs übernehmen auch Transaktionen zur Finanzierung von Immobilien und andere Aktivitäten zur Entwicklung von Immobilien. Die rechtliche Struktur einer REIT, ihre Anlagebeschränkungen und die aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Bestimmungen, der sie unterliegt, können je nach ihrem Firmensitz variieren. Anlagen in REITs sind zulässig, wenn diese die Voraussetzungen für übertragbare Wertpapiere erfüllen. Ein geschlossener REIT, dessen Anteile an einem regulierten Markt notiert sind, wird als ein an einem regulierten Markt notiertes übertragbares Wertpapier eingestuft und erfüllt dementsprechend die Voraussetzung als zulässige Anlage für einen OGAW nach luxemburgischem Recht.

„**Rentenfonds**“ ein Fonds, dessen Vermögen überwiegend oder ausschließlich in Schuldtitel (einschließlich unter anderem Anleihen) investiert ist, die einen festen oder variablen Zinssatz zahlen und die von Unternehmen, Staaten oder Kommunen und/oder von mehreren Staaten unterstützten internationalen Organisationen (wie z. B. der Weltbank) begeben werden können. Rentenfonds können einen globalen Fokus haben oder in eine bestimmte Region oder ein bestimmtes Land investieren und können in von verschiedenen Arten von Emittenten ausgegebene Anleihen investieren oder sich auf eine Art von Anleihen konzentrieren (beispielsweise Staatsanleihen).

„**RMB**“ die offizielle Währung von Festlandchina – dabei handelt es sich je nach Kontext um den Onshore-Renminbi (CNY) und/oder den Offshore-Renminbi (CNH)

„**Satzung**“ die Satzung der Gesellschaft die von Zeit zu Zeit abgeändert wird

„**SFDR**“ (**Sustainable Finance Disclosure Regulation**) Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor

„**SICAV**“ *Société d'Investissement à Capital Variable*

„**SOFR**“ Secured Overnight Financing Rate

„**SONIA**“ Sterling Over Night Index Average

„**Summe der Nennwerte**“ ein Maßstab für den Hebelungsgrad, der unter Verwendung der Summe der Nennwerte aller vom Fonds abgeschlossenen Derivatekontrakte ausgedrückt als Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Fonds berechnet wird. Das Gesamtrisiko der zugrunde liegenden Anlagen (d. h. die 100 % des Gesamtrisikos, die durch tatsächliche Nettovermögenswerte repräsentiert werden) wird nicht in die Berechnung einbezogen, sondern nur das zusätzliche Gesamtrisiko aufgrund der Derivatekontrakte, die bei der Berechnung der Summe der Nennwerte berücksichtigt werden.

„**Taxonomie-Verordnung**“ die Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 in der jeweils aktuellen Fassung

„**Thesaurierender Anteil**“ ein Anteil, bei dem der auf ihn entfallende Ertrag akkumuliert wird und sich in einem entsprechend höheren Anteilswert widerspiegelt

„**Umgekehrte Pensionsgeschäfte**“ Termingeschäfte, bei deren Fälligkeit die Gegenpartei (Verkäufer) verpflichtet ist, den verkauften Vermögenswert zurückzukaufen, und die Gesellschaft (Käufer) verpflichtet ist, die im Rahmen der Transaktion erworbenen Vermögenswerte zurückzugeben.

„**USA**“ oder „**US**“ Vereinigte Staaten von Amerika

„**USD**“ der US-Dollar, der auch die Referenzwährung der Gesellschaft ist

„**Value-at-Risk-Ansatz (VaR)**“ ein Ansatz zur Messung des Risikos oder „Gesamtrisikos“, der auf dem Value-at-Risk oder VaR beruht, der ein Maßstab für den maximalen potenziellen Verlust ist, der sich über einen bestimmten Zeitraum unter normalen Marktbedingungen mit einer bestimmten Sicherheitswahrscheinlichkeit ergeben kann. Das VaR kann in absoluten Zahlen als einem Portfolio zugehöriger Währungsbetrag oder als ein Prozentsatz ausgedrückt werden, wenn der Währungsbetrag nach Gesamtnettvermögen aufgeteilt wird. Der VaR kann außerdem relativ ausgedrückt werden, wobei der VaR eines Fonds (prozentual ausgedrückt) durch den VaR seiner Benchmark (ebenfalls prozentual ausgedrückt) geteilt wird, woraus sich der sog. relative VaR ergibt. Gemäß Luxemburger Recht liegen die absoluten VaR-Grenzen derzeit bei 20 % des Gesamtnettvermögens und die relativen VaR-Grenzen beim Doppelten oder bei 200 % des VaR der Benchmark

„**Vertriebsgesellschaft**“ eine juristische oder natürliche Person, die von der Verwaltungsgesellschaft in ihrer Eigenschaft als Hauptvertriebsgesellschaft beauftragt wurde, die Anteile zu vertreiben bzw. den Vertrieb der Anteile zu arrangieren

„**Verwaltungsstelle**“ J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, der die Verwaltungsgesellschaft einige Verwaltungsstellenleistungen in Verbindung mit der Gesellschaft übertragen hat

„**Verwaltungsgesellschaft**“ Franklin Templeton International Services S.à r.l. oder ggf. die Mitglieder des Vorstands der Verwaltungsgesellschaft

„**Verwaltungsrat**“ der Verwaltungsrat der Gesellschaft

„**Verwaltungsratsmitglieder**“ die Mitglieder des Verwaltungsrats

„**Verwahrstelle**“ J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, eine Bank mit Sitz in Luxemburg, die von der Gesellschaft zur Verwahrstelle der Gesellschaft ernannt wurde

„**Voraussichtliche Hebelung**“ Fonds, die das Gesamtrisiko mit einem Value-at-Risk (VaR)-Ansatz messen, geben ihre voraussichtliche Hebelung an. Die voraussichtliche Hebelung ist keine aufsichtsrechtliche Grenze und sollte nur als Anhaltspunkt herangezogen werden. Die Hebelung des Fonds kann jederzeit höher oder niedriger als diese voraussichtliche Hebelung sein, solange der Fonds mit seinem Risikoprofil und seiner relativen VaR-Grenze konform ist. Im Jahresbericht werden die tatsächliche Hebelung über den vorhergehenden Berichtszeitraum und zusätzliche Erläuterungen zu dieser Zahl dargelegt. Die Hebelung ist ein Maßstab für die gesamte Derivatennutzung und berücksichtigt daher keine sonstigen physischen Vermögenswerte, die unmittelbar im Portfolio der maßgeblichen Fonds gehalten werden. Die voraussichtliche Hebelung wird als die Summe der Nennbeträge gemessen (siehe Definition des Begriffs „Summe der Nennbeträge“)

„**Vornehmlich**“ siehe nachstehende Definition des Begriffs „vorrangig“

„**Vorrangig**“, „**hauptsächlich**“, „**in erster Linie**“, „**vornehmlich**“ oder „**überwiegend**“ Wenn die Anlagepolitik eines Fonds festlegt, dass „vorrangig“, „hauptsächlich“, „in erster Linie“, „vornehmlich“ oder „überwiegend“ in eine bestimmte Art von Wertpapieren oder in ein bestimmtes Land, eine bestimmte Region oder Branche investiert wird, bedeutet dies im Allgemeinen, dass mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens dieses Fonds (ohne Einbeziehung zusätzlicher liquider Mittel) in dieses Wertpapier, dieses Land, diese Region oder Branche investiert werden

„**Wertpapierleihe**“ ein Geschäft, bei dem Wertpapiere vorübergehend von einem Verleiher an einen Entleiher übertragen werden, wobei der Entleiher verpflichtet ist, die Wertpapiere entweder auf Verlangen oder am Ende eines bestimmten Zeitraums zurückzugeben

Diese Methode:

- unterscheidet nicht zwischen Finanzderivaten, die zu Anlage- oder Absicherungszwecken verwendet werden. Daher führen Strategien, die das Risiko reduzieren sollen, zu einer höheren Hebelung des Fonds.
- gestattet keine Saldierung von Derivatepositionen. Daher können Derivate-Rollover und Strategien, die sich auf eine Kombination aus Long- und Short-Positionen stützen, zu einem starken Anstieg der Hebelung führen, selbst wenn sie das Gesamtrisiko des Fonds nicht oder nur mäßig erhöhen.
- berücksichtigt nicht die Volatilität der Basiswerte der Derivate und sie unterscheidet nicht zwischen Vermögenswerten mit kurzen und mit langen Laufzeiten.
- berücksichtigt bei Optionen nicht das Delta, weshalb keine Anpassung für die Wahrscheinlichkeit erfolgt, dass ein Optionskontrakt ausgeübt wird. Daher dürfte ein Fonds, der Optionskontrakte hat, die aus dem Geld sind und wahrscheinlich nicht ausgeübt werden, dieselbe Hebelung haben wie ein Fonds mit vergleichbaren Zahlen für die Summe der Nennwerte, bei dem die Optionskontrakte im Geld sind und wahrscheinlich ausgeübt werden, obwohl die potenzielle Hebelwirkung von Optionen, die aus dem Geld sind, tendenziell steigt, wenn der Preis des Basiswerts sich dem Ausübungspreis nähert, und anschließend nachlässt, wenn der Preis des Basiswerts weiter steigt und der Kontrakt tief ins Geld geht.

„**Zulässiger Staat**“ umfasst alle Mitgliedstaaten der EU und der OECD sowie alle anderen Staaten, die nach Auffassung des Verwaltungsrats geeignet sind

**Sämtliche Zeitangaben in diesem Dokument beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die mitteleuropäische Zeit (MEZ).**

**Worte im Singular schließen, soweit der Kontext dies gestattet, auch den Plural ein und umgekehrt.**

# Informationen zur Fondsverwaltung

## VERWALTUNGSRAT DER GESELLSCHAFT

### VORSITZENDE

#### **Caroline Carroll**

Director  
FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENT MANAGEMENT LIMITED  
Cannon Place  
78 Cannon Street  
London EC4N 6HL  
Vereinigtes Königreich

### VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

#### **A. Craig Blair**

Conducting Officer  
FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

#### **William Jackson**

Nicht geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied  
2 St Clair Terrace  
Edinburgh EH10 5NW  
Vereinigtes Königreich

#### **Hans-J. Wisser**

Unabhängiges Verwaltungsratsmitglied  
Kälberstücksweg 37  
61350 Bad Homburg  
Deutschland

### VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

### VORSTAND DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

#### **A. Craig Blair**

Conducting Officer  
FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

#### **Bérengère Blaszczyk**

Head of Distribution France & Benelux  
FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

#### **Martin Dobbins**

(Unabhängiger Manager)  
Verwaltungsratsmitglied  
SAGE ADVISORY S.À R.L.  
49, rue de Luxembourg  
L-3392 Roedgen  
Großherzogtum Luxemburg

#### **William Jackson**

(Nicht geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied)  
2 St Clair Terrace  
Edinburgh EH10 5NW  
Vereinigtes Königreich

#### **Gwen Shaneyfelt**

Senior Vice President, Global Accounting and Taxation  
FRANKLIN TEMPLETON COMPANIES, LLC  
One Franklin Parkway  
San Mateo, CA 94403-1906  
Vereinigte Staaten von Amerika

#### **Jane Trust**

Senior Vice President  
LEGG MASON & CO., LLC  
100 International Drive  
Baltimore, MD 21202  
Vereinigte Staaten von Amerika

#### **Ed Venner**

Chief Operating Officer, Distribution  
FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENT MANAGEMENT LIMITED  
Cannon Place  
78 Cannon Street  
London EC4N 6HL  
Vereinigtes Königreich

### CONDUCTING OFFICERS DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

#### **A. Craig Blair**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

#### **Olga Frenkel**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

#### **John Hosie**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**Rafal Kwasny**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**Maxime Lina**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**François Lourtie**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**Marc Stoffels**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**ANLAGEVERWALTER**

K2/D&S MANAGEMENT CO., L.L.C.  
300 Atlantic Street, 12th Floor  
Stamford, CT 06901  
Vereinigte Staaten von Amerika

**VERWALTUNGSSTELLE**

J.P. MORGAN SE, NIEDERLASSUNG LUXEMBURG  
European Bank & Business Centre  
6C, route de Trèves  
L-2633 Senningerberg  
Großherzogtum Luxemburg

**REGISTER- UND TRANSFERSTELLE**

VIRTUS PARTNERS FUND SERVICES LUXEMBOURG  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**HAUPTVERTRIEBSGESELLSCHAFT:**

FRANKLIN TEMPLETON INTERNATIONAL SERVICES  
S.À R.L.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**VERWAHRSTELLE**

J.P. MORGAN SE, NIEDERLASSUNG LUXEMBURG  
European Bank & Business Centre  
6C, route de Trèves  
L-2633 Senningerberg  
Großherzogtum Luxemburg

**ABSCHLUSSPRÜFER:**

PRICEWATERHOUSECOOPERS, *Société coopérative*  
2, rue Gerhard Mercator  
L-2182 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**RECHTSBERATER:**

ELVINGER HOSS PRUSSEN, *Société anonyme*  
2, place Winston Churchill  
L-1340 Luxemburg  
Großherzogtum Luxemburg

**ÖRTLICHE ZAHLSTELLEN****in Frankreich:**

CACEIS Bank  
89-91, rue Gabriel Péri  
92120 Montrouge  
Frankreich

**in der Schweiz:**

BNP Paribas, Paris, Niederlassung Zürich  
Selnaustrasse 16  
8002 Zürich  
Schweiz

**KUNDENBETREUUNG****Vereinigtes Königreich:**

FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENT MANAGEMENT  
LIMITED  
Cannon Place  
78 Cannon Street  
London EC4N 6HL  
Vereinigtes Königreich

**REGISTER- UND TRANSFERSTELLE****Kontaktinformationen:**

Tel.: +352 27 94 0990 Fax: +352 46 66 76  
E-Mail: [lucs@franklintempleton.com](mailto:lucs@franklintempleton.com)

# Fondsinformationen, Anlageziele und Anlagepolitik

Die Gesellschaft beabsichtigt, den Anlegern alternative Anlagelösungen anzubieten, die weltweit in eine breite Palette übertragbarer Wertpapiere und anderer geeigneter Vermögenswerte investieren und jeweils unterschiedliche Anlageziele wie z. B. Kapitalzuwachs und Erträge verfolgen. Das allgemeine Ziel der Gesellschaft ist es, Anleger beim Aufbau besserer Portfoliolösungen, die ihren Anlagezielen und Anlageergebnissen gerecht werden, und beim Erreichen besserer risikobereinigter Renditen zu unterstützen.

Wie in Anhang D weiterführend beschrieben, haftet ein Fonds lediglich für seine eigenen Vermögen und Verbindlichkeiten.

Jeder Fonds kann im Rahmen der für die Gesellschaft geltenden Anlagebeschränkungen (wie in Anhang B ausführlicher dargelegt) in Wertpapiere investieren, die „per Erscheinen“ gehandelt werden, Wertpapiere aus seinem Portfolio verleihen und Kredite aufnehmen.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft, vorbehaltlich der in den Anlagebeschränkungen dargelegten Grenzen, in Bezug auf jeden Fonds dazu berechtigt, in Finanzderivate für den Zweck eines effizienten Portfoliomanagements und/oder einer Absicherung gegenüber Markt- oder Währungsrisiken zu investieren.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft zum Schutz und zur Erhöhung des Vermögenswerts ihrer einzelnen Fonds Absicherungstechniken wie beispielsweise Währungsoptionen, Terminkontrakte und Futures einsetzen, soweit dies im Einklang mit den Anlagezielen der Fonds steht.

Wenn die Anlagepolitik eines Fonds festlegt, dass „vorrangig“, „hauptsächlich“, „in erster Linie“, „vornehmlich“ oder „überwiegend“ in eine bestimmte Art von Wertpapieren oder in ein bestimmtes Land, eine bestimmte Region oder Branche investiert wird, bedeutet dies im Allgemeinen, dass mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens dieses Fonds (ohne Einbeziehung zusätzlicher liquider Mittel) in dieses Wertpapier, dieses Land, diese Region oder Branche investiert werden.

Jeder Fonds kann für die Zwecke des Liquiditätsmanagements ergänzend, das heißt bis zu 20 % seines Nettovermögens, liquide Mittel halten (d. h. Sichteinlagen bei Banken, z. B. Barguthaben auf Kontokorrentkonten, das jederzeit abgerufen werden kann). Vorübergehend, und sofern dies durch außergewöhnlich ungünstige Marktbedingungen gerechtfertigt ist, kann jeder Fonds ergänzend liquide Vermögenswerte bis zu 100 % seines Nettovermögens halten, um Maßnahmen zur Begrenzung von Risiken im Zusammenhang mit solchen außergewöhnlichen Marktbedingungen im besten Interesse seiner Anteilsinhaber zu ergreifen.

Um seine Anlageziele zu erreichen, und für die Zwecke des Liquiditätsmanagements, kann jeder Fonds auch in Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente oder Geldmarktfonds investieren, sofern die geltenden Anlagebeschränkungen beachtet werden. Für defensive Zwecke kann der Fonds vorübergehend bis zu 100 % seines Nettovermögens in solchen Instrumenten anlegen.

Dort wo der Fonds Total Return Swaps einsetzt, besteht der Basiswert aus Instrumenten, in die der Fonds gemäß seinem Anlageziel und seiner Anlagepolitik investieren kann. Total Return Swaps können insbesondere dazu verwendet werden, um ein Short- und Long-Engagement bei Aktien und aktienbezogenen Wertpapieren, fest und variabel verzinslichen Wertpapieren und Rohstoffindizes zu erzielen.

Die nachfolgend beschriebenen Anlageziele und die Anlagepolitik sind für die Verwaltungsgesellschaft und den/die Anlageverwalter der Fonds verbindlich.

## Nachhaltige Anlagen

Die Verwaltungsgesellschaft hat Richtlinien für die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in ihren Anlageentscheidungsprozess festgelegt. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Anlageverwalter beziehen Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen in ihr Research, ihre Analysen und Anlageentscheidungsprozesse ein.

Nachhaltigkeitsrisiken, wie im Abschnitt „Risikoabwägungen“ weiter ausgeführt, beschreiben Ereignisse oder Umstände im Zusammenhang mit Umwelt, sozialer Verantwortung oder Governance, die – wenn sie eintreten – wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Wert einer Anlage im Fonds haben könnten oder tatsächlich haben. Nachhaltigkeitsrisiken können entweder eigenständige Risiken darstellen oder sich auf andere Risiken auswirken und erheblich zu Risiken wie Marktrisiken, operativen Risiken, Liquiditätsrisiken oder Kontrahentenrisiken beitragen.

Nachhaltigkeitsrisiken sind wichtige Elemente, die es zu berücksichtigen gilt, um die langfristigen risikobereinigten Renditen für die Anleger zu erhöhen und die spezifischen strategiebezogenen Risiken und Chancen des Fonds zu bestimmen. Alle Fonds der Gesellschaft beziehen das Nachhaltigkeitsrisiko in ihren Anlageentscheidungsprozess ein. Die Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsrisikos hängt von der Strategie, dem Vermögen und/oder der Portfoliozusammensetzung des Fonds ab. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die jeweiligen Anlageverwalter greifen auf spezifische Methoden und Datenbanken zurück, in die ESG-Daten (Umwelt, soziale Verantwortung, Governance) von externen Researchunternehmen sowie eigene Researchergebnisse einbezogen werden. Die Beurteilung von Nachhaltigkeitsrisiken ist komplex und basiert möglicherweise auf ESG-Daten, die nur schwer zu beschaffen sind und unvollständig, nur geschätzt, veraltet oder anderweitig wesentlich falsch sein können. Es kann nicht garantiert werden, dass diese Daten korrekt bewertet werden.

Manifestiert sich ein Nachhaltigkeitsrisiko oder manifestiert es sich auf eine Art und Weise, wie sie von der Verwaltungsgesellschaft und/oder nach den Modellen des jeweiligen Anlageverwalters nicht erwartet wurde, kann dies plötzliche und wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert einer Anlage und somit auf den Nettoinventarwert des Fonds haben. Außer wenn das Nachhaltigkeitsrisiko für einen bestimmten Fonds nicht für relevant für erachtet

wird (nähere Informationen hierzu sind in dem Abschnitt zu dem betreffenden Fonds zu entnehmen), können diese negativen Auswirkungen zum Verlust des gesamten Werts der jeweiligen Anlagen führen und entsprechende negative Auswirkungen auf den Nettoinventarwert des Fonds haben.

Die Taxonomie-Verordnung beschränkt sich in ihrer Anwendung zunächst auf zwei der sechs Umweltziele – Begrenzung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel, wie in der Taxonomie-Verordnung definiert.

Sofern unten in einem Unterabschnitt mit den fondsspezifischen Informationen nicht anders angegeben, sind in den Anlagen, die einem Fonds zugrunde liegen, nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten, einschließlich ermöglichender Tätigkeiten oder Übergangstätigkeiten, im Sinne der Taxonomie-Verordnung berücksichtigt.

Weiterführende Informationen über die Umsetzung der SFDR und die ESG-Methodik der einzelnen Fonds, die Artikel 8 oder Artikel 9 der SFDR unterliegen, finden Sie unter „SFDR Disclosure“ für den betreffenden Fonds auf der Website [www.franklintempleton.lu/our-funds/investment-topics-in-focus/sustainable-finance-disclosure-regulations](http://www.franklintempleton.lu/our-funds/investment-topics-in-focus/sustainable-finance-disclosure-regulations).

Sofern für einen bestimmten Fonds in Anhang G nicht anders angegeben, integriert die Verwaltungsgesellschaft bei jedem Fonds, der Artikel 8 oder Artikel 9 der SFDR unterliegt, die relevanten wichtigsten nachteiligen Auswirkungen („PAIs“) auf ESG-Faktoren in den Anlageentscheidungsprozess des Fonds. Es wird darauf hingewiesen, dass PAIs nicht auf alle Fonds angewendet werden, da mit der Erhebung und Überprüfung der PAI-Daten erhebliche Kosten verbunden sind, die sich indirekt auf den Endanleger und die Portfoliounternehmen, die diese Daten bereitstellen müssen, auswirken. Die Verwaltungsgesellschaft betrachtet diese Kosten nicht für gerechtfertigt und im besten Interesse der Anleger. Weiterführende Informationen über die Berücksichtigung von PAIs finden Sie im Dokument „SFDR entity level statement on i) integration of sustainability risks and ii) non-consideration of PAIs“ auf der Website <https://www.franklintempleton.lu/about-us/sustainable-investing>.

## FRANKLIN K2 ELLINGTON STRUCTURED CREDIT UCITS FUND<sup>5</sup>

**Anlageklasse<sup>6</sup>** Alternativer Fonds

**Basiswährung** USD

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

<sup>5</sup> Umbenennung in Franklin K2 Ellington Mortgage Income UCITS Fund ab dem 1. April 2024. Alle Verweise auf den „Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund“ im gesamten Prospekt entsprechen ab dem 1. April 2024 dem „Franklin K2 Ellington Mortgage Income UCITS Fund“.

<sup>6</sup> Ab dem 1. April 2024 ändert sich die Art der Anlageklasse des Fonds von „Alternativer Fonds“ in „Anleihenfonds“.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds ist es, über einen kompletten Marktzyklus mittels einer Kombination aus aktuellem Ertrag, Kapitalerhalt und Kapitalzuwachs eine Gesamtrendite zu erreichen.

**Anlagepolitik** Der Fonds verfolgt sein Anlageziel, indem er hauptsächlich in ein diversifiziertes Portfolio aus kreditbezogenen übertragbaren Wertpapieren und Finanzderivaten mittels Zuweisung seiner Nettovermögen auf strukturierte Kreditstrategien investiert.<sup>7</sup>

Strukturierte Kreditstrategien sind darauf ausgelegt, vom Handel mit strukturierten Schuldtiteln und anderen damit verbundenen Wertpapieren zu profitieren.<sup>7</sup> Zu den Anlagen gehören Hypothekarkredite für Wohnimmobilien, gewerbliche Hypothekarkredite, REITs, Collateralized Loan Obligations, nicht traditionelle forderungsbesicherte Wertpapiere und zinsensible Wertpapiere. Der Anlageverwalter versucht, Ineffizienzen bei der Bewertung von bestimmten Wertpapieren sowohl auf Primär- als auch Sekundärmärkten auszunutzen, und kann Fehlbewertungen sowohl mittels Fundamentaldatenanalyse als auch mittels technischer Analyse erkennen. Der Fonds nutzt für viele seiner Zielsektoren Modelle und Handelssysteme, um Investitionen zu erleichtern. Diese Modelle und Handelssysteme ermöglichen zusammen mit anderen eigenen und fremden Analysetools die Bewertung vieler Anlagechancen basierend auf Fundamentalprognosen der Wertentwicklung sowie auf Grundlage der vergangenen Wertentwicklung von Sicherheiten in Form von strukturierten Produkten und Relative-Value-Investments.

Der Fonds zielt darauf ab, in eine breite Palette kreditbezogener übertragbarer Wertpapiere jeglicher Bonitätsratings, Finanzderivate und sonstiger zulässiger Wertpapiere ohne zuvor festgelegte Vermögensaufteilung zu investieren, deren Vermögensaufteilung sich im Zeitverlauf auf Grundlage der Marktbedingungen und der strategischen und taktischen Ansichten des Anlageverwalters hinsichtlich der Vermögensaufteilung ändern können. Beispielsweise kann der Anlageverwalter die vorgenannten Analysetools verwenden, um die prognostizierte Rendite verschiedener potenzieller Anlagen in einem breiten Spektrum von Szenarien zu berechnen und dann die Anlagen mit der höchsten szenariogewichteten Rendite auswählen. Der Fonds investiert demnach in erheblichem Umfang in Legacy Securities. Auch wenn es nicht das Hauptziel des Anlageverwalters ist, kann der Fonds uneingeschränkt in Wertpapiere ohne Anlagequalität, mit niedriger Bewertung und/oder ohne Bewertung investieren. Der Fonds kann ferner bis zu 10 % seines Nettovermögens in ausfallgefährdete Wertpapiere anlegen. Für die Zwecke dieser Anlagepolitik sind ausfallgefährdete Wertpapiere so auszulegen, dass sie (i) notleidende Schuldtitel und (ii) Wertpapiere von Unternehmen, die nach Auffassung des Anlageverwalters

<sup>7</sup> Mit Wirkung zum 1. April 2024 werden diese Sätze wie folgt geändert: „Der Fonds verfolgt sein Anlageziel, indem er hauptsächlich in ein diversifiziertes Portfolio aus kreditbezogenen übertragbaren Wertpapieren und Finanzderivaten mittels Zuweisung seiner Nettovermögen über verschiedene hypothekenbezogene und forderungsbesicherte Anlagestrategien investiert.“

„Diese Strategien sind darauf ausgelegt, vom Handel mit hypothekenbezogenen, forderungsbesicherten Wertpapieren und anderen damit verbundenen Anlagen zu profitieren.“

(gemäß den vorgenannten Modellen und Handelssystemen, wie sie unter normalen Marktbedingungen zum Einsatz kommen) Gegenstand von Sanierungen, finanziellen Umstrukturierungen, Konkurs oder Liquidation sind oder kurz vor einem solchen Ereignis stehen, einschließen.

Das Anlageportfolio des Fonds kann daher unter anderem forderungsbesicherte Wertpapiere, hypothekarisch besicherte Wertpapiere und strukturierte Produkte, wie beispielsweise mit durch Hypotheken auf Gewerbe- oder Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (einschließlich Subprime-MBS und laufender verlusttragender Tranchen von Collateralised Mortgage Obligations und hypothekarisch besicherter Wertpapiere), Collateralized Mortgage Obligations und Collateralized Debt bzw. Loan Obligations (vorwiegend erstrangige und Mezzanine-Tranchen), US-Staatsanleihen und Agency-Wertpapiere, staatliche oder supranationale Schuldtitel, Unternehmensanleihen, variabel und fest verzinsliche Wertpapiere und Finanzderivate mit ähnlichen wirtschaftlichen Merkmalen enthalten.<sup>8</sup>

Der Fonds setzt Finanzderivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken ein. Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktienwerte, Aktienindizes, Rentenwerte, Zinsfutures und Währungsfutures sowie Optionen darauf; (ii) Swaps einschließlich Währungs-, Index-, Zins-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien und/oder Renten sowie Credit Default Swaps und Optionen darauf; (iii) Optionen einschließlich Call-Optionen und Put-Optionen auf Indizes, einzelne Wertpapiere oder Währungen und (iv) Devisenterminkontrakte handeln. Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben. Wenn der Fonds Total Return Swaps einsetzt, besteht der Basiswert aus Instrumenten, in die der Fonds gemäß seinem Anlageziel und seiner Anlagepolitik investieren kann. Total Return Swaps können insbesondere dazu verwendet werden, um ein Short- und Long-Engagement bei Aktien und aktienbezogenen Wertpapieren, fest und variabel verzinslichen Wertpapieren und Rohstoffindizes zu erzielen.

Der Fonds kann auch in Wertpapiere, bar abgerechnete strukturierte Produkte oder börsengehandelte Schuldtitel investieren, bei denen das jeweilige Wertpapier seinen Wert aus einem anderen Wertpapier, einem Index oder Währungen eines beliebigen Landes ableitet oder an diese gekoppelt ist.

Der Fonds kann ein Long- und/oder synthetisches Short-Engagement gegenüber einer breiten Palette von Anlageklassen, einschließlich Aktien, Renten und Währungen erzielen. Long-Positionen profitieren von einem Anstieg des Preises des Basisinstruments oder der Anlageklasse, während Short-Positionen von einem Rückgang dieses Preises profitieren. Synthetische Short-Positionen werden über Finanzderivate aufgebaut.

Der Fonds kann auch Ausschüttungen aus Kapital, netto realisierten und netto nicht realisierten Kapitalgewinnen sowie Erträgen ohne Aufwendungen vornehmen. Dies ermöglicht zwar eventuell die Ausschüttung höherer Erträge, es kann jedoch auch zu einer Reduzierung des Kapitals führen.

<sup>8</sup> Ab dem 1. April 2024 wird der Ausdruck „strukturierte Produkte“ durch „sonstige verwandte Produkte“ ersetzt.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in einer breiten Palette zulässiger Wertpapiere und Finanzderivate in forderungsbesicherten und durch Hypotheken besicherten Kreditbranchen
- eine mittel- bis langfristige Anlage

Der Fonds richtet sich ausschließlich an institutionelle, professionelle und erfahrene Anleger.

Als erfahrene Anleger gelten Anleger, die:

- die Strategie, Eigenschaften und Risiken des Fonds verstehen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, und
- über das Wissen über oder die Anlageerfahrung in Bezug auf Finanzprodukte, die komplexe Derivate und/oder Derivatestrategien (wie dieser Fonds) einsetzen, und die Finanzmärkte im Allgemeinen verfügen.

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Kontrahentenrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Das mit der vorzeitigen Tilgung verbundene Risiko
- Das mit Immobilienaktien verbundene Risiko
- Verbriefungsrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Das mit der Dividendenpolitik verbundene Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk-Ansatz (absoluter VaR) verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte unter normalen Umständen nicht mehr als 100 % betragen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle

Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an die Ellington Global Asset Management, L.L.C. delegiert, die als Untereinlageverwalter fungiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 BARDIN HILL ARBITRAGE UCITS FUND

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds ist es, attraktive risikobereinigte Renditen im Zeitverlauf mit relativ niedrigen Absenkungen im Vergleich zu und mit niedrigen Korrelationen mit den breiteren Aktienmärkten zu erreichen.

**Anlagepolitik** Der Fonds investiert vorrangig in die Wertpapiere von Unternehmen, die an Fusionen, Übernahmen, Übertragungen von Vermögenswerten, Ausschreibungsgeboten, Tauschangeboten, Kapitalerhöhungen, Veräußerungen, Ausgliederungen, Kapitalumstrukturierungen, Umstrukturierungen und Liquidationen beteiligt sind und in Zukunft an solchen Transaktionen teilnehmen können. Das Anlageziel wird vorrangig durch Anlagen in öffentlich bekanntgegebenen Transaktionen erreicht, um einen „Spread“ zwischen dem Wert eines Wertpapiers nach Bekanntgabe einer Transaktion und dem Wert des entsprechenden Wertpapiers bei Durchführung der Transaktion zu erzielen.

Der Fonds beabsichtigt, in eine breite Palette von übertragbaren Wertpapieren, Derivaten und sonstigen zulässigen Wertpapieren zu investieren. Derartige Wertpapiere können unter anderem Aktien und aktienbezogene Wertpapiere (wie beispielsweise Stammaktien, Vorzugsaktien und Wandelanleihen) sowie Schuldtitel umfassen. Die Schuldtitel, die der Fonds erwerben kann, umfassen sämtliche Arten von fest und variabel verzinslichen Rentenwerten mit beliebigen Laufzeiten und Kreditratings (einschließlich Wertpapieren mit Anlagequalität, ohne Anlagequalität, mit niedriger Bewertung, ohne Bewertung und/oder notleidender Wertpapiere) von privaten und/oder staatlichen Emittenten vorrangig aus Nordamerika und Europa und sie umfassen unter anderem hochrentierliche (sog. „Junk“-)Anleihen und notleidende Schuldtitel (Wertpapiere von Unternehmen, die sich in der Umstrukturierung, finanziellen Umstrukturierung,

in Konkurs oder Liquidationen befinden oder bei denen dies unmittelbar bevorsteht). Der Fonds kann im Rahmen seiner Anlagestrategien aktiv und häufig handeln. Anlagen in notleidende Wertpapiere würden unter normalen Marktbedingungen in der Regel nicht mehr als 5 % des Nettovermögens des Fonds ausmachen.

Der Fonds kann zudem unter Beachtung der Anlagebeschränkungen bis zu 5 % seines Nettovermögens in Special Purpose Acquisition Companies (SPACs) investieren, sofern die betreffenden SPACs als übertragbare Wertpapiere gemäß Artikel 41 Absatz (1) oder (2) a) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 eingestuft sind.

Der Fonds setzt außerdem Finanzderivate zu Anlagezwecken, zum Zwecke der Absicherung und der effizienten Portfolioverwaltung ein. Diese Finanzderivate können an regulierten Märkten und auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Swaps einschließlich Aktien-, Index-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien, Rentenwerte sowie Credit Default Swaps, (ii) Optionen einschließlich Call-Optionen und Put-Optionen auf einzelne Wertpapiere oder Indizes, (iii) Devisenterminkontrakte und (iv) Terminkontrakte einschließlich Futures auf Aktienwerte oder Rentenwerte und Indizes, Differenzkontrakte, Zinsfutures und Währungsfutures und Optionen darauf handeln. Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einem bestimmten Anlagewert, einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass der Fonds gemäß Artikel 48 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 keine mit Stimmrechten ausgestatteten Aktien erwirbt, die es ihm ermöglichen würden, einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsleitung eines Emittenten auszuüben.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche theoretische Engagement, das Gegenstand von Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich auf 40 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 300 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in einer breiten Palette von Aktien, Schultiteln und Finanzderivaten, die vorrangig von der Arbitrage bei Fusionen und ähnlichen Strategien profitieren.
- Langfristige Anlagen.

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Kontrahentenrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Das mit ausfallgefährdeten Wertpapieren verbundene Risiko
- Aktienrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko



- Risiko bei Hochzinsanlagen
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Portfolioumschlagsrisiko
- Das mit Unternehmensumstrukturierungen verbundene Risiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Das mit wandelbaren und hybriden Wertpapieren verbundene Risiko
- Risiko in Verbindung mit SPACs
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk-Ansatz (absoluter VaR) verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte sich auf 300 % belaufen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtnettovermögens ausmachen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an die Bardin Hill Arbitrage UCITS Management LP delegiert, die als Untereinlageverwalter fungiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 WELLINGTON TECHNOLOGY LONG SHORT UCITS FUND

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** USD

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel dieses Fonds besteht darin, eine langfristige Kapitalwertsteigerung zu erreichen.

**Anlagepolitik** Der Fonds verfolgt sein Anlageziel, indem er vorrangig in Aktien und aktienbezogene Wertpapiere von Unternehmen investiert, die einen Hauptteil ihrer Gewinne oder erwarteten Gewinne aus der Informationstechnologie, Kommunikationsdienstleistungen und zyklischen

Konsumgütersektoren weltweit erzielen. Der Fonds wird im Allgemeinen in Wertpapieren mit Marktkapitalisierungen über 500 Mio. USD investieren.

Der Fonds kann zu gewissen Zeiten in einem oder mehreren Untersektoren konzentriert sein. Der Fonds kann zudem über ein signifikantes Engagement außerhalb der USA, einschließlich in Schwellenländern, verfügen.

Der Fonds kann Long- und/oder synthetische Short-Positionen in einer breiten Palette von Anlageklassen, einschließlich Aktienwerten, Rentenwerten (Schuld- und Zinstitel, Kreditinstrumente, wandelbare Wertpapiere), Währungen, US-amerikanischen Aktienzertifikaten, börsengehandelten Fonds (ETFs) und an einen Immobilienwertpapierkorb geknüpfte Wertpapieren, halten. Synthetische Short-Positionen werden über Finanzderivate aufgebaut.

Der Fonds setzt Finanzderivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken ein. Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktien- oder Rentenwerte und Indizes, Zinsfutures und Währungsfutures sowie Optionen darauf; (ii) Swaps einschließlich Aktien-, Währungs-, Zins-, Index-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien und/oder Renten sowie Credit Default Swaps und Optionen darauf; (iii) Optionen einschließlich Call-Optionen und Put-Optionen auf Indizes, einzelne Wertpapiere oder Währungen und (iv) Devisenterminkontrakte handeln. Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben.

Da sich das Anlageziel dieses Fonds durch eine flexible und anpassungsfähige Anlagepolitik eher erreichen lassen dürfte, kann dieser Fonds außerdem bis zu 5 % in wandelbare und nicht wandelbare Vorzugsschuldtitel investieren.

Ferner kann der Fonds bis zu 10 % seines Nettovermögens direkt in OGA-Anteile wie z. B. OGAWs, börsengehandelte Fonds („ETF“) und andere OGAs investieren.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Engagement, das Gegenstand von Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich auf 175 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 225 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- eine langfristige Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in Aktienwerten
- Wachstumsanlagen im Technologiesektor der USA und weltweit
- eine mittel- bis langfristige Anlage

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Konzentrationsrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko

- Aktienrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Kontrahentenrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Schwellenmarktrisiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk- (absolute VaR-) Ansatz verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte sich auf 250 % belaufen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an die Wellington Management Company delegiert, die als Unteraanlageverwalter fungiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 ELECTRON GLOBAL UCITS FUND

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds ist das Erreichen einer Gesamttrendite.

**Anlagepolitik** Der Fonds verfolgt sein Anlageziel, indem er vorrangig in Aktien und aktienbezogene Wertpapiere von Unternehmen investieren, die in der Infrastruktur-

und weltweiten Versorgungsbranche tätig sind. Die Unternehmen sind von jeglicher Marktkapitalisierung und können ihren Sitz in Nordamerika, Europa, Asien-Pazifik und in geringerem Maße in Lateinamerika (einschließlich Schwellenländer) haben. Im Rahmen des Anlagezwecks des Fonds umfasst die Versorgungsbranche unter anderem Strom-, Gas-, Wasserversorgungsunternehmen und unabhängige Energieversorger sowie Versorgungs- und Kraftstoffdienstleister, Versorgungsgerätehersteller (einschließlich unter anderem Unternehmen für erneuerbare Energien und Energietechnologieunternehmen) sowie verbundene Branchen.

Der Fonds kann Long- und/oder synthetische Short-Positionen in Bezug auf diese Aktienwerte halten. Synthetische Short-Positionen werden über Finanzderivate aufgebaut. Long-Positionen profitieren von einem Anstieg des Preises des Basisinstruments oder der Anlageklasse, während Short-Positionen von einem Rückgang dieses Preises profitieren.

Der Fonds setzt Finanzderivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken ein. Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktien- oder Rentenwerte und Indizes, und Währungsfutures, Währungsindexfutures sowie Optionen darauf, (ii) Swaps einschließlich Aktien-, Index-, Währungs-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien und Optionen darauf, (iii) Optionen einschließlich Call-Optionen (sowohl börsengehandelte Optionen und/oder OTC-Optionen) auf Indizes, einzelne Wertpapiere, (iv) Differenzkontrakte und (v) Devisenterminkontrakte handeln. Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben.

Ferner kann der Fonds bis zu 10 % seines Nettovermögens in Anteile von OGAWs, börsengehandelte Fonds („ETFs“) und andere OGAs investieren. Der Fonds kann in Wertpapiere, bar abgerechnete strukturierte Produkte oder börsengehandelte Schuldtitel investieren, bei denen das jeweilige Wertpapier seinen Wert aus einem anderen Wertpapier, einem Index oder Währungen eines beliebigen Landes ableitet oder an diese gekoppelt ist.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Engagement, das Gegenstand von (gedeckten und ungedeckten) Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich im Allgemeinen auf 30 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 50 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in Aktienwerte in der Versorgungs- und Infrastrukturbranche
- eine mittel- bis langfristige Anlage

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Konzentrationsrisiko

- Kontrahentenrisiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Aktienrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilklassen verbundene Risiko
- Schwellenmarktrisiko
- Das mit Europa und der Eurozone verbundene Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk- (absolute VaR-) Ansatz verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte sich auf bis zu 200 % belaufen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, das nach der Anlagepolitik des Fonds zulässig ist, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an Electron Capital Partners delegiert, die als Unteranlageverwalter fungiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 DYNAMIC MARKET NEUTRAL UCITS FUND

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds besteht darin, eine absolute Rendite mit einer im Vergleich zu den breiten Aktienmärkten geringeren Volatilität zu erzielen. Dazu verfolgt er einen globalen marktneutralen Investmentansatz.

**Anlagepolitik** Der Fonds verfolgt dieses Anlageziel, indem er sein Nettovermögen mehreren nicht traditionellen oder „alternativen“ Strategien zuweist, einschließlich unter anderem einiger oder aller der folgenden dynamischen Strategien: Long-Short Equity, Event-Driven, Global Macro und Relative Value, die alle im Folgenden beschrieben sind:

- **Long-Short-Equity-Strategien** – Long-Short-Equity-Strategien zielen im Allgemeinen darauf ab, Renditen aus Anlagen an den weltweiten Aktienmärkten über Long- und Short-Positionen bei Aktien und Aktienindizes zu erzielen. Diese Strategien sind im Allgemeinen auf risikobereinigte Renditen ausgerichtet und machen sich die Ansichten und Erwartungen der Co-Anlageverwalter in Bezug auf spezifische Aktienmärkte, Regionen, Sektoren und Wertpapiere zu Nutze. Beispiele für Long-Short-Equity-Strategien sind unter anderem (i) wachstumsorientierte Strategien, (ii) wertorientierte Strategien, (iii) marktneutrale Strategien (d. h. Nettoengagements zwischen 20 % short und 20 % long) und (iv) sektorierte Strategien (z. B. Technologie, Gesundheitswesen, Finanzbereich).
- **Event-Driven-Strategien** – Bei Event-Driven-Strategien wird im Allgemeinen in Wertpapiere von Unternehmen investiert, die unternehmensspezifische Ereignisse durchlaufen. Diese Strategien sind im Allgemeinen darauf ausgerichtet, die Auswirkungen des unternehmensspezifischen oder transaktionsspezifischen Ereignisses auf Wertpapierbewertungen zu analysieren. Beispiele für solche unternehmensspezifischen oder transaktionsspezifischen Ereignisse sind unter anderem Fusionen, Übernahmen, Übertragungen von Vermögenswerten, Ausschreibungsgebote, Tauschangebote, Kapitalerhöhungen, Liquidationen, Veräußerungen, Ausgliederungen, Kapitalumstrukturierungen und Umstrukturierungen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass der Fonds gemäß Artikel 48 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 keine mit Stimmrechten ausgestatteten Aktien erwirbt, die es ihm ermöglichen würden, einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsleitung eines Emittenten auszuüben.
- **Global-Macro-Strategien** – Global-Macro-Strategien konzentrieren sich im Allgemeinen auf makroökonomische Chancen (die gesamte Volkswirtschaft umfassende Phänomene wie z. B. Veränderungen der Arbeitslosenquote, des Nationaleinkommens, der Wachstumsrate, des Bruttoinlandsprodukts, der Inflation und der Preisniveaus) über zahlreiche Märkte und Anlagen hinweg. Anlagen können long oder short sein und basieren auf dem relativen Wert oder der Richtung eines Marktes, einer Währung, eines Zinssatzes, eines Rohstoffs oder einer makroökonomischen Variablen. Beispiele für Global-Macro-Strategien sind unter anderem diskretionäre (Erwirtschaften von Renditen über taktische Anlagen über verschiedene Anlageklassen, Märkte und Anlagegelegenheiten hinweg durch eine Kombination aus fundamentalen Marktanalysen und quantitativen Modellen) und systematische (Erwirtschaften von Renditen unter Verwendung quantitativer Modelle

zur Identifizierung von Anlagegelegenheiten über verschiedene Anlageklassen und Märkte hinweg, um ein Anlageportfolio aufzubauen) Macro-Strategien.

- **Relative-Value-Strategien** – Relative-Value-Strategien umfassen eine breite Palette von Anlagetechniken, die darauf abzielen, von Preisineffizienzen zu profitieren. Bei diesen Strategien wird im Allgemeinen eine Position bei einem Finanzinstrument und gleichzeitig eine Ausgleichsposition bei einem damit zusammenhängenden Instrument aufgebaut, um von graduellen Veränderungen der Preisdifferenz zu profitieren. Beispiele für Relative-Value-Strategien sind: (i) Credit Long Short Strategien, (ii) Credit Arbitrage, (iii) Convertible Arbitrage, (iv) Volatilitätsarbitrage und (v) Risikoprämien-Strategien, die entwickelt wurden, um anhaltende verhaltensbezogene und strukturelle Anomalien zu nutzen, die Renditen bieten, welche nicht mit traditionellen Anlageklassen korrelieren.

Der Fonds beabsichtigt, in eine breite Palette von übertragbaren Wertpapieren, Derivaten und sonstigen zulässigen Wertpapieren zu investieren. Bei diesen Wertpapieren kann es sich unter anderem um Aktien und aktienbezogene Wertpapiere (einschließlich unter anderem Stammaktien, Vorzugsaktien, Genussscheinen, aktienbezogenen Zertifikaten und wandelbaren Wertpapieren) und Schuldtitel (einschließlich unter anderem Anleihen, Schuldscheinen, Schuldverschreibungen) handeln.

Das Anlageportfolio des Fonds kann unter anderem forderungsbesicherte Wertpapiere, hypothekarisch besicherte Wertpapiere und strukturierte Produkte (begrenzt auf 30 % seines Nettovermögens bei strukturierten Produkten), wie beispielsweise mit durch Hypotheken auf Gewerbe- oder Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Mortgage Obligations und Collateralized Debt bzw. Loan Obligations (vorrangig erstrangige und Mezzanine-Tranchen), Katastrophenanleihen (bis zu 10 % seines Nettovermögens), US-Staatsanleihen und Agency-Wertpapiere, staatliche oder supranationale Schuldtitel, Unternehmensanleihen, Anleihen von Schwellenländern, bevorzugte Wertpapiere sowie wandelbare, variabel und fest verzinsliche Wertpapiere und Finanzderivate mit ähnlichen wirtschaftlichen Merkmalen enthalten.

Der Fonds investiert in Aktien und aktienbezogene Wertpapiere von Unternehmen aus aller Welt und mit beliebigen Marktkapitalisierungen. Die Schuldtitel, die der Fonds erwerben kann, umfassen sämtliche Arten von fest und variabel verzinslichen Rentenwerten mit beliebigen Laufzeiten und Kreditratings (einschließlich Wertpapieren mit Anlagequalität, ohne Anlagequalität, mit niedriger Bewertung, ohne Bewertung und/oder notleidender Wertpapiere) von privaten und/oder staatlichen Emittenten aus aller Welt und sie umfassen unter anderem hochrentierliche (sog. „Junk“-) Anleihen und notleidende Schuldtitel (Wertpapiere von Unternehmen, die sich in der Umstrukturierung, finanziellen Umstrukturierung oder in Konkurs befinden oder bei denen dies unmittelbar bevorsteht). Die Gesamtanlagen in ausfallgefährdeten und notleidenden Wertpapieren werden

10 % des Nettovermögens des Fonds nicht überschreiten. Der Fonds kann im Rahmen seiner Anlagestrategien aktiv und häufig handeln.

Der Fonds kann zudem unter Beachtung der Anlagebeschränkungen bis zu 5 % seines Nettovermögens in Special Purpose Acquisition Companies (SPACs) investieren, sofern die betreffenden SPACs als übertragbare Wertpapiere gemäß Artikel 41 Absatz (1) oder (2) a) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 eingestuft sind.

Der Fonds setzt Finanzderivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken ein. Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktien- oder Rentenwerte und Indizes, Differenzkontrakte, Zinsfutures und Währungsfutures sowie Optionen darauf; (ii) Swaps einschließlich Aktien-, Währungs-, Zins-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien, Renten und/oder Rohstoffe sowie Credit Default Swaps und Optionen darauf; (iii) Optionen einschließlich Call-Optionen und Put-Optionen auf Indizes, einzelne Wertpapiere oder Währungen und (iv) Devisenterminkontrakte handeln. Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben. Der Einsatz von Finanzderivaten wie etwa Zinsfutures und Total Return Swaps auf Rohstoffindizes kann außerdem zu einem erheblichen Anstieg der Hebelung des Fonds führen, wie im nachfolgenden Abschnitt „Gesamtrisiko“ näher erläutert.

Der Fonds kann Long- und/oder synthetische Short-Positionen in einer breiten Palette von Anlageklassen, einschließlich unter anderem Aktien, Renten und Währungen, halten. Long-Positionen profitieren von einem Anstieg des Preises des Basisinstruments oder der Anlageklasse, während Short-Positionen von einem Rückgang dieses Preises profitieren. Synthetische Short-Positionen werden über Finanzderivate aufgebaut.

Ferner kann der Fonds ein Engagement in Rohstoffen mittels des Einsatzes von Finanzderivaten auf Rohstoffindizes anstreben.

Ferner kann der Fonds bis zu 10 % seines Nettovermögens in Anteile von OGAWs und anderen OGAs investieren.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Engagement, das Gegenstand von (gedeckten und ungedeckten) Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich im Allgemeinen auf 175 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 250 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in einer breiten Palette zulässiger Wertpapiere und Finanzderivate mithilfe mehrerer „alternativer“ Strategien und
- mittel- bis langfristige Anlage.

Der Fonds richtet sich ausschließlich an institutionelle, professionelle und erfahrene Anleger.

Als erfahrene Anleger gelten Anleger, die:

- die Strategie, Eigenschaften und Risiken des Fonds verstehen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, und
- über das Wissen über oder die Anlageerfahrung in Bezug auf Finanzprodukte, die komplexe Derivate und/oder Derivatestrategien (wie dieser Fonds) einsetzen, und die Finanzmärkte im Allgemeinen verfügen.

**Risikoabwägungen** Folgende Hauptrisiken sind mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden:

- Kontrahentenrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Aktienrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Multi-Manager-Risiko
- Portfolioumschlagsrisiko
- Verbriefungsrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit Katastrophenanleihen verbundene Risiko
- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Das mit einem Rohstoffengagement verbundene Risiko
- Das mit wandelbaren und hybriden Wertpapieren verbundene Risiko
- Das mit Credit-Linked-Papieren verbundene Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Risiko bei Hochzinsanlagen
- Risiko in Verbindung mit SPACs
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk- (absolute VaR-) Ansatz verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds, die mithilfe der Summe aus der Nennwertmethode errechnet wird, könnte bis zu 450 % betragen.

Die voraussichtliche Hebelung ist eine maximale Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Fonds bemüht sich, seine Anlageziele mittels einer sorgfältigen Auswahl von verschiedenen Co-Anlageverwaltern (die „Co-Anlageverwalter“) durch den Anlageverwalter (K2/D&S Management Co., L.L.C.) zu erreichen. Im Allgemeinen dürfen diese Co-Anlageverwalter, die jeweils zur Anlage ihres Anteils alternative Anlagestrategien verwenden, nicht mit Franklin Templeton verbunden sein. Der Anlageverwalter kann neben der Auswahl von Co-Anlageverwaltern und der Aufteilung des Fondsvermögens an diese ebenfalls an der Verwaltung der Vermögenswerte des Fonds beteiligt sein. Die Gesamtperformance des Fonds ist das Ergebnis der Performance der verschiedenen beteiligten Strategien und des diesen Strategien zugewiesenen Anteils des Nettovermögens des Fonds.

Der Anlageverwalter ist für die Auswahl und Ernennung der Co-Anlageverwalter für den Fonds verantwortlich, denen er die Erfüllung seiner Anlageverwaltungspflichten und Anlageberatungsdienste in Bezug auf einige oder alle Vermögenswerte des Fonds ganz oder teilweise überträgt. Der Anlageverwalter teilt das Vermögen des Fonds zwischen den Co-Anlageverwaltern in der Weise auf, wie es ihm angemessen erscheint, um die Anlageziele des Fonds zu erreichen.

Der Anlageverwalter ist darüber hinaus für die Überwachung des bei den einzelnen Co-Anlageverwaltern implementierten Risikomanagementrahmens verantwortlich. Der Anlageverwalter überwacht außerdem das durch die Co-Anlageverwalter erzielte Ergebnis des Fonds, um gegebenenfalls die Notwendigkeit einer Änderung/Neubesetzung festzulegen. Der Anlageverwalter kann jederzeit im Einklang mit den geltenden Vorschriften oder Kündigungsfristen Co-Anlageverwalter im Hinblick auf den Fonds ernennen oder ersetzen.

Die Co-Anlageverwalter können ohne vorherige Mitteilung an die Anteilsinhaber ersetzt werden. Die Liste der Co-Anlageverwalter, die während der Berichtsperiode für den Fonds tätig waren, wird im Halbjahresbericht und Jahresbericht der Gesellschaft veröffentlicht. Die Liste der Co-Anlageverwalter, die den Fonds effektiv verwalten, ist auf Anfrage kostenlos am eingetragenen Sitz der Gesellschaft erhältlich.

Die Co-Anlageverwalter werden vom Anlageverwalter aus der von der Verwaltungsgesellschaft erhaltenen Anlageverwaltungsgebühr vergütet.

Der Anlageverwalter kann einen externen Sub-Advisor mit der Erbringung von nicht-diskretionären Beratungsleistungen betreffend die Auswahl von Co-Anlageverwaltern, einschließlich deren jeweiliger Gewichtung im Gesamtvermögen des Fonds, beauftragen. Der Anlageverwalter überträgt keine diskretionären Anlagebefugnisse auf den Sub-Advisor. Im Rahmen dieser

Vereinbarung erhält der Sub-Advisor eine Vergütung vom Anlageverwalter. Unter bestimmten Umständen ist davon auszugehen, dass der Sub-Advisor einen erheblichen Teil der dem Anlageverwalter zuzurechnenden Management- und Performancegebühren erhält. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der Sub-Advisor seine eigenen Mittel (einschließlich der Mittel, die er für andere auf diskretionärer Basis verwaltet) in den Fonds investiert. Diese Investition kann zu bestimmten Zeitpunkten einen erheblichen Teil des Gesamtvermögens des Fonds ausmachen. Dem Anlageverwalter ist bewusst, dass ein Interessenkonflikt besteht. Um dieses Risiko zu begrenzen, erfüllt der Anlageverwalter seine Pflichten unter strenger Einhaltung seiner Richtlinien und Verfahren und des Anlagemandats des Fonds. Es wird auch darauf hingewiesen, dass der Anlageverwalter seinen Ermessensspielraum in vollem Umfang behält, um (i) die Co-Anlageverwalter auszuwählen und (ii) das Vermögen des Fonds den einzelnen Co-Anlageverwaltern zuzuweisen, in einem Verhältnis, wie er es zur Erreichung des Anlageziels des Fonds für geeignet hält, und in einer Art und Weise, von der er annimmt, dass sie im besten Interesse des Fonds und seiner Anteilsinhaber ist.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 ATHENA RISK PREMIA UCITS FUND<sup>910</sup>

**Anlageklasse** Multi-Asset Fonds

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds besteht darin, langfristigen Kapitalzuwachs zu erzielen, bei niedrigerer Volatilität im Vergleich zu den breiteren Aktienmärkten und deutlich geringerer Korrelation zu traditionellen Anlageklassen über einen ganzen Marktzyklus hinweg.

Der Fonds versucht, sein Anlageziel zu erreichen, indem er verschiedene Risikoprämien-Strategien verfolgt. Für diese Zwecke versteht der Anlageverwalter darunter systematische Strategien, mit denen versucht wird, von dauerhaften verhaltensbezogenen und/oder strukturellen Anomalien oder anderen Faktoren zu profitieren, und die vom Anlageverwalter und/oder seinen verbundenen Unternehmen entwickelt werden oder von externen Brokern/Händlern stammen.

<sup>9</sup> Umbenennung in Franklin K2 Athena Uncorrelated Strategies UCITS Fund ab dem 1. April 2024. Alle Verweise auf den „Franklin K2 Athena Risk Premia UCITS Fund“ im gesamten Prospekt entsprechen ab dem 1. April 2024 dem „Franklin K2 Athena Uncorrelated Strategies UCITS Fund“.

<sup>10</sup> Ab dem 1. April 2024 werden alle Erwähnungen von „Risikoprämien“ im spezifischen Abschnitt des Fonds durch den Begriff „unkorreliert“ ersetzt.

**Anlagepolitik** Wenngleich der Anlageverwalter auch davon ausgeht, dass er ergänzend diskretionäre Handelstransaktionen ausführen wird, beabsichtigt er, den Schwerpunkt des Fonds auf systematische Handelsstrategien zu legen, die den Handel von Finanzinstrumenten auf Grundlage quantitativer Analysen von Kursen und Fundamentaldaten vorsehen. Der Fonds kann sich auf globaler Basis an den Finanzmärkten betätigen und konzentriert sich dabei auf Märkte, die hinreichend Liquidität bieten dürften.

Bei Risikoprämien-Investments wird versucht, Zugang zu systematischen Strategien zu erhalten, die eine geringe Korrelation zu traditionellen Beta-Investments aufweisen. Diese Risikoprämien-Strategien sind auf Liquidität, Transparenz und Kosteneffizienz ausgelegt und bieten potenziell eine alternative Renditequelle ergänzend zu traditionellen Anlageklassen.<sup>11</sup>

Der Anlageverwalter hat einen eigenen Anlageprozess entwickelt, mit dem Risikoprämien-Quellen mithilfe intern und extern entwickelter Algorithmen aufgespürt werden sollen. Bei dem Anlageprozess werden Wertpapiere auf Basis verschiedener Kriterien wie Liquidität, Volatilität, Drawdown, Korrelation und anderen Risikoüberlegungen berücksichtigt. Der Anlageverwalter versucht, seine Beziehungen zu Brokern/Händlern zu nutzen, um eine optimale Ausführung für die für das Fondsportfolio ausgewählten Wertpapiere zu ermöglichen. Der Prozess des Anlageverwalters beinhaltet Research, Design, Tests, Verhandlung und Ausführung von Investmentstrategien. Researchziele des Anlageverwalters sind die Identifizierung, Definition und Analyse verschiedener Renditequellen, deren Beständigkeit und der mit solchen Renditequellen verbundenen Liquiditätsbeschränkungen. Demnach entwickelt der Anlageverwalter Lösungen, mit denen versucht wird, solche Quellen effizient und kosteneffektiv zu isolieren, um sich die in diesen Quellen eingebetteten Prämien zu sichern. Der Anlageverwalter beabsichtigt, ein Portfolio mit Risikoprämien-Strategien aufzubauen, das sich durch Diversifizierung über verschiedene Prämienquellen, Stile, Instrumente und Anlageklassen hinweg auszeichnet.

Der Fonds kann beispielsweise folgende Risikoprämien-Strategien verfolgen:<sup>12</sup>

- **Trend.** Trend-Strategien konzentrieren sich auf Anlagen, die sich in der Vergangenheit überdurchschnittlich entwickelt haben und versuchen, die Tendenz zu nutzen, dass die

<sup>11</sup> Mit Wirkung zum 1. April 2024 wird dieser Satz wie folgt geändert: „Die Strategie versucht, Zugang zu investierbaren systematischen Strategien zu erhalten, die eine geringe Korrelation zu traditionellen Beta-Investments aufweisen. Diese unkorrelierten Strategien sind auf Liquidität, Transparenz und Kosteneffizienz ausgelegt und bieten potenziell eine alternative Renditequelle ergänzend zu traditionellen Anlageklassen.“

<sup>12</sup> Ab dem 1. April 2024 werden diesem Absatz folgende Strategien hinzugefügt: „Rohstoffe: Rohstoff-Strategien versuchen, sich strukturelle Ineffizienzen zunutze zu machen, die sich im Bereich der Rohstoffe zeigen. Diese hängen häufig von beobachteten Tendenzen ab, dass mehrere Marktteilnehmer ihr Vermögen einer Gruppe von Instrumenten auf vorbestimmter Basis zuweisen. Die Strategie zielt auch auf den Einsatz einer Carry-Strategie ab, die sich auf Anlagen mit höheren Renditen konzentriert, und versucht, die Tendenz zu nutzen, dass höher rentierliche Vermögenswerte eine höhere Rendite bringen als niedriger rentierliche Vermögenswerte im Bereich der Rohstoffe.“

jüngste relative Wertentwicklung eines Vermögenswerts sich auch in der näheren Zukunft fortsetzen wird. Anlagechancen können zum Beispiel durch Analyse der Kursdynamik oder Bewertung zukunftsgerichteter Informationen in den Prognosen von Branchenanalysen aufgespürt werden.

- **Carry.** Das „Carry“ eines Vermögenswerts ist dessen erwartete Rendite, unter der Annahme, dass die Marktbedingungen, einschließlich seines Preises, unverändert bleiben. Carry-Strategien konzentrieren sich auf Anlagen mit höheren Renditen und versuchen, die Tendenz zu nutzen, dass höher rentierliche Vermögenswerte eine höhere Rendite bringen als niedriger rentierliche Vermögenswerte.
- **Value.** Value-Strategien konzentrieren sich auf Anlagen, die im Vergleich zu anderen günstiger erscheinen, und ziehen dazu Fundamentaldaten oder markttechnische Kennzahlen heran. Sie versuchen, die Tendenz zu nutzen, dass relativ günstige Vermögenswerte sich besser entwickeln als relativ teure, was sich durch die Rückkehr dieser Werte zu ihrem Mittelwert erklärt.
- **Defensiv.** Defensive Strategien konzentrieren sich auf Anlagen mit geringem Risiko und versuchen, die Tendenz zu nutzen, dass höherwertige Anlagen mit niedrigerem Risiko höhere risikobereinigte Renditen erzielen als Anlagen mit niedrigerer Qualität und höherem Risiko. Als Kennzahlen für die Identifizierung von Anlagechancen können z. B. die Eigenkapitalrendite, die Gewinnvariabilität, der Cashflow aus Vermögenswerten und das Leverage herangezogen werden.
- **Flow.** Flow-Strategien versuchen, sich strukturelle Ineffizienzen zunutze zu machen, die sich in mehreren Anlageklassen niederschlagen. Diese hängen häufig von beobachteten Tendenzen ab, dass mehrere Marktteilnehmer ihr Vermögen einer Gruppe von Instrumenten auf vorbestimmter Basis zuweisen.

Die vom Fonds verfolgten Strategien werden vorwiegend Total Return Swaps und Futures nutzen, um sich Prämien aus den Märkten zu sichern. Total Return Swaps werden einzelne Indizes als Underlyings nutzen. Diese Indizes können Anlagestrategien repräsentieren, deren Underlyings Einzelwerte, Devisentermingeschäfte, Futures und andere Instrumente sein können.

Der Fonds beabsichtigt, in eine breite Palette von übertragbaren Wertpapieren, Derivaten und sonstigen zulässigen Wertpapieren und Währungen zu investieren. Bei diesen Wertpapieren kann es sich unter anderem um Aktien, Anleihen und Devisen handeln. Dazu wird in ein breites Spektrum an Finanzinstrumenten investiert, unter anderem in Aktien und aktienbezogene Wertpapiere (einschließlich unter anderem Stammaktien, Vorzugsaktien, Genussscheinen, aktienbezogenen Zertifikaten und wandelbaren Wertpapieren von weltweit ansässigen Unternehmen mit mittlerer bis großer Marktkapitalisierung) und Schuldtitel (einschließlich aller Varianten fest- und variabel verzinslicher Wertpapiere (traditionelle festverzinsliche Wertpapiere und Green Bonds) von staatlichen Emittenten weltweit mit beliebiger Laufzeit oder Qualität). Ein Engagement in solchen Wertpapieren kann

direkt oder über den Einsatz von Finanzderivaten auf zulässige Finanzindizes, Futures, Forwards, Optionen, Swaps, Devisen, börsengehandelte Fonds („ETFs“), Anleihen, Aktien und andere notierte und außerbörsliche gehandelte Instrumente („OTC“) aufgebaut werden.

**Der Anlageverwalter kann beschließen, das gesamte Nettovermögen des Fonds in Schuldverschreibungen zu investieren, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften oder internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, von einem sonstigen OECD-Staat, von Singapur oder einem sonstigen G20-Mitgliedsstaat emittiert oder garantiert werden, unter Beachtung der geltenden Vorschriften zur Risikostreuung gemäß Anhang B „Anlagebeschränkungen“.**

Der Fonds setzt Finanzderivate (an regulierten Märkten oder im Freiverkehr gehandelte) zur Absicherung, für ein effizientes Portfoliomanagement und zu Anlagezwecken ein. Bei diesen Finanzderivaten kann es sich u. a. um (i) Forwards und Futures einschließlich solcher auf Aktien, Aktienindizes, Aktien-ETFs, Rentenwerte, Zinssätze und Währungen sowie Optionen darauf und (ii) Swaps einschließlich Währungs-, Index-, Zins- und Total Return Swaps auf Aktien, Rentenwerte und Währungen (und/oder entsprechende Indizes) sowie Credit Default Swaps, Differenzkontrakt-Swaps und Optionen darauf handeln. Die zugrunde liegenden Vermögenswerte und Anlagestrategien der Total Return Swaps, in die der Fonds investieren kann, bestehen aus Instrumenten, in die der Fonds gemäß seinem Anlageziel und seiner Anlagepolitik investieren darf. Mit Total Return Swaps können insbesondere Long- und Short-Engagements in Aktien, aktienbezogenen Wertpapieren, Zinssätzen, Forwards und kreditbezogenen Wertpapieren eingegangen werden.<sup>13</sup> Der Einsatz von Finanzderivaten kann in einer bestimmten Anlageklasse, Renditekurve oder bei einer bestimmten Duration oder Währung ein negatives Engagement zur Folge haben.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Engagement, das Gegenstand von (ungedeckten) Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich auf 600 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 1100 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds gegebenenfalls für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- langfristige Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in einer breiten Palette zulässiger Wertpapiere und Finanzderivate mithilfe verschiedener Risikoprämien-Strategien und

<sup>13</sup> Ab dem 1. April 2024 wird vor dem letzten Satz dieses Absatzes folgender Satz eingefügt: „Der Fonds kann auch ein indirektes Engagement in Rohstoffen eingehen, indem er strukturierte Schuldverschreibungen (d. h. börsengehandelte Zertifikate) oder Swaps und/oder Total Return Swaps und Terminkontrakte auf Rohstoffindizes einsetzt, die ein liquides und diversifiziertes Engagement in Rohstoffen (einschließlich Energie, Metallen und landwirtschaftlichen Produkten wie Nutztiere und Nutzpflanzen) schaffen.“

- mittel- bis langfristige Anlage.

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Kontrahentenrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Modellrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit einem Rohstoffengagement verbundene Risiko
- Das mit Credit-Linked-Papieren verbundene Risiko
- Schwellenmarktrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Erhebliches Hebelungsrisiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk- (absolute VaR-) Ansatz verwendet.

Bei einer Berechnung auf nicht angepasster fiktiver Basis gemäß den aktuellen Vorschriften würde die erwartete Hebelung hauptsächlich vom Engagement in Zinsderivaten abgeleitet sein. Die erwartete Hebelung kann sich zwischen 200 % und 1100 % bewegen.

Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

Die Hebelung kann höher sein, wenn eine Strategie verfolgt wird, die aufgrund der Art der Ziel-Vermögenswerte (d. h. kurzfristige Instrumente) eine höhere Hebelung nötig ist. Eine höhere Hebelung muss nicht zu einem höheren Risiko führen.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 CAT BOND UCITS FUND

**Anlageklasse** Rentenfonds

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage,

an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds besteht darin, durch Anlage in ein Portfolio von Naturkatastrophen-Anleihen im Zeitverlauf attraktive risikobereinigte Renditen zu erzielen, mit geringer Korrelation zu anderen Anlageklassen. Der Anlageverwalter versucht, das Anlageziel des Fonds durch einen eigenen systematischen, regelbasierten Prozess zu erreichen. Rendite wird aus einer gemanagten Zusammenstellung des Portfolios basierend auf verschiedenen Regeln angestrebt, die das Universum an Katastrophenanleihen im Rahmen eines Screening- und Scoring-Prozesses eingrenzen.

**Anlagepolitik** Katastrophenanleihen sind ein Beispiel für Versicherungsverbriefung, bei der mit risikogebundenen Wertpapieren bestimmte Risiken (im Allgemeinen das Risiko von Naturkatastrophen wie Hurrikans, Erdbeben, Tornados, Unwetter oder andere natur- oder wetterbezogene Ereignisse) vom Emittenten oder Sponsor auf den Anleger übertragen werden. Anleger in risikogebundenen Wertpapieren (z. B. der Fonds) übernehmen demnach das Risiko des Eintritts einer bestimmten Katastrophe und erhalten dafür eine Rendite. Sollte sich eine Katastrophe ereignen oder ein Katastrophenereignis eintreten, verlieren die Anleger den Anlagebetrag und der Emittent oder Sponsor (oftmals eine Versicherungs- oder Rückversicherungsgesellschaft) behält diesen Betrag ein, um seine Verluste zu decken.

Eines der wichtigsten Elemente von Katastrophenanleihen sind die Bedingungen, nach denen sich die Rendite und die Zinsen bei Eintritt eines Katastrophenereignisses richten und die dazu führen können, dass die Anleihe einen Verlust erleidet. Diese Bedingungen werden im Allgemeinen als „Trigger“ bezeichnet. Katastrophenanleihen nutzen Trigger mit definierten Parametern, die erfüllt sein müssen, damit der Anleihe Verluste entstehen. Wenn die spezifischen Bedingungen eines Triggers erfüllt sind, kann der Inhaber einer Katastrophenanleihe seinen gesamten investierten Betrag oder einen Teil davon verlieren. Trigger können auf unterschiedliche Weise strukturiert sein, von einer gleitenden Skala tatsächlicher Verluste, die der Emittent oder Sponsor erleidet (Entschädigung), über einen Trigger, der ausgelöst wird, wenn branchenweite Verluste infolge eines Ereignisses einen bestimmten Punkt erreicht haben (Branchenverlust-Trigger), bis hin zu einem Index für Wetter oder Katastrophenbedingungen, das heißt, wenn die tatsächlichen Katastrophenbedingungen über einem bestimmten Schweregrad liegen, wird ein Verlust ausgelöst (parametrischer Index-Trigger).

Eine Katastrophenanleihe kann so strukturiert sein, dass sie Deckung vor Ereigniseintritt bietet (Exposure in ein einzelnes großes Verlustereignis) oder eine aggregierte Deckung (Exposure in mehrere Ereignisse während jedes jährlichen Risikozeitraums).

Einige Katastrophenanleihen unterliegen einem Multi-Verlust-Ansatz und werden erst beim zweiten und nachfolgenden Ereignissen ausgelöst (oder es werden Teile der Anleihe



ausgelöst). Das bedeutet, dass Sponsoren z. B. eine Anleihe emittieren können, die erst beim zweiten Hurrikan, der einen bestimmten geografischen Ort heimsucht, ausgelöst werden.

Eine angemessene Diversifizierung von Versicherungsrisiken (d. h. das Versicherungsrisiko des Fonds darf nicht mehr als 20 % seines Nettoinventarwerts pro geografischer Gefahr betragen, abgesehen von der Möglichkeit, ein einzelnes Versicherungsrisiko von höchstens 35 % seines Nettoinventarwerts pro einzelner spezifischer geografischer Gefahr zu übernehmen) wird durch Überwachung des erwarteten Verlustbeitrags und des wahrscheinlichen maximalen Verlusts – etablierte Kennzahlen in der Rückversicherungsbranche – sichergestellt.

Der erwartete Verlust ist der jährliche wahrscheinlichkeitsgewichtete Durchschnitt der Reduzierung des Portfoliowerts des Fonds aufgrund des Eintritts von Versicherungsereignissen. Der wahrscheinliche maximale Verlust stellt die Reduzierung des Portfoliowerts des Fonds als 99 %igen Value-at-Risk (VaR) des maximalen jährlichen Verlusts infolge des Eintritts eines einzelnen Versicherungsereignisses dar.

Da der Anlageverwalter der Ansicht ist, dass ESG-Faktoren (Umwelt, soziale Verantwortung und Governance) wesentliche Auswirkungen auf den aktuellen und künftigen Unternehmenswert eines Unternehmens haben können, sind ESG-Erwägungen integraler Bestandteil seines Fundamentalresearch und Entscheidungsprozesses. Die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale des Fonds (im Sinne von Artikel 8 der SFDR) gehen aus Anhang G hervor.

Der Anlageverwalter hat einen regelbasierten Ansatz entwickelt, der eine hinreichende Diversifizierung über die Sponsoren der Ziel-Katastrophenanleihen (d. h. das Exposure des Fonds darf 20 % seines Nettoinventarwerts pro Sponsor nicht überschreiten, abgesehen von der Möglichkeit, ein einzelnes Exposure von höchstens 35 % seines Nettoinventarwerts bei einem bestimmten Sponsor einzugehen) und das Exposure im gesamten Katastrophenanleihen-Universum sicherstellen soll. Dieses Universum ist im Laufe der Jahre größer geworden und diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen. Das primäre geografische Gebiet in diesem Universum sind USA-bezogene Risiken in Verbindung mit einer Vielzahl von Gefahrentypen mit Fokus auf Hurrikans und Erdbeben.

Der vom Anlageverwalter verfolgte regelbasierte Prozess beinhaltet eine erste Screening-Phase, in der bestimmte Katastrophenanleihen auf Grundlage von Kriterien wie Rendite, Laufzeit, ESG und strukturellen Überlegungen ausgeschlossen werden. Jede verbleibende Anleihe umfasst das Anlageuniversum („Anlageuniversum des Fonds“) und wird auf Basis mehrerer Faktoren bewertet, die unter anderem auf Bedingungen oder Merkmalen der Wertpapiere und Zeitpunkten oder Berechnungen basieren, die von eigenen Daten oder von Daten von Drittanbietern, Preis- und Risikomodellierungsquellen abgeleitet sind. Der Prozess kann mit der Zeit angepasst werden, um strukturellen Veränderungen am Markt für Katastrophenanleihen Rechnung zu tragen.

Jede Anleihe im Anlageuniversum des Fonds erhält einen Gesamtwert, der sich aus der Summe der gewichteten Bewertungen der einzelnen Faktoren für die betreffende Anleihe ergibt. Die Gewichtungen werden im Rahmen eines qualitativen Prozesses festgelegt, bei dem die relative Stärke jedes Faktors beurteilt wird. Katastrophenanleihen, die im oberen Ranking eingestuft sind, werden in das investierbare Portfolio mit den Portfoliogewichtungen aufgenommen, die sich beim relativen Scoring jeder verbleibenden Anleihe ergeben.

Der Anlageverwalter wendet einen regelbasierten Ansatz an und überprüft regelmäßig die Umsetzung seiner Anlagestrategie. Er kann die verschiedenen Screens, Faktoren und Regeln ändern, um seine Anlagestrategie umzusetzen und eine hinreichende Diversifizierung über Sponsoren von Katastrophenanleihen sicherzustellen. Für ein effizientes Liquiditätsmanagement und die Steuerung der Verfahren zum Kauf und Verkauf von Wertpapieren können die zugrunde liegenden Portfoliogewichtungen von den Gewichtungen des Zielfortfolios während eines Neugewichtungszeitraums abweichen, vorbehaltlich Marktbeschränkungen.

Die wechselseitigen Katastrophenanleihen, in die der Fonds investieren kann, können fest- oder variabel verzinslich und über oder unter Investment-Grade sein und unter anderem Folgendes beinhalten: (i) staatliche Wertpapiere, (ii) Wertpapiere, die von supranationalen Organisationen (wie der Weltbank) begeben oder garantiert werden, (iii) Wertpapiere, die von staatsnahen Einrichtungen begeben oder garantiert werden, (iv) Versicherungsverbriefungen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass in die oben aufgeführten Wertpapiere keine Finanzderivate und/oder Leverage eingebettet sein dürfen.

Zu Absicherungszwecken, zur effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken kann der Fonds Finanzderivate einsetzen. Diese Finanzderivate können unter anderem börsengehandelte Derivate wie Futures und Optionen beinhalten, die eingesetzt werden können, um ein Engagement in versicherungsbezogenen Risiken aufzubauen oder zu reduzieren.

Der Fonds kann direkt bis zu 10 % seines Nettovermögens in Anteile von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren wie z. B. OGAWs, börsengehandelte Fonds („ETFs“) und andere OGAs investieren. Der Fonds kann auch in geschlossene Fonds investieren, die an einem anerkannten Markt notiert sind und ein Engagement in Versicherungs- oder Rückversicherungsrisiken, wie es nach den OGAW-Vorschriften zulässig ist, ermöglichen.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds gegebenenfalls für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- eine Anlage in einen Fonds, der die Anforderungen von Artikel 8 der SFDR erfüllt
- attraktive risikobereinigte Renditen im Zeitverlauf durch Investition in ein Portfolio von Naturkatastrophen-Anleihen
- eine mittel- bis langfristige Anlage

Darüber hinaus soll der Fonds nur Anlegern angeboten werden, die die mit der Fondsstrategie verbundenen Risiken verstehen und/oder bereits Anlageerfahrung in diesem Bereich haben und eine ausreichend hohe Risikotoleranz besitzen, um potenzielle Verluste nach Eintritt extremer Versicherungsereignisse zu tragen.

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Das mit Katastrophenanleihen verbundene Risiko
- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Modellrisiko
- Nachhaltigkeitsrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Kontrahentenrisiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Verbriefungsrisiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Commitment-Ansatz verwendet.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## **FRANKLIN K2 ACTUSRAY EUROPEAN ALPHA UCITS FUND<sup>14</sup>**

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** Euro (EUR)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die Privatkundenbanken im Vereinigten Königreich (London) für normale Bankgeschäfte geöffnet sind (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

<sup>14</sup> Umbenennung in Franklin K2 ActusRayPartners European Alpha UCITS Fund ab dem 1. April 2024. Alle Verweise auf den „Franklin K2 ActusRay European Alpha UCITS Fund“ im gesamten Prospekt entsprechen ab dem 1. April 2024 dem „Franklin K2 ActusRayPartners European Alpha UCITS Fund“.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds besteht darin, eine Kapitalwertsteigerung mit einer niedrigeren Volatilität im Verhältnis zu den europäischen Aktienmärkten zu erreichen.

**Anlagepolitik** Der Fonds ist bestrebt, sein Anlageziel zu erreichen, indem er vorwiegend über Total Return Swaps (ungedeckt) und Differenzkontrakte und/oder direkt über ein diversifiziertes Portfolio von hauptsächlich börsennotierten europäischen Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren (unter anderem Stammaktien) von Unternehmen jeder Marktkapitalisierung und jeder Branche, die nach europäischem Recht oder dem Recht von Ländern innerhalb der europäischen Zeitzone reguliert werden oder dort ihren Tätigkeitsschwerpunkt haben, über eine aktienmarktneutrale Long-Short-Strategie investiert. Derartige Strategien zielen im Allgemeinen darauf ab, Renditen aus Anlagen auf den Aktienmärkten über Long- und synthetische Short-Positionen bei Aktien und Aktienindizes zu erzielen. Synthetische Short-Positionen werden über Finanzderivate aufgebaut. Diese Strategien sind im Allgemeinen auf risikobereinigte Renditen ausgerichtet und machen sich die Ansichten und Erwartungen des Anlageverwalters in Bezug auf spezifische Aktienmärkte, Regionen, Sektoren und Wertpapiere zunutze.

Der Anlageverwalter hat einen eigenen Investmentprozess entwickelt, der darauf abzielt, Ineffizienzen an den Aktienmärkten in Europa und anderen Ländern in den europäischen Zeitzone zu nutzen. Er kann für die Identifizierung von Fehlbewertungen fundamentale und markttechnische Analysen nutzen. Mit diesem proprietären Investmentprozess sollen potenzielle Anlagen durch den Einsatz von intern und extern entwickelten Algorithmen identifiziert werden. Jede Anlageentscheidung wird vom Anlageverwalter nach eigenem Ermessen getroffen.

Der Fonds setzt Finanzderivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und zu Anlagezwecken ein. Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktien, Aktienindizes, Aktien-ETFs, Rentenwerte, Zinsfutures und Futures auf Währungen und Währungsindizes sowie Optionen darauf, (ii) Swaps einschließlich Währungs-, Index-, Zins-, Total Return Swaps in Bezug auf Aktien, Rentenwerte und Währungen sowie Credit Default Swaps, Differenzkontrakt-Swaps und Optionen darauf, (iii) Forwards auf Aktien, Währungen und Währungsindizes und Devisentermingeschäfte und (iv) strukturierte Schuldverschreibungen und Equity-Linked Notes handeln.

Der Fonds kann auch direkt (i) bis zu 15 % in American Depository Receipts, (ii) bis zu 10 % seines Nettovermögens in Anteile von OGA, wie OGAW, Exchange Traded Funds („ETF“) sowie andere OGA und (iii) bis zu einem gewissen Grad in US-Staatsanleihen und Agency-Anleihen und -Schuldverschreibungen investieren.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Bruttoengagement, das Gegenstand von (ungedeckten) Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich auf 300 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 499 %.

**Besonderheiten der Fondsanlage** Die maximale Gesamtkapazität des Fonds für Zeichnungen beträgt 300.000.000 USD. Anträge von neuen oder bestehenden Anlegern für Zeichnungen oder einen Umtausch in den Fonds werden daher nicht mehr angenommen, sobald diese maximale Gesamtkapazität für Zeichnungen erreicht ist. Der Verwaltungsrat kann jedoch nach eigenem Ermessen beschließen, weitere Zeichnungen zu akzeptieren.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds gegebenenfalls für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Kapitalwertsteigerung durch Anlagen in börsennotierte Aktien und aktienähnliche Wertpapiere und Finanzderivate
- eine mittel- bis langfristige Anlage

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Kontrahentenrisiko
- Kreditrisiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Aktienrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Modellrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Das mit strukturierten Schuldverschreibungen verbundene Risiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk-Ansatz (absolute VaR) verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte sich unter normalen Umständen auf höchstens 350 % belaufen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtnettovermögens ausmachen. Die erwartete Hebelung wird hauptsächlich durch Total Return Swaps erreicht, um ein marktneutrales Engagement zu gewährleisten. Eine höhere Hebelung ist vorübergehend für die Zwecke des Cash-Managements möglich.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an ActusRayPartners Limited delegiert, die als Unteranlageverwalter fungiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.

## FRANKLIN K2 CFM SYSTEMATIC GLOBAL MACRO UCITS FUND

**Anlageklasse** Alternative Fund

**Basiswährung** US-Dollar (USD)

**Bewertungstag (mit Wirkung zum 1. April 2024)** Ein Tag, an dem die New York Stock Exchange für den normalen Geschäftsbetrieb geöffnet ist (mit Ausnahme der Tage, an denen der normale Handel ausgesetzt ist); weitere Informationen zu den maßgeblichen Bewertungstagen für den Fonds sind auf der Website <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

**Anlageziele** Das Anlageziel des Fonds ist das Erreichen einer absoluten Rendite, die nicht mit traditionellen Anlageklassen korreliert. Der Fonds ist bestrebt, sein Ziel mit einer annualisierten Volatilität zu erreichen, die in Abhängigkeit von den Marktbedingungen in einem Bereich zwischen 7,5 % und 12,5 % liegen dürfte. Es besteht keine Garantie, dass der Fonds sein Rendite- oder Volatilitätsziel erreichen wird.

**Anlagepolitik** Der Fonds ist bestrebt, sein Ziel zu erreichen, indem er den Schwerpunkt auf systematische Handelsstrategien legt, die den Handel von Finanzinstrumenten auf der Grundlage quantitativer Analysen von Kursen und Fundamentaldaten vorsehen. Der Fonds kann sich auf globaler Basis an den Finanzmärkten betätigen und konzentriert sich dabei auf Märkte, die hinreichend Liquidität bieten dürften.

Der Unteranlageverwalter ist bestrebt, das Anlageziel des Fonds durch Anlagen nach Maßgabe seines eigenen Systematic Global Macro Investment Program (das „Programm“) zu erreichen:

Das Programm konzentriert sich allgemein auf Fundamental- und systematische Analysen, unter der Annahme, dass die Wertentwicklung von Anlagewerten durch allgemeine Marktkräfte wie Momentum, Regression, Carry, Makro & Stimmung bestimmt wird, deren relative Wirkung auf die Preise der Anlagewerte im Zeitverlauf schwanken kann. Momentum-Strategien sind bestrebt, Erträge aus den sich daraus ergebenden Trends am Markt zu erzielen. Regressions-Strategien versuchen, Erträge aus der Erkennung überzogener Trends am Markt zu erzielen, z. B. durch Vergleich der Preise mit den Fundamentalbewertungen. Carry-Strategien streben die Erzielung von Erträgen durch Longpositionen in Hochzins- und

Niedrigzinspapieren an. Makro- & Stimmungsstrategien sind bestrebt, Erträge zu erzielen, indem sie makroökonomischen und Marktstimmungsindikatoren folgen.

Im Rahmen des vom Untereinlageverwalter implementierten proprietären Investmentprozesses sollen anhand intern entwickelter Algorithmen potenzielle Investments identifiziert werden.

Der Fonds ist bestrebt, Long- und Shortpositionen in einem breiten Spektrum von Finanzderivaten zu Anlagezwecken, für ein effizientes Portfoliomanagement und zur Absicherung in einem global diversifizierten Portfolio aufzubauen:

- Festverzinsliche Wertpapiere (einschließlich Hochzinstitel)
- Zinssätze
- Währungen
- Aktienindizes
- Anleiheindizes und
- Volatilitätsindizes, wie unten näher ausgeführt

Diese Finanzderivate können sowohl an regulierten Märkten als auch im Freiverkehr gehandelt werden und es kann sich dabei u. a. um (i) Futures einschließlich Futures auf Aktien, Aktienindizes, Volatilität, ETFs, Rentenwerte, Zins- und Währungsfutures sowie Optionen darauf und ergänzend u. a. um (ii) Swaps einschließlich Zinsswaps, Credit Default Swaps, Swaps auf Anleiheindizes, Swaps auf Futures und Total Return Swaps auf Aktien und Aktienindizes, um (iii) Währungsforwards und Devisenkontrakte und (iv) strukturierte Schuldverschreibungen handeln. Über strukturierte Schuldverschreibungen (d. h. börsengehandelte Zertifikate) kann der Fonds zudem Engagements in Rohstoffen eingehen.

Ferner kann der Fonds bis zu 10 % seines Nettovermögens direkt in OGA-Anteile wie z. B. OGAWs, börsengehandelte Fonds („ETF“) und andere OGAs investieren.

**Anlagestrategie** Es gibt keine geografischen oder sektorbezogenen Beschränkungen für das Anlageuniversum des Fonds. Der Untereinlageverwalter bestimmt die Anlageklassen, aus denen sich das Anlageuniversum des Fonds zusammensetzt, auf der Grundlage der Ergebnisse seines systematischen Researchprozesses, der die Implementierung der Produktionsphase und die Verarbeitungsphase, wie unten ausführlich dargelegt, in einer Testumgebung vorsieht. Nach der Identifizierung der Anlageklassen werde die Instrumente ausgewählt, die am besten für ein Engagement in diesen Anlageklassen geeignet sind. Kriterien für die Eignung sind die Bedingungen, die Liquidität, die Kosten und die operative Effizienz der Instrumente.

Das Programm besteht aus einer Reihe systematischer Handelsmodelle, die in Finanzderivate investieren, wie unten erläutert. Die von dem Programm verwendeten Modelle wenden Algorithmen an, die der Untereinlageverwalter selbst entwickelt hat und mit denen versucht wird, die künftigen

Preise und Risiken von Finanzinstrumenten vorherzusagen. Die Modelle wurden mithilfe der proprietären Tools des Untereinlageverwalters entwickelt, getestet und validiert. In der Produktionsphase des Programms werden Marktdaten (wie Preis und Volatilität) und Fundamentaldaten (wie die Finanzdaten des Unternehmens), die elektronisch von verschiedenen Anbietern und den Märkten beschafft werden, in die Modelle eingespeist.

In der nächsten Phase des Programms verarbeiten die Modelle die Daten und erzeugen automatische Signale, die ein Risikoexposure für jedes gehandelte Finanzinstrument vorschlagen, das sich unter anderem auf das Risikomanagement (Hebelwirkung und Volatilität) des Fonds und auf die Verwaltung des Umfangs der Fondsposition in einem bestimmten Finanzinstrument bezieht.

Der Mechanismus des Portfolioaufbaus, durch die Bildung eines theoretisch optimalen Portfolios unter Verwendung des proprietären Portfolio-Optimierungsalgorithmus des Untereinlageverwalters, der Signale (d. h. Indikatoren, die dem Fonds den Kauf, den Verkauf oder den synthetischen Leerverkauf verschiedener Finanzinstrumente empfehlen) und das oben beschriebene Risikoexposure analysiert, zielt darauf ab, das Risiko zu minimieren und ein akzeptables Volatilitätsniveau zu erreichen. Das vom Programm ermittelte optimale Portfolio (ein theoretisch optimales Portfolio, das von einer ausreichenden Liquidität und niedrigen Transaktionskosten ausgeht) kann jedoch aus den unten beschriebenen Gründen von Zeit zu Zeit von dem tatsächlich vom Fonds gehaltenen Portfolio abweichen.

Die optimale Position in den einzelnen Instrumenten wird vom Programm regelmäßig neu bewertet. Das optimale Portfolio wird dem Portfolio der vom Fonds gehaltenen Finanzinstrumente gegenübergestellt, wobei Order generiert werden, wenn die Differenzen die vom Programm automatisch festgelegten Toleranzen in Bezug auf die erwarteten Gewinne für die einzelnen theoretisch optimalen Positionen überschreiten. Die Toleranzen sind so festgelegt, dass Transaktionen bei geringfügigen Differenzen vermieden werden, da solche Geschäfte Kosten verursachen, aber wahrscheinlich nicht wesentlich zur Wertentwicklung des Fonds beitragen würden. Ergibt der Vergleich zwischen dem (theoretisch) optimalen Portfolio und dem tatsächlichen Portfolio des Fonds Differenzen, die die Toleranzen überschreiten, werden Order generiert und Geschäfte (auf der Grundlage dieser Order) wie im nächsten Absatz beschrieben abgeschlossen. Daher kann das optimale Portfolio vom tatsächlichen Portfolio des Fonds abweichen, wenn entweder (i) die Differenzen so gering sind, dass die Toleranzen nicht überschritten werden und daher keine Order zur Korrektur solcher Differenzen generiert werden, oder (ii) der Handelsausführungsprozess (siehe unten) nicht in der Lage ist, solche Order auszuführen (z. B. aufgrund mangelnder Liquidität auf dem Markt zu den gewünschten Preisen).

Die Transaktionen werden mithilfe eines vom Untereinlageverwalter entwickelten automatisierten Prozesses ausgeführt, der darauf abzielt, die generierten Order zum besten verfügbaren Preis auszuführen. Bei der Platzierung von Ordnern am Markt werden bei der

Ausführung eine Reihe von Faktoren berücksichtigt, darunter Liquidität, Preise, Kosten und Marktstruktur. Wenn die Ausführungskosten (wie vom Untereinlageverwalter im Rahmen des automatisierten Ausführungsprozesses vorab festgelegt) im Vergleich zum erwarteten Nutzen des Geschäfts (wie vor der Berücksichtigung der Ausführungskosten analysiert) erheblich sind, werden die Ausführungsmodelle möglicherweise nicht ausgeführt.

Der Fonds handelt weltweit an den Finanzmärkten und konzentriert sich dabei auf regulierte Märkte, sowohl in Industrie- als auch in Schwellenländern, die sowohl über ausreichende Liquidität als auch über eine unterstützende Infrastruktur verfügen, d. h. anerkannte Zahlungssysteme, Wertpapierabrechnungssysteme und zentrale Gegenparteien. Die Handlungsausführung erfolgt in allen Anlageklassen im Allgemeinen elektronisch über die eigene Ausführungsplattform des Untereinlageverwalters und basiert auf Ausführungsmodellen, die darauf abzielen, den Preis, zu dem der Fonds einen Anlagewert kauft oder verkauft, sowie die Kosten für die Verarbeitung solcher Transaktionen zu optimieren. Bei einigen Anlagewerten (z. B. Devisentermingeschäften oder Credit-Default-Swap-Indizes) kann jedoch eine manuelle Bearbeitung erforderlich sein, um die Transaktion an den betreffenden Markt oder Broker zu übermitteln. Bevor der Untereinlageverwalter auf die manuelle Bearbeitung für ein Instrument zurückgreift, stützt er seine Entscheidung für die manuelle Ausführung von Geschäften auf bestimmte ausführungsbegleitende Faktoren, insbesondere die verfügbaren Ausführungsmethoden und die Auswirkungen auf die Qualität der Ausführung. Bei bestimmten Instrumenten kann der manuelle Handel über elektronische Plattformen oder Voice Trading die einzige verfügbare Ausführungsmethode sein, während sich bei anderen Instrumenten die Qualität der Ausführung (bessere Preise) verbessert, wenn sie von einem Händler statt elektronisch gehandelt werden. Der pro Jahr gehandelte Bruttonominalwert (ohne die periodische Umschichtung von Positionen auf die folgenden Fälligkeitsrollen) beträgt das 16-Fache des Nettoinventarwerts des Fonds.

### **Einsatz von Finanzderivaten für Anlagezwecke, ein effizientes Portfoliomanagement und zur Absicherung**

Wie oben dargelegt, investiert der Fonds zu Anlagezwecken, für ein effizientes Portfoliomanagement und zu Absicherungszwecken in Finanzderivate. Es wird davon ausgegangen, dass der Fonds in der Lage sein wird, durch den Einsatz einiger oder aller der unten genannten Finanzderivate ein Long- oder Shortengagement in Aktienindizes, festverzinslichen Wertpapieren, Zinssätzen, Anleihen, Volatilität und Währungen einzugehen. Abhängig von den Marktbedingungen kann der Fonds in alle unten genannten Finanzderivate investieren oder für seine Anlagen ein oder mehrere Finanzderivate aus der nachstehenden Liste auswählen.

Futures: Futures sind Verträge über den Kauf oder Verkauf einer Standardmenge eines bestimmten Anlagewerts (bzw. in einigen Fällen über den Erhalt oder die Barbezahlung auf der Grundlage der Entwicklung eines zugrunde liegenden Anlagewerts, Instruments oder Index) zu einem im Voraus festgelegten zukünftigen Datum und zu einem Preis, der

durch eine an einer Börse durchgeführte Transaktion vereinbart wird. Devisen-, Aktien-, Anleihe-, Zins-, Volatilitäts- und Indexfutures werden vom Fonds eingesetzt, um sich gegen die Schwankungen der Aktien-, Renten-, Zins-, Volatilitäts- und Devisenmärkte abzusichern oder um anstelle von Direktanlagen ein synthetisches Engagement an diesen Märkten aufzubauen. Da diese Kontrakte täglich zum Marktwert bewertet werden, können sich Anleger durch Glattstellung ihrer Position von ihrer Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf der Basiswerte vor dem Liefertermin des Kontrakts lösen. Der Einsatz von Futures zur Umsetzung einer bestimmten Strategie anstelle des zugrunde liegenden oder zugehörigen Wertpapiers oder Index führt häufig zu geringeren Transaktionskosten.

Der Zweck der vom Fonds eingesetzten Futures besteht darin, ein Engagement an den Aktien- und Anleihenmärkten, in Zinssätzen und Währungen aufzubauen. Die Futures müssen jederzeit den Anforderungen der CSSF entsprechen.

Neben dem Engagement in Industrieländerwährungen, auf Long- und/oder Shortbasis, durch Devisentermingeschäfte, wie hier beschrieben und nach Maßgabe des Programms, kann das Vermögen des Fonds auf eine andere Währung als die Basiswährung lauten, und Wechselkursänderungen zwischen der Basiswährung und der Währung des Anlagewerts können zu einer Wertminderung des in der Basiswährung ausgedrückten Vermögens des Fonds führen. Der Fonds kann (muss aber nicht) versuchen, dieses Wechselkursrisiko zu mindern, indem er Devisentermingeschäfte abschließt, um das Fremdwährungsrisiko einzelner Anteilsklassen gegenüber der Basiswährung oder den Währungen, auf die die Vermögenswerte des Fonds lauten, abzusichern, um das Währungsrisiko der Vermögenswerte des Fonds gegenüber der Basiswährung abzusichern. Es kann jedoch nicht garantiert werden, dass diese Absicherung erfolgreich sein wird.

Aktienindex-Futures: Der Untereinlageverwalter kann in Aktienindex-Futures investieren, um ein Long- oder Shortengagement in Aktienindizes aufzubauen. Er kann auch Aktienindex-Futures abschließen, um das Aktienrisiko des Fonds abzusichern.

Renten-Futures und Zinsfutures: Der Untereinlageverwalter kann in Renten-Futures und Zinsfutures investieren, um ein Long- oder Shortengagement in Anleihen, Schuldverschreibungen oder Zinssätzen aufzubauen. Der Fonds kann Renten-Futures und Zinsfutures auch abschließen, um das Engagement des Fonds in festverzinslichen Wertpapieren oder Zinssätzen abzusichern.

Währungsfutures: Der Untereinlageverwalter kann Währungsfutures einsetzen, um ein Long- oder Shortengagement in Bezug auf Wechselkursschwankungen aufzubauen. Der Untereinlageverwalter kann Währungsfutures auch zur Absicherung des Wechselkursrisikos des Fonds oder einer Klasse einsetzen.

Futures auf Volatilitätsindizes: Der Untereinlageverwalter kann in Futures auf Volatilitätsindizes investieren, um ein Long- oder Shortengagement in Volatilitätsschwankungen aufzubauen. Er kann Futures auf Volatilitätsindizes auch abschließen, um das Volatilitätsrisiko des Fonds abzusichern.

**Forwards:** Mit einem Forwardkontrakt wird der Preis festgelegt, zu dem ein Anlagewert zu einem zukünftigen Zeitpunkt gekauft oder verkauft werden kann. Bei Devisenforwards sind die Vertragsinhaber verpflichtet, einen bestimmten Betrag einer Währung zu einem bestimmten Preis (Wechselkurs) in einer anderen Währung zu einem bestimmten zukünftigen Datum zu kaufen oder zu verkaufen. Forwardkontrakte können nicht übertragen werden, aber sie können durch den Abschluss eines umgekehrten Kontrakts „glattgestellt“ werden.

**Währungsforwards:** Der Untereinlageverwalter kann auch Währungsforwards einsetzen, um ein Long- oder Shortengagement in Bezug auf Wechselkursschwankungen aufzubauen. Der Untereinlageverwalter kann Währungsfutures auch zur Absicherung des Wechselkursrisikos des Fonds oder einer Klasse einsetzen.

**Swaps:** Ein Swap ist eine außerbörsliche Vereinbarung zwischen zwei Parteien über den Austausch von Cashflow- oder Renditeströmen aus einem zugrunde liegenden Finanzinstrument für einen bestimmten Zeitraum. Konzeptionell ist ein Standard-Receiver-Swap, bei dem ein Fonds einen festen Zinssatz erhält und einen variablen Zinssatz zahlt, vergleichbar mit dem Kauf eines Wertpapiers mit festem Kupon und der Aufnahme der Mittel zum variablen Zinssatz, um dieses zu bezahlen. Ein Payer-Swap funktioniert umgekehrt und ist vergleichbar mit dem Leerverkauf eines Wertpapiers mit festem Kupon und der Einlage der Mittel aus dem Verkauf zum variablen Zinssatz.

Die eine Komponente oder Seite des Swaps legt den Marktpreis für den Swap fest, bei dem es dem Markt gleichgültig ist, ob er die einzelnen Cashflow- oder Renditeströme tauscht. Auf diesem Marktniveau hat jede Seite des Swaps einen gleichen und entgegengesetzten Wert, und der Gesamtwert des Swaps ist gleich Null. Marktbewegungen können den Wert einer Seite des Swaps im Verhältnis zur anderen ändern, und der Swap bekommt insgesamt einen positiven oder negativen Wert.

Typische Cashflow- und Renditeströme, die bei einem Swap ausgetauscht werden, sind: Fester Zinssatz, Gesamtrendite eines Instruments oder Index und variable Zinssätze. Die Swap-Seiten können auf dieselbe oder eine andere Währung lauten.

**Total Return Swaps:** Bei einem Total Return Swap erhält der Fonds die wirtschaftliche Performance eines einzelnen Wertpapiers, eines Wertpapierkorbs oder eines Index über einen bestimmten Zeitraum im Tausch gegen eine physische Zahlung in bar zwischen dem Fonds und der Gegenpartei.

Der Untereinlageverwalter kann von Zeit zu Zeit Swap-Vereinbarungen abschließen, die sich auf börsennotierte Aktien, OGAW-konforme Indizes (einschließlich Credit-Default-Swap-Indizes) und Zinssätze beziehen, einschließlich des Einsatzes von Total Return Swaps. Die Indizes, in denen der Fonds durch den Einsatz von Total Return Swaps ein Engagement eingehen kann, sind nachstehend aufgeführt. Der Einsatz und das Engagement in Total Return Swaps unterliegt den OGAW-Vorschriften. Entsprechende Angaben sind dem Verkaufsprospekt und den fondspezifischen Informationen zu entnehmen. Im

Rahmen dieser Strategie werden Swaps eingesetzt, um zur Umsetzung der Anlagepolitik und -strategie ein Long- oder Shortengagement in Indizes (siehe unten), Organismen für gemeinsame Anlagen und Beteiligungspapieren aufzubauen. Swaps können auch zur Absicherung gegen Wertveränderungen der vom Fonds gehaltenen Wertpapiere oder der Märkte, in denen der Fonds engagiert ist, eingesetzt werden.

**Währungsswaps:** Der Untereinlageverwalter kann Währungsswaps einsetzen, um ein Long- oder Shortengagement in Bezug auf Wechselkursschwankungen aufzubauen. Er kann Währungsswaps auch abschließen, um das Wechselkursrisiko des Fonds abzusichern.

**Credit-Default-Swap-Indizes:** Credit-Default-Swap-Indizes sind Indizes, die den Credit-Default-Swap-Markt abbilden und sich aus einem Korb von Credit-Default-Swaps zusammensetzen. Die Indizes, in denen der Fonds über Credit-Default-Swap-Indizes engagiert sein kann, sind unten unter „Indizes“ aufgeführt. Credit-Default-Swap-Indizes sind standardisierte, zentral abgewickelte Derivatkontrakte, die über Swap-Ausführungsstellen oder außerbörslich über die ausführenden Broker des Fonds gekauft und verkauft werden können. Der Untereinlageverwalter kann Geschäfte mit Bezug auf Credit-Default-Swap-Indizes abschließen, um ein Long- oder Shortengagement in Schwankungen des Kreditrisikos aufzubauen. Er kann Geschäfte mit Bezug auf Credit-Default-Swap-Indizes auch abschließen, um das Kreditrisiko des Fonds abzusichern.

Zur weiteren Erläuterung: Ein Credit Default Swap („CDS“) ist eine Art von Kreditderivat, das es einer Partei (dem „Sicherungsnehmer“) ermöglicht, das Kreditrisiko eines Referenzschuldners („Referenzschuldner“) auf eine oder mehrere andere Parteien (den „Sicherungsgeber“) zu übertragen. Der Sicherungsnehmer zahlt eine regelmäßige Gebühr an den Sicherungsgeber und erhält im Gegenzug eine Absicherung gegen das Eintreten verschiedener Ereignisse beim Referenzschuldner. CDS können zum Kauf einer Absicherung gegen den Ausfall einzelner Vermögenswerte oder in Erwartung einer Verschlechterung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten eingesetzt werden. Eine Absicherung kann auch im Rahmen eines CDS in Erwartung einer stabilen oder sich verbessernden Kreditwürdigkeit verkauft werden. Der Fonds investiert nicht direkt in einzelne CDS-Kontrakte.

**Indizes:** Der Fonds kann durch den Einsatz von Aktienindex-Futures ein Engagement in Indizes eingehen, unter anderem in den S&P500, FTSE 100, FTSE 250, NASDAQ, EuroStoxx, S&P/ASX 200, DAX, Hang Seng, KOSPI 200, NSDAQ 100, MSCI Taiwan, SMI und Nikkei 225. Der Fonds kann ein Engagement in weiteren Indizes eingehen, die den geltenden Gesetzen, Verordnungen und Rundschreiben, die von der CSSF von Zeit zu Zeit herausgegeben werden, sowie den ESMA-Leitlinien zu ETFs und anderen OGAW-Themen entsprechen. Alle Indizes, in denen der Fonds ein Engagement aufbaut, sind in den Jahresberichten des Fonds offenzulegen. Der Fonds geht im Allgemeinen sowohl zu Absicherungs- als auch zu Spekulationszwecken ein Engagement in solchen Indizes ein, um Zugang zu verschiedenen Märkten und Sektoren zu erhalten.

Die Indizes werden in der Regel mindestens einmal jährlich neu gewichtet. Die Häufigkeit der Neugewichtung der Indizes, in die der Fonds investiert, hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Strategie des Fonds oder die mit dem Fonds verbundenen Transaktionskosten. Wenn die Gewichtung einer bestimmten Komponente in einem Finanzindex nach der Neugewichtung die zulässigen OGAW-Anlagebeschränkungen überschreitet, wird der Fonds jedes indirekte Engagement in einem solchen Finanzindex innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilsinhaber veräußern, um sicherzustellen, dass alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterhin erfüllt werden.

Die Liste der Indizes, in denen der Fonds während der Berichtsperiode engagiert war, ist auf der Website [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) abrufbar und/oder wird im Halbjahresbericht und Jahresbericht der Gesellschaft veröffentlicht. Die Liste der aktuellen Indizes, in denen der Fonds engagiert ist, ist auf Anfrage kostenlos am eingetragenen Sitz der Gesellschaft erhältlich.

**Engagement in Total Return Swaps** Das voraussichtliche Bruttoengagement, das Gegenstand von (ungedeckten) Total Return Swaps sein könnte, beläuft sich auf 5 % des Nettovermögens des Fonds, mit einer Obergrenze von 30 %.

**Anlegerprofil** In Anbetracht der vorstehenden Anlageziele ist der Fonds eventuell für Anleger attraktiv, die Folgendes anstreben:

- Maximierung ihrer Anlagerendite durch Kapitalzuwachs, indem in ein breites Spektrum an zulässigen Wertpapieren sowie in Derivaten investiert wird, die von verschiedenen globalen makroorientierten „systematischen“ Handelsstrategien profitieren,
- absolute Renditen in verschiedenen Marktumgebungen mit einer geringen Korrelation zu traditionellen Anlageklassen und
- mittel- bis langfristige Anlage.

Der Fonds richtet sich ausschließlich an institutionelle, professionelle und erfahrene Anleger.

Als erfahrene Anleger gelten Anleger, die:

- die Strategie, Eigenschaften und Risiken des Fonds verstehen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, und
- über das Wissen über oder die Anlageerfahrung in Bezug auf Finanzprodukte, die komplexe Derivate und/oder Derivatestrategien (wie dieser Fonds) einsetzen, und die Finanzmärkte im Allgemeinen verfügen.

**Risikoabwägungen** Die Hauptrisiken, die mit der Anlagestrategie des Fonds verbunden sind:

- Risiko in Verbindung mit Änderungen an den Handelsmodellen, Risikosystemen und IT-Systemen des Anlageverwalters (oder seiner Beauftragten)
- Kontrahentenrisiko

- Kreditrisiko
- Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko
- Das mit Derivaten verbundene Risiko
- Schwellenmarktrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko
- Zinsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Modellrisiko
- Mit den Beschränkungen für spekulative Positionen verbundenes Risiko
- Erhebliches Hebelungsrisiko

Sonstige Risiken, die für den Fonds relevant sein können:

- Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko
- Das mit einem Rohstoffengagement verbundene Risiko
- Risiko eines Ausfalls von Computersystemen
- Mit IT-Systemen verbundenes Risiko
- Rechtliches und aufsichtsrechtliches Risiko
- Operatives Risiko
- Das mit strukturierten Schuldverschreibungen verbundene Risiko
- Das mit Swaps verbundene Risiko
- Risiko in Verbindung mit steuerlichen Änderungen

**Gesamtrisiko** Zur Berechnung des Gesamtrisikos des Fonds wird der Value-at-Risk- (absolute VaR-) Ansatz verwendet.

Die voraussichtliche Hebelung des Fonds sollte sich unter normalen Umständen auf höchstens 3000 % belaufen. Die voraussichtliche Hebelung ist nur eine Schätzung und die Hebelung kann höher ausfallen. Zur Berechnung der Hebelung wird die Summe der Nennwerte verwendet. Es umfasst das mit Finanzderivaten verbundene nominelle Engagement, jedoch nicht die zugrunde liegenden Anlagen des Fonds, die 100 % des Gesamtvermögens ausmachen.

Die Hebelung kann höher sein, wenn eine Strategie verfolgt wird, die aufgrund der Art der Ziel-Vermögenswerte (d. h. in erster Linie kurzfristige (weniger als 12 Monate) Zinsfutures und in zweiter Linie unter anderem Devisenkontrakte, Futures auf Aktien- und Rohstoffindizes) eine höhere Hebelwirkung erfordert. Kurzfristige Zinsfutures reagieren deutlich weniger empfindlich auf Zinsänderungen als

längerfristige Zinsfutures. Um sicherzustellen, dass die Anlagestrategie des Fonds diversifiziert bleibt und dass die kurzfristigen Zinspositionen einen bedeutenden Beitrag zur Wertentwicklung des Fonds leisten, werden die fiktiven Beträge der kurzfristigen Zinskomponenten daher sowohl im Verhältnis zu den fiktiven Beträgen der längerfristigen Zinskomponenten als auch in absoluten Zahlen hoch sein. Eine höhere Hebelwirkung erhöht im Allgemeinen sowohl das Gewinn- als auch das Verlustpotenzial und kann sich daher auf das Risikoprofil des Portfolios auswirken. Die hohe Hebelwirkung wird mit der Absicht eingesetzt, das Verhältnis zwischen Ertrag und Risiko effizient zu steuern.

**Anlageverwalter** K2/D&S Management Co., L.L.C.

Der Anlageverwalter hat die alltägliche Verwaltung in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage des Nettovermögens des Fonds unter seiner Verantwortung und auf seine eigenen Kosten an Capital Fund Management SA, die die Funktion des Untermanagementverwalters wahrnimmt (der „**Untermanagementverwalter**“), delegiert.

**Gebührenangaben** Die Gebühren sind in Anhang E ausführlich beschrieben.



# Risikoabwägungen

Anleger müssen vor einer Anlage in einem der Fonds diesen Abschnitt, „Risikoabwägungen“ lesen.

Der Wert der Anteile wird steigen, wenn der Wert der Wertpapiere, die ein Fonds hält, steigt, und fallen, wenn der Wert der Fondsanlagen sinkt. Auf diese Weise partizipieren die Anleger an den Wertänderungen der von dem bzw. den jeweiligen Fonds gehaltenen Wertpapiere. Außer den Faktoren, die sich auf den Wert eines bestimmten Wertpapiers auswirken, das vom Fonds gehalten wird, kann der Wert der Fondsanteile auch durch Schwankungen auf den Aktien- und Rentenmärkten als Ganzes beeinflusst werden.

Ein Fonds kann je nach dessen Anlagezielen Wertpapiere verschiedener Arten oder Anlageklassen (Aktien, Anleihen, Geldmarktinstrumente, Finanzderivate) halten.

Die diversen Anlagen sind mit unterschiedlichen Arten des Anlagerisikos verbunden. Die Fonds können ferner verschiedenen Risiken ausgesetzt sein, je nachdem, welche Wertpapiere sie halten. Der Abschnitt „Risikoabwägungen“ enthält Erläuterungen der verschiedenen Arten von Anlagerisiken, die auf die Fonds zutreffen könnten. Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte den Abschnitt „Fondsinformationen, Ziele und Anlagepolitik“ in diesem Prospekt, um Informationen zu den Hauptrisiken der einzelnen Fonds zu erhalten. Anlegern sollte bewusst sein, dass gelegentlich weitere Risiken für die Fonds maßgeblich sein können.

## Allgemeines

Dieser Abschnitt erläutert einige der Risiken, die auf alle Fonds zutreffen. Diese Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und es können gelegentlich weitere Risiken bestehen. Die Wertentwicklung der Gesellschaft kann insbesondere durch Änderungen der Marktbedingungen und/oder der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen und der rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Anforderungen beeinflusst werden. Es wird nicht garantiert oder zugesichert, dass das Anlageprogramm erfolgreich sein wird, und es kann nicht zugesichert werden, dass die Anlageziele der Fonds erreicht werden. Die Wertentwicklung in der Vergangenheit stellt keinen Hinweis auf die künftige Wertentwicklung dar und der Wert von Anlagen kann steigen oder fallen. Wechselkursschwankungen zwischen Währungen können dazu führen, dass der Wert der Anlagen eines Fonds steigt oder fällt.

Die Gesellschaft oder ihre Fonds können Risiken ausgesetzt sein, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen, wie z. B. rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken aus Anlagen in Ländern mit unklaren oder sich ändernden Gesetzen oder einem Mangel an etablierten oder effektiven Rechtswegen, oder die Fonds können infolge der Zulassung der Fonds in Ländern außerhalb Europas restriktiveren aufsichtsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, die die Fonds möglicherweise daran hindern, die Anlagebeschränkungen voll auszuschöpfen, ohne dass die Anteilsinhaber der betroffenen Fonds darüber informiert werden. Aufsichtsbehörden und selbstregulierende Organisationen und Börsen sind dazu berechtigt, im Falle einer Notsituation am Markt außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Auswirkungen zukünftiger aufsichtsrechtlicher Maßnahmen auf die Gesellschaft könnten erheblich und nachteilig sein. Die Fonds können dem Risiko von Terroranschlägen ausgesetzt sein, sowie dem Risiko, dass wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen bestimmte Länder bestehen oder verhängt werden, und dem Risiko, dass militärische Maßnahmen eingeleitet werden. Die Auswirkungen solcher Ereignisse sind unklar, sie könnten sich jedoch erheblich auf die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen und die Marktliquidität auswirken. Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass ihr Recht auf Rücknahme von Anteilen unter bestimmten Umständen ausgesetzt werden kann, wie in Anhang D näher ausgeführt.

Die Gesellschaft oder ihre Fonds können betrieblichen Risiken ausgesetzt sein. Dabei handelt es sich um das Risiko, dass Betriebsprozesse einschließlich derer, die sich auf die sichere Verwahrung von Anlagen, die Bewertung oder die Bearbeitung von Transaktionen beziehen, fehlschlagen, was zu Verlusten führen kann. Mögliche Gründe für Misserfolge können menschliche Fehler, Ausfälle an physikalischen und elektronischen Systemen und andere Geschäftsrisiken sowie externe Ereignisse sein.

## Das mit dem chinesischen Markt verbundene Risiko

Die mit dem chinesischen Markt verbundenen Risiken sind mit den nachstehend beschriebenen „Schwellenmarktrisiken“ vergleichbar. Da die Regierung eine stärkere Kontrolle über die Allokation von Ressourcen hat, sind die Risiken, die in dieser Art von Markt vorherrschen, politische und rechtliche Ungewissheit, Währungsschwankungen und Sperrungen, mangelnde staatliche Unterstützung bei Reformen oder Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten. Diese Risiken können die Wertentwicklung des jeweiligen Fonds beeinträchtigen.

Der chinesische Markt durchläuft derzeit eine Wirtschaftsreform. Diese Reformen zur Dezentralisierung sind völlig neu oder experimentell und können sich ändern, was sich eventuell nicht immer positiv auf die Wirtschaft und den Wert von Wertpapieren des maßgeblichen Fonds auswirkt.

Wertpapiere, die an den chinesischen Märkten gehandelt werden, können einer Reihe von Reputationsrisiken ausgesetzt sein, wie z. B. Risiken, die von Unternehmen getragen werden, die Cyber-Missbrauch ausgesetzt sind, Sanktionsbedenken und negative Vorwürfe im Hinblick auf Arbeits- und Menschenrechte, Umweltschäden, Verbindungen zu Hochrisikoländern und Einrichtungen im Ausland.

Die chinesische Wirtschaft ist außerdem exportorientiert und stark vom Handel abhängig. Negative Änderungen der Wirtschaftsbedingungen der wichtigsten Handelspartner des Landes wie den USA, Japan und Südkorea würden die chinesische Wirtschaft und die Anlagen des maßgeblichen Fonds beeinträchtigen.

In den letzten Jahren haben politische Spannungen in Hongkong zugenommen. Diese erhöhten politischen Spannungen könnten sich auf die politischen und rechtlichen Strukturen in Hongkong auswirken. Sie könnten auch Einfluss auf die Anlegerstimmung und das Geschäftsklima in Hongkong haben, was wiederum die Märkte und Geschäftsergebnisse beeinflussen könnte.

Es bestehen auch Risiken und Unwägbarkeiten, die mit den aktuellen Steuergesetzen, -vorschriften und -praktiken Festlandchinas in Verbindung mit Kapitalerträgen, die mit Fondsanlagen in China erzielt werden (möglicherweise rückwirkend), zusammenhängen. Etwaige höhere Steuerverbindlichkeiten zu Lasten des Fonds können den Fondswert negativ beeinflussen.

Fonds, die am chinesischen Markt investieren, können weiteren spezifischen Risiken unterliegen, die im Folgenden aufgeführt sind:

### **Das mit China Bond Connect verbundene Risiko**

Bond Connect ist ein wechselseitiges Marktzugangsprogramm, das es ausländischen Anlegern erlaubt, mit Anleihen zu handeln, die auf dem China Interbank Bond Market (CIBM) im Umlauf sind. Hierfür wird eine Verbindung zwischen den Finanzinfrastrukturinstituten auf dem Festland und in Hongkong eingerichtet, für die keine Kontingentbeschränkungen gelten.

Der Northbound Trading Link wurde am 3. Juli 2017 in Betrieb genommen und ermöglicht Transaktionen anhand gegenseitiger Zugangsregelungen im Hinblick auf Handel, Verwahrung und Abwicklung. Hieran beteiligt sind das China Foreign Exchange Trading System, die China Central Depository & Clearing Co, das Shanghai Clearing House, Hong Kong Exchanges & Clearing und die Central Moneymarkets Unit (CMU). Ein auf Lieferung gegen Zahlung (Delivery versus Payment, DVP) beruhendes Abwicklungssystem für Transaktionen, die im Rahmen des Bond Connect-Programms vorgenommen werden, wurde im August 2018 umgesetzt, um das Abwicklungsrisiko zu vermindern.

Die letztendlichen ausländischen qualifizierten Anleger sind die wirtschaftlichen Eigentümer der entsprechenden CIBM-Anleihen und können ihre Rechte gegenüber dem Anleiheemittenten über die CMU als Nominee-Inhaber ausüben. Der Nominee-Inhaber kann seine Gläubigerrechte ausüben und Klagen gegen Anleiheemittenten vor chinesischen Gerichten erheben.

Über das Bond Connect-Programm gehandelte CIBM-Wertpapiere können Risiken ausgesetzt sein, zu denen unter anderem das Gegenpartei-Ausfallrisiko, das Abrechnungsrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Betriebsrisiko, aufsichtsrechtliche Risiken, das Risiko einer Besteuerung in der VRC und das Reputationsrisiko zählen.

Das Bond Connect-Programm umfasst erst kürzlich entwickelte Handelssysteme. Es kann nicht gewährleistet werden, dass diese Systeme korrekt funktionieren oder nicht weiteren Änderungen oder Anpassungen unterliegen werden.

Wertpapiere, die über Bond Connect gehandelt werden, können auch den unter „Risiko in Verbindung mit CIBM Direct“ beschriebenen Risiken ausgesetzt sein.

### **Risiko in Verbindung mit CIBM Direct**

Es gibt Fonds, die direkt am chinesischen Anleihemarkt (Chinese Interbank Bond Market bzw. CIBM) Handelsgeschäfte tätigen, weil sie dadurch Zugang zu einer größeren Auswahl an Produkten und Gegenparteien haben. Der CIBM ermöglicht auch Handelsgeschäfte in CNY, wohingegen im Rahmen von Bond Connect Geschäfte nur in CNH ausgeführt werden.

Mit dem Handel am CIBM können spezifische Risiken verbunden sein; Marktvolatilität und potenzielle Knappheit an Liquidität können dazu führen, dass die Preise bestimmter Schuldtitel stark schwanken. Fonds, die an diesem Markt investieren, unterliegen daher Liquiditäts- und Volatilitätsrisiken und erleiden unter Umständen Verluste beim Handel mit chinesischen Onshore-Anleihen.

Sofern ein Fonds am China Interbank Bond Market in chinesische Onshore-Titel investiert, kann der Fonds auch Risiken in Verbindung mit Abrechnungsverfahren und einem Kontrahentenausfall unterliegen. Die Gegenpartei, die ein Geschäft mit dem Fonds geschlossen hat, kommt möglicherweise ihrer Verpflichtung zur Abwicklung der Transaktion durch Lieferung des betreffenden Wertpapiers oder durch Bezahlung nicht nach.

Der China Interbank Bond Market unterliegt auch regulatorischen Risiken: Die einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen können sich ändern und unter Umständen rückwirkend anwendbar sein. Wenn die zuständigen Behörden in Festlandchina die Kontoeröffnung oder den Handel am CIBM aussetzen, kann sich dies negativ auf die Fähigkeit eines Fonds auswirken, am CIBM zu investieren. In diesem Fall kann die Fähigkeit eines Fonds, sein Anlageziel zu erreichen, beeinträchtigt werden.

Bezüglich der Behandlung der Einkommensteuer und anderer Steuern, die hinsichtlich des Handels am CIBM über Bond Connect von qualifizierten ausländischen institutionellen Anlegern zu entrichten sind, wurden von den Steuerbehörden Festlandchinas keine speziellen schriftlichen Anweisungen erlassen.

#### **Das mit der chinesischen Regel in Bezug auf kurzfristige Schwankungsgewinne verbundene Risiko**

Im Rahmen der Bestimmungen von Festlandchina in Bezug auf die Offenlegung von Interessen, kann ein Fonds so gestellt werden, als handle er im Einklang mit anderen von der Verwaltungsgesellschaft und/oder dem Anlageverwalter oder ihren jeweiligen verbundenen Unternehmen verwalteten Fonds und Mandaten, und er kann somit dem Risiko unterliegen, dass die Beteiligungen des Fonds mit den Beteiligungen dieser anderen Fonds und Mandate zusammengenommen gemeldet werden müssen, falls die Gesamtbeteiligungen die Meldeschwelle nach dem Recht von Festlandchina überschreiten, die derzeit bei 5 % der gesamten umlaufenden Aktien einer börsennotierten Gesellschaft liegt. Dies kann die Beteiligungen des Fonds der Öffentlichkeit aussetzen und eventuell die Performance des Fonds beeinträchtigen.

Darüber hinaus kann vorbehaltlich der Interpretation der Gerichte und Aufsichtsbehörden in Festlandchina für die Anlagen eines Fonds die Regel von Festlandchina in Bezug auf kurzfristige Schwankungsgewinne greifen, mit der Folge, dass der Fonds seine Beteiligung an einer in Festlandchina börsennotierten Gesellschaft innerhalb von sechs Monaten ab dem letzten Kauf von Aktien dieser Gesellschaft nicht reduzieren kann, wenn die Beteiligung des Fonds (möglicherweise mit den Beteiligungen anderer Anleger zusammengenommen, die als konzertierte Parteien des Fonds angesehen werden) mehr als 5 % der gesamten umlaufenden Aktien dieser Gesellschaft ausmacht. Wenn der Fonds gegen die Regel verstößt und eine Beteiligung an einer solchen Gesellschaft innerhalb des Sechsmonatszeitraums verkauft, muss er auf Aufforderung durch die börsennotierte Gesellschaft eventuell alle dadurch erzielten Gewinne an die börsennotierte Gesellschaft zurückzahlen. Darüber hinaus können die Vermögenswerte des Fonds im Rahmen der Zivilverfahren von Festlandchina nach Maßgabe der Forderungen solcher Gesellschaften gesperrt werden. Die Tatsache, dass derartige Vermögenswerte nicht verkauft werden können, und jegliche Verpflichtung zur Rückerstattung von Gewinnen können die Performance des Fonds beeinträchtigen.

#### **Das mit der Absicherung von Anteilsklassen verbundene Risiko**

Die Gesellschaft kann im Hinblick auf eine bestimmte Anteilsklasse (die „abgesicherte Anteilsklasse“) Währungsabsicherungsgeschäfte eingehen. Absicherungsgeschäfte zielen darauf ab, das Währungsrisiko der Anleger so weit wie möglich zu reduzieren.

Alle Finanzinstrumente, die für die Implementierung solcher Absicherungsstrategien in Bezug auf eine oder mehrere Fondsklassen verwendet werden, sind Vermögenswerte und/oder Verbindlichkeiten des Fonds als Ganzem, werden aber der/den jeweiligen Klasse(n) zugeordnet, und die Gewinne/Verluste sowie die Kosten der jeweiligen Finanzinstrumente fallen ausschließlich der jeweiligen Klasse zu. Die Währungsrisiken einer Klasse können nicht mit denen einer anderen Klasse eines Fonds kombiniert oder verrechnet werden. Die Währungsrisiken der Vermögenswerte, die einer Klasse zugeordnet werden können, dürfen keinen anderen Klassen zugeordnet werden. Währungsabsicherungsgeschäfte für eine Klasse dürfen keine beabsichtigte Hebelung zur Folge haben. Allerdings kann die Absicherung für kurze Zeiträume zwischen dem Eingang der Rücknahmeanweisungen und der Durchführung des Absicherungsgeschäfts 100 % überschreiten.

Die Anteilsklassen H4 und H4E Hedged unterliegen aufgrund von Devisenkontrollen durch die Währungsbehörde in Brasilien einem anderen Absicherungsmodell, das im Abschnitt „Abgesicherte Anteilsklassen“ dieses Prospekts näher beschrieben ist.

Es kann nicht garantiert werden, dass Versuche, das Währungsrisiko abzusichern, erfolgreich sein werden, und keine Absicherungsstrategie kann das Währungsrisiko vollkommen eliminieren. Falls eine Absicherungsstrategie unvollständig oder erfolglos ist, können der Wert des Vermögens und die Erträge dieses Fonds anfällig gegenüber Wechselkursschwankungen bleiben.

Im Falle eines Nettokapitalflusses in eine bzw. aus einer abgesicherten Anteilsklasse heraus kann die Absicherung möglicherweise nicht sofort angepasst werden und schlägt sich möglicherweise erst am auf den Bewertungstag, an dem die Anweisung akzeptiert wurde, folgendem oder einem noch späteren Geschäftstag im Nettoinventarwert der abgesicherten Anteilsklasse nieder.

Den Anlegern sollte bewusst sein, dass es unter Umständen dazu kommen kann, dass ein Absicherungsgeschäft Wechselkursgewinne reduziert, die die Bewertung des betreffenden Fonds ansonsten erzielt hätte. Die Gewinne/Verluste aus solchen Absicherungsgeschäften sowie die damit verbundenen Kosten werden ausschließlich der maßgeblichen abgesicherten Anteilsklasse zugerechnet.

Nähere Informationen zu den Regeln, die für die Zuordnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf Klassenebene gelten, finden sich in Anhang D.

### Konzentrationsrisiko

Einige Fonds können über eine Anlagepolitik verfügen, im Rahmen derer ausdrücklich die Absicht angegeben wird, den Bestand eines Portfolio bei einer vergleichsweise beschränkten Anzahl von Emittenten oder einer konzentrierten Zuweisung auf einen bestimmten Wirtschaftssektor oder eine bestimmte Region zu halten. Da sie weniger diversifiziert sind, können diese Fonds volatiler sein als breit gestreute Fonds, oder sie können einem höheren Risiko ausgesetzt sein, da ein schlechteres Abschneiden einer oder einiger weniger Positionen, Wirtschaftsbereiche oder geografischen Gebiete eine stärkere Auswirkung auf das Fondsvermögen hat. Die jeweiligen Fonds können durch diese höhere Volatilität oder dieses höhere Risiko beeinträchtigt werden.

### Das mit wandelbaren und hybriden Wertpapieren verbundene Risiko

Wandelbare Wertpapiere sind im Allgemeinen Schuldverschreibungen, Vorzugsaktien oder sonstige Wertpapiere, die Zinsen oder Dividenden zahlen und die vom Inhaber innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu einem bestimmten Ausübungspreis in Stammaktien umgewandelt werden können. Der Wert von wandelbaren Wertpapieren kann parallel zum Marktwert der zugrunde liegenden Aktie steigen und fallen oder wie ein Schuldtitel abhängig von Schwankungen der Zinssätze und der Bonität des Emittenten schwanken. Ein wandelbares Wertpapier entwickelt sich tendenziell eher wie eine Aktie, wenn der zugrunde liegende Aktienkurs im Verhältnis zum Ausübungspreis hoch ist (weil ein größerer Teil des Wertes in der Wandeloption steckt), und eher wie ein Schuldtitel, wenn der zugrunde liegende Aktienkurs im Verhältnis zum Ausübungspreis niedrig ist (weil die Wandeloption weniger wertvoll ist). Da der Wert eines wandelbaren Wertpapiers von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst werden kann, ist es nicht so empfindlich gegenüber Zinssatzschwankungen wie ein ähnlicher nicht wandelbarer Schuldtitel und es hat ein geringeres Gewinn- oder Verlustpotenzial als die zugrunde liegende Aktie.

Hybride Wertpapiere sind solche, die wie die vorstehend beschriebenen wandelbaren Wertpapiere Merkmale von Schuldtiteln und Aktien miteinander verbinden. Hybride Wertpapiere können von Unternehmen begeben werden (diese werden als private hybride Wertpapiere bezeichnet), oder von Finanzinstituten (diese werden allgemein als bedingte Wandelanleihen oder „CoCo-Bonds“ bezeichnet). Hybride Wertpapiere sind nachrangige Instrumente, die in der Kapitalstruktur allgemein zwischen Aktien und anderen nachrangigen Schuldtiteln eingestuft sind. Dies bedeutet, dass diese Wertpapiere die nachrangigsten Wertpapiere vor Aktien sind. Solche Wertpapiere haben in der Regel eine lange Laufzeit und können sogar unbefristet sein. Kuponzahlungen können im Ermessen des Emittenten liegen und von diesem jederzeit aus beliebigem Grund und auf beliebige Zeit ausgesetzt werden. Die Stornierung von Kuponzahlungen stellt eventuell kein Ausfallereignis dar. Hybride Wertpapiere sind auf vorab bestimmten Niveaus kündbar. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass hybride Wertpapiere einschließlich Wertpapiere ohne Laufzeitbegrenzung am Kündigungstermin gekündigt werden. Der Anleger erhält den Kapitalbetrag nicht unbedingt an einem bestimmten Kündigungstermin oder an irgendeinem Datum zurück.

Von Finanzinstituten begebene bedingt wandelbare Wertpapiere („CoCo-Bonds“), die im Anschluss an die Finanzkrise von 2008/2009 beliebt wurden, um die Auswirkungen angespannter Marktbedingungen abzumildern, weisen bestimmte zusätzliche Merkmale auf, die für private hybride Wertpapiere nicht typisch sind. Bei CoCo-Bonds ist die Umwandlung an ein vorab bestimmtes auslösendes Ereignis, das auf der Kapitalstruktur des Finanzinstituts beruht, und/oder an den Zeitpunkt geknüpft, zu dem die Aufsichtsbehörde die Bank als nicht mehr tragfähig erachtet. Die bedingte Wandelanleihe kann in Aktien umgewandelt werden oder alternativ dazu lediglich Verluste absorbieren und nicht umgewandelt werden. Die Auslöseschwellen können von einer Emission zur anderen unterschiedlich sein und das Umwandlungsrisiko hängt vom Abstand der Kapitalquote von der Auslöseschwelle und/oder von dem Punkt ab, an dem die Aufsichtsbehörde den Emittenten nicht mehr für tragfähig erachtet (d. h. die Anleihen sind „einziehbar“, wenn die Tragfähigkeitsschwelle erreicht ist). Dies macht es für den Anlageverwalter und/oder die Co-Anlageverwalter des jeweiligen Fonds schwierig, die Auslöseereignisse vorwegzunehmen, die eine Umwandlung der Schuldtitel in Aktien oder eine einfache Verlustübernahme erzwingen würden. Es kann für den Anlageverwalter und/oder Co-Anlageverwalter zudem schwierig sein, einzuschätzen, wie sich die Wertpapiere bei der Umwandlung entwickeln werden. Da die Umwandlung im Anschluss an ein bestimmtes Ereignis erfolgt, kann die Umwandlung erfolgen, wenn der Kurs der zugrunde liegenden Aktie niedriger ist als bei der Emission oder beim Kauf der Anleihe. Während herkömmliche wandelbare Wertpapiere nach Wahl des Inhabers wandelbar sind und der Inhaber solcher Anleihen diese im Allgemeinen umwandelt, wenn der Aktienkurs über dem Ausübungspreis liegt (d. h. wenn sich der Emittent gut entwickelt), werden CoCo-Bonds tendenziell umgewandelt, wenn sich der Emittent in einer Krise befindet und zusätzliches Eigenkapital oder Verlustübernahmen benötigt, um zu überleben. Daher besteht bei CoCo-Bonds ein größeres Kapitalverlustpotenzial als bei herkömmlichen wandelbaren Wertpapieren. Die Umwandlung könnte durch einen erheblichen Kapitalverlust, der sich im Zähler niederschlägt, oder durch eine im Nenner gemessene Zunahme der risikogewichteten Aktiva (aufgrund einer Verlagerung hin zu risikoreicheren Anlagen) ausgelöst werden. Anders als bei privaten hybriden Wertpapieren werden stornierte Kuponzahlungen im Allgemeinen nicht kumuliert, sondern stattdessen abgeschrieben. Die Kupons von Inhabern von CoCo-Bonds können storniert werden, während der Emittent weiterhin Dividenden auf seine Stammaktien zahlt. Im Gegensatz dazu weisen private hybride Wertpapiere normalerweise sogenannte „Dividenden-Pusher-/Stopper-Klauseln“ auf, die die Zahlung von Kupons auf hybride Wertpapiere an Aktiendividenden knüpfen. CoCo-Bonds können unter dem Risiko einer Umkehr der Kapitalstruktur leiden, da den Anlegern in solchen Wertpapieren ein Kapitalverlust entstehen kann, wenn dies bei Aktien nicht der Fall ist, falls die vorab festgelegte

Auslöseschwelle überschritten wird, bevor die Aufsichtsbehörde den Emittenten als nicht mehr tragbar erachtet (wenn die Aufsichtsbehörde den Emittenten für nicht mehr tragbar erklärt, bevor die Auslöseschwelle überschritten wird, sollte die übliche Gläubigerhierarchie gelten). Der Wert von CoCo-Bonds kann plötzlich fallen, wenn die Auslöseschwelle erreicht wird. Ein Fonds muss eventuell Barmittel oder Wertpapiere mit einem geringeren Wert als dem seiner ursprünglichen Anlage akzeptieren, und in Fällen, in denen die CoCo-Bonds ausschließlich zur Verlustübernahme konzipiert sind, kann der Fonds seine gesamte Anlage verlieren.

### **Das mit einem Rohstoffengagement verbundene Risiko**

Das Engagement eines Fonds in Anlagen in rohstoffbezogenen Instrumenten ist mit besonderen Risiken verbunden. Die Anlage in rohstoffbezogenen Instrumenten einschließlich des Handels mit Rohstoffindizes und mit rohstoffbezogenen Derivaten ist spekulativ und kann äußerst volatil sein. Marktpreise für Rohstoffe können aufgrund zahlreicher Faktoren, einschließlich Änderungen der Angebots- und Nachfragebeziehungen (unabhängig davon, ob diese real, mutmaßlich, erwartet oder unerwartet sind und ob sie wahrgenommen werden oder nicht); Wetter; Landwirtschaft; Handel; in- und ausländische politische und wirtschaftliche Ereignisse und Maßnahmen; Krankheiten; Epidemien; technologische Entwicklungen sowie Währungs- und sonstige Regierungspolitiken, -maßnahmen und Unterlassungen, schnellen Schwankungen unterliegen. Die aktuellen oder Kassapreise physischer Rohstoffe können sich außerdem volatil und inkohärent auf die Preise von Futures auf den jeweiligen Rohstoff auswirken. Bestimmte Rohstoffe werden überwiegend in einer Branche verwendet, und Schwankungen des Aktivitätsniveaus in einer Branche (oder die Verfügbarkeit alternativer Ressourcen für diese Branche) können eine übermäßige Auswirkung auf die globale Nachfrage nach einem bestimmten Rohstoff haben. Darüber hinaus hat das kürzliche Wachstum der industriellen Fertigung und des Bruttoinlandsprodukts manche Entwicklungsländer zu übermäßigen Rohstoffnutzern gemacht und das Ausmaß erhöht, in dem bestimmte Rohstoffpreise von diesen Märkten beeinflusst werden.

### **Risiko eines Ausfalls von Computersystemen**

Die vom Anlageverwalter oder seinen Beauftragten und dem Fonds angewandte Handelsstrategie basiert auf computergenerierten Handelssignalen. Darüber hinaus generieren bestimmte Komponenten der Handelsstrategie ein hohes Handelsvolumen, das nur über eine vollautomatische Handelsinfrastruktur abgewickelt werden kann. Solche Strategien sind daher in hohem Maße vom ordnungsgemäßen Funktionieren der IT-Systeme und -Prozesse des Anlageverwalters oder seiner Beauftragten, des Fonds, der Gegenparteien, der Verwaltungsstelle, der elektronischen Handelsplattformen, der Börsen, der Datenanbieter, der Dienstleister und der Marktinfrastruktur abhängig. Es kann zu Ausfällen von Computersystemen (Softwarefehler, Systemfehler, Datenfehler, Cybersicherheitsvorfälle und Cyberangriffe usw.) kommen. Außerdem hängen solche Strategien in hohem Maße von der Einrichtung zuverlässiger elektronischer Kommunikationsverbindungen zwischen den genannten Parteien ab. Dementsprechend könnte jede Beeinträchtigung oder jeder Ausfall der Informationstechnologie oder der Kommunikationssysteme bei einer der oben genannten Parteien oder ihren jeweiligen Auftragnehmern zu Fehlern, Verzögerungen oder Unterbrechungen im Handelsprozess führen. Derartige Fehler, Folgefehler, Verzögerungen oder die Unmöglichkeit, Handelsgeschäfte zu tätigen (selbst für einen kurzen Zeitraum) könnten unter bestimmten Marktbedingungen dazu führen, dass eine Anlage im Fonds erhebliche Verluste erleidet oder dem Fonds bedeutende Handelsmöglichkeiten entgehen.

Darüber hinaus könnte jede Beeinträchtigung oder jeder Ausfall der Informationstechnologie oder der Kommunikationssysteme zu wesentlich nachteiligen Folgen für den Fonds führen, einschließlich des Haltens falscher Positionen, erheblicher Handelsverluste, der Nichteinhaltung von Handelsbeschränkungen und -vorschriften sowie der Nichteinhaltung von Risikobeschränkungen, was sich negativ auf die Wertentwicklung einer Anlage im Fonds auswirken kann. Möglicherweise muss der Fonds diese Verluste schließlich in vollem Umfang übernehmen, ohne dafür entschädigt zu werden.

Viele der vom Fonds oder dem Anlageverwalter oder seinen Beauftragten in Anspruch genommenen IT-Dienstleistungen werden auf „As-is“-Basis genutzt, und die Dienstleister werden häufig bei Fehlern oder Dienstunterbrechungen schadlos gehalten, außer im Falle von grober Fahrlässigkeit, vorsätzlicher Unterlassung oder Betrug.

### **Kontrahentenrisiko**

Das Kontrahentenrisiko ist das Risiko für jede an einem Vertrag beteiligte Partei, dass die Gegenpartei ihre vertraglichen Verpflichtungen und/oder Zusagen gemäß den Konditionen dieses Vertrags aufgrund einer Insolvenz, eines Konkurses oder aus sonstigen Gründen nicht erfüllt.

Wenn OTC- oder andere bilaterale Kontrakte abgeschlossen werden (u. a. OTC-Derivate, Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihen usw.), kann die Gesellschaft selbst einem Risiko ausgesetzt sein aufgrund der Solvenz seiner Vertragspartner und deren Unfähigkeit, die Bedingungen dieser Kontrakte einzuhalten.

### **Kreditrisiko**

Das Kreditrisiko, ein grundlegendes Risiko in Bezug auf alle festverzinslichen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, ist die Möglichkeit, dass ein Emittent seinen Tilgungs- und Zinszahlungen bei Fälligkeit nicht nachkommt. Normalerweise bieten Emittenten mit höherem Kreditrisiko für dieses zusätzliche Risiko auch höhere Erträge. Umgekehrt bieten Emittenten mit geringerem Kreditrisiko im Normalfall niedrigere Erträge. Im Allgemeinen gelten staatliche Wertpapiere in Bezug auf das Kreditrisiko als am sichersten, während Unternehmensschuldtitel – insbesondere diejenigen mit schlechterer Bonität – das

höchste Kreditrisiko tragen. Änderungen der finanziellen Lage eines Emittenten, Änderungen der wirtschaftlichen und politischen Umstände im Allgemeinen oder Änderungen der wirtschaftlichen und politischen Umstände speziell in Bezug auf einen Emittenten (insbesondere einen staatlichen oder supranationalen Emittenten) – all das sind Faktoren, die die Kreditwürdigkeit und den Wert der Wertpapiere eines Emittenten beeinträchtigen können. In Bezug auf das Kreditrisiko besteht das Risiko einer Herabstufung durch eine Rating-Agentur. Ratingagenturen wie z. B. Standard & Poor's, Moody's und Fitch bieten Ratings für eine breite Palette von Rentenpapieren (Unternehmens- und Staatsanleihen und Anleihen von supranationalen Organisationen), die auf deren Bonität basieren. Die Agenturen können ihre Ratings gelegentlich aufgrund von finanziellen, wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Faktoren ändern, was sich im Falle einer Herabstufung negativ auf den Wert der betroffenen Wertpapiere auswirken kann.

### Das mit Credit-Linked-Papieren verbundene Risiko

Credit-Linked-Papiere sind Schuldtitel, die eine Beteiligung an einem Pool mindestens eines Unternehmensschuldtitels oder Credit Default Swaps auf Schuld- oder Bankkreditverpflichtungen darstellen oder anderweitig durch sie besichert sind. Derartige Schuldtitel können Verpflichtungen von einem oder mehreren Unternehmensemittenten darstellen. Ein Fonds, der in Credit-Linked-Papieren investiert, hat das Recht, periodische Zinszahlungen vom Emittenten des Credit-Linked-Papiers (üblicherweise der Verkäufer der/des zugrunde liegenden Credit Default Swaps) zu einem festgelegten Zinssatz sowie die Rückzahlung des Kapitals am Fälligkeitstermin zu erhalten.

Ein Fonds, der in Credit-Linked-Papiere investiert, hat das Risiko, seine hauptsächliche Anlage und die erwarteten regelmäßigen Zinszahlungen aus der Laufzeit seiner Anlage in das Credit-Linked-Papier zu verlieren, wenn eine oder mehrere Schuldenverpflichtungen, der/die dem Credit-Default-Swap zugrunde liegt/liegen, ausfallen oder anderweitig nicht ausgeführt werden können. Bei einem solchen Kreditereignis (einschließlich Insolvenz, Versäumnis der rechtzeitigen Zahlung der Zinsen oder des Kapitalbetrags oder einer Umstrukturierung), wird der betroffene Fonds im Allgemeinen die Restschuld des entsprechenden Credit-Linked-Papiers um den anteilmäßigen Zins im Nennwert der ausgefallenen zugrunde liegenden Schuldverpflichtung im Tausch gegen den tatsächlichen Wert der ausgefallenen zugrunde liegenden Verpflichtung oder der ausgefallenen zugrunde liegenden Verpflichtung selbst herabsenken, was zum Verlust eines Teils der Anlage der Fonds führt. Daraufhin wird der auf das Credit-Linked-Papier entfallende Zinssatz auf Grundlage eines kleineren Kapitalbetrags erhöht und ein kleinerer Kapitalbetrag wird bei Fälligkeit zurückgezahlt. Wenn ein Credit-Linked-Papier eine Beteiligung an den Basisschuldtiteln eines einzelnen Unternehmensemittenten oder sonstigen Emittenten darstellt, ist ein Kreditereignis hinsichtlich des Emittenten mit einem höheren Verlustrisiko für den Fonds verbunden, als wenn das Credit-Linked-Papier eine Beteiligung an den Basisschuldtiteln mehrerer Unternehmen darstellt.

Darüber hinaus trägt der Fonds das Risiko, dass der Emittent des Credit-Linked-Papiers ausfällt oder zahlungsunfähig wird. In diesem Fall kann der Fonds die Rückzahlung des Kapitalbetrags seiner Anlage oder die verbleibenden periodischen Zinszahlungen nur mit Schwierigkeiten oder gar nicht erhalten.

Eine Anlage in Credit-Linked-Papiere beinhaltet auch das Vertrauen der Gegenpartei des vereinbarten Credit-Default-Swaps darauf, dass der mit dem Emittent des Credit-Linked-Papiers die regelmäßigen Zahlungen im Rahmen der Bedingungen des Swaps tätigt. Jegliche Verzögerung oder Beendigung in Bezug auf solche Zahlungen kann in bestimmten Fällen zu Verzögerungen oder Verringerungen der Zahlungen an den Fonds als Anleger in solchen Credit-Linked-Papieren führen. Außerdem werden Credit-Linked-Papiere üblicherweise mit beschränkten Regressverpflichtungen des Emittenten dieser Wertpapiere strukturiert, so dass die ausgegebenen Wertpapiere in der Regel nur für den Emittenten Verpflichtungen zur Folge haben und für andere Personen zu keinen Verpflichtungen oder Verantwortlichkeiten führen.

Credit-Linked-Papiere werden mehrheitlich als Wertpapiere gemäß Vorschrift 144A des US-Aktiengesetzes (SEC Rule 144A, Securities Act) strukturiert, sodass diese uneingeschränkt zwischen institutionellen Käufern gehandelt werden können. Ein Fonds kauft in der Regel nur Credit-Linked-Papiere, die nach Ansicht des Anlageverwalters und/oder der Co-Anlageverwalter als liquide gelten. Der Markt für Credit-Linked-Papiere kann jedoch plötzlich illiquide werden. Die anderen Parteien der Transaktion sind unter Umständen die einzigen Investoren, die das Derivat hinreichend kennen, um dafür Angebote abgeben zu wollen. Liquiditätsveränderungen können bei Credit-Linked-Papieren erhebliche rapide und unvorhersehbare Kursschwankungen zur Folge haben. In manchen Fällen kann kein Marktpreis für Credit-Linked-Papiere zur Verfügung stehen oder der Marktpreis kann unzuverlässig sein, sodass der Fonds Schwierigkeiten haben kann, dieses Wertpapier zu einem Preis zu verkaufen, den der Anlageverwalter und/oder die Co-Anlageverwalter als fair erachten.

Der Wert von Credit-Linked-Papieren steigt oder fällt üblicherweise in Übereinstimmung mit jeglicher Wertschwankung des vom Emittenten gehaltenen Basisschuldtitels und des Credit Default Swaps. Wenn die Credit-Linked-Papiere so strukturiert sind, dass die Zahlungen an einen Fonds auf Beträgen beruhen, die hinsichtlich der im relevanten Credit Default Swap festgelegten Basisschuldtitel oder hinsichtlich deren Entwicklung in Empfang genommen werden, können Wertschwankungen der Schuldtitel den Wert der Credit-Linked-Papiere beeinflussen.

## Das mit Katastrophenanleihen verbundene Risiko

Versicherungsverbriefungen wie Katastrophenanleihen können infolge von Versicherungsereignissen einen schweren oder vollständigen Verlust nach sich ziehen. Katastrophenanleihen sind ein Beispiel für Versicherungsverbriefungen, bei denen bestimmte Risiken (im Allgemeinen das Risiko von Naturkatastrophen wie Hurrikans, Erdbeben, Tornados, Überschwemmungen, Unwetter oder andere versicherte Ereignisse) vom Emittenten oder Sponsor auf den Anleger übertragen werden. Katastrophenanleihen weisen im Allgemeinen Risiko- und Renditemerkmale auf, die nicht mit denjenigen der allgemeinen Finanzmärkte korrelieren.

Der Eintritt und die Schwere solcher Katastrophen sind naturgemäß nicht vorhersehbar und die Verluste des betreffenden Fonds infolge solcher Katastrophen könnten erheblich sein. Klima- oder andere Ereignisse, die zu einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit und/oder Schwere solcher Ereignisse führen können (z. B. die globale Erwärmung, die häufigere und stärkere Hurrikans zur Folge hat), können sich deutlich negativ auf den betreffenden Fonds auswirken. Auch wenn das Engagement eines Fonds in solchen Ereignissen gemäß seiner Anlagepolitik diversifiziert wird, könnte ein einzelnes Katastrophenereignis mehrere geografische Gebiete und Geschäftsbereiche betreffen oder die Häufigkeit oder Schwere von Katastrophenereignissen könnte über den Erwartungen liegen. Beides könnte sich deutlich negativ auf den Nettoinventarwert des betreffenden Fonds auswirken.

Anleger können ihren gesamten Anlagebetrag oder einen Teil davon verlieren, wenn eine Naturkatastrophe oder ein anderes Versicherungsereignis eine Zahlung gemäß der zugrunde liegenden Risikoübertragungsvereinbarung auslöst, auf die sich die Versicherungsverbriefungen beziehen.

## Risiko in Verbindung mit Änderungen an den Handelsmodellen, Risikosystemen und IT-Systemen des Anlageverwalters (oder seiner Beauftragten)

Der Anlageverwalter oder seine Beauftragten können nach eigenem Ermessen bestimmte Änderungen an den Handelsmodellen und Risikosystemen ohne die Zustimmung des Fonds und seiner Anteilsinhaber vornehmen. Eine Änderung an den Handelsmodellen oder Risikosystemen birgt ein Risiko, da es schwierig ist, die künftige tatsächliche Leistung solcher neuen Modelle oder Risikosysteme vorherzusehen. Auch die Einführung neuer Informationstechnologien, die für den Betrieb solcher neuen Modelle und Risikosysteme erforderlich sind, kann Risiken mit sich bringen. Die Einführung neuer Modelle, Risikosysteme, Software und/oder IT-Systeme birgt verschiedene Risiken, einschließlich Risiken aufgrund von Programmier- und/oder technischen Fehlern. Neue oder aktualisierte Handelsmodelle, Risikosysteme, Software oder IT-Systeme funktionieren möglicherweise nicht wie erwartet. Sollten diese Risiken Realität werden, können die Anleger erhebliche Verluste erleiden, ohne dass sie dafür entschädigt werden.

## Verwahrungsrisiko

Die Vermögenswerte der Gesellschaft (einschließlich etwaiger Vermögenswerte, die die Gesellschaft bei Wertpapierleih-, Pensions- oder umgekehrten Pensionsgeschäften erwirbt) werden von der Verwahrstelle verwahrt und die Anleger sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Verwahrstelle im Falle des Konkurses der Verwahrstelle nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtung zur Rückgabe aller Vermögenswerte der Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit vollständig zu erfüllen. Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden in den Büchern der Verwahrstelle als der Gesellschaft gehörend ausgewiesen. Von der Verwahrstelle verwahrte Wertpapiere und Schuldverschreibungen (einschließlich Darlehensabtretungen und Darlehensbeteiligungen) werden von den sonstigen Vermögenswerten der Verwahrstelle getrennt gehalten werden, wodurch das Risiko, dass sie im Falle eines Konkurses nicht zurückgegeben werden, reduziert, jedoch nicht vollständig ausgeräumt wird. Eine solche Trennung gilt jedoch nicht für Zahlungsmittel, die das Risiko einer Nichtzurückzahlung im Falle eines Konkurses erhöhen. Die Verwahrstelle verwahrt nicht alle Vermögenswerte der Gesellschaft selbst, sondern nutzt ein Netzwerk von Unterverwahrstellen, die nicht derselben Gruppe angehören wie die Verwahrstelle. Die Anleger sind auch dem Risiko des Konkurses der Unterverwahrstelle ausgesetzt. Ein Fonds kann in Märkten investieren, deren Verwahr- und/oder Abrechnungssysteme nicht vollständig entwickelt sind.

## Das mit Schuldtiteln verbundene Risiko

Alle Fonds, die in Schuldtitel oder Geldmarktinstrumente investieren, unterliegen einem Zinsrisiko, Kreditrisiko und Ausfallrisiko und sie können spezifischen Risiken einschließlich unter anderem dem mit Staatsanleihen verbundenen Risiko, dem mit Hochzinsanleihen verbundenen Risiko, dem mit Umstrukturierungen verbundenen Risiko und dem Risiko in Verbindung mit der Verwendung von Kreditratings ausgesetzt sein.

Ein festverzinsliches Wertpapier wird im Allgemeinen im Wert steigen, wenn die Zinssätze fallen, und im Wert fallen, wenn die Zinssätze steigen. Festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten reagieren empfindlicher auf Zinsänderungen als kurzfristige Wertpapiere. Variabel verzinsliche Wertpapiere (zu denen sog. Floater gehören) sind im Allgemeinen weniger anfällig gegenüber Zinsschwankungen als fest verzinsliche Schuldtitel.

Einige Fonds investieren in Schuldtitel, auf die der Emittent im Moment keine Zinszahlungen leistet (notleidende Wertpapiere). Diese Fonds dürfen notleidende Wertpapiere kaufen, wenn es nach Ansicht des Anlageverwalters und/oder der Co-Anlageverwalter wahrscheinlich ist, dass der Emittent die Leistung der Zinszahlungen wieder aufnehmen dürfte, oder andere vorteilhafte Entwicklungen in naher Zukunft absehbar sind. Diese Wertpapiere können illiquide werden.

Staatliche Schuldtitel können neben den mit Schuldtiteln und ausländischen Wertpapieren im Allgemeinen verbundenen Risiken weiteren Risiken unterliegen, einschließlich unter anderem des Risikos, dass ein staatlicher Emittent nicht Willens oder in der Lage ist, Zins- und Tilgungszahlungen auf seine staatlichen Schuldtitel zu leisten. In Bezug auf staatliche Schuldtitel bestehen im Allgemeinen keine Insolvenzverfahren. Wenn ein staatlicher Emittent seinen Staatsschuldenverpflichtungen nicht nachkommt (oder wenn dies angedroht wird), kann die Verschuldung umstrukturiert werden. Im Falle eines Ausfalls bei Staatsschulden stehen einem Fonds eventuell nur begrenzte rechtliche Mittel gegen den entsprechenden staatlichen Emittenten zur Verfügung. Fonds können in staatliche Schuldtitel investieren, die von staatlichen oder halbstaatlichen Stellen in als Schwellenländer oder Frontier Markets bezeichneten Ländern emittiert werden und die aufgrund von Faktoren wie größeren politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, Währungsschwankungen, Rückführungsbeschränkungen oder Kapitalkontrollen im Vergleich zu weiter entwickelten Ländern mit zusätzlichen Risiken verbunden sind.

Manche Fonds können in Hochzinsschuldtitel ohne Anlagequalität investieren. Hochzinsschuldtitel (einschließlich Darlehen) und nicht bewertete Wertpapiere mit vergleichbarer Bonität („Hochzinsschuldinstrumente“ oder „Junk Bonds“) sind mit einem höheren Verlustrisiko oder einem höheren Risiko von Verzögerungen bei den Zins- und Tilgungszahlungen verbunden als qualitativ höherwertige Schuldtitel. Die Emittenten von Hochzinsschuldinstrumenten sind finanziell nicht so stark wie die Emittenten von Wertpapieren mit höherer Bonität. Hochzinsschuldinstrumente sind im Allgemeinen weniger liquide und ihre Preise schwanken stärker als qualitativ höherwertige Wertpapiere.

Manche Fonds können auch in die Wertpapiere von Unternehmen investieren, die an Fusionen, Konsolidierungen, Liquidationen und Umstrukturierungen beteiligt sind (unter anderem auch in Verbindung mit einem Konkurs). Derartige Ereignisse könnten die Geschäfts- und Managementstruktur der betroffenen Unternehmen stören, was für die Fonds ein höheres Anlagerisiko bedeuten könnte.

Die Verwendung von Kreditratings bei der Bewertung von Schuldtiteln kann mit bestimmten Risiken verbunden sein, einschließlich des Risikos, dass das Kreditrating nicht der derzeitigen finanziellen Lage des Emittenten entspricht oder Ereignisse seit der letzten Bewertung durch eine Ratingagentur nicht widerspiegelt. Kreditratings können von Interessenkonflikten beeinflusst werden oder auf historischen Daten basieren, die nicht mehr zutreffen oder richtig sind. In letzter Zeit wurden neue Rechts- und aufsichtsrechtliche Vorschriften zur Reformierung der Ratingagenturen diskutiert, die die Anlagen oder den Anlageprozess des Fonds beeinträchtigen könnten.

Schuldtitel unterliegen dem Risiko vorzeitiger Tilgungen, wenn der Emittent das Wertpapier vor der Fälligkeit des Wertpapiers ganz oder teilweise kündigen oder den Nennbetrag zurückzahlen kann. Wenn ein Fonds die erhaltenen vorzeitigen Tilgungen reinvestiert, erhält er eventuell einen niedrigeren Zinssatz als den des bestehenden Wertpapiers, was zu einer Reduzierung der Erträge und der Rendite des Fonds und seiner Ausschüttungen an die Anteilhaber führen kann. Wertpapiere, bei denen vorzeitige Tilgungen erfolgen, bieten in einem Umfeld mit rückläufigen Zinssätzen eventuell ein geringeres Gewinnpotenzial und ihre Preise können volatil sein. Das Risiko vorzeitiger Tilgungen ist in Zeiten rückläufiger Zinssätze höher.

### **Das mit Derivaten verbundene Risiko**

Die Wertentwicklung der Finanzderivate hängt weitgehend von der Wertentwicklung zugrunde liegender Währungen, Wertpapiere, Indizes oder anderer Referenzwerte ab und diese Derivate sind zusätzlich zu anderen Risiken häufig denselben Risiken wie die zugrunde liegenden Instrumente ausgesetzt. Ein Fonds kann Optionen, Futures, Optionen auf Futures und Terminkontrakte auf Währungen, Wertpapiere, Indizes, Zinssätze und andere Referenzwerte zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfolioverwaltung und/oder zu Anlagezwecken einsetzen. Derivate sind mit Kosten verbunden und können eine Hebelung im Portfolio des Fonds bewirken, die wiederum zu einer erheblichen Volatilität führen und dem Fonds Verluste (sowie auch Gewinne) in einer Höhe einbringen kann, die die ursprüngliche Anlage des Fonds erheblich übersteigen. Im Fall von Transaktionen mit Futures ist die Einschusssumme im Verhältnis zum Wert des Futures-Kontraktes relativ gering, sodass die Transaktionen durch „Fremdkapital“ oder „Kreditaufnahme“ finanziert werden. Eine relativ geringe Marktschwankung wird sich proportional stärker auswirken, was zum Vor- oder Nachteil des Fonds sein kann. Die Erteilung bestimmter Order, mit denen Verluste auf bestimmte Beträge begrenzt werden sollen, ist möglicherweise wirkungslos, weil die Ausführung dieser Order aufgrund der Marktbedingungen unmöglich sein kann.

Auch Optionsgeschäfte können ein hohes Risiko beinhalten. Der Verkauf (die „Zeichnung“ oder die „Einräumung“) einer Option beinhaltet im Allgemeinen ein erheblich größeres Risiko als der Kauf von Optionen. Die Prämie, die der Fonds erhält, ist zwar fest, dem Fonds können jedoch Verluste entstehen, die weit über diesen Betrag hinausgehen. Der Fonds ist außerdem dem Risiko ausgesetzt, dass der Käufer die Option ausübt und dass der Fonds verpflichtet ist, die Option bar zu begleichen oder die zugrunde liegende Anlage zu erwerben oder auszuliefern. Wenn die Option dadurch „gedeckt“ ist, dass der Fonds die entsprechende zugrunde liegende Anlage oder ein Future oder eine andere Option hält, kann das Risiko geringer sein. Das Verlustrisiko eines Fonds aufgrund einer Swap-Transaktion auf Nettobasis hängt davon ab, welche Partei verpflichtet ist, den Nettobetrag an die andere Partei zu bezahlen. Wenn der Kontrahent verpflichtet ist, den Nettobetrag an den Fonds zu zahlen, ist der Fonds dem Risiko des Verlustes des gesamten Betrags ausgesetzt, auf den der Fonds Anspruch hat. Wenn der Fonds verpflichtet ist, den Nettobetrag zu zahlen, ist das Verlustrisiko des Fonds auf den fälligen Nettobetrag beschränkt (siehe auch „Das mit Swaps verbundene Risiko“).



Bestimmte Derivate haben das Potenzial für ein hohes Maß an Hebelung unabhängig vom Umfang der ursprünglichen Anlage. Der Einsatz von Hebelung kann dazu führen, dass ein Fonds Portfoliopositionen auflöst, um seine Verpflichtungen zu erfüllen oder um Anforderungen zur Trennung von Vermögenswerten zu entsprechen, wenn dies eventuell nicht vorteilhaft ist. Zu den sonstigen Risiken gehören die Illiquidität, falsche Bepreisung oder inkorrekte Bewertung des Derivats und eine unvollständige Korrelation zwischen dem Wert des Derivats und dem Basiswert, so dass ein Fonds eventuell nicht die angestrebten Vorteile erzielt. Ihr erfolgreicher Einsatz hängt gewöhnlich von der Fähigkeit des Anlageverwalters und/oder der Co-Anlageverwalter ab, die Marktentwicklungen in Bezug auf das Basisinstrument richtig vorherzusagen. Falls sich ein oder mehrere Märkte oder die Preise bestimmter Anlageklassen unerwartet entwickeln, insbesondere unter ungewöhnlichen oder extremen Marktbedingungen, erzielt ein Fonds eventuell nicht die erwarteten Vorteile der Transaktion und es können ihm Verluste entstehen, die erheblich sein können. Wenn der Anlageverwalter oder Co-Anlageverwalter solche Derivate nicht erfolgreich einsetzt, kann die Performance eines Fonds schlechter sein, als wenn der Anlageverwalter oder Co-Anlageverwalter diese Derivate überhaupt nicht eingesetzt hätte. Sofern ein Fonds solche Instrumente zu Absicherungszwecken einsetzt, besteht das Risiko einer unvollständigen Korrelation zwischen den Wertschwankungen des Derivats und dem Wert des Basiswerts oder sonstigen abgesicherten Vermögenswerts. Es besteht außerdem, insbesondere unter extremen Marktbedingungen, das Risiko, dass ein Instrument, das normalerweise zur Absicherung dienen würde, überhaupt keine Absicherungswirkung hat.

Ein Fonds kann Geschäfte mit Derivaten tätigen, die an Börsen oder privat bzw. außerbörslich im Freiverkehr und nicht an einer Börse gehandelt werden. Bei börsengehandelten Derivaten handelt es sich unter anderem um Futures, Optionen, Optionen auf Futures und Optionsscheine. Beispiele für außerbörsliche Derivate sind unter anderem Devisentermingeschäfte, Zinsswaps, Credit Default Swaps, Total Return Swaps oder Differenzkontrakte. Der Einsatz solcher außerbörslicher Derivate könnte zu einem Verlust führen, wenn der Kontrahent der Transaktion (in Bezug auf Devisenterminkontrakte und sonstige außerbörsliche Derivate) unter anderem aufgrund des Konkurses oder der Insolvenz dieses Kontrahenten seine Verpflichtung nicht erfüllt. Das Risiko kann während volatilen Marktbedingungen steigen. Für viele außerbörsliche Derivategeschäfte werden Sicherheiten verwendet. Diese müssen an den Kontrahenten verpfändet werden, wenn einem Fonds bei einem bestimmten Geschäft ein Nettoverlust entsteht, und es kann sein, dass ein Fonds vom Kontrahenten an den Fonds verpfändete Sicherheiten hält, wenn der Fonds bei einem bestimmten Geschäft einen Nettogewinn erzielt. Der Wert der Sicherheiten kann jedoch schwanken und ein Verkauf kann schwierig sein, so dass es keine Garantie gibt, dass der Wert der gehaltenen Sicherheiten ausreicht, um den einem Fonds geschuldeten Betrag zu decken, und die Sicherheit nicht von der Gegenpartei für andere ausstehende Verpflichtungen verwendet wird. Weitere Risiken bestehen in der Unfähigkeit, eine Position zu schließen, weil der Handelsmarkt illiquide geworden ist (insbesondere der Fall in OTC-Märkten) oder weil die Gegenpartei für einen gewissen Zeitraum zahlungsunfähig wird. Darüber hinaus könnten Spekulanten auf einem bestimmten Markt zu Preisverzerrungen führen. Sofern ein Fonds aufgrund der Illiquidität des Marktes nicht in der Lage ist, eine Position zu schließen, kann er weitere Wertverluste seiner Derivatebestände eventuell nicht verhindern und die Liquidität des Fonds kann soweit beeinträchtigt werden, dass ein erheblicher Teil seines ansonsten liquiden Vermögens zur Abdeckung seiner Verpflichtungen aus diesen Derivaten zurückgestellt wird. Ein Fonds kann auch verpflichtet sein, einen Basiswert anzunehmen oder zu liefern, den der Anlageverwalter sonst zu vermeiden versucht hätte. Manche Derivate können besonders empfindlich auf Änderungen von Zinssätzen oder sonstigen Marktpreisen reagieren. Anleger sollten beachten, dass ein Fonds zwar eventuell beabsichtigt, Derivatestrategien regelmäßig einzusetzen, dass er jedoch nicht verpflichtet ist, allgemein oder in Bezug auf ein bestimmtes Derivat aktiv solche Geschäfte zu tätigen, wenn der Anlageverwalter und/oder die Co-Anlageverwalter sich aufgrund der Verfügbarkeit, Kosten oder aufgrund von sonstigen Faktoren dagegen entscheiden.

Finanzderivate können unter anderem für synthetische Short-Verkäufe eingesetzt werden. Gemäß dem Gesetz vom 17. Dezember 2010 ist der Leerverkauf von Wertpapieren oder sonstigen physischen Instrumenten nicht zulässig. Um ein Short-Engagement entweder zu Anlagezwecken oder zur Absicherung einer Long-Position bei demselben oder einem ähnlichen Vermögenswert nachzubilden, können synthetische Leerverkäufe über den Einsatz von Derivaten erzielt werden. So führt zum Beispiel der Kauf von Credit Default Swaps (CDS) für einen bestimmten Emittenten, ohne eine Schuldverschreibung dieses Emittenten zu halten, effektiv dazu, dass der Fonds ein Short-Engagement bei diesem Emittenten hat. Der Fonds kann außerdem Credit Default Swaps kaufen, um eine bestehende Position bei demselben Emittenten abzusichern. Der Kauf einer Put-Option auf eine Aktie, eine Schuldverschreibung oder eine Währung, ohne die Aktie, die Schuldverschreibung oder die Währung zu halten, entspricht ebenfalls effektiv einer Short-Position (und eine derartige Transaktion kann wiederum zur Absicherung einer bestehenden Position abgeschlossen werden). Die einzige gefährdete Anlage in solchen Strategien ist die für einen CDS oder eine Option gezahlte Prämie; anders ist dies im Falle des Leerverkaufs tatsächlicher Aktien, Anleihen oder Währungen, wo die vollständige Anlage in diese Werte gefährdet ist. Eine weitere synthetische Leerverkaufsstrategie ist der Verkauf von Zinsfutures, die von einem Anstieg der Zinssätze profitieren werden, wodurch eine Short-Position bei Zinssätzen nachgebildet wird. Wenn Prämien auf derartige synthetische Short-Strategien gezahlt werden (z. B. für Credit Default Swaps oder Put-Optionen), besteht die Möglichkeit des Verlustes der gesamten Anlage, wenn kein Kreditereignis eintritt (bei Credit Default Swaps) oder wenn die Option wertlos abläuft (weil die zugrunde liegende Anlage nicht unter den Ausübungspreis gefallen ist). Wenn ein Futures-Kontrakt abgeschlossen wird (z. B. der Verkauf von Zinsfutures), hängt der potenzielle Verlust von dem Ausmaß, in dem die Zinssätze fallen statt steigen, vom gegenüber dem Korb zulässiger Wertpapiere angewandten Umwandlungsfaktor, vom Zeitpunkt der Auslieferung und vom mit dem Kontrakt verbundenen Nennwert ab. Es können zusätzliche Strategien eingesetzt werden, die diesen ähnlich sind und die ähnliche Konsequenzen und potenzielle Risiken aufweisen. Das Risiko wird über tägliche Anpassungen der Änderungsmarge und/oder das Aufrechterhalten zulässiger

Sicherheiten für die Position reduziert. Es kann nicht zugesichert werden, dass derartige hierin beschriebene synthetische Leerverkaufsstrategien ebenso effektiv ein Short-Engagement zu Anlage- oder Absicherungszwecken erzielen wie tatsächliche Leerverkaufsstrategien.

Im Rahmen von vor Kurzem erfolgten Finanzreformen müssen bestimmte Arten von Derivaten (d. h. bestimmte Swaps) über einen zentralen Kontrahenten abgewickelt werden, und es wird damit gerechnet, dass diese Regelung mit der Zeit auf andere Derivate ausgedehnt wird. Die zentrale Abwicklung soll im Vergleich zu außerbörslichen Swaps das Kontrahentenrisiko reduzieren und die Liquidität erhöhen, sie beseitigt diese Risiken jedoch nicht vollständig. Bei zentral abgewickelten Swaps besteht außerdem das Risiko, dass ein Fonds im Falle des Konkurses des FCM, mit dem der Fonds eine offene Swap-Position hat, seine Margeneinschüsse verliert. Wenn ein FCM keine korrekten Berichte erstellt, kann der Fonds außerdem dem Risiko ausgesetzt sein, dass der FCM die Vermögenswerte des Fonds zur Erfüllung seiner eigenen finanziellen Verpflichtungen oder der Zahlungsverpflichtungen eines anderen Kunden des zentralen Kontrahenten verwendet. Bei zentral abgewickelten Swaps kann es vorkommen, dass ein Fonds nicht die ebenso günstigen Bedingungen erhält, wie er im Rahmen eines bilateralen, nicht zentral abgewickelten Swaps hätte verhandeln können. Darüber hinaus kann ein FCM die Konditionen seiner Vereinbarung mit einem Fonds einseitig ändern. Dabei kann er unter anderem Positionsbeschränkungen oder zusätzliche Margenanforderungen in Bezug auf die Anlage des Fonds in bestimmten Arten von Swaps auferlegen. Zentrale Kontrahenten und FCMs können im Allgemeinen jederzeit die Beendigung bestehender zentral abgerechneter Swaptransaktionen verlangen, und sie können außerdem Margenerhöhungen über die zu Beginn der Swapvereinbarung erforderliche Marge hinaus verlangen.

Die Regulierung von zentral abgerechneten und nicht zentral abgerechneten Swaps sowie sonstigen Derivaten ist ein Rechtsbereich, der sich in einem schnellen Wandel befindet, und sie unterliegt der Änderung durch die Regierung und die Rechtsprechung. Darüber hinaus sind die Aufsichtsbehörden und Börsen in vielen Ländern berechtigt, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn auf einem Markt eine Krisensituation besteht, einschließlich zum Beispiel der Einführung oder Reduzierung von Begrenzungen für spekulative Positionen, der Umsetzung höherer Margenanforderungen, der Einführung täglicher Preisgrenzen und der Aussetzung des Handels. Es ist nicht möglich, die Auswirkungen der aktuellen oder künftigen Regulierung vorauszusagen. Neue Anforderungen können selbst dann die Kosten der Anlagen eines Fonds und die Kosten von Geschäftsabschlüssen erhöhen, wenn sie nicht unmittelbar für einen Fonds gelten, und dies könnte sich negativ auf die Anleger auswirken.

Der Einsatz von Derivatestrategien kann ebenfalls Steuerfolgen für einen Fonds haben. Der Zeitpunkt und die Wesensart der Erträge, Gewinne oder Verluste aus diesen Strategien könnten die Fähigkeit des Anlageverwalters oder Co-Anlageverwalters beeinträchtigen, Derivate einzusetzen, wenn er dies tun will.

#### **Verwässerungsrisiko und das mit Swing-Pricing verbundene Risiko**

Die tatsächlichen Kosten des Erwerbs oder Verkaufs der zugrunde liegenden Anlagen eines Fonds können vom Buchwert dieser Anlagen in der Bewertung des Fonds abweichen. Die Differenz kann sich aufgrund von Handels- oder sonstigen Kosten (wie z. B. Steuern) und/oder Spreads zwischen den An- und Verkaufspreisen der zugrunde liegenden Anlagen ergeben.

Diese Verwässerungskosten können sich negativ auf den Gesamtwert eines Fonds auswirken und der Nettoinventarwert je Anteil kann daher angepasst werden, um zu verhindern, dass der Wert von Anlagen für bestehende Anteilsinhaber beeinträchtigt wird.

#### **Das mit ausfallgefährdeten Wertpapieren verbundene Risiko**

Mit Anlagen in ausfallgefährdeten Wertpapieren sind unter Umständen zusätzliche Risiken für einen Fonds verbunden. Derartige Wertpapiere werden in Bezug auf die Fähigkeit des Emittenten zur Leistung von Zins- und Tilgungszahlungen oder zur Einhaltung anderer Konditionen der Angebotsunterlagen über einen langen Zeitraum als überwiegend spekulativ angesehen. Sie sind im Allgemeinen unbesichert und können gegenüber anderen umlaufenden Wertpapieren und Gläubigern des Emittenten nachrangig sein. Derartige Emissionen sind zwar wahrscheinlich mit einigen Qualitäts- und Schutzmerkmalen verbunden, diese werden jedoch durch große Ungewissheiten oder ein erhebliches Risikoengagement gegenüber ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen mehr als ausgeglichen. Daher kann ein Fonds seine gesamte Anlage verlieren, er muss eventuell Barmittel oder Wertpapiere mit einem geringeren Wert als seine ursprüngliche Anlage akzeptieren und/oder er muss eventuell eine Zahlung über einen längeren Zeitraum akzeptieren. Die Beitreibung von Zins- und Tilgungszahlungen kann für den jeweiligen Fonds zusätzliche Kosten verursachen. Unter derartigen Umständen entschädigen die von den Anlagen des jeweiligen Fonds erwirtschafteten Renditen die Anteilsinhaber eventuell nicht angemessen für die übernommenen Risiken.

Für die Zwecke dieses Prospekts schließen ausfallgefährdete Wertpapiere notleidende Wertpapiere und (i) Wertpapiere, die von mindestens zwei (2) Ratingagenturen mit CCC oder niedriger bewertet sind und eine Rückzahlungsrendite über der Rendite der fünfjährigen US-Staatsanleihen und einen Spread über 1.000 Basispunkten aufweisen, oder (ii) Wertpapiere ohne Rating, die eine Rückzahlungsrendite über der Rendite der fünfjährigen US-Staatsanleihen und einen Spread über 1.000 Basispunkten aufweisen, ein. Bei Wertpapieren mit einem Spread von mehr als 1.000 Basispunkten jedoch (unabhängig von ihrer Bonität) nimmt der Anlageverwalter zusätzliche Analysen und Überprüfungen vor, insbesondere basierend auf der Entwicklung des Spreads des Wertpapiers und des Ratings anderer Ratingagenturen, um einschätzen zu können, ob das betreffende Wertpapiere als ausfallgefährdet umqualifiziert werden soll. Dieses Verfahren ist im Risikomanagementprozess der Verwaltungsgesellschaft näher beschrieben.

## Ausschüttungsrisiko

Eine eventuelle Ausschüttung von Dividenden ist nicht garantiert. Nur Anteilsinhaber, die am jeweiligen Stichtag eingetragen sind, haben Anspruch auf die in Bezug auf den entsprechenden Quartals-, Zwischen- bzw. Jahreszeitraum beschlossene Ausschüttung. Der Nettoinventarwert des jeweiligen Fonds wird um den Betrag der gezahlten Dividende reduziert.

## Das mit der Dividendenpolitik verbundene Risiko

Bestimmte Fonds und insbesondere diejenigen, deren Anlagestrategien auf die Erwirtschaftung von Erträgen abzielen, haben eventuell eine Ausschüttungspolitik, die die Auszahlung von Dividenden aus dem Kapital sowie aus den Erträgen und den realisierten und nicht realisierten Nettokapitalgewinnen gestattet. Wo dies geschieht, entspricht dies, obwohl es die Möglichkeit bietet, mehr Erträge auszuschütten, auch einer Rückgabe oder Entnahme eines Teils der ursprünglichen Anlage eines Anlegers oder von Kapitalerträgen, die dieser ursprünglichen Anlage zurechenbar sind.

Dies führt zu einer Reduzierung des Kapitals und des Potenzials für langfristiges Kapitalwachstum und es erhöht eventuelle Kapitalverluste. In den folgenden Fällen könnte dies zum Beispiel geschehen:

- wenn die Wertpapiermärkte, auf denen der Fonds investiert, soweit zurückgehen, dass dem Fonds insgesamt Kapitalverluste entstehen;
- wenn Dividenden vor Abzug von Gebühren und Aufwendungen gezahlt werden, so dass Gebühren und Aufwendungen aus den realisierten und nicht realisierten Nettokapitalgewinnen oder dem ursprünglich gezeichneten Kapital gezahlt werden.

Ausschüttungen von Dividenden, die ganz oder teilweise aus dem Kapital des Fonds erfolgen, können das Kapitalwachstums verringern und zu einer unmittelbaren Reduzierung des Nettoinventarwerts je Anteil führen. Siehe auch den nachstehenden Abschnitt „Besteuerung der Gesellschaft“

## Schwellenmarktrisiko

Sämtliche Fondsanlagen in die von Unternehmen, Regierungen und halbstaatlichen Unternehmen in verschiedenen Nationen und in verschiedenen Währungen ausgegebenen Wertpapiere sind mit gewissen Risiken verbunden. Normalerweise sind diese Risiken in Entwicklungsländern und Schwellenmärkten erhöht. Zu diesen Risiken, die ungünstige Auswirkungen auf die Portfoliobestände haben könnten, gehören u. a.: (i) Anlage- und Rückführungsbeschränkungen, (ii) Währungsschwankungen, (iii) die Möglichkeit ungewöhnlicher Marktvolatilität im Vergleich zu Nationen mit einer höheren Industrialisierung, (iv) staatliche Eingriffe in den privaten Sektor, (v) begrenzte Anlegerinformationen und weniger strenge Anforderungen an Anlegerinformationen, (vi) flache und mit erheblich weniger Liquidität ausgestattete Wertpapiermärkte als in Ländern mit höherer Industrialisierung, was bedeutet, dass ein Fonds zu gewissen Zeitpunkten bestimmte Wertpapiere nicht zu wünschenswerten Kursen verkaufen kann, (vii) bestimmte örtlich geltende steuerrechtliche Aspekte, (viii) eine beschränkte Regulierung der Wertpapiermärkte, (ix) internationale und regionale Entwicklungen in Politik und Wirtschaft, (x) mögliche Auferlegung von Devisenkontrollen oder anderen Gesetzen oder Restriktionen durch die örtliche Regierung, (xi) das erhöhte Risiko ungünstiger Auswirkungen von Deflation und Inflation, (xii) die Möglichkeit einer Einschränkung des rechtlichen Regresses für den Fonds und (xiii) die Möglichkeit, dass Verwahrungs- und Abrechnungssysteme nicht voll entwickelt sind.

Anleger in Fonds, die in Schwellenländer investieren, sollten besonders darüber informiert sein, dass die Liquidität von Wertpapieren, die von Unternehmen und öffentlichen Organisationen in Schwellenländern ausgegeben werden, deutlich geringer sein kann, als dies bei vergleichbaren Wertpapieren in industrialisierten Ländern der Fall ist.

## Aktienrisiko

Der Wert aller Fonds, die in Aktien und aktienbezogene Werte investieren, schwankt täglich. Die Preise von Aktien können von zahlreichen Mikro- und Makrofaktoren wie wirtschaftlichen, politischen, markt- und emittentenspezifischen Änderungen beeinflusst werden. Diese Veränderungen können sich ungeachtet der Leistung eines Unternehmens negativ auf den Wert der Aktien auswirken, der steigen oder fallen kann. Zudem können unterschiedliche Industriezweige, Finanzmärkte und Wertpapiere unterschiedlich auf diese Veränderungen reagieren. Diese Schwankungen des Fondswerts werden kurzfristig oft noch verstärkt. Es besteht ein Risiko, dass der Aktienpreis eines oder mehrerer Unternehmen im Portfolio eines Fonds fällt, was sich negativ auf die Gesamtentwicklung des Portfolios in einem bestimmten Zeitraum auswirken kann. Bei Fonds, die in Aktien investieren, kann es zu signifikanten Verlusten kommen.

Zudem können manche Fonds in kleinere und mittlere Unternehmen investieren, die erhebliche Risiken aufweisen können. In der Vergangenheit waren die Preise der Wertpapiere kleinerer und mittelgroßer Unternehmen insbesondere kurzfristig volatil als die der Wertpapiere größerer Unternehmen. Zu den Gründen für die höhere Preisvolatilität gehören die ungewisseren Wachstumsaussichten kleinerer und mittelgroßer Unternehmen, die geringere Liquidität der Märkte für diese Wertpapiere und die größere Empfindlichkeit kleinerer und mittelgroßer Unternehmen gegenüber sich verändernden Wirtschaftsbedingungen.

## Regulatorisches Risiko in Verbindung mit ESG

Der regulatorische Rahmen für nachhaltige Anlagen entwickelt sich ständig weiter. Das Fehlen allgemein gültiger oder harmonisierter Definitionen und Kennzeichnungen betreffend ESG und Nachhaltigkeitskriterien oder klarer Richtlinien zu dem geforderten Maß an Offenlegung kann dazu führen, dass von den Vermögensverwaltern unterschiedliche Ansätze angewendet werden, wenn sie ESG und Nachhaltigkeitskriterien in Anlageentscheidungen einbeziehen und die Marketingunterlagen für ein Anlageinstrument aktualisieren. Daher ist ein gewisses Maß an Subjektivität gegeben, was bedeutet, dass ein Fonds in ein Wertpapier investieren kann, in das ein anderer Vermögensverwalter oder Anleger nicht investieren würde. Zudem kann das Maß an Transparenz in den Marketingunterlagen der Gesellschaft ausführlicher oder weniger ausführlich sein als in den Marketingunterlagen für andere Anlageinstrumente. Es kann daher schwierig sein, Anlageinstrumente zu vergleichen. Selbst wenn sie auf den ersten Blick ähnliche Ziele haben, können diese Anlageinstrumente unterschiedliche Kriterien für die Wertpapierauswahl und Ausschlüsse anwenden. Folglich kann das Wertentwicklungsprofil ansonsten ähnlicher Anlageinstrumente stärker abweichen als sonst anzunehmen wäre. Dies bedeutet auch, dass der subjektiv gewählte Ansatz von der Position abweichen kann, die zu einem späteren Zeitpunkt auf EU-Ebene oder von nationalen Aufsichtsbehörden eingenommen wird. Daraus kann sich ein Reputationsrisiko ergeben oder eine bestimmte Vorgehensweise kann als unfreiwilliges Greenwashing betrachtet werden.

## Das mit Europa und der Eurozone verbundene Risiko

Einige Fonds können in Europa und der Eurozone investieren. Steigende Staatsschuldenlasten (so können z. B. alle Staaten in der Eurozone, die ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen, gezwungen sein, ihre Schulden umzustrukturieren, und Schwierigkeiten haben, Kredit oder eine Refinanzierung zu bekommen) und das sich verlangsamende Wirtschaftswachstum in den europäischen Ländern können in Verbindung mit Ungewissheiten auf den europäischen Finanzmärkten einschließlich befürchteter oder tatsächlicher Ausfälle im Bankensystem, der möglichen Austritte eines oder mehrerer Länder aus der Europäischen Union, einschließlich des Vereinigten Königreichs, das weltwirtschaftlich ein bedeutender Markt ist, und des möglichen Auseinanderfallens der Eurozone oder des Euros die Zinssätze und die Preise von Renten- und Aktienwerten in ganz Europa und möglicherweise auch auf anderen Märkten beeinträchtigen. Diese Ereignisse können die mit Anlagen in Europa verbundenen Volatilitäts-, Liquiditäts- und Währungsrisiken erhöhen. Die vorgenannten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme in Europa können sich auf ganz Europa ausweiten und dies kann dazu führen, dass ein oder mehrere europäische Länder die Eurozone verlassen oder dass ein Staat in der Eurozone seine Schulden nicht begleichen kann. Im Falle eines Auseinanderfallens der Eurozone oder des Euros können die maßgeblichen Fonds zusätzlichen Betriebs- oder Wertentwicklungsrisiken ausgesetzt sein.

Die europäischen Regierungen, die Europäische Zentralbank und andere Behörden ergreifen zwar Maßnahmen (z. B. Wirtschaftsreformen und Sparmaßnahmen zu Lasten ihrer Bürger), um die derzeitigen finanziellen Bedingungen zu bewältigen, diese Maßnahmen haben jedoch eventuell nicht die gewünschte Wirkung und daher sind die zukünftige Stabilität und das Wachstum von Europa ungewiss. Die Wertentwicklung und der Wert der maßgeblichen Fonds können beeinträchtigt werden, wenn nachteilige Kreditereignisse eintreten (z. B. eine Herabstufung des Kreditratings oder eine Insolvenz eines Landes der Eurozone).

## Fremdwährungsrisiko

Da die Gesellschaft die Portfoliobestände ihrer einzelnen Fonds entweder in US-Dollar, japanischen Yen oder Euro bewertet, können sich ungünstige Wechselkursänderungen bei diesen Währungen negativ auf den Wert der Bestände und der aus ihnen von jedem Fonds erzielten Rendite auswirken.

Da die von einem Fonds gehaltenen Wertpapiere, einschließlich ergänzender liquider Mittel, Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds, auf Währungen lauten können, die sich von der Basiswährung unterscheiden, kann der Fonds durch die Devisenkontrollregelungen oder Wechselkursänderungen zwischen dieser Referenzwährung und anderen Währungen sowohl günstig als auch ungünstig beeinflusst werden. Wechselkursänderungen können sich auf den Wert der Anteile eines Fonds, der vom Fonds erwirtschafteten Dividenden und Zinsen sowie der vom besagten Fonds erzielten Gewinne und Verluste auswirken. Wenn die Währung, in der ein Wertpapier denominiert ist, gegenüber der Basiswährung aufgewertet wird, könnte der Kurs des Wertpapiers steigen. Umgekehrt würde ein Rückgang des Wechselkurses der Währung den Kurs des Wertpapiers beeinträchtigen.

Insofern ein Fonds oder eine Anteilsklasse den Einsatz von Strategien oder Instrumenten plant, um sich gegen das Wechselkursrisiko abzusichern oder zu schützen, gibt es keine Garantie dafür, dass die Absicherung oder der Schutz erreicht wird. Soweit in der Anlagepolitik eines Fonds nichts anderes vorgesehen ist, besteht keine Verpflichtung, dass ein Fonds sich gegen ein Wechselkursrisiko in Verbindung mit einer Transaktion absichern oder schützen muss.

Währungsmanagementstrategien können das Wechselkursrisiko des Fonds erheblich verändern und, sofern sich Wechselkurse nicht gemäß den Erwartungen des Anlageverwalters entwickeln, zu Verlusten für den Fonds führen. Darüber hinaus können Währungsmanagementstrategien, sofern sie das Engagement des Fonds gegenüber Währungsrisiken reduzieren, außerdem die Fähigkeit des Fonds reduzieren, von günstigen Wechselkursschwankungen zu profitieren. Es kann nicht zugesichert werden, dass der Einsatz von Währungsmanagementstrategien durch den Anlageverwalter für den Fonds vorteilhaft ist oder dass diese zu angemessenen Zeitpunkten eingesetzt werden oder eingesetzt werden können. Darüber hinaus besteht

eventuell keine vollständige Korrelation zwischen dem Ausmaß des Engagements gegenüber einer bestimmten Währung und dem Volumen der auf diese Währung lautenden Wertpapiere im Portfolio. Die Anlage in Fremdwährungen zur Erzielung von Gewinnen aus den erwarteten Wechselkursschwankungen im Gegensatz zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken in Bezug auf die Anlagen des Fonds erhöht das Engagement des Fonds gegenüber Devisenverlusten weiter.

Anleger sollten beachten, dass der Wechselkurs des chinesischen Renminbi (RMB) auf der Grundlage des Angebots und der Nachfrage am Markt in Bezug auf einen Währungskorb gesteuert wird. Aktuell wird RMB auf zwei Märkten gehandelt: einerseits innerhalb der Volksrepublik China und andererseits außerhalb der Volksrepublik China (vorrangig in Hongkong). Der in der Volksrepublik China gehandelte RMB ist nicht frei umwandelbar und unterliegt Devisenkontrollen sowie bestimmten Anforderungen der Regierung der Volksrepublik China. Der außerhalb der Volksrepublik China gehandelte RMB ist dagegen frei handelbar. Der RMB wird zwar außerhalb der Volksrepublik China frei gehandelt, die Kassa- und Devisenterminkontrakte auf den RMB und damit verbundene Instrumente spiegeln jedoch die strukturelle Komplexität dieses sich in der Entwicklung befindlichen Marktes wider. Folglich können auf RMB lautende alternative Währungsklassen größeren Wechselkursrisiken ausgesetzt sein.

#### **Das mit abgesicherten Strategien verbundene Risiko**

Der Anlageverwalter des Fonds kann eine Reihe von Co-Anlageverwaltern heranziehen, die diverse nicht traditionelle oder „alternative“ Strategien implementieren, darunter Strategien, die als „Long Short Equity“, „Event Driven“, „Global Macro“, „marktneutral“ oder „Relative Value“ bezeichnet werden, die mit Absicherungs- oder Arbitragegeschäften verbunden sind und die darauf ausgelegt sind, auf einem nicht directionalen Markt Wert zu schöpfen. Es darf jedoch keinesfalls davon ausgegangen werden, dass diese Strategien implizieren, dass die Anlagen des Fonds in solchen Strategien risikolos sind. Selbst bei Absicherungs- oder Arbitragepositionen können erhebliche Verluste erzielt werden, und wenn eine Seite einer Position illiquide wird oder ein Ausfall eintritt, kann dies dazu führen, dass die Position nicht die beabsichtigte Absicherung bietet, so dass dem Fonds möglicherweise Verluste entstehen. Diese Strategien führen dazu, dass der Fonds manchen zweitrangigen Marktrisiken ausgesetzt wird, wie z. B. der impliziten Volatilität von Wandelanleihen oder Optionsscheinen, dem Renditespread zwischen Staatsanleihen mit ähnlichen Laufzeiten oder dem Kursspread zwischen verschiedenen Aktienklassen für dasselbe Unternehmen. Darüber hinaus können viele „marktneutrale“ Co-Anlageverwalter eingeschränkte direktionale Strategien einsetzen, die das von ihnen verwaltete Vermögen bestimmten Marktrisiken aussetzen.

#### **Mit IT-Systemen verbundenes Risiko**

Der Fonds ist in Bezug auf das Anlagemanagement sowie die operativen und Finanzberatungsdienste vom Anlageverwalter abhängig. Der Fonds ist auch in Bezug auf bestimmte Wertpapierabwicklungsdienste und Back-Office-Funktionen vom Anlageverwalter abhängig. Der Anlageverwalter ist auf IT-Systeme angewiesen, um Anlagemöglichkeiten, Strategien und Märkte zu bewerten und Risiken zu überwachen. Der Anlageverwalter ist auch für die Überwachung und Steuerung der Risiken für den Fonds auf IT-Systeme angewiesen. IT-Systeme werden auch für den Handel mit den Anlagen des Fonds eingesetzt. Darüber hinaus können bestimmte Geschäftsvorgänge beim Anlageverwalter mit Systemen verbunden sein oder von Systemen abhängen, die von Dritten betrieben werden, einschließlich Prime Brokern, Wertpapierbörsen und anderen Arten von Handelssystemen, Marktgegenparteien, Verwahrstellen und anderen Dienstleistern. Es ist möglich, dass Defekte, Ausfälle oder Unterbrechungen jeglicher Art, die zu Störungen dieser IT-Systeme führen, unter anderem solche, die durch Würmer, Viren, Cyberangriffe und Stromausfälle verursacht werden, die Fähigkeit des Anlageverwalters, Anlagen angemessen zu bewerten und anzupassen, Strategien zu formulieren und angemessene Risikokontrollen vorzusehen, erheblich einschränken könnte. Derartige IT-bezogene Schwierigkeiten könnten die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen. Solche Störungen könnten beispielsweise dazu führen, dass die Abrechnung von Geschäften scheitert, dass die Buchführung, die Aufzeichnung oder die Verarbeitung von Geschäften ungenau ist und dass die Berichte ungenau sind, was die Fähigkeit des Anlageverwalters beeinträchtigen kann, die Anlageportfolios und die Risiken des Fonds zu überwachen.

#### **Rechtliches und aufsichtsrechtliches Risiko**

Die Fonds müssen diverse rechtliche Vorschriften erfüllen, darunter die Vorschriften des Wertpapier- und Gesellschaftsrechts verschiedener Länder einschließlich des Großherzogtums Luxemburg.

Die Auslegung und Anwendung von Gesetzen kann oft widersprüchlich sein und dies kann sich auf die Durchsetzbarkeit der verschiedenen von den Fonds eingegangenen Vereinbarungen und Garantien auswirken. Die Gesetzgebung könnte rückwirkend gelten oder in Form von internen Vorschriften verfügt werden, die der Öffentlichkeit allgemein nicht zur Verfügung stehen. Die Auslegung und Anwendung von Gesetzen und Vorschriften kann insbesondere in Bezug auf Steuerangelegenheiten oft widersprüchlich und ungewiss sein.

Gerichte werden eventuell den Gesetzesvorschriften und dem rechtserheblichen Vertrag nicht Folge leisten, und es kann nicht garantiert werden, dass ein bei einem ausländischen Gericht erwirktes Rückgriffsrecht oder Urteil in gewissen Gerichtsbarkeiten, in denen sich das Vermögen in Bezug auf die von den Fonds gehaltenen Wertpapiere befindet, durchgesetzt wird.

## Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko kann zwei Formen annehmen: die des Liquiditätsrisikos auf der Anlagenseite und die des Liquiditätsrisikos auf der Verbindlichkeitsseite. Das Liquiditätsrisiko auf der Anlagenseite bezieht sich auf die Unfähigkeit eines Fonds, ein Wertpapier oder eine Position zu seinem bzw. ihrem quotierten Preis oder Marktwert zu verkaufen, aufgrund von Faktoren wie z. B. einer plötzlichen Änderung des mutmaßlichen Werts oder der Bonität der Position oder aufgrund von allgemein ungünstigen Marktbedingungen. Das Liquiditätsrisiko auf Haftungsseite bezieht sich darauf, dass ein Fonds nicht in der Lage ist, einen Rücknahmeantrag zu erfüllen, weil der Fonds Wertpapiere oder Positionen nicht verkaufen kann, um ausreichend Zahlungsmittel zur Erfüllung des Rücknahmeantrags zu beschaffen. Märkte, auf denen die Wertpapiere des Fonds gehandelt werden, können auch in solche ungünstige Bedingungen geraten, was zur Folge haben kann, dass Börsen den Handel einstellen. Eine reduzierte Liquidität aufgrund dieser Faktoren kann sich negativ auf den Nettoinventarwert des Fonds und, wie bereits erwähnt, auf die Fähigkeit des Fonds auswirken, Rücknahmeanträge zeitnah zu erfüllen.

Bestimmte Wertpapiere sind aufgrund eines eingeschränkten Handelsmarktes, der finanziellen Schwäche des Emittenten, rechtlichen oder vertraglichen Beschränkungen des Weiterverkaufs oder der Übertragung oder auf sonstige Weise in dem Sinne illiquide, als dass sie nicht innerhalb von sieben Tagen ungefähr zu dem Preis verkauft werden können, mit dem der Fonds sie bewertet. Illiquide Wertpapiere bergen höhere Risiken als Wertpapiere mit liquideren Märkten. Die Marktquotierungen für diese Wertpapiere können volatil sein und/oder breite Spreads zwischen den Geld- und Briefkursen aufweisen. Die Illiquidität kann den Marktpreis und die Fähigkeit des Fonds beeinträchtigen, bestimmte Wertpapiere zu verkaufen, wenn dies notwendig ist, um den Liquiditätsbedarf des Fonds zu decken, oder in Reaktion auf ein bestimmtes wirtschaftliches Ereignis.

## Risiko bei Hochzinsanlagen

Manche Fonds können in Hochzinspapieren ohne Anlagequalität investieren. Hochrentierliche Schuldtitel (einschließlich Darlehen) und nicht bewertete Wertpapiere mit vergleichbarer Bonität („hochrentierliche Schuldtitel“ oder „Junk Bonds“) sind mit einem höheren Risiko eines vollständigen Verlustes der Anlage des Fonds oder von Verzögerungen bei den Zins- und Tilgungszahlungen verbunden als qualitativ höherwertige Schuldtitel. Die Emittenten von Hochzinsschuldinstrumenten sind finanziell nicht so stark wie die Emittenten von Wertpapieren mit höherer Bonität. Hochrentierliche Schuldtitel werden von den jeweiligen Ratingagenturen allgemein als überwiegend spekulativ angesehen, da diese Emittenten mit größerer Wahrscheinlichkeit auf finanzielle Schwierigkeiten stoßen können und empfindlicher auf Veränderungen der jeweiligen Volkswirtschaft reagieren, etwa auf eine Rezession oder eine längere Phase steigender Zinssätze, wodurch ihre Fähigkeit, Zins- und Kapitalzahlungen bei Fälligkeit zu leisten, beeinträchtigt werden könnte. Wenn ein Emittent aufhört, Zins- und/oder Tilgungszahlungen zu leisten, werden die Zahlungen auf diese Wertpapiere eventuell nie wieder aufgenommen. Diese Instrumente können wertlos sein, und der Fonds könnte seine gesamte Anlage verlieren.

Die Preise hochrentierlicher Schuldinstrumente schwanken stärker als die von qualitativ höherwertigen Wertpapieren. Die Preise sind besonders anfällig gegenüber Entwicklungen, die sich auf das Geschäft oder den Betrieb des Emittenten auswirken, sowie gegenüber Änderungen der von Ratingagenturen vergebenen Ratings. Darüber hinaus kann der gesamte Markt für hochrentierliche Schuldtitel aufgrund von Veränderungen der wirtschaftlichen Bedingungen, der Aktienmarktaktivität, umfangreichen Abverkäufen durch bedeutende Anleger, einem prominenten Ausfall oder aufgrund von sonstigen Faktoren plötzlichen und starken Preisschwankungen ausgesetzt sein. Die Preise von hochrentierlichen Unternehmensanleihen sind oft eng mit den Aktienkursen des Unternehmens verknüpft und steigen und fallen üblicherweise als Reaktion auf Faktoren, die sich auf die Aktienkurse auswirken.

Hochrentierliche Schuldinstrumente sind im Allgemeinen weniger liquide als qualitativ höherwertige Wertpapiere. Viele dieser Wertpapiere sind bei den maßgeblichen Aufsichtsbehörden im jeweiligen Land nicht zum Vertrieb registriert und/oder sie werden nicht häufig gehandelt. Wenn sie gehandelt werden, können ihre Preise erheblich höher oder niedriger sein als erwartet. Es kann manchmal schwierig sein, diese Wertpapiere umgehend zu einem akzeptablen Preis zu verkaufen, was die Fähigkeit des Fonds einschränken kann, Wertpapiere als Reaktion auf bestimmte wirtschaftliche Ereignisse oder zur Erfüllung von Rücknahmeanträgen zu verkaufen. Daher sind hochrentierliche Schuldinstrumente im Allgemeinen mit größeren Illiquiditäts- und Bewertungsrisiken verbunden.

Die Verwendung von Kreditratings bei der Bewertung von Schuldtiteln kann mit bestimmten Risiken verbunden sein, einschließlich des Risikos, dass das Kreditrating nicht der derzeitigen finanziellen Lage des Emittenten entspricht oder Ereignisse seit der letzten Bewertung durch eine Ratingagentur nicht widerspiegelt. Kreditratings können von Interessenkonflikten beeinflusst werden oder auf historischen Daten basieren, die nicht mehr zutreffen oder richtig sind. In letzter Zeit wurden neue Rechts- und aufsichtsrechtliche Vorschriften zur Reformierung der Ratingagenturen diskutiert, die die Anlagen oder den Anlageprozess des Fonds beeinträchtigen könnten.

Nicht bewertete Schuldtitel, die nach Ansicht des Anlageverwalters von vergleichbarer Qualität sind wie bewertete Wertpapiere, die der Fonds kaufen kann, können höhere Zinssätze zahlen als diese bewerteten Schuldtitel und sie sind eventuell mit einem höheren Illiquiditäts- oder Preisänderungsrisiko verbunden. Über nicht bewertete Wertpapiere oder Emittenten liegen normalerweise weniger öffentliche Informationen vor.

Ein Engagement gegenüber niedrig bewerteten oder hochrentierlichen Schuldtiteln kann synthetisch erzielt werden. Der CDX ist zum Beispiel ein Credit Default Swap auf einen Korb mit hochrentierlichen Anleihen und stellt effektiv einen hochrentierlichen Anleihenindex dar. Mit dem Kauf eines derartigen Instruments kauft der Fonds Schutz (d. h. die Möglichkeit, im Falle eines ungünstigen Kreditereignisses den Nennwert der Anleihen zu bekommen), was es dem Fonds ermöglicht, sein Engagement abzusichern oder ein Short-Engagement gegenüber dem hochrentierlichen Sektor aufzubauen. Wenn der Fonds einen Leerverkauf eines derartigen Instruments tätigt und Barmittel für die mögliche Verpflichtung zu seinem Kauf hält, verkauft er Schutz und baut effektiv effizienter als durch den Kauf einzelner Anleihen ein Long-Engagement gegenüber dem hochrentierlichen Sektor auf. Die mit derartigen synthetischen Instrumenten verbundenen Risiken sind mit denen der zugrunde liegenden hochrentierlichen Wertpapiere vergleichbar, die die Instrumente nachbilden sollen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass sich die synthetischen Instrumente selbst aufgrund von ungünstigen Marktbedingungen nicht wie beabsichtigt entwickeln.

### Marktrisiko

Die Marktwerte von Wertpapieren, die von einem Fonds gehalten werden, steigen und fallen, manchmal schnell oder unvorhersehbar. Wertpapiere können aufgrund von Faktoren, die sich auf einzelne Emittenten, die Wertpapiermärkte im Allgemeinen oder bestimmte Branchen oder Sektoren innerhalb der Wertpapiermärkte auswirken, im Wert zurückgehen. Der Wert eines Wertpapiers kann aufgrund von allgemeinen Marktbedingungen, die sich nicht speziell auf einen bestimmten Emittenten beziehen, wie z. B. reale oder mutmaßliche ungünstige Wirtschaftsbedingungen, Änderungen der allgemeinen Aussichten für Erträge oder Unternehmensergebnisse, Änderungen der Zinssätze oder Wechselkurse oder eine allgemein ungünstige Anlegerstimmung, steigen oder fallen. Sie können auch aufgrund von Faktoren steigen oder fallen, die einzelne Emittenten oder eine bestimmte Branche oder einen bestimmten Sektor betreffen, wie beispielsweise Änderungen der Produktionskosten oder veränderte Wettbewerbsbedingungen innerhalb einer Branche. Unerwartete Ereignisse wie Natur- oder Umweltkatastrophen (Erdbeben, Feuer, Überschwemmungen, Hurrikans, Tsunamis) und andere schwerwiegende Wetterphänomene allgemein oder Krankheiten mit weiter Verbreitung, einschließlich Pandemien und Epidemien, haben in der Vergangenheit und könnten auch in Zukunft Störungen in einzelnen Unternehmen, Branchen und Ländern hervorrufen und Währungen, Zinssätze, Inflationsraten, Ratings, Anlegerstimmung und andere Faktoren, die den Wert der Fondsanlagen beeinflussen, beeinträchtigen. Angesichts der gegenseitigen Abhängigkeit globaler Volkswirtschaften und Märkte dürften bestimmte Umstände in einem Land, Markt oder einer Region auch einen negativen Einfluss auf Märkte, Emittenten und/oder Wechselkurse in anderen Ländern haben. Diese Störungen könnten verhindern, dass der Fonds vorteilhafte Anlageentscheidungen rechtzeitig treffen kann, und die Fähigkeit des Fonds, sein Anlageziel zu erreichen, nachteilig beeinflussen.

Bei einem allgemeinen Rückgang der Wertpapiermärkte können mehrere Anlageklassen im Wert zurückgehen. Es kann nicht zugesichert werden, dass von einem Fonds gehaltene Wertpapiere eine positive Entwicklung der Märkte mitmachen oder ansonsten von dem Anstieg profitieren.

### Multi-Manager-Risiko

Der Anlageverwalter gewisser Fonds kann versuchen, deren Anlageziele durch eine sorgfältige Auswahl von zwei oder mehreren Co-Anlageverwaltern („Co-Anlageverwalter“) zu erzielen. Der Anlageverwalter kann neben der Auswahl von Co-Anlageverwaltern und der Aufteilung des Fondsvermögens an diese ebenfalls an der Verwaltung der Vermögenswerte dieser Fonds beteiligt sein. Die Co-Anlageverwalter können mit dem Anlageverwalter verbunden oder vollständig vom Anlageverwalter unabhängig sein, sie unterliegen jedoch einer sorgfältigen Due-Diligence-Prüfung durch den Anlageverwalter im Rahmen des Auswahlprozesses.

Der Franklin K2 Dynamic Market Neutral Fund verfolgt sein Anlageziel insbesondere, indem er sein Vermögen mehreren nicht traditionellen oder „alternativen“ Strategien zuweist, einschließlich unter anderem von Long-Short Equity, Event-Driven, Relative Value und Global Macro. Der Fonds beabsichtigt, zur Umsetzung dieser Strategie mehrere Co-Anlageverwalter einzusetzen.

Es besteht das Risiko, dass die ausgewählten Co-Anlageverwalter die beabsichtigte Anlagestrategie, für die der Co-Anlageverwalter ausgewählt wurde, nicht effektiv umsetzen. Darüber hinaus treffen die Co-Anlageverwalter ihre Anlageentscheidungen unabhängig voneinander, was dazu führen kann, dass sie Entscheidungen treffen, die im Widerspruch zueinander stehen. So ist es zum Beispiel möglich, dass ein Co-Anlageverwalter ein Wertpapier für den Fonds zum selben Zeitpunkt kauft, zu dem ein anderer Co-Anlageverwalter dasselbe Wertpapier verkauft, was zu höheren Kosten führt, ohne ein Nettoanlageergebnis zu erzielen, oder dass mehrere Co-Anlageverwalter dasselbe Wertpapier gleichzeitig kaufen, ohne ihre Transaktionen zusammenzufassen, was zu höheren Kosten führt. Darüber hinaus kann der Multi-Manager-Ansatz des Fonds dazu führen, dass der Fonds einen erheblichen Prozentsatz seines Vermögens in bestimmte Arten von Wertpapieren investiert, was der Performance des Fonds abhängig von der Performance dieser Wertpapiere und dem allgemeinen Marktumfeld zu- oder abträglich sein könnte. Die Co-Anlageverwalter können schlechter abschneiden als der allgemeine Markt oder als andere Anlageverwalter, die für den Fonds ausgewählt worden sein könnten.

## Modellrisiko

Der Anlageverwalter und/oder die Co-Anlageverwalter können Modellsysteme einsetzen, um ihre Anlagestrategien für einen Fonds umzusetzen. Es kann nicht zugesichert werden, dass die Modellierungssysteme vollständig oder zutreffend sind oder zukünftige Marktzyklen korrekt abbilden, und diese sind, selbst wenn sie zutreffend sind, nicht unbedingt für den Fonds vorteilhaft. Die von diesen Modellen generierte Anlageperformance kann anders ausfallen als erwartet und die Fondsperformance negativ beeinflussen. Beispielsweise spielt menschliches Urteilsvermögen eine Rolle beim Erstellen, Anwenden, Testen und Ändern der in diesen Modellen verwendeten finanziellen Algorithmen und Formeln. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass die historischen Daten ungenau sind oder aufgrund neuer Ereignisse oder sich verändernder Umstände, die die Modelle eventuell nicht umgehend entdecken, überaltert werden. Die Marktperformance kann durch nichtquantitative Faktoren (z. B. Störungen der Märkte oder der Handelssysteme, Anlegerbefürchtungen oder Überreaktionen oder sonstige emotionale Vorgänge) beeinträchtigt werden, die nicht so einfach in die Risikomodelle des Anlageverwalters einbezogen werden können. Bei der Konzeption und Implementierung von quantitativen Modellen können außerdem technische Probleme auftreten (z. B. Software- oder sonstige Technologiefehler oder Programmierfehler).

## Risiko in Verbindung mit einer Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet

Der rechtliche Rahmen beginnt in manchen Märkten erst, das Konzept des rechtlichen/formellen Eigentums und des wirtschaftlichen Eigentums oder der Anrechte an Wertpapieren zu entwickeln. Folglich können die Gerichte in solchen Märkten die Auffassung vertreten, dass eine Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers oder einer Verwahrstelle als eingetragener Inhaber von Wertpapieren zeichnet, alle Besitzrechte daran hat und dass ein wirtschaftlicher Eigentümer eventuell keine Rechte daran hat.

Die Anleger werden darauf aufmerksam gemacht, dass Anleger ihre Anteilsinhaberrechte nur dann in vollem Umfang unmittelbar gegenüber der Gesellschaft ausüben können, wenn die Anleger selbst im Verzeichnis der Anteilsinhaber der Gesellschaft eingetragen sind. Wenn ein Anleger über eine Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines zugrunde liegenden Anlegers zeichnet, in die Gesellschaft investiert, kann der Anleger bestimmte Anteilsinhaberrechte eventuell nicht immer unmittelbar gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Anlegern, die über eine Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines zugrunde liegenden Anlegers oder der Verwahrstelle zeichnet, investieren, muss insbesondere bewusst sein, dass im Falle der Einstellung des Betriebs dieses Vermittlers oder dieser Verwahrstelle aufgrund von Insolvenz, Konkurs oder aus sonstigem Grund das Risiko einer Verzögerung bei der Ausübung von Rechten oder sogar des Verlustes von Rechten besteht. Anlegern wird empfohlen, sich hinsichtlich ihrer Rechte beraten zu lassen.

## Das mit nicht regulierten Märkten verbundene Risiko

Einige Fonds können in Wertpapiere von Emittenten in Ländern investieren, deren Märkte aufgrund ihrer wirtschaftlichen, rechtlichen oder regulatorischen Struktur nicht als reguliert gelten. Daher dürfen diese Fonds höchstens 10 % ihres Nettovermögens in derartige Wertpapiere investieren.

## Risiko in Bezug auf Performancegebühren

Der Anlageverwalter hat unter Umständen ein Anrecht auf eine Performancegebühr. Wenn gleich eine Performancegebühr allen voran darauf abzielt, die Interessen des Anlageverwalters und der Anleger weiterhin stärker anzugleichen und Outperformance zu honorieren, kann eine Performancegebühr auch ein Anreiz für den Anlageverwalter und die von ihm beauftragten Personen sein, risikoreichere Anlagen und Geschäfte zu tätigen, als sie dies ohne Performancegebühr normalerweise tun würden.

Bei bestimmten Teilfonds kann dem Anlageverwalter ein Anrecht auf eine Performancegebühr zugesprochen werden, welche auf realisierten und nicht realisierten Gewinnen beruht. Anlegern sollte bewusst sein, dass ein inhärentes Risiko besteht, dass Performancegebühren für nicht realisierte Gewinne gezahlt werden, die unter Umständen schlussendlich nie realisiert werden.

## Portfolioumschlagsrisiko

Der Anlageverwalter und/oder die Co-Anlageverwalter können ein Wertpapier verkaufen oder eine Derivateposition aufbauen oder schließen, wenn sie der Ansicht sind, dass dies angemessen ist, unabhängig davon, wie lange der Fonds das Instrument gehalten hat. Diese Aktivitäten erhöhen den Portfolioumschlag des Fonds und können die Transaktionskosten des Fonds erhöhen.

## Das mit Immobilienaktien verbundene Risiko

Manche Fonds investieren in Immobilienwerte, an Immobilienindizes oder einen Immobilienwertpapierkorb geknüpfte Wertpapiere oder Immobilien-Aktiengesellschaften („REITS“). Die Immobilienwerte steigen und fallen als Reaktion auf eine Vielzahl von Faktoren, darunter die lokale, regionale und nationale Wirtschaftslage, Zinssätze und steuerliche Aspekte. Bei einem schwachen Wirtschaftswachstum geht die Nachfrage nach Immobilien zurück und die Preise können einbrechen. Die Immobilienwerte können aufgrund von Überbauung, Erhöhung der Grundsteuer und steigenden Betriebskosten, Änderungen der Raumordnungsgesetze, Umweltvorschriften oder -gefahren, Verlusten aus nicht versicherten Unfällen oder Enteignungen oder eines allgemeinen Verfalls der „Neighbourhood Values“ Wertverluste erleiden.



An einen Immobilienindex oder einen Immobilienwertpapierkorb geknüpfte Wertpapiere können die Form einer strukturierten Schuldverschreibung annehmen, deren Wert sich parallel zum in der Schuldverschreibung angegebenen zugrundeliegenden Index (bzw. den zugrundeliegenden Indizes) oder zu dem dort angegebenen Immobilienwertpapierkorb entwickeln soll. Bei derartigen Schuldverschreibungen werden mit dem Kontrahenten, der die Schuldverschreibung begibt, verbundene Risiken übernommen. Derartige Schuldverschreibungen sind über ihre gesamte Laufzeit von der Solvenz des Emittenten abhängig. Es besteht keine Garantie, dass sich diese Schuldverschreibungen wie geplant parallel zum zugrunde liegenden Index (bzw. den zugrunde liegenden Indizes) oder Wertpapierkorb entwickeln werden. Die Liquidität solcher Schuldverschreibungen kann außerdem eingeschränkt sein, abhängig von der Bonität des Emittenten der Schuldverschreibung sowie der Art der zugrunde liegenden Indizes oder des zugrunde liegenden Wertpapierkorbs.

REITs auf Aktienbasis können durch Wertveränderungen der Immobilien, die sich in ihrem Besitz befinden, und durch andere Faktoren beeinflusst werden, und ihre Preise tendieren zu starken Schwankungen. Die Wertentwicklung eines REIT hängt von der Art und dem Standort der Immobilien in seinem Besitz und davon ab, wie gut er die Immobilien verwaltet. Bei Leerständen über einen längeren Zeitraum, einem stärkeren Wettbewerb durch andere Immobilien, Mietausfällen durch säumige Mieter oder infolge einer schlechten Verwaltung kann es zu einem Einbruch der Einkünfte aus Vermietung kommen. Die Wertentwicklung eines REIT hängt auch von der Fähigkeit der Gesellschaft ab, Immobilienkäufe und Renovierungen zu finanzieren und ihren Cashflow zu verwalten. Da REITs normalerweise in eine beschränkte Anzahl von Projekten oder in ein spezielles Marktsegment investieren, reagieren sie auf ungünstige Entwicklungen, die ein bestimmtes Projekt oder Marktsegment betreffen, empfindlicher als breiter gestreute Anlagen.

#### **Das mit der Wiederanlage von Sicherheiten verbundene Risiko**

Im Anschluss an die Wiederanlage von Sicherheiten im Sinne von Anhang B.3 dieses Prospekts „Finanzderivate“ gelten sämtliche in diesem Abschnitt dargelegten Risikoabwägungen in Bezug auf regelmäßige Investitionen.

#### **Das mit Pensionsgeschäften und umgekehrten Pensionsgeschäften verbundene Risiko**

Der Abschluss von Pensionsgeschäften oder umgekehrten Pensionsgeschäften durch die Gesellschaft, wie in Anhang B.4 zu diesem Prospekt „Einsatz von Techniken und Instrumenten im Hinblick auf übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente“ beschrieben, ist mit bestimmten Risiken verbunden und es kann nicht garantiert werden, dass das damit verfolgte Ziel erreicht wird.

Anleger müssen insbesondere bedenken, dass (1) im Fall des Konkurses des Kontrahenten, bei dem Barmittel eines Fonds platziert wurden, das Risiko besteht, dass die erhaltene Sicherheit weniger einbringt als die herausgegebenen Barmittel, sei es aufgrund eines Fehlpreises der Sicherheit, ungünstiger Marktentwicklungen, einer Verschlechterung der Bonitätsbewertung des Emittenten der Sicherheit oder der Illiquidität des Marktes, auf dem die Sicherheit gehandelt wird; dass (2) (i) die Festschreibung von Barmitteln in sehr umfangreichen oder langfristigen Transaktionen, (ii) Verzögerungen bei der Wiedererlangung der platzierten Barmittel oder (iii) Schwierigkeiten bei der Sicherheitenverwertung möglicherweise die Fähigkeit des Fonds einschränkt, Verkaufsanträge bzw. Wertpapierkäufe zu erfüllen oder ganz allgemein Reinvestitionen zu tätigen; und dass (3) Pensionsgeschäfte den Fonds überdies Risiken aussetzen, die ähnlich denen von Finanzderivaten, wie Optionen und Termingeschäfte, sind und die ausführlicher in anderen Abschnitten des Prospekts beschrieben sind.

Die Gegenparteien von Pensionsgeschäften werden nach einer anfänglichen Analyse und späteren jährlichen Überprüfung von Jahresabschlüssen, Unternehmensmeldungen, Ratings und anderen Marktinformationen, einschließlich allgemeiner Marktentwicklungen, ausgewählt. Bei der Auswahl der Kontrahenten werden zwar keine vorab festgelegten Kriterien in Bezug auf den rechtlichen Status oder das Rating und keine festen geografischen Kriterien angewendet, diese Aspekte werden beim Auswahlprozess jedoch üblicherweise berücksichtigt.

Bei einem umgekehrten Pensionsgeschäft könnte einem Fonds ein Verlust entstehen, wenn der Wert der gekauften Wertpapiere im Verhältnis zum Wert der vom jeweiligen Fonds gehaltenen Barmittel oder Margin an Wert verloren hat.

#### **Das mit Unternehmensumstrukturierungen verbundene Risiko**

Einige Fonds können auch in Wertpapiere von Unternehmen investieren, die Gegenstand von Fusionen, Konsolidierungen, Liquidationen und Umstrukturierungen (einschließlich Konkursen) sind oder für die Übernahme- oder Umtauschangebote existieren, und die Fonds können sich an solchen Transaktionen beteiligen. Außerdem können sie gesicherte und ungesicherte Kreditforderungen und Beteiligungen daran von Schuldnerunternehmen erwerben, die sich in der Reorganisation oder der finanziellen Umstrukturierung befinden. Solche Anlagen bergen auch höhere Kreditrisiken. Unternehmen, die Gegenstand einer Umstrukturierung oder finanziellen Umstrukturierung sind, befinden sich tendenziell in einer relativ schwachen finanziellen Lage und können außerdem dem Risiko ausgesetzt sein, dass sich die Umstrukturierung ungünstig auf die Geschäfts- oder Managementstruktur der betroffenen Unternehmen auswirken könnte, wodurch die Fonds einem höheren Anlagerisiko ausgesetzt werden könnten.

## Weiterverwendung von Sicherheiten und das mit Finanzinstrumenten verbundene Risiko

Gemäß den marktüblichen Rahmenverträgen für außerbörsliche Derivatgeschäfte, Wertpapierleihgeschäfte, Pensions- oder umgekehrte Pensionsgeschäfte erwirbt die Gegenpartei bei einer Übertragung von Wertpapieren an die Gegenpartei entweder (i) den vollen Rechtsanspruch an den Wertpapieren, die sie im Rahmen einer Vereinbarung über eine Sicherheiten-Vollrechtsübertragung erhält, oder (ii) das Recht zur Nutzung der Wertpapiere, die sie im Rahmen von Sicherheitenvereinbarungen erhält.

Wie in Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (die „SFT-Verordnung“) vorgeschrieben, wird die Gesellschaft schriftlich von ihren Gegenparteien über die Risiken und Folgen informiert, die sich (i) aus dem Abschluss einer Vereinbarung über eine Sicherheiten-Vollrechtsübertragung und (ii) der Gewährung eines Rechts zur Verwendung von Sicherheiten gemäß einer Sicherheitenvereinbarung ergeben. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Alle Rechte, einschließlich etwaiger Eigentumsrechte, die die Gesellschaft an diesen Finanzinstrumenten besitzt, werden durch einen nicht besicherten vertraglichen Anspruch auf Lieferung gleichwertiger Finanzinstrumente ersetzt, vorbehaltlich der Bestimmungen des jeweiligen Rahmenvertrags.
- Die Gegenpartei hält keine Finanzinstrumente gemäß Vorschriften für Kundenvermögen und etwaige Vermögensschutzrechte finden keine Anwendung (beispielsweise werden die Finanzinstrumente nicht von den Vermögenswerten der Gegenpartei getrennt und nicht auf Treuhandbasis gehalten).
- Wenn die Gegenpartei gemäß dem jeweiligen Rahmenvertrag insolvent wird oder einen Ausfall erleidet, sind die Ansprüche der Gesellschaft gegen die Gegenpartei auf Lieferung gleichwertiger Finanzinstrumente nicht besichert und unterliegen den Bestimmungen des jeweiligen Rahmenvertrags und dem geltenden Recht. Dementsprechend erhält die Gesellschaft unter Umständen keine gleichwertigen Finanzinstrumente oder nicht den Gesamtwert der Finanzinstrumente zurück (wenngleich das Risiko der Gesellschaft reduziert werden kann, wenn die Gegenpartei ihr gegenüber Verbindlichkeiten hat, die verrechnet oder aufgerechnet oder gegen die Pflicht der Gegenpartei zur Lieferung gleichwertiger Finanzinstrumente an die Gesellschaft aufgewogen werden können).
- Für den Fall, dass eine Abwicklungsbehörde ihre Befugnisse gemäß einem anwendbaren Abwicklungsmechanismus in Bezug auf eine Gegenpartei ausübt, können Rechte, die die Gesellschaft gegebenenfalls hat, um Maßnahmen gegen die Gegenpartei zu ergreifen, z. B. zur Beendigung des betreffenden Rahmenvertrags, von der betreffenden Abwicklungsbehörde ausgesetzt werden und:
  - a. der Anspruch der Gesellschaft auf Lieferung gleichwertiger Finanzinstrumente kann (ganz oder teilweise) herabgesetzt oder in Eigenkapital umgewandelt werden oder
  - b. eine Übertragung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten kann zu einem Anspruch der Gesellschaft gegenüber der Gegenpartei führen oder dazu führen, dass der Anspruch der Gegenpartei gegenüber der Gesellschaft an verschiedene Rechtsträger übertragen wird, wenngleich die Gesellschaft unter Umständen geschützt ist, wenn die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen durch das Bestehen von Aufrechnungs- oder Verrechnungsrechten beschränkt ist.
- Vorbehaltlich der Bestimmungen des betreffenden Rahmenvertrags (i) ist die Gesellschaft nicht berechtigt, Stimmrechte auszuüben, Zustimmungen zu geben oder ähnliche Rechte auszuüben, die mit den Finanzinstrumenten verbunden sind, und (ii) die Gegenpartei ist nicht verpflichtet, die Gesellschaft über unternehmerische Maßnahmen oder Handlungen in Verbindung mit diesen Finanzinstrumenten zu informieren.
- Wenn die Gegenpartei nicht in der Lage ist, gleichwertige Finanzinstrumente zu beschaffen, um sie rechtzeitig an die Gesellschaft zu liefern, ist die Gesellschaft möglicherweise nicht in der Lage, ihre Abwicklungspflichten im Rahmen anderer Geschäfte zu erfüllen, die sie in Verbindung mit diesen Finanzinstrumenten getätigt hat.
- Die Gesellschaft hat keinen Anspruch auf Dividenden, Kupons oder andere Zahlungen, Zinsen oder Rechte (einschließlich Wertpapiere oder Eigentum, das zu einem gegebenen Zeitpunkt aufläuft oder angeboten wird), die in Verbindung mit diesen Finanzinstrumenten zahlbar sind, wenngleich der Gesellschaft eine Zahlung durch Bezug auf solche Dividenden, Kupons oder sonstige Zahlungen gutgeschrieben werden kann (eine „Kompensationszahlung“).
- Die steuerliche Behandlung von (i) Finanzinstrumenten (und gleichwertigen Finanzinstrumenten), die als Sicherheit übertragen oder verwendet werden und (ii) Kompensationszahlungen kann von der steuerlichen Behandlung der ursprünglichen Dividenden, Kupons oder sonstigen Zahlungen in Verbindung mit diesen Finanzinstrumenten abweichen.

## Verbriefungsrisiko

Eine Verbriefung im Sinne der Definition in Artikel 2 der Verordnung (EU) 2017/2402 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 ist eine Transaktion oder eine Struktur, durch die das mit einer Risikoposition oder einem Pool von Risikopositionen verbundene Kreditrisiko in Tranchen unterteilt wird, und die alle der folgenden Merkmale aufweist: (i) die im Rahmen der Transaktion oder der Struktur getätigten Zahlungen hängen von der Wertentwicklung der Risikoposition oder des Pools von Risikopositionen ab; (ii) die Rangfolge der Tranchen entscheidet über die Verteilung der Verluste während der Laufzeit der Transaktion oder der Struktur; (iii) die Transaktion oder die Struktur begründet keine Risikopositionen, die alle der unter Artikel 147 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 aufgeführten Merkmale aufweisen.

Verbriefungen umfassen ein breites Spektrum von Vermögenswerten einschließlich von „forderungsbesicherten Wertpapieren“, „Collateralised Debt Obligations“ und „hypothekenbesicherten Wertpapieren“.

Eine Verbriefung setzt sich aus mehreren Tranchen zusammen, die normalerweise von der Eigenkapitaltranche (höchstes Risiko) bis hin zu erstrangigen Tranche (niedrigstes Risiko) reichen. Die Performance jeder Tranche hängt von der Performance der zugrunde liegenden Vermögenswerte bzw. des „Sicherheitspools“ ab.

Der Sicherheitspool kann Wertpapiere mit unterschiedlichen Kreditqualitäten umfassen, darunter auch hochverzinsliche Wertpapiere und „Junk Bonds“, und das Bonitätsrating der Tranche spiegelt nicht die Qualität der zugrundeliegenden Vermögenswerte wider.

Hypothekarisch besicherte Wertpapiere unterscheiden sich von herkömmlichen Schuldtiteln darin, dass die Hauptforderung über die Laufzeit des Wertpapiers und nicht erst bei seiner Fälligkeit zurückgezahlt wird, da die zugrunde liegenden Hypotheken ungeplanten vorzeitigen Tilgungen vor dem Fälligkeitsdatum des Wertpapiers aufgrund von freiwilligen vorfälligen Zahlungen, Refinanzierungen oder Zwangsvollstreckungen der zugrunde liegenden Hypothekendarlehen unterliegen. Für den Fonds bedeutet dies einen Verlust erwarteter Zinsen und eines Teils seiner Hauptinvestition, der durch die Prämien repräsentiert wird, die der Fonds eventuell beim Kauf über den Nennwert hinaus gezahlt hat. Vorfällige Hypothekentrückzahlungen nehmen in der Regel zu, wenn die Zinssätze fallen.

Hypothekenbesicherte Wertpapiere können ferner einem Verlängerungsrisiko unterliegen. Ein unerwarteter Anstieg der Zinssätze könnte die Quote der vorzeitigen Tilgungen von hypothekenbesicherten Wertpapieren senken und ihre Laufzeit verlängern. Dies hat möglicherweise zur Folge, dass der Kurs der hypothekenbesicherten Wertpapiere sensibler auf Zinsänderungen reagiert. Die Emittenten von forderungsbesicherten Wertpapieren verfügen eventuell über eine beschränkte Fähigkeit, das Sicherungsrecht in Verbindung mit den zugrunde liegenden Vermögenswerten durchzusetzen, und gewährte Krediterweiterungen zur Unterstützung der Wertpapiere, sofern zutreffend, können für den Schutz der Anleger im Falle eines Ausfalls unzureichend sein.

Collateralized Mortgage Obligations (CMOs) sind durch einen Pool mit Mortgage Passthrough Securities oder Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere, die in verschiedene Tranchen mit unterschiedlichen Laufzeiten und Rängen in Bezug auf ihren Zugriff auf die Tilgungs- und Zinszahlungen von den zugrunde liegenden Vermögenswerten unterteilt sind. Solche Wertpapiere sind je nach Tranche abhängig von ihrem Rang in der Kapitalstruktur mit unterschiedlichen Risiken in Bezug auf vorzeitige Tilgungen und Kreditrisiken verbunden. Die kürzer datierten vorrangigen Tranchen sind im Allgemeinen mit einem geringeren Risiko verbunden als die länger datierten nachrangigen Tranchen.

Hypothekarisch besicherte Wertpapiere können als sog. IO- (interest only, d. h. nur Zinsen) oder PO- (principal only, d. h. nur Tilgungen) Versionen angeboten werden, bei denen nur die Zinsen oder nur die Tilgungen der zugrunde liegenden Hypotheken im Pool an die Inhaber der Wertpapiere weitergegeben werden. Diese Arten von Wertpapieren sind äußerst anfällig gegenüber den mit den zugrunde liegenden Hypotheken verbundenen vorfälligen Tilgungen und reagieren umgekehrt zum entsprechenden Trend bei den vorfälligen Tilgungen. Für IO-Wertpapiere bedeuten frühe vorfällige Tilgungen im Pool geringere Zinszahlungen als erwartet, da die Hypotheken beendet werden, was sich negativ auf die Wertpapierinhaber auswirkt. Für PO-Wertpapiere bedeuten frühe vorfällige Tilgungen im Pool eine schnellere Tilgung als erwartet, was den Wertpapierinhabern zugutekommt. Aufgrund der starken Anfälligkeit dieser Wertpapiere ist die Wahrscheinlichkeit starker Preisrückgänge viel höher als bei herkömmlichen hypothekarisch besicherten Wertpapieren.

Hypotheken- und forderungsbesicherte Wertpapiere können als synthetische Wertpapiere strukturiert sein. Der CMBX ist zum Beispiel ein Credit Default Swap auf einen Korb mit CMBS-Anleihen und stellt effektiv einen CMBS-Index dar. Mit dem Kauf eines derartigen Instruments kauft der Fonds Schutz (d. h. die Möglichkeit, im Falle eines ungünstigen Kreditereignisses den Nennwert der Anleihen zu bekommen), was es dem Fonds ermöglicht, sein Engagement abzusichern oder ein Short-Engagement gegenüber dem CMBS-Sektor aufzubauen. Wenn der Fonds einen Leerverkauf eines derartigen Instruments tätigt und Barmittel für die mögliche Verpflichtung zu seinem Kauf hält, verkauft er Schutz und baut effektiv effizienter als durch den Kauf einzelner Anleihen ein Long-Engagement gegenüber dem CMBS-Sektor auf. Die mit derartigen synthetischen Instrumenten verbundenen Risiken sind mit denen der zugrunde liegenden ABS- oder MBS-Wertpapiere vergleichbar, die die Instrumente nachbilden sollen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass sich die synthetischen Instrumente selbst aufgrund von ungünstigen Marktbedingungen nicht wie beabsichtigt entwickeln.

Forderungsbesicherte Wertpapiere sind sehr ähnlich wie hypothekarisch besicherte Wertpapiere, außer dass die Wertpapiere durch andere Arten von Vermögenswerten als Hypotheken besichert werden, wie z. B. unter anderem Kreditkartenforderungen, Immobiliendarlehen, Fertighäuser, Autokredite, Studentendarlehen, Leasingverträge oder vorrangige Bankdarlehen. Wie die hypothekenbesicherten Wertpapiere unterliegen auch die forderungsbesicherten Wertpapiere dem Risiko vorzeitiger Tilgungen und der Verlängerung.

Bei Collateralized Loan Obligations/Collateralized Debt Obligations (CLOs/CDOs) handelt es sich um eine Art von Wertpapieren, die ABS/MBS ähnlich sind. Der wesentliche Unterschied besteht in der Art des Sicherheitenpools, der nicht aus Schuldtiteln oder Hypotheken besteht, sondern aus von Unternehmen begebenen Leveraged Loans.

Zusätzlich zu den normalen mit Schuldtiteln und forderungsbesicherten Wertpapieren verbundenen Risiken (z. B. Zinssatzrisiko, Kreditrisiko und Ausfallrisiko) sind CDOs und CLOs darüber hinaus unter anderem mit den folgenden Risiken verbunden: (i) der Möglichkeit, dass Ausschüttungen von als Sicherheit gehaltenen Wertpapieren nicht ausreichen, um Zins- oder sonstige Zahlungen zu leisten; (ii) die Qualität oder der Wert der Sicherheit können zurückgehen oder es kann ein Ausfall oder eine Herabstufung erfolgen; (iii) ein Fonds kann in Tranchen einer CDO oder CLO investieren, die gegenüber anderen Klassen nachrangig sind; und (iv) die komplexe Struktur des Wertpapiers wird zum Zeitpunkt der Anlage eventuell nicht vollständig verstanden und verursacht eventuell Streitigkeiten mit dem Emittenten, Schwierigkeiten bei der Bewertung des Wertpapiers oder unerwartete Anlageergebnisse.

### Das mit Wertpapierleihgeschäften verbundene Risiko

Der Abschluss von Wertpapierleihgeschäften durch die Gesellschaft, wie in Anhang B.4 zu diesem Prospekt „Einsatz von Techniken und Instrumenten im Hinblick auf übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente“ beschrieben, ist mit bestimmten Risiken verbunden und es kann nicht garantiert werden, dass das damit verfolgte Ziel erreicht wird.

Anleger müssen insbesondere bedenken, dass im Fall von Zahlungsunfähigkeit, Konkurs oder Insolvenz des Entleihers der von einem Fonds verliehenen Wertpapiere das Risiko einer Verzögerung bei der Rückerstattung der Wertpapiere (wodurch möglicherweise die Fähigkeit des Fonds, Lieferpflichten bei Wertpapierverkäufen oder Zahlungsverpflichtungen aus Verkaufsanträgen nachzukommen, eingeschränkt wird) oder sogar des Verlusts von Rechten an den erhaltenen Sicherheiten besteht. Zur Minderung dieser Risiken wird eine sorgfältige Kreditwürdigkeitsanalyse der Entleiher durchgeführt, um zu ermitteln, wie hoch das Risiko ist, dass der Entleiher innerhalb des für die Entleiher geplanten Zeitraums in ein Insolvenz-/ Konkursverfahren verwickelt wird. Falls der Entleiher von Wertpapieren, die von einem Fonds verliehen wurden, diese Wertpapiere nicht zurückgibt, besteht das Risiko, dass die erhaltenen Sicherheiten eventuell zu einem geringeren Wert als dem Wert der verliehenen Wertpapiere realisiert werden. Dies kann auf eine unrichtige Bewertung, ungünstige Marktschwankungen, eine Verschlechterung der Bonität von Emittenten der Sicherheiten oder die Illiquidität des Marktes zurückzuführen sein, auf dem die Sicherheiten gehandelt werden.

Ein Fonds kann die von Entleihern erhaltenen Barsicherheiten reinvestieren. Es besteht das Risiko, dass der Wert oder die Rendite der reinvestierten Barsicherheiten unter den von diesen Entleihern geschuldeten Betrag fällt, und diese Verluste können den Betrag überschreiten, den der Fonds mit dem Verleihen der Wertpapiere erzielt.

### Risiko in Verbindung mit SPACs

Ein Fonds kann direkt oder indirekt in Special Purpose Acquisition Companies (SPACs) oder ähnliche Zweckgesellschaften investieren, mit denen verschiedene Risiken verbunden sind, die über die mit anderen Beteiligungspapieren verbundenen Risiken hinausgehen. SPACs sind börsennotierte Unternehmen, die Kapital für die Übernahme oder Fusion mit einem bestehenden Unternehmen aufnehmen. Der Geschäftsbetrieb dieser SPACs besteht allein in der Suche nach Übernahmegelegenheiten und der Wert ihrer Wertpapiere hängt in besonderem Maße von der Fähigkeit des Managements der SPACs ab, ein Fusionsziel zu identifizieren und eine Übernahme durchzuführen. Einige SPACs führen Akquisitionen nur in bestimmten Branchen oder Regionen durch, was die Volatilität ihrer Kurse erhöhen kann. Darüber hinaus sind diese Wertpapiere, die im Freiverkehr gehandelt werden können, unter Umständen als illiquide zu betrachten und/oder können Beschränkungen für den Weiterverkauf unterworfen sein.

### Mit den Beschränkungen für spekulative Positionen verbundenes Risiko

Bestimmte Aufsichtsbehörden und Warenbörsen haben Beschränkungen (im Folgenden als „**Beschränkungen für spekulative Positionen**“ bezeichnet) für die maximale Netto-Long- oder Short-Position festgelegt, die eine Person in bestimmten Futures, Optionen und/oder Derivatkontrakten oder Kontraktkomplexen halten oder kontrollieren darf. Darüber hinaus können alle Positionen, die in den vom Anlageverwalter oder seinen Beauftragten verwalteten Einzelkonten, einschließlich der Konten des Fonds, gehalten werden, zum Zwecke der Feststellung der Einhaltung dieser Grenzen zusammengefasst werden. In bestimmten Fällen können die vom Fonds gehaltenen Positionen auch durch eine Gegenpartei begrenzt werden, die Positionen für andere Kunden hält. Regulierungsbehörden und Börsen können diese Beschränkungen nach eigenem Ermessen ändern. Es ist daher möglich, dass die vom Fonds gehaltenen Positionen angepasst oder aufgelöst werden müssen, um eine Überschreitung der Beschränkungen für spekulative Positionen zu vermeiden. Die Positionen des Fonds können daher von den Beschränkungen für spekulative Positionen betroffen sein, die wiederum von den Positionen anderer, nicht verbundener Konten beeinflusst werden können. Der Anlageverwalter oder seine Beauftragten sind bestrebt, alle ihre Kunden gleich zu behandeln, jedoch

könnte sich eine Änderung oder Auflösung der Fondspositionen aufgrund von Beschränkungen für spekulative Positionen nachteilig auf den Fonds auswirken. Beschränkungen für spekulative Positionen können sich auch auf die Fähigkeit des Fonds auswirken, sich in bestimmten Positionen zu engagieren, und damit die Fähigkeit des Fonds beeinträchtigen, seine Anlageziele zu erreichen.

#### **Das mit strukturierten Schuldverschreibungen verbundene Risiko**

Bei strukturierten Schuldverschreibungen wie Credit Linked Notes, Equity Linked Notes und ähnlichen Wertpapieren strukturiert ein Kontrahent ein Wertpapier, dessen Wert sich parallel zum jeweiligen Basiswert entwickeln soll. Im Gegensatz zu Derivaten erfolgt eine Übertragung von Bargeld vom Käufer an den Verkäufer der Schuldverschreibung. Anlagen in diesen Instrumenten können zu einem Verlust führen, wenn der Wert des zugrunde liegenden Wertpapiers fällt. Es besteht außerdem das Risiko des Ausfalls des Emittenten der Schuldverschreibung. Weitere Risiken resultieren aus der Tatsache, dass die Dokumentation solcher Schuldverschreibungs-Programme in der Regel sehr individuell ausgestaltet ist. Eine strukturierte Schuldverschreibung kann weniger liquide sein als das zugrunde liegende Wertpapier, eine normale Anleihe oder ein normales Schuldinstrument, und dies kann die Fähigkeit zum Verkauf der Position oder den Preis, zu dem ein solcher Verkauf vorgenommen wird, beeinträchtigen.

#### **Erhebliches Hebelungsrisiko**

OGAW-Fonds dürfen zwar keine Barmittel zu Anlagezwecken aufnehmen (herkömmliche Fremdfinanzierung), es kann jedoch über den Einsatz von Finanzderivaten eine Hebelung erzielt werden, wie im Abschnitt „Das mit Derivaten verbundene Risiko“ näher ausgeführt. Manche Fonds können aufgrund der Wesensart ihrer Anlagestrategie ein ungewöhnlich hohes Maß an Hebelung verwenden, das über Finanzderivate aufgebaut wurde, und zwar unabhängig von deren Verwendung z. B. zu Anlagezwecken oder zu Absicherungszwecken. So tragen zum Beispiel Finanzderivate, die zur Reduzierung des Risikos verwendet werden, ebenfalls zu einer Erhöhung der Hebelung eines Fonds bei, wenn diese nominell ausgedrückt wird.

Bestimmte Finanzderivate haben das Potenzial für ein ungewöhnlich hohes Maß an Hebelung unabhängig vom Umfang der ursprünglichen Anlage. Der Einsatz von einem erheblichen Maß an Hebelung kann dazu führen, dass ein Fonds Portfoliositionen auflöst, um seine Verpflichtungen zu erfüllen oder um Anforderungen zur Trennung von Vermögenswerten zu entsprechen, wenn dies eventuell nicht vorteilhaft ist. In der Folge kann eine vergleichsweise geringe Preisänderung innerhalb eines Derivatekontrakts, besonders wenn solche Kontrakte zu einem signifikanten Maß in einem Fonds eingesetzt werden, zu erheblichen Verlusten für den Fonds führen. Folglich könnte ein hohes Maß an Hebelwirkung zu einer höheren Volatilität des Nettoinventarwerts eines Fonds führen.

#### **Nachhaltigkeitsrisiko**

Der/die Anlageverwalter erachtet/erachten Nachhaltigkeitsrisiken für relevant für die Renditen des Fonds. Die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in den Anlageentscheidungsprozess kann zur Folge haben, dass rentable Anlagen vom Anlageuniversum der Fonds ausgeschlossen werden und die Fonds möglicherweise Anlagen verkaufen müssen, die sich gut entwickeln.

Die Einschätzung des Nachhaltigkeitsrisikos ist in gewissem Maße subjektiv und es gibt keine Garantie, dass alle von den Fonds getätigten Anlagen die Überzeugungen oder Werte eines bestimmten Anlegers in Bezug auf nachhaltige Anlagen widerspiegeln.

Ein Nachhaltigkeitsrisiko könnte sich manifestieren, wenn Ereignisse oder Umstände im Zusammenhang mit Umwelt, sozialer Verantwortung oder Unternehmensführung eintreten, die wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert einer oder mehrerer Anlagen haben und somit die Renditen der Fonds beeinträchtigen.

Nachhaltigkeitsrisiken können sich auf unterschiedliche Weise manifestieren, wie zum Beispiel:

- Nichteinhaltung von ESG-Standards, die zu Reputationsschaden führt, einen Rückgang der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen oder entgangene Geschäftschancen für ein Unternehmen oder eine Branchengruppe zur Folge hat,
- Veränderungen von Gesetzen, Vorschriften oder Branchennormen, die mögliche Geldstrafen, Sanktionen oder Veränderungen des Verbraucherverhaltens nach sich ziehen können, wodurch die Wachstums- und Entwicklungsaussichten eines Unternehmens oder einer ganzen Branche beeinträchtigt werden,
- Veränderungen von Gesetzen oder Vorschriften, die eine höhere Nachfrage nach Wertpapieren von Unternehmen auslösen, von denen angenommen wird, dass sie höhere ESG-Standards erfüllen, und die Preise für diese Wertpapiere unangemessen in die Höhe treiben; die Preise solcher Wertpapiere können stärkeren Schwankungen unterliegen, wenn sich die Wahrnehmung der Marktteilnehmer hinsichtlich der Einhaltung von ESG-Standards durch die Unternehmen verändert
- Veränderungen von Gesetzen oder Vorschriften, die Unternehmen dazu veranlassen, irreführende Informationen über ihre ESG-Standards oder -Aktivitäten bereitzustellen.

Die üblicherweise berücksichtigten Nachhaltigkeitsrisikofaktoren werden den drei ESG-Bereichen „Umwelt“, „Soziale Belange“ und „Governance“ zugeordnet, die sich unter anderem mit folgenden Themen beschäftigen:

#### Umweltfaktor

- Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels
- Anpassung an den Klimawandel
- Schutz der Biodiversität
- Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
- Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling
- Vermeidung und Reduzierung von Umweltverschmutzung
- Schutz gesunder Ökosysteme
- Nachhaltige Flächennutzung

#### Soziale Belange

- Einhaltung von anerkannten arbeitsrechtlichen Standards (keine Kinder- und Zwangsarbeit, keine Diskriminierung)
- Einhaltung von Vorschriften zum Arbeitsschutz
- Angemessene Vergütung, faire Arbeitsbedingungen, Diversität sowie Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Gewerkschaftsrechte und Versammlungsfreiheit
- Gewährleistung angemessener Produktsicherheit, einschließlich Gesundheitsschutz
- Anwendung derselben Vorschriften auf Unternehmen in der Lieferkette
- Inklusionsprojekte und Berücksichtigung der Interessen von Gemeinschaften und sozialen Minderheiten

#### Grundsätze der Unternehmensführung

- Steuerehrlichkeit
- Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung
- Nachhaltigkeitsmanagement durch den Vorstand
- Vorstandsvergütung basierend auf Nachhaltigkeitskriterien
- Erleichterung von Whistleblowing
- Schutz der Arbeitnehmerrechte
- Datenschutzgarantien

Nachhaltigkeitsrisiken können zu einer erheblichen Verschlechterung des Finanzprofils, der Rentabilität oder der Reputation der zugrundeliegenden Anlage führen und somit deren Marktpreis oder Liquidität wesentlich beeinträchtigen.

#### Das mit Swaps verbundene Risiko

Die Gesellschaft darf Zins-, Index- und Währungsswaps eingehen, um zu versuchen, eine bestimmte gewünschte Rendite zu geringeren Kosten für die Gesellschaft zu erzielen, als wenn sie direkt in einem Wertpapier angelegt hätte, das die gewünschte Rendite erbringt. Swap- Vereinbarungen sind Verträge zwischen zwei Parteien, die hauptsächlich von institutionellen Investoren für Zeiträume geschlossen werden, die von wenigen Tagen bis zu mehr als einem Jahr dauern. Bei einem normalen „Swap“-Geschäft vereinbaren zwei Parteien, die mit bestimmten, vorher festgelegten Wertpapieren erzielten oder realisierten Renditen (oder Differenz zwischen den Renditen) auszutauschen. Die Bruttorenditen, die zwischen den Parteien ausgetauscht werden, errechnet man anhand eines „nominellen Betrags“, nämlich der Rendite oder Wertsteigerung eines bestimmten US-Dollar-Betrags, der zu einem bestimmten Zinssatz in einer bestimmten Fremdwährung oder in einem „Korb“ von Wertpapieren, die einen bestimmten Index repräsentieren, angelegt wurde. Der „nominelle Betrag“ der Swap-Vereinbarung bildet nur eine fiktive Grundlage, auf der die Verbindlichkeiten errechnet werden, deren Austausch die Parteien einer Swap-Vereinbarung vereinbart haben. Die Verbindlichkeiten (oder Rechte) der Gesellschaft aus einer Swap-Vereinbarung werden generell nur der Nettosumme entsprechen, die im Rahmen der Vereinbarung auf Basis der relativen Werte der von den Parteien gehaltenen Positionen gezahlt oder eingenommen wird (die „Nettosumme“).

Ob die Gesellschaft ihr Anlageziel mithilfe von Swap-Vereinbarungen erfolgreich unterstützt, hängt von der Fähigkeit der Anlageverwalter und/oder Co-Anlageverwalter ab, korrekt vorherzusagen, ob bestimmte Wertpapierarten wahrscheinlich höhere Renditen erzielen werden als andere Wertpapiere. Da es sich um Verträge zwischen zwei Parteien handelt und da sie Laufzeiten von mehr als sieben (7) Kalendertagen haben können, können Swap-Vereinbarungen als illiquide angesehen werden. Ferner trägt die Gesellschaft das Risiko, die im Rahmen einer Swap-Vereinbarung erwartete Summe zu verlieren, falls der Kontrahent der Swap-Vereinbarung zahlungsunfähig wird oder in Konkurs geht. Die Anlageverwalter und/oder Co-Anlageverwalter veranlassen die Gesellschaft, Swap-Vereinbarungen in Übereinstimmung mit den Leitlinien in Anhang B

abzuschließen. Der Hauptfaktor, der die Performance eines Swap-Kontrakts bestimmt, ist die Preisentwicklung des Basiswerts, bestimmter Zinssätze, Währungen und sonstiger Faktoren, die zur Berechnung der von oder an den Kontrahenten fälligen Zahlung verwendet werden. Wenn ein Swap-Kontrakt eine Zahlung durch einen Fonds erfordert, muss Letzterer jederzeit in der Lage sein, diese Zahlung zu leisten. Darüber hinaus wird der Wert des mit diesem Kontrahenten abgeschlossenen Swap-Kontrakts voraussichtlich fallen, wenn der Kontrahent seine Bonität verliert, so dass dem Fonds mögliche Verluste entstehen.

### Risiko in Verbindung mit steuerlichen Änderungen

Die steuerlichen Folgen für die Gesellschaft und ihre Anteilhaber, die Fähigkeit des Fonds, als ausländischer Investor in bestimmten Märkten Anlagen zu tätigen, und die Fähigkeit des Fonds, Vermögenswerte einschließlich aller Erträge und Gewinne aus Vermögenswerten zurückzuführen, beruhen auf bestehenden Vorschriften, die sich durch gesetzgeberische, gerichtliche oder behördliche Maßnahmen in den verschiedenen Rechtsordnungen, in denen das Programm möglicherweise aktiv ist, ändern können. **Der Fonds, der Anlageverwalter oder seine verbundenen Unternehmen und/oder seine Beauftragten erteilen keine Beratung und geben keine Zusicherungen ab (und es dürfen auch keine solchen abgeleitet werden) in Bezug auf die steuerlichen Folgen einer Anlage in den Fonds oder von Anlagen oder Transaktionen, die der Anlageverwalter und/oder seine Beauftragten für den Fonds tätigen. Ein Anleger muss vor einer Anlage in den Fonds den Rat seines eigenen Steuerberaters einholen und sich darauf stützen, was die möglichen steuerlichen Folgen einer Anlage betrifft.**

### Risiken in Bezug auf Optionsscheine

Das Investieren in und das Halten von Optionsscheinen können zu einer höheren Volatilität der Nettoinventarwerte der Fonds führen, die Optionsscheine verwenden dürfen, und sind dementsprechend mit einem erhöhten Risikograd verbunden.

**Die Anleger sollten sich im Klaren darüber sein, dass jede Anlage Risiken mit sich bringt und es keine Garantie gegen Verluste aus Anlagen in dem/den Fonds gibt. Es kann auch nicht zugesichert werden, dass die Anlageziele der Fonds erreicht werden. Weder die Gesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft, der/die Anlageverwalter noch ihre weltweit verbundenen Unternehmen garantieren für den Erfolg oder künftige Erträge der Gesellschaft oder ihrer Fonds.**

## Verwaltungsgesellschaft

Der Verwaltungsrat hat Franklin Templeton International Services S.à r.l. im Rahmen eines Verwaltungsgesellschaftsdienstleistungsvertrags vom 1. August 2019 zur Verwaltungsgesellschaft bestellt, die im Tagesgeschäft unter der Aufsicht des Verwaltungsrats für die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung, der Vermarktung, der Anlageverwaltung und -beratung in Bezug auf alle Fonds verantwortlich ist. Die Verwaltungsgesellschaft hat die Anlageverwaltungsleistungen den Anlageverwaltern übertragen.

Der Vorstand der Verwaltungsgesellschaft hat die im Abschnitt „Informationen zur Fondsverwaltung“ genannten Personen zu Geschäftsführern bestellt, die gemäß Artikel 102 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 für die Führung des Tagesgeschäfts der Verwaltungsgesellschaft verantwortlich sind.

Die Verwaltungsgesellschaft wurde am 17. Mai 1991 nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg gegründet und seine Gründungssatzung wurde beim luxemburgischen Registre de Commerce et des Sociétés hinterlegt. Die Verwaltungsgesellschaft ist als Verwaltungsgesellschaft zugelassen und unterliegt Kapitel 15 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010. Die Verwaltungsgesellschaft gehört zu Franklin Templeton.

Das Gesellschaftskapital der Verwaltungsgesellschaft beträgt 4.605.383 EUR und die Verwaltungsgesellschaft wird jederzeit mit Artikel 102 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 konform sein.

Die Verwaltungsgesellschaft kann außerdem zur Verwaltungsgesellschaft für andere Anlagefonds bestellt werden. Eine diesbezügliche Liste ist auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Die Verwaltungsgesellschaft wird dafür sorgen, dass die Gesellschaft die Anlagebeschränkungen einhält, und sie beaufsichtigt die Umsetzung der Anlagestrategien und der Anlagepolitik der Gesellschaft.

Die Verwaltungsgesellschaft erhält vom Anlageverwalter in regelmäßigen Abständen Berichte mit Angaben zur Wertentwicklung der Fonds und Analysen ihrer Anlagen. Die Verwaltungsgesellschaft erhält von den anderen Dienstleistern ähnliche Berichte über die von diesen erbrachten Dienstleistungen.

Die Verwaltungsgesellschaft, die die Funktionen als Register- und Transferstelle, Vertretungs-, Domizil- und Verwaltungsstelle ausübt, ist befugt, im gewöhnlichen Geschäftsgang die Hauptverwaltungsfunktionen an Dritte zu delegieren bzw. hat diese delegiert, wie in den Abschnitten „Verwaltungsstelle“ und „Register- und Transferstelle“ unten beschrieben, dies jedoch unter ihrer allgemeinen Aufsicht und Kontrolle.

Die Verwaltungsgesellschaft muss dem Verwaltungsrat vierteljährlich Bericht erstatten und den Verwaltungsrat über jegliche Nichteinhaltung von Anlageeinschränkungen durch die Gesellschaft in Kenntnis setzen.

# Anlageverwalter

Der oder die im Abschnitt „Informationen zur Fondsverwaltung“ genannten Anlageverwalter wurden von der Verwaltungsgesellschaft zu Anlageverwaltern der Fonds bestellt, wie ggf. auch andere verbundene Anlageverwaltungsgesellschaften innerhalb von Franklin Templeton, und sie sind für das tägliche Management in Bezug auf die Anlage und Wiederanlage der Nettovermögen der Fonds verantwortlich.

Der oder die Anlageverwalter können, müssen jedoch nicht zu Franklin Templeton gehören.

Der/die Anlageverwalter erstattet/erstatten der Verwaltungsgesellschaft schriftliche Berichte über die Zusammensetzung des Vermögens der von ihm/ihnen verwalteten Fonds, wenn die Verwaltungsgesellschaft dies angemessenerweise verlangt.

Der/die Anlageverwalter und seine/ihre verbundenen Unternehmen ist/sind Berater einer großen Zahl offener Investmentfonds und privater Kunden in vielen Ländern. Franklin Templeton ist seit über 60 Jahren im weltweiten Anlagegeschäft tätig und erbringt einer weltweiten Klientel mit über 24 Millionen Anlegerkonten Anlageverwaltungs- und Beratungsdienstleistungen. Die Franklin Templeton Anlageverwalter sind indirekte 100 %ige Tochtergesellschaften von FRI. Über ihre Tochtergesellschaften ist FRI unter verschiedenen Aspekten in der Finanzdienstleistungsbranche engagiert. Einzelheiten zum Wert der aktuell unter der Verwaltung von Franklin Templeton stehenden Vermögenswerte finden sich unter <http://www.franklintempleton.lu>.

## Verwahrstelle

J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg wurde zur Verwahrstelle ernannt, um Verwahrdienste, Abrechnungs- und gewisse sonstige damit verbundene Dienstleistungen für die Gesellschaft zu erbringen.

J.P. Morgan SE ist eine Europäische Gesellschaft (Societas Europaea) nach deutschem Recht, mit eingetragenem Sitz in Taunustor 1 (TaunusTurm), 60310 Frankfurt am Main, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt. Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut, das der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank untersteht und von der CSSF als Verwahrstelle und Fondsverwalter zugelassen wurde. J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, ist im luxemburgischen Handels- und Gesellschaftsregister (*Registre de Commerce et des Sociétés*) unter der Nummer B255938 eingetragen und untersteht der Aufsicht der vorgenannten Aufsichtsbehörden des Herkunftsmitgliedstaats sowie der nationalen Aufsicht der CSSF.

Die Verwahrstelle wird des Weiteren:

- a) dafür sorgen, dass die Ausgabe, Rücknahme und Stornierung von Anteilen durch die Gesellschaft oder in ihrem Auftrag gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 und der Satzung durchgeführt wird;
- b) dafür sorgen, dass der Wert pro Anteil der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 und der Satzung berechnet wird;
- c) die Anweisungen der Gesellschaft, des/der Anlageverwalter(s) ausführen oder gegebenenfalls die Unterverwahrstelle bzw. einen anderen beauftragten Verwahrer dazu veranlassen, es sei denn sie stehen in Widerspruch zu den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 oder der Satzung;
- d) sicherstellen, dass bei Transaktionen, welche die Vermögenswerte der Gesellschaft betreffen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen gezahlt wird; und
- e) sicherstellen, dass die Gewinne der Gesellschaft gemäß der Satzung verwendet werden.

Die Verwahrstelle kann das von ihr verwahrte Vermögen der Gesellschaft ganz oder teilweise Unterverwahrstellen anvertrauen, die eventuell gelegentlich von der Verwahrstelle bestimmt werden. Mit Ausnahme der maßgeblichen Rechtsvorschriften bleibt die Haftung der Verwahrstelle von der Tatsache unberührt, dass sie das Vermögen ganz oder teilweise einem Dritten anvertraut hat.

Die Verwahrstelle übernimmt ihre Funktionen und Verantwortlichkeiten im Einklang mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften wie im Verwahrstellenvertrag zwischen der Verwahrstelle, der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft näher beschrieben.

### *Der Verwahrstellenvertrag*

Die Gesellschaft hat die Verwahrstelle im Rahmen eines Verwahrstellenvertrags vom 1. August 2019, an dem auch die Verwaltungsgesellschaft beteiligt ist, zur Verwahrstelle bestellt (der „Verwahrstellenvertrag“).

Die Verwahrstelle übernimmt sämtliche Pflichten und Verpflichtungen einer Verwahrstelle gemäß der OGAW-Richtlinie, wie im Verwahrstellenvertrag dargelegt.



Der Verwahrstellenvertrag kann von jeder der Parteien mit einer Frist von 90 Tagen schriftlich gekündigt werden. Vorbehaltlich der maßgeblichen Rechtsvorschriften kann der Verwahrstellenvertrag von der Verwahrstelle auch mit einer Frist von 30 Tagen schriftlich gekündigt werden, wenn (i) sie aufgrund der Anlageentscheidungen der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Gesellschaft nicht in der Lage ist, das erforderliche Maß an Schutz für die Anlagen der Gesellschaft gemäß den maßgeblichen Rechtsvorschriften sicherzustellen; oder wenn (ii) die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft für die Gesellschaft in einem Land investieren oder weiterhin investieren möchte, trotz der Tatsache, dass (a) diese Anlage die Gesellschaft oder ihre Vermögenswerte einem erheblichen Länderrisiko aussetzen könnte oder dass (b) die Verwahrstelle nicht in der Lage ist, zufriedenstellenden rechtlichen Rat zu bekommen, aus dem unter anderem hervorgeht, dass das vor Ort verwahrte Vermögen der Gesellschaft im Fall der Insolvenz einer Unterverwahrstelle oder sonstigen maßgeblichen Einrichtung in diesem Land nicht zur Verteilung an die Gläubiger dieser Unterverwahrstelle oder sonstigen maßgeblichen Einrichtung oder zur Verwertung zu deren Gunsten zur Verfügung steht.

Vor Ablauf einer solchen Kündigungsfrist muss die Verwaltungsgesellschaft eine neue Verwahrstelle vorschlagen, die die Anforderungen der OGAW-Richtlinie erfüllt und an die die Vermögen der Gesellschaft übertragen werden und die die Pflichten als Verwahrstelle der Gesellschaft von der Verwahrstelle übernimmt. Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft werden alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um eine passende Ersatzverwahrstelle zu finden, und bis ein solcher Ersatz beauftragt wurde, muss die Verwahrstelle ihre im Rahmen der Verwahrstellenvereinigung zugesagten Dienste erfüllen.

Die Verwahrstelle ist für den Schutz und die Überprüfung der Inhaberschaft der Vermögen der Gesellschaft, für die Überwachung der Zahlungsflüsse und die Kontrolle gemäß der OGAW-Richtlinie verantwortlich. Bei der Wahrnehmung ihrer Funktion als Verwahrstelle handelt die Verwahrstelle unabhängig von der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Gesellschaft und ihrer Anleger.

Die Verwahrstelle haftet der Gesellschaft oder ihren Anlegern gegenüber für den Verlust eines von der Verwahrstelle oder von einem ihrer Beauftragten verwahrten Finanzinstruments. Die Verwahrstelle haftet jedoch nicht, wenn sie nachweisen kann, dass der Verlust auf ein externes Ereignis außerhalb ihrer Kontrolle zurückzuführen ist, dessen Folgen trotz aller angemessenen entgegengesetzten Bemühungen unvermeidbar gewesen wären. Die Verwahrstelle haftet außerdem der Gesellschaft oder ihren Anlegern gegenüber für alle sonstigen Verluste, die diesen dadurch entstehen, dass die Verwahrstelle ihre Verpflichtungen fahrlässig oder vorsätzlich nicht ordnungsgemäß im Einklang mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften erfüllt.

#### *Interessenkonflikte*

Bei der Erfüllung ihrer Funktionen muss die Verwahrstelle ehrlich, gerecht, professionell, unabhängig und ausschließlich im Interesse der Anteilsinhaber handeln.

Im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs einer globalen Verwahrstelle kann die Verwahrstelle gelegentlich Arrangements mit anderen Kunden, Fonds oder sonstigen Dritten zur Erbringung von Verwahr- oder ähnlichen Leistungen eingehen. Innerhalb einer Bankengruppe wie der JPMorgan Chase Group, die zahlreiche Leistungen anbietet, können gelegentlich Konflikte zwischen der Verwahrstelle und ihren mit der Verwahrung Beauftragten auftreten, wenn ein Beauftragter zum Beispiel ein verbundenes Konzernunternehmen ist und ein Produkt oder eine Leistung für einen Fonds erbringt und finanzielle oder geschäftliche Interessen an diesem Produkt bzw. dieser Leistung hat, oder wenn ein Beauftragter ein verbundenes Konzernunternehmen ist, das eine Vergütung für andere damit zusammenhängende Verwahrungsprodukte oder -leistungen erhält, die er für die Fonds erbringt, wie z.B. Devisen-, Wertpapierleih-, Preisfestsetzungs- oder Bewertungsleistungen. Im Falle eines Interessenkonflikts oder eines potenziellen Interessenkonflikts achtet die Verwahrstelle auf ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft (unter geltendem Recht einschließlich Art. 25 der OGAW-Richtlinie) und behandelt die Gesellschaft und die anderen Fonds auf faire Art und Weise und so, dass, soweit dies praktikabel ist, alle Verträge mit Dienstleistern unter Bedingungen geschlossen werden, die nicht entscheidend weniger vorteilhaft für die Gesellschaft sind, als wenn der Konflikt oder potenzielle Konflikt nicht vorgekommen wäre. Solche potenziellen Interessenkonflikte werden verschiedenartig identifiziert, verwaltet und kontrolliert; unter anderem gehört dazu, dass die Verwahrfunktionen der Verwahrstelle sowohl hierarchisch als auch funktional von ihren anderen potenziell konfliktträchtigen Aufgaben getrennt wird und die Verwahrstelle ihre eigene Politik in Bezug auf Interessenkonflikte einhält.

#### *Unterverwahrstellen und andere beauftragte Personen*

Bei der Auswahl und Bestellung einer Unterverwahrstelle oder eines sonstigen Beauftragten muss die Verwahrstelle wie von der OGAW-Richtlinie vorgeschrieben alle gebotene Kompetenz und Sorgfalt aufwenden, um sicherzustellen, dass sie die Vermögenswerte der Gesellschaft nur einem Beauftragten anvertraut, der einen angemessenen Schutz bieten kann.

Die aktuelle Liste der Unterverwahrstellen und sonstigen Beauftragten der Verwahrstelle und der Unterbeauftragten, die sich eventuell aus einer Delegation ergeben, ist auf der folgenden Website verfügbar: <http://www.franklintempleton.lu> („Invest with Us“ > „Subcustodians“). Die Anleger können die aktuelle Version dieser Liste außerdem von der Gesellschaft anfordern.

Darüber hinaus können die Anleger aktuelle Informationen in Bezug auf die Pflichten der Verwahrstelle und eventuell entstehende Interessenkonflikte sowie sämtliche von der Verwahrstelle delegierten Verwahrfunktionen, die Liste externer Bearer und sämtliche eventuell aus dieser Delegation entstehenden Interessenkonflikte auf Anfrage auch vom eingetragenen Sitz der Gesellschaft beziehen.

## Register- und Transferstelle

Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l. wurde von der Verwaltungsgesellschaft als Register- und Transferstelle der Gesellschaft bestellt und mit der Erbringung der Leistungen in Verbindung mit der Gesellschaft im Rahmen eines Register- und Transferstellenvertrags beauftragt. Diese Dienstleistungen umfassen unter anderem (i) die Führung des Anteilsinhaberregisters der Gesellschaft, (ii) Onboarding-Dienste sowie Know-Your-Customer-Dienste/Dienste zur Geldwäschebekämpfung, (iii) Anleger- und Vertriebspartnerdienste, (iv) Transaktionsabwicklung einschließlich der Abwicklung von Kauf, Verkauf und Umtausch von Anteilen, (v) Bargeldverwaltung, Zahlungen an AnteilsinhaberInnen und Abgleich, (vi) Provisionsberechnung und -zahlungen, (vii) Verwaltung von Kundenänderungen, (viii) CRS- und FATCA-Dienste, (ix) aufsichtsrechtliche Berichterstattung, (x) Unterstützung der Gesellschaft bei der Bearbeitung von Beschwerden und (xi) technologische Unterstützung.

Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l. wurde in Luxemburg als *soiété à responsabilité limitée* gegründet und hat ihren Geschäftssitz in 8A, rue Albert Borschette, L-1246 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Etwaige Verweise in diesem Prospekt auf die Pflichten und Aufgaben der Verwaltungsgesellschaft in Verbindung mit dem Anteilsinhaberregister und den Transaktionen mit Anteilen der Gesellschaft sind, sofern relevant, auch als Verweise auf Dritte zu verstehen, an die die Verwaltungsgesellschaft ihre Register- und Transferstellenfunktion übertragen hat.

## Verwaltungsstelle

J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, wurde auch als Verwaltungsstelle der Gesellschaft ernannt und mit der Durchführung einer Reihe von administrativen Dienstleistungen in Verbindung mit der Gesellschaft im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung vom 1. August 2019 (die „Verwaltungsvereinbarung“) beauftragt. Diese Dienstleistungen umfassen das Erstellen und Pflegen von Büchern, Aufzeichnungen, Steuererklärungen, Finanzberichten und die Berechnung des Nettoinventarwerts der Fonds.

Die Verwaltungsvereinbarung kann von jeder der Parteien mit einer Frist von 180 Tagen schriftlich gekündigt werden.

Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung haftet die Verwaltungsstelle nicht für von der Gesellschaft erlittene Verluste oder Schäden in Bezug auf Angelegenheiten, bezüglich derer die Verwaltungsstelle ihre Sorgfaltspflicht erfüllt hat, es sei denn, der entstandene Schaden oder Verlust resultiert aus einer fahrlässigen Handlung, betrügerischen Handlung, vorsätzlichen Unterlassung oder einem Vertragsbruch der Verwaltungsvereinbarung seitens der Verwaltungsstelle. Die Gesellschaft hat zugestimmt, die Verwaltungsstelle (und deren Tochtergesellschaften sowie deren jeweilige Verwaltungsratsmitglieder, Vorstandsmitglieder, Mitarbeiter und Vertreter) schadlos zu halten gegenüber Schäden in Bezug auf jegliche Verbindlichkeiten, Verluste, Forderungen, Kosten, Schäden, Strafen, Geldbußen, Pflichten oder Ausgaben jeglicher Art (einschließlich ohne Einschränkungen angemessener Gebühren und Aufwendungen von Anwälten, Buchhaltern, Beratern oder Experten), die der Verwaltungsstelle (oder ihren Tochtergesellschaften und deren jeweiligen Verwaltungsratsmitgliedern, Vorstandsmitgliedern, Mitarbeitern und Vertretern) in Zusammenhang mit der Leistung der Verwaltungsstelle auferlegt, verursacht oder ihr gegenüber geltend gemacht werden, sofern die Verwaltungsstelle (und ihre Tochtergesellschaften und deren jeweilige Verwaltungsratsmitglieder, Vorstandsmitglieder, Mitarbeiter und Vertreter) in Verbindung mit der betroffenen Verbindlichkeit nicht fahrlässig oder betrügerisch gehandelt, die Verwaltungsvereinbarung nicht in erheblichem Maße gebrochen oder durch vorsätzliche Unterlassung verursacht hat.

## Bekanntgabe der Anteilspreise

Der Nettoinventarwert je Anteil der einzelnen Fonds und Anteilklassen wird auf den Websites <http://www.franklintempleton.lu> und <https://www.fundinfo.com> sowie am eingetragenen Sitz der Gesellschaft bekannt gegeben und steht in den Geschäftsräumen der Verwaltungsgesellschaft zur Verfügung. Die Gesellschaft sorgt für die Veröffentlichung des Nettoinventarwerts je Anteil der jeweiligen Fonds gemäß den geltenden Gesetzen und in den Zeitungen, die der Verwaltungsrat jeweils festgelegt hat. zur Verfügung. Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft können keine Haftung für Veröffentlichungsfehler oder -verzögerungen oder für die Nichtveröffentlichung der Preise übernehmen.

# Allgemeine Informationen für Anleger

## Erwägungen vor einer Kaufentscheidung

Die Gesellschaft beabsichtigt, den Anlegern eine Auswahl an Fonds anzubieten, die weltweit in eine breite Palette übertragbarer Wertpapiere und anderer geeigneter Vermögenswerte investieren und jeweils unterschiedliche Anlageziele wie z. B. Kapitalzuwachs und Erträge verfolgen. Anleger sollten sorgsam ihre persönlichen Anlageziele sowie jegliche lokalen rechtlichen oder steuerlichen Folgen beachten, die auf ihre Situation anwendbar sind. Den Anlegern wird außerdem empfohlen, den Rat lokaler Finanz- und Steuerberater einzuholen. Weitere steuerbezogene Informationen sind in den Abschnitten „Besteuerung der Gesellschaft“ und „Besteuerung der Anleger“ zu finden.

Die Anleger sollten beachten, dass der Preis der Anteile und der Ertrag aus ihnen nicht nur steigen, sondern auch fallen können und dass die Anleger den investierten Kapitalbetrag unter Umständen nicht vollständig zurückerhalten. Insbesondere werden die Anleger darauf hingewiesen, dass die Anlagen der Gesellschaft besondere Risiken in sich bergen können, die im Abschnitt „Risikoabwägungen“ genauer beschrieben sind.

Die Verbreitung dieses Prospekts und das Angebot von Anteilen können in bestimmten anderen Gerichtsbarkeiten Einschränkungen unterliegen, und manche der Fonds sind in Ihren Ländern eventuell nicht zum öffentlichen Vertrieb zugelassen. Es obliegt demjenigen, der einen Antrag auf Erwerb von Anteilen nach Maßgabe des vorliegenden Prospekts stellen will, sich über alle einschlägigen Gesetze und Bestimmungen der jeweiligen Gerichtsbarkeit zu informieren und dementsprechend zu verfahren.

Darüber hinaus behält sich die Gesellschaft bzw. die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, von Anlegern zusätzliche Informationen und/oder Nachweise anzufordern, wenn ihr Bankkonto in einem anderen Land geführt wird als dem Land, in dem sie ansässig sind. Dies kann zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung von Kauf- und/oder sonstigen Transaktionen bis zum Eingang maßgeblicher und ausreichender Informationen und/oder Nachweise führen.

Anleger sollten sich wenn möglich in den relevanten KID über fortlaufende Kosten und Grafiken zur vergangenen Wertentwicklung der Anteilsklassen des jeweiligen Fonds informieren.

## Ausgabe von Anteilen

Die Hauptvertriebsgesellschaft ist für die Bereitstellung von Anteilen zuständig. Die Hauptvertriebsgesellschaft wird gelegentlich hinsichtlich des Vertriebs der Anteile vertragliche Vereinbarungen mit verschiedenen Vertriebsgesellschaften, Vermittlern, Brokern/Händlern und/oder professionellen Anlegern abschließen.

Der Verwaltungsrat behält sich das Recht vor, die Ausgabe oder den Verkauf von Anteilen gemäß diesem Prospekt jederzeit und ohne Vorankündigung auszusetzen, wenn Umstände bestehen oder eintreten, die dies erforderlich machen.

Die Gesellschaft kann das Eigentum von US-Personen und/oder anderen Personen, Firmen oder Körperschaften an Anteilen beschränken oder verhindern, wenn nach Auffassung der Gesellschaft ein solcher Anteilsbesitz für die Gesellschaft oder ihre Anteilshaber nachteilig wäre, zu einem Verstoß gegen geltende Gesetze oder Vorschriften (ob in Luxemburg oder im Ausland) führen würde oder die Gesellschaft oder ihre Anteilshaber Verpflichtungen (wie unter anderem aufsichtsrechtliche oder steuerliche Verpflichtungen sowie jegliche sonstige Steuerpflichten, die u. a. aufgrund eines Verstoßes gegen die FATCA-Anforderungen entstehen können) oder anderen Nachteilen aussetzen würde, die ansonsten nicht entstanden wären. Diese Personen, Firmen oder Körperschaften (einschließlich US-Personen und/oder Personen, die gegen die FATCA-Anforderungen verstoßen) werden nachstehend als „unzulässige Personen“ bezeichnet.

Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft:

- 1) die Ausgabe von Anteilen und die Eintragung einer Übertragung von Anteilen verweigern, sofern sie den Eindruck hat, dass aufgrund einer solchen Eintragung oder Übertragung eine unzulässige Person wirtschaftlicher Eigentümer der betreffenden Anteilen werden würde oder werden könnte;
- 2) jede Person, deren Name im Verzeichnis der Anteilshaber eingetragen ist oder die eine Übertragung von Anteilen in das Verzeichnis der Anteilshaber eintragen lassen möchte, jederzeit auffordern, ihr sämtliche Zusicherungen und Garantien oder sämtliche Informationen durch eine eidesstattliche Versicherung untermauert zu übermitteln, die ihr notwendig erscheinen, um zu bestimmen, ob, inwieweit und unter welchen Bedingungen das wirtschaftliche Eigentum an den Anteilen dieses Anteilshabers bei einer unzulässigen Person liegt oder ob diese Eintragung dazu führt, dass eine unzulässige Person das wirtschaftliche Eigentum an diesen Anteilen erlangt; und

- 3) wenn die Gesellschaft den Eindruck hat, dass eine unzulässige Person, sei es eigenständig oder zusammen mit einer anderen Person, ein wirtschaftlicher Besitzer von Anteilen ist oder ihre Darstellungen und Zusicherungen verletzt oder solche Darstellungen und Zusicherungen nicht innerhalb der von der Gesellschaft vorgegebenen Frist abgibt, vom Anteilsinhaber alle oder einen Teil der von diesem Anteilsinhaber gehaltenen Anteile, wie in der Satzung näher beschrieben, zwangsweise zurücknehmen; und
- 4) sich weigern, eine Stimme einer unzulässigen Person bei einer Versammlung der Anteilsinhaber der Gesellschaft zu akzeptieren.

### **Börsennotierung von Anteilen**

Bestimmte zugelassene Anteilklassen können an der Luxembourg Stock Exchange und/oder einer anderen anerkannten Börse notiert sein.

### **Form und Währung von Anteilen**

Alle Anteile werden als Namensanteile ausgegeben. In Bruchteilen ausgegebene Namensanteile werden auf drei (3) Dezimalstellen gerundet. Jeder Handelsauftrag mit einem Anteilsbetrag mit mehr als drei (3) Dezimalstellen wird durch konventionelle Rundung auf die nächste Tausendstel-Stelle auf drei (3) Dezimalstellen gerundet.

Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft können innerhalb eines Fonds mehrere auf alternative Währungen lautende Klassen anbieten, wie im Abschnitt „Anteilklassen“ beschrieben wird.

### **Handelsschlusszeiten**

Die Handelsschlusszeiten sind in Anhang A beschrieben. Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft kann, wenn sie dies für angemessen erachtet, abweichende Handelsschlusszeiten genehmigen, vorausgesetzt die örtlichen Vertriebsgesellschaften stimmen zu, oder wenn unterschiedliche Zeitzonen in einer Gerichtsbarkeit dies für den Vertrieb rechtfertigen. Unter diesen Umständen muss der angewandte Handelsschluss immer vor dem Zeitpunkt der Berechnung und Veröffentlichung des jeweiligen Nettoinventarwerts liegen. Diese abweichenden Handelsschlusszeiten werden in der örtlichen Ergänzung zu diesem Prospekt, in den Verträgen mit den örtlichen Vertriebsgesellschaften oder in anderen Marketingmaterialien, die in den betroffenen Gerichtsbarkeiten verwendet werden, bekannt gegeben.

### **Berechnung der Anteilspreise/des Nettoinventarwerts**

Die Preise, zu denen Anteile der jeweiligen Klassen gekauft, verkauft oder umgetauscht werden können, werden auf Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Klasse an jedem Bewertungstag berechnet und stehen am folgenden Geschäftstag zur Verfügung.

In einigen Ländern dürfen Anlegertransaktionen nicht an lokalen Feiertagen angenommen werden. Einzelheiten hierzu finden sich in den jeweiligen örtlich genehmigten Versionen dieses Prospekts.

Einzelheiten zur Berechnung des Nettoinventarwerts finden sich in Anhang D. Schriftliche Anweisungen, die bei der Transferstelle in Luxemburg oder einer ordnungsgemäß autorisierten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag vor Handelsschluss eingehen, werden zu dem maßgeblichen Nettoinventarwert je Anteil, der für diesen Bewertungstag ermittelt wurde, bearbeitet.

Alle Geschäftsanweisungen müssen vor Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil für diesen Bewertungstag auf Grundlage eines unbekanntes Nettoinventarwerts bearbeitet werden.

### **Aussetzung des Handels und der Berechnung der Anteilspreise/des Nettoinventarwerts**

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil eines Fonds (und somit den Kauf, Verkauf und Umtausch) aufgrund der ihr durch die Satzung verliehenen Vollmachten, wie in Anhang D beschrieben, aussetzen. Anweisungen, die während eines Aussetzungszeitraums gemacht werden oder noch nicht bearbeitet wurden, können durch schriftliche Mitteilung, die vor Ende eines solchen Aussetzungszeitraums bei der Verwaltungsgesellschaft eingehen muss, zurückgezogen werden. Sofern sie nicht zurückgezogen werden, gelten die Anweisungen als am ersten Bewertungstag nach dem Ende der Aussetzung eingegangen.

### **Liquidation von Fonds**

Wenn das Nettovermögen eines Fonds zu irgendeinem Zeitpunkt unter 100 Millionen USD oder deren Gegenwert in der Währung des betreffenden Fonds fällt oder wenn sich die den Fonds betreffende wirtschaftliche oder politische Situation in einer Weise ändert, die eine Liquidation rechtfertigt, oder wenn dies im Interesse der Anteilsinhaber des betreffenden Fonds ist, kann der Verwaltungsrat die Liquidation dieses Fonds und die Rücknahme aller im Umlauf befindlichen Anteile beschließen. Eine Benachrichtigung über eine derartige Liquidation wird an die eingetragenen Anteilseigner gesendet. Der Preis, zu dem die Anteile zurückgenommen werden, ist der Nettoinventarwert je Anteil des jeweiligen Fonds, der nach der Veräußerung sämtlicher Vermögenswerte des Fonds ermittelt wird. Weitere Einzelheiten sind in Anhang C enthalten.

## Schließung von Fonds

Ein Fonds oder eine Anteilsklasse kann für neue Anleger oder für alle neuen Zeichnungen oder eingehenden Umtausche (jedoch nicht für Rücknahmen, ausgehende Umtausche oder Übertragungen) geschlossen werden, wenn die Schließung nach Ansicht der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft notwendig ist, um die Interessen der bestehenden Anteilhaber zu schützen. Ohne dass die Umstände, unter denen eine Schließung eventuell angemessen ist, dadurch eingeschränkt würde, wäre ein solcher Umstand, wenn der Fonds ein Volumen erreicht hat, bei dem die Kapazität des Marktes und/oder die Kapazität des Anlageverwalters erreicht wird, wenn weitere Zuflüsse die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen würden. Alle Fonds oder Anteilsklassen können ohne Vorankündigung an die Anteilhaber für neue Anleger oder für alle neuen Zeichnungen oder eingehenden Umtausche geschlossen werden.

## Mindestanlage

Die anfängliche Mindestanlage in die Anteile jedes Fonds beträgt 1.000 USD (außer beim Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund, Franklin K2 Dynamic Market Neutral UCITS Fund, Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund und Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund, deren anfängliche Mindestanlage 10.000 USD beträgt) und 5.000.000 USD für Anteile der Klasse I, Klasse EB<sup>15</sup> und Klasse EO<sup>16</sup> oder den Gegenwert in jeder anderen frei handelbaren Währung, außer bei Anlagen, die von Vertriebsgesellschaften getätigt werden, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung von zugrunde liegenden Anlegern zeichnen. Bestehende Anteilhaber eines Fonds können ihren Bestand in diesem Fonds erhöhen, sofern der Zukauf mindestens 1.000 USD oder den Gegenwert in einer anderen, frei konvertierbaren Währung beträgt. Solche Mindestanlagebeträge können teilweise oder vollständig vom Verwaltungsrat oder von der Verwaltungsgesellschaft erlassen werden.

Etwaige spezifische Mindestanlagebeträge, die in anderen Rechtsordnungen gelten, werden in der lokalen Fassung dieses Prospekts, in den Verträgen mit den örtlichen Vertriebsgesellschaften oder in anderen Marketingmaterialien, die in den betroffenen Rechtsordnungen verwendet werden, bekannt gegeben.

Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft behalten sich das Recht vor, Anträge zurückzuweisen, die Mindestanlagevoraussetzungen nicht erfüllen. Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft können jederzeit beschließen, alle Anteile zwangsweise von Anteilhabern zurückzunehmen, deren Beteiligungen unterhalb des vorstehend angegebenen Mindestanlagebetrags liegen oder die andere in dem Prospekt dargelegte maßgebliche Anlagevoraussetzungen nicht erfüllen, und das Portfolio des betreffenden Anlegers schließen.

## Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet

Lokale Angebotsdokumentation kann Anlegern die Möglichkeit der Ernennung von Vertriebsgesellschaften bieten, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung des betreffenden Anlegers, Brokers/Händlers und/oder lokaler Zahlstellen zeichnen. Der Name der Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet, wird im Register der Anteilhaber der Gesellschaft eingetragen und die Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet, kann Käufe, Verkäufe und einen Umtausch von Anteilen für Rechnung des Anlegers vornehmen.

Die Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet, führt ihre eigenen Aufzeichnungen und stellt den betreffenden Anlegern personalisierte Informationen zu ihren Beständen zur Verfügung. Sofern durch lokales Recht nicht anders vorgesehen, hat jeder Anleger, der über eine Vertriebsgesellschaft investiert, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet, das Recht, direkten Anspruch an den Anteilen geltend zu machen, die von der Vertriebsgesellschaft erworben wurden, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung des betreffenden Anlegers, der den Anspruch geltend macht, zeichnet.

Um jeden Zweifel auszuräumen, werden Anlegern, die über solche anderen Parteien (oder über von solchen anderen Parteien ernannte Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger) zeichnen, von der Gesellschaft keine zusätzlichen Gebühren und Kosten berechnet.

## Drittzahlungen

Die Anleger sind darüber informiert, dass die Gesellschaft grundsätzlich keine Zahlungen an Parteien leistet oder von solchen annimmt, die keine registrierten Anteilhaber sind.

<sup>15</sup> Insgesamt in allen Fonds, mit einem Minimum von 1.000.000 USD je Fonds

<sup>16</sup> Insgesamt in allen Fonds, mit einem Minimum von 1.000.000 USD je Fonds, außer bei institutionellen Anlegern, die eine Beratungsvereinbarung oder einen Verwaltungsvertrag mit K2/D&S Management Co., L.L.C., der Verwaltungsgesellschaft oder ihren verbundenen Unternehmen vor Auflegung des Fonds geschlossen haben. Diese Anleger unterliegen keiner Mindestanlage oder einem Folgeanlagebetrag (mit Ausnahme derjenigen, die in den Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund investieren, für den ein Mindestanlagebetrag von 10.000 USD oder der entsprechende Betrag in einer anderen frei umtauschbaren Währung gilt).

Anleger sollten beachten, dass sich die Gesellschaft bzw. die Verwaltungsgesellschaft das Recht vorbehält, die Ausführung der Transaktion oder die Freigabe der Zahlung aufzuschieben, bis weitere Informationen oder Nachweise vorliegen, die dem Anleger zur Zufriedenheit der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft zusätzlichen Schutz bieten, wenn bei der Erteilung ihrer Rücknahmeanweisung die Auszahlung des Rücknahmeerlöses auf ein Bankkonto in einem anderen Land als dem Wohnsitzland des Anlegers angefordert wird.

### **Aufzeichnung von Telefongesprächen**

Die Verwaltungsgesellschaft ist grundsätzlich zur Aufzeichnung von Telefongesprächen berechtigt. Es wird davon ausgegangen, dass die Anleger dieser Aufzeichnung von Gesprächen mit der Verwaltungsgesellschaft und der Verwendung derselben durch die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle, sofern anwendbar, in Gerichtsverfahren oder anderweitig nach deren Ermessen zustimmen. Darüber hinaus müssen manche lokalen Niederlassungen von Franklin Templeton Telefongespräche und elektronische Mitteilungen eventuell zu Schulungs- oder Überwachungszwecken und/oder zur Bestätigung der Anweisungen der Anleger aufzeichnen. Aufzeichnungen werden auf Anfrage hin über einen Zeitraum von fünf (5) Jahren ab dem Tag der jeweiligen Aufzeichnung bzw. über einen Zeitraum von sieben (7) Jahren, wenn dies von Aufsichtsbehörden ausdrücklich gefordert wird, zur Verfügung gestellt (hierfür wird gegebenenfalls eine Gebühr erhoben).

### **Anlegerportfolio**

Anleger erhalten mindestens eine persönliche Anlegerportfolio-Nummer. Diese persönliche Anlegerportfolio-Nummer ist bei jedem Schriftwechsel mit der Gesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft zu verwenden. Falls einem Anleger mehrere persönliche Anlegerportfolio-Nummern zugewiesen wurden, sind bei Ersuchen, die alle Portfolios dieses Anlegers betreffen, alle diese persönlichen Anlegerportfolio-Nummern anzugeben.

### **Mitteilungen an die Anteilsinhaber**

Relevante Mitteilungen oder sonstige Informationen für Anteilsinhaber, die sich auf ihre Anlage im Fonds beziehen (einschließlich Ausführungsanzeigen), können einem Anteilsinhaber auf elektronischem Wege in Übereinstimmung mit den geltenden luxemburgischen Vorschriften übermittelt werden, wenn der Anteilsinhaber seine Zustimmung erteilt und der Verwaltungsgesellschaft zu diesen Zwecken eine E-Mail-Adresse und/oder relevante elektronische Kontaktdaten zur Verfügung gestellt hat. Relevante Mitteilungen oder sonstige Informationen für Anteilsinhaber, die ihre Anlage in der Gesellschaft betreffen, werden gegebenenfalls auch auf der Website [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) veröffentlicht. Darüber hinaus werden Anteilsinhaber, soweit dies nach luxemburgischem Recht oder den Bestimmungen der luxemburgischen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, auch schriftlich oder auf andere nach luxemburgischem Recht vorgeschriebene Weise benachrichtigt. Anteilsinhaber sollten in diesem Zusammenhang insbesondere den Abschnitt „Versammlungen und Berichtswesen“ beachten.

Im Bereich der elektronischen Kommunikation und des elektronischen Handels wird Franklin Templeton angemessene Anstrengungen unternehmen, um die Vertraulichkeit der übermittelten Daten zu wahren und zu schützen. Empfänger elektronischer Mitteilungen sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Integrität und Vertraulichkeit der elektronischen Online-Kommunikation, die über das Internet erfolgt, aufgrund einer Vielzahl von Faktoren nicht gewährleistet werden kann, unter anderem aufgrund einer möglichen Anfälligkeit der Hardware, der Software, des Betriebssystems oder der elektronischen Plattform, die von solchen Empfängern im Rahmen ihrer Kommunikation mit Franklin Templeton eingesetzt werden.

### **Ausführungsanzeige**

Nach der Ausführung einer Transaktion wird üblicherweise innerhalb von einem (1) Geschäftstag eine Ausführungsanzeige an den Anleger gesandt. Anleger sollten diese Ausführungsanzeige unverzüglich prüfen, um sich zu vergewissern, dass alle Transaktionen korrekt im maßgeblichen Anlegerportfolio verbucht wurden. Stellt ein Anleger eine Diskrepanz fest, so sollte er diese umgehend schriftlich der Verwaltungsgesellschaft oder dem örtlichen Servicebüro von Franklin Templeton melden. Wenn innerhalb von fünfzehn (15) Geschäftstagen ab dem Datum der Ausführungsanzeige keine solche Meldung erstattet wird, gilt die Transaktion als korrekt, und der Anleger ist an die Bedingungen der Ausführungsanzeige gebunden.

### **Identitätsdiebstahl**

Jede seitens der Gesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft erstellte Korrespondenz ist privat und vertraulich. Zum Schutz ihres Anteilsbesitzes sollten Anleger ihre personalisierten Sicherheitsmerkmale geheimhalten, ihr Authentifizierungsgerät vor dem Zugriff durch andere Personen schützen und im Fall des Abhandenkommens oder Diebstahls von Korrespondenz mit der Gesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft (oder von Ausweisdokumenten, Reisepass oder persönlichen Sicherheitsmerkmalen) umgehend ihre lokale Franklin Templeton Niederlassung informieren.

### **Datenschutz**

Die personenbezogenen Daten der Anleger (die „personenbezogenen Daten“) in den Antragsformularen sowie die im Rahmen der Geschäftsbeziehung mit der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft erfassten anderen Informationen werden von der Gesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft, anderen Unternehmen von Franklin Templeton, einschließlich Franklin Resources, Inc., und/oder ihren Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen, der Verwahrstelle, der

Verwaltungsstelle und sonstigen für diese tätigen Drittparteien (die unter anderem Druck- und Versanddienstleistungen erbringen), die außerhalb des Großherzogtums Luxemburg und/oder der Europäischen Union einschließlich der USA und Indiens ansässig sein können, erfasst, vorbehaltlich der maßgeblichen Rechtsvorschriften gespeichert, abgeglichen, übertragen und anderweitig verarbeitet und verwendet („verarbeitet“). Solche personenbezogenen Daten müssen für den Zweck der Kontoverwaltung, der Entwicklung der Geschäftsbeziehungen, für Anti-Geldwäsche-Maßnahmen und zur Erkennung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, Steuerermittlung, wo angemessen, zum Zwecke der Einhaltung von FATCA oder ähnlichen Gesetzen und Vorschriften (z. B. auf OECD-Ebene) verarbeitet werden. Zur Einhaltung von FATCA oder anderen gesetzlichen Bestimmungen ist die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft eventuell verpflichtet, persönliche Daten in Bezug auf US-Personen und/oder nicht beteiligte ausländische Finanzinstitute an die luxemburgischen Steuerbehörden weiterzugeben, die diese an die Steuerbehörde in den USA weitergeben können. Die Gesellschaft und Mitglieder der Franklin Templeton Gruppe können die personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verwenden, die in der Franklin Templeton Datenschutz- und Cookies-Erklärung (die „Datenschutzerklärung“) beschrieben sind.

Die Gesellschaft bittet Anleger um ihre Zustimmung für die Verwendung von Informationen über ihre politischen Meinungen oder religiösen oder philosophischen Überzeugungen, die im Rahmen von Compliance-Prüfungen politisch exponierter Personen offengelegt werden, für die oben aufgeführten Zwecke. Diese Einwilligung wird im Antragsformular erfasst.

Die Datenschutzerklärung bietet unter anderem weitere Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten durch die Gesellschaft und Franklin Templeton, die Arten der verarbeiteten personenbezogenen Daten, die übrigen Zwecke, für die personenbezogene Daten verarbeitet werden, die Liste der an der Verarbeitung personenbezogener Daten beteiligten Gesellschaften und die Rechte der Betroffenen. Die Datenschutzerklärung ist verfügbar auf der Internetseite: [www.franklintempletonglobal.com/privacy](http://www.franklintempletonglobal.com/privacy) (auf Anfrage wird eine gedruckte Kopie kostenlos zur Verfügung gestellt). Wenn ein Anleger seine individuellen Rechte ausüben oder Fragen, Bedenken oder Beschwerden bezüglich der Datenschutzerklärung vorbringen möchte, kann er sich an die Verwaltungsgesellschaft oder alternativ an den Datenschutzbeauftragten (E-Mail-Adresse: [DataProtectionOfficer@franklintempleton.com](mailto:DataProtectionOfficer@franklintempleton.com)) bei Franklin Templeton International Services S.à r.l., 8A, rue Albert Borschette, L-1246 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, wenden.

Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Datenschutzerklärung nach alleinigem Ermessen der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Gesellschaft geändert werden kann.

### **Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**

Gemäß dem luxemburgischen Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor (in seiner geänderten Fassung), der Richtlinie 2018/843/EU zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und dem luxemburgischen Gesetz vom 12. November 2004 zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (das „Gesetz von 2004“) (in seiner geänderten Fassung), dem Gesetz vom 27. Oktober 2010 zur Erweiterung des gesetzlichen Rahmens für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und der CSSF-Verordnung Nr. 12-02 vom 14. Dezember 2012 zur Umsetzung einer rechtsverbindlichen Stärkung des regulatorischen Rahmens (die „CSSF-Verordnung 12-02“) sowie den Rundschreiben der luxemburgischen Aufsichtsbehörde (insbesondere die CSSF-Rundschreiben 13/556, 11/529, 11/528, 10/486 und 10/484) wurde der Gesellschaft die Pflicht auferlegt, Maßnahmen zur Verhinderung der Nutzung von Anlagegeldern für die Zwecke von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu ergreifen.

Dementsprechend hat die Verwaltungsgesellschaft ein Verfahren zur Identifizierung aller ihrer Anleger erstellt. Um den Anforderungen der Verwaltungsgesellschaft gerecht zu werden, sollten die Anleger alle erforderlichen Ausweisdokumente zusammen mit dem Antragsformular einreichen. Bei Privatpersonen ist dies eine ordnungsgemäß von einer befugten Behörde im jeweiligen Wohnsitzland beglaubigte Kopie des Reisepasses oder des Personalausweises. Juristische Personen müssen Dokumente vorlegen wie z. B. einen Nachweis über ihre Regulierung oder ihre Mitgliedschaft an einer anerkannten Börse bzw. die Gesellschaftsstatuten oder sonstige Gründungsdokumente, wie jeweils angemessen. Die Verwaltungsgesellschaft ist auch zur Identifizierung aller wirtschaftlichen Eigentümer von Anlagen verpflichtet. Diese Anforderungen gelten sowohl für den direkten Kauf von der Gesellschaft als auch für den indirekten Kauf über einen Vermittler oder eine Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnet. Im Fall einer Zeichnung für einen Vermittler für Rechnung eines Kunden und/oder wenn eine Vertriebsgesellschaft Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung von Anlegern zeichnet, werden erweiterte Due-Diligence-Prüfungen für diesen Vermittler und/oder die Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung von Anlegern zeichnet, gemäß dem Gesetz von 2004 und der CSSF-Verordnung 12-02 durchgeführt. In diesem Zusammenhang müssen Anleger umgehend die Verwaltungsgesellschaft oder die Gesellschaft informieren, wenn die als wirtschaftliche Eigentümer angegebenen Personen sich ändern, und grundsätzlich jederzeit sicherstellen, dass alle Informationen und Dokumente, die der Verwaltungsgesellschaft oder Vermittlern und/oder Vertriebsgesellschaften, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung eines Anlegers zeichnen, bereitgestellt werden, korrekt und aktuell sind.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, jederzeit weitere Informationen und Nachweise wie z. B. aktualisierte Ausweisdokumente, die Herkunft der Mittel und des Vermögens anzufordern, die eventuell in risikoreicheren Szenarien oder zur Einhaltung der geltenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich der anwendbaren luxemburgischen Vorschriften zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsektors für die Zwecke der Geldwäsche, erforderlich sein können. Werden

diese Informationen und/oder Nachweise mit Verzögerung oder gar nicht bereitgestellt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Ausführung von Kauf- oder Verkaufsanweisungen oder sonstigen Transaktionen verzögern oder ablehnen. Die Verwaltungsgesellschaft kann außerdem die Zahlung von Dividenden aufschieben oder aussetzen, bis maßgebliche und ausreichende Informationen und/oder Nachweise vorliegen. Darüber hinaus behält sich die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, die Zahlung von Gebühren einzustellen, weitere Transaktionen in den Fonds der Gesellschaft und/oder im letzten Schritt die Geschäftsbeziehung zu Untervertriebsgesellschaften, Intermediären, Brokern/Händlern und/oder professionellen Anlegern zu beenden, nachdem die Verwaltungsgesellschaft vergeblich angemessene Anstrengungen unternommen hat, um eine Einigung zu aktualisierten Geschäftsbedingungen oder vertraglichen Vereinbarungen zu erzielen oder die von diesen Unterverwahrestellen, Intermediären, Brokern/Händlern und/oder professionellen Anlegern gemäß geltenden Gesetzen und Vorschriften angeforderten fehlenden oder aktualisierten Unterlagen (einschließlich der Unterlagen der zugrunde liegenden Kunden) zu beschaffen, und daher nicht in der Lage ist, ihren Pflichten im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu erfüllen. Weder die Gesellschaft noch die Verwaltungsgesellschaft sind für die verspätete oder unterlassene Bearbeitung von Transaktionen haftbar, die darauf zurückzuführen ist, dass Untervertriebsgesellschaften, Intermediäre, Broker/Händler, professionelle Anleger und/oder Anleger keine oder unvollständige Informationen und/oder Nachweise übermittelt haben.

Diese der Verwaltungsgesellschaft übermittelten Informationen werden zur Einhaltung der Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erfasst und verarbeitet.

Die Verwaltungsgesellschaft stellt sicher, dass bei den Anlagen der Gesellschaft risikobasierte Due-Diligence-Maßnahmen gemäß den in Luxemburg geltenden Gesetzen und Vorschriften durchgeführt werden.

## Handelspolitik

**Kurzfristiger und übermäßiger Handel („übermäßiger Handel“).** Kurzfristiger und übermäßiger Handel bezeichnet Anleger oder Anlegergruppen, deren Transaktionen einem bestimmten zeitlichen Muster folgen oder die durch übermäßig häufigen oder umfangreichen Handel gekennzeichnet sind.

Die Gesellschaft distanziert sich von kurzfristigem und/oder übermäßigem Handel. Sie hat die Absicht, diese Handelsgeschäfte einzuschränken oder abzulehnen oder die nachfolgend beschriebenen sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie nach Ansicht der Gesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft die effiziente Verwaltung des Portfolios eines Fonds stören, die Transaktionskosten, Administrationsgebühren oder Steuern des Fonds erheblich steigern oder anderweitig den Interessen der Gesellschaft und ihrer Anleger zuwiderlaufen könnten.

**Market Timing.** Die Art der Portfoliobestände des Fonds kann es bestimmten Anlegern ermöglichen, die bisweilen als „Market-Timing-Arbitrage“ bezeichnete Form des Market Timing durchzuführen, bei der die Verzögerungen ausgenutzt werden, die zwischen der Wertänderung eines Fondsportfolios und der Wiedergabe der Wertänderung im Nettoinventarwert je Anteil des Fonds auftreten. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass durch diesen Handel unter bestimmten Umständen der Anteilswert verwässert wird, da verkaufende Anleger Erlöse (und kaufende Anleger Anteile) erhalten, die auf Nettoinventarwerten basieren, die nicht den angemessenen beizulegenden Zeitwerten entsprechen. Market-Timing-Arbitrage kann auch von Verzögerungen profitieren, die zwischen der Wertänderung der Portfoliobestände eines Fonds und dem Nettoinventarwert je Anteil eines Fonds, der wesentliche Investitionen in ausländischen Wertpapieren hält, auftreten können, weil bestimmte ausländische Märkte einige Stunden vor den Märkten in den USA schließen oder ein Fonds wesentliche Anteile in Small-Cap-Wertpapieren oder hochverzinslichen Schuldverschreibungen („Junk-Bonds“) oder anderen Anlageformen halten kann, die eventuell nicht häufig gehandelt werden. Die Gesellschaft lässt wissentlich keine Handelsaktivität zu, die mit Market Timing in Zusammenhang steht, wie unter anderem Praktiken, die den Interessen der Anlegergemeinschaft schaden können.

**Folgen von Market Timing und übermäßigem Handel.** Die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft lässt wissentlich keine Market-Timing-Transaktionen zu und ergreift verschiedene Maßnahmen, um die Interessen der Anleger zu schützen, darunter der Widerruf, die Ablehnung, die Aussetzung oder die Aufhebung jeglicher Handels- oder Transaktionsanträge, die gegen die Handelsrichtlinien der Gesellschaft verstoßen. Wenn die Gesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft oder deren Beauftragte (einschließlich der Transferstelle der Gesellschaft oder eines Finanzvermittlers) Informationen über die Handelsaktivität eines Anlegers erhalten und zu dem Schluss kommen, dass diese Handelsgeschäfte im Sinne dieser Handelsrichtlinien zum Nachteil der Gesellschaft sind, kann die Gesellschaft den Anleger künftig vorübergehend oder dauerhaft vom Anteilskauf ausschließen oder ersatzweise das Volumen, die Anzahl oder die Häufigkeit der künftigen Käufe sowie die Methoden, mit denen er künftig Käufe oder Verkäufe beantragen kann, einschränken (einschließlich der Käufe und/oder Verkäufe im Rahmen eines Anteilssumtauschs oder einer Anteilsübertragung zwischen der Gesellschaft und anderen Franklin Templeton Fonds). Die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft hat das Recht, die Kapitalanlage eines Anlegers auf dessen alleinige Kosten und Risiko zwangsweise zurückzukaufen, wenn es den Anschein hat, dass der Anleger an Market Timing und/oder übermäßigem Handel beteiligt ist.

Zur Beurteilung der Handelsaktivitäten eines Anlegers kann die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft unter anderem den Handelsverlauf des Anlegers selbst und, soweit bekannt, seiner Finanzvermittler hinsichtlich der Gesellschaft, anderer Franklin Templeton Fonds oder nicht zu Franklin Templeton gehörender Fonds in Betracht ziehen sowie Konten, die sich unter gemeinsamer Kontrolle befinden oder gemeinsames Eigentum sind, berücksichtigen.



**Market Timing und übermäßiger Handel durch Finanzvermittler.** Die Anleger unterliegen dieser Handelspolitik, unabhängig davon, ob sie direkte Anteilsinhaber des Fonds sind oder indirekt über einen Finanzvermittler in die Gesellschaft investieren, wie beispielsweise über eine Bank, ein Versicherungsunternehmen, einen Anlageberater oder eine sonstige Vertriebsgesellschaft, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung von Anlegern zeichnet (solche Anteile werden in „Sammelbeständen“ gehalten). Die Verwaltungsgesellschaft setzt diese Handelsrichtlinien vertraglich durch und verpflichtet die Finanzvermittler, Strategien für eine aktive, kontinuierliche Überwachung der Handelsaktivitäten einzuführen, um solche Handelsaktivitäten bei ihren Kunden, die indirekt in die Gesellschaft investieren, aufzuspüren und abzulehnen.

Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft wenden derzeit verschiedene Methoden zur Beschränkung des Risikos von Market Timing und übermäßigem Handel an. Zu diesen Methoden zählen:

- Überprüfung der Aktivitäten der Anleger auf Market Timing und übermäßigem Handel und
- Einsatz von Personal zur kontinuierlichen und selektiven Überprüfung der jüngsten Handelsaktivitäten, um Handelsaktivitäten aufzuspüren, die gegen diese Handelsrichtlinien verstoßen.

Wenngleich diese Methoden mit Beurteilungen verbunden sind, die von Natur aus subjektiv sind und eine gewisse Selektivität bei der Anwendung beinhalten, versucht die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft dafür zu sorgen, dass Beurteilung und Anwendung im Einklang mit den Interessen der Anleger der Gesellschaft stehen. Es kann nicht zugesichert werden, dass die Gesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft oder deren Beauftragte Zugang zu allen Informationen erhalten, die notwendig sind, um Market Timing und/oder übermäßigen Handel aufzuspüren, insbesondere, wenn Kapitalanlagen und Transaktionen über Finanzvermittler erfolgen oder über Sammelbestandskonten (Konten von Vertriebsgesellschaften, die Anteile auf ihren eigenen Namen und für Rechnung von zugrunde liegenden Anlegern zeichnen) angewiesen werden, die diese Vermittler für aggregierte Käufe, Verkäufe und Umtauschtransaktionen im Auftrag aller ihrer Kunden nutzen. Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft können zwar angemessene Maßnahmen zur Aufdeckung von Market Timing ergreifen (auf direktem Wege oder mithilfe der Finanzvermittler), sie können jedoch nicht zusichern, dass derartige Handelsaktivitäten komplett unterbunden werden. Es werden wissentlich keine derartigen Handelsaktivitäten zugelassen.

### Vorzugsbehandlung

Es können Nebenvereinbarungen mit bestimmten Anlegern ausgehandelt werden, wenn (i) das Anlagevolumen eine bestimmte Schwelle erreicht, wobei in diesem Fall bestimmte finanzielle Bedingungen vereinbart werden können, die von den derzeit im Prospekt angegebenen abweichen; und/oder wenn (ii) der Anleger Portfolioanalysen durchführen muss, einschließlich unter anderem von Risikoanalysen/Analysen zwecks Vermögensaufteilung, oder wenn er nicht öffentlich zugängliche Informationen vorab melden muss, um aufsichtsrechtliche oder Prüfungsanforderungen zu erfüllen. Die Wesensart und das Ausmaß dieser Nebenvereinbarungen können von Anleger zu Anleger unterschiedlich sein, aber im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Vereinbarungen hauptsächlich um (i) besondere Gebührenregelungen in Bezug auf bestimmte erhebliche Anlagen oder (ii) die frühzeitige Offenlegung von nicht öffentlich zugänglichen Portfolioinformationen im Wege von Geheimhaltungsvereinbarungen.

### Kontaktinformationen

Die Kontaktinformationen der Verwaltungsgesellschaft sind im Abschnitt „Informationen zur Fondsverwaltung“ auf dem Antragsformular, auf den Ausführungsanzeigen und auf der Website von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu> zu finden.

## Anteilsklassen

### Verfügbare Anteilsklassen

Die folgenden Anteilsklassen sind oder werden auf Beschluss des Verwaltungsrats ausgegeben.

Anteilsklassen	Thesaurierend	Ausschüttend
Klasse A	(Acc)	(Mdis) (Qdis) (Bdis) (Ydis)
Klasse EB		
Klasse EO		
Klasse I		
Klasse J		
Klasse N		
Klasse S		
Klasse W		
Klasse X		
Klasse Y		

Soweit in diesem Prospekt nicht anders angegeben, gelten dieselben Bedingungen für die verschiedenen Arten von Anteilen derselben Klasse, d. h. akkumulierend (acc), monatliche Ausschüttung (Mdis), vierteljährliche Ausschüttung (Qdis), halbjährliche Ausschüttung (Bdis) und jährliche Ausschüttung (Ydis).

Die Differenz in den verschiedenen Anteilsklassen steht in Verbindung mit der für jede dieser Klassen geltende Gebührenstruktur und/oder der Dividendenpolitik. Anteile können entweder ausschüttende Anteile oder thesaurierende Anteile sein. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, alle den ausschüttenden Anteilen zurechenbaren Erträge auszuschütten. Für thesaurierende Anteile erfolgt keine Dividendenausschüttung, aber der diesen zurechenbare Ertrag spiegelt sich im höheren Wert der Anteile wider. Dividenden werden monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich ausgezahlt. Weitere Einzelheiten finden sich in den folgenden Abschnitten sowie im Abschnitt „Dividendenpolitik“.

Zum Datum dieses Prospekt können alle Anteilsklassen eine Performancegebühr berechnen, die näher unter dem Abschnitt „Performancegebühr“ beschrieben ist. Die entsprechenden Anteilsklassen werden durch den Zusatz „PF“ zu ihren Namen gekennzeichnet.

Die Verkaufserlöse der verschiedenen Anteilsklassen eines Fonds werden in ein gemeinsames zugrunde liegendes Anlageportfolio investiert, aber der Nettoinventarwert jeder Anteilsklasse wird sich aufgrund der unterschiedlichen Emissionskurse, Gebührenstrukturen und Dividendenpolitik unterscheiden.

**Anteile der Klasse A** werden in erster Linie Privatanlegern zur Zeichnung angeboten, sind aber auch für institutionelle Anleger verfügbar.

**Anteile der Klasse EB** sind eine „Early-Bird“-Anteilsklasse, die nur institutionellen Seed-Anlegern angeboten werden kann, die bei Auflegung des Fonds investieren. Anteile der Klasse EB werden für Folgeanlagen geschlossen, wenn (i) vier (4) Monate nach Auflegung des betreffenden Fonds abgelaufen sind oder (ii) der folgende maximale Gesamtbetrag für Zeichnungen erreicht wurde:

Name des Fonds	Maximaler Gesamtbetrag für Zeichnungen in USD (oder einer äquivalenten Währung)
Franklin K2 Ellington Structured Credit Ucits Fund	200.000.000
Franklin K2 Bardin Hill Arbitrage Ucits Fund	100000000
Franklin K2 Wellington Technology Long Short Ucits Fund	100000000
Franklin K2 Electron Global Ucits Fund	100000000
Franklin K2 Dynamic Market Neutral Ucits Fund	k. A.
Franklin K2 Athena Risk Premia Ucits Fund	200.000.000
Franklin K2 Cat Bond Ucits Fund	100.000.000
Franklin K2 ActusRay European Alpha Ucits Fund	25.000.000
Franklin K2 Cfm Systematic Global Macro Ucits Fund	100000000

Bitte beachten Sie Folgendes zu einigen der Fonds:

- Anteile der Klasse EB im Franklin K2 ActusRay European Alpha UCITS Fund und Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund werden für Erst- und/oder Folgeanlagen geschlossen, wenn (i) sechs (6) Monate nach Auflegung des betreffenden Fonds abgelaufen sind und (ii) der anwendbare maximale Gesamtbetrag für Zeichnungen erreicht wurde (bzw. nach einem längeren Zeitraum, der vom Verwaltungsrat oder der Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen beschlossen wird).
- Anteile der Klasse EB im Franklin K2 Athena Risk Premia UCITS Fund, Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund und Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund werden für Erst- und/oder Folgeanlagen geschlossen, sobald der anwendbare maximale Gesamtbetrag für Zeichnungen erreicht wurde.

Der Verwaltungsrat oder die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden der oben aufgeführten Fonds beschließen, den oben unter Buchstabe i) genannten Zeitraum für Folgezeichnungen um zwei (2) weitere Monate zu verlängern und/oder institutionelle Seed-Anleger zu akzeptieren, die vor der Auflegung fest zugesagt haben, in den Fonds zu investieren, aber deren Anlageanweisung aufgrund legitimer Beschränkungen zum Auflegedatum des Fonds nicht entgegengenommen werden konnte.

**Anteile der Klasse EO** dürfen nur (i) institutionellen Seed-Anlegern angeboten werden, die bei der Auflegung des Fonds investieren, oder (ii) institutionellen Anlegern, die einen Beratungs- oder Anlageverwaltungsvertrag mit K2/D&S Management Co., L.L.C., der Verwaltungsgesellschaft oder ihren verbundenen Unternehmen abgeschlossen haben. Bitte beachten Sie Folgendes zu einigen der Fonds:

- Anteile der Klasse EO im Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund werden für Erstanlagen geschlossen, wenn drei (3) Monate nach Auflegung des Fonds abgelaufen sind (bzw. nach einem längeren Zeitraum, der vom Verwaltungsrat oder der Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen beschlossen wird). Bestehende Anleger in dieser Anteilsklasse können nach dem Erstanlagezeitraum weitere Anlagen tätigen.
- Anteile der Klasse EO im Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund werden für Erstanlagen geschlossen, sobald der maximale Gesamtbetrag für Zeichnungen in Höhe von 200.000.000 USD erreicht ist. Bestehende Anleger in dieser Anteilsklasse können Folgeanlagen tätigen, nachdem der maximale Gesamtzeichnungsbetrag erreicht wurde.
- Anteile der Klasse EO im Franklin K2 ActusRay European Alpha UCITS Fund werden für Erstanlagen geschlossen, wenn drei (3) Monate nach Auflegung des Fonds abgelaufen sind (bzw. nach einem längeren Zeitraum, der vom Verwaltungsrat oder der Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen beschlossen wird). Bestehende Anleger in dieser Anteilsklasse können nach dem Erstanlagezeitraum Folgeanlagen tätigen, vorbehaltlich der maximalen Kapazität des Fonds, wie in dem fondsspezifischen Abschnitt angegeben.
- Die Erstanlage in Anteile der Klasse EO für institutionelle Seed-Anleger erfolgt innerhalb von fünf Monaten beim Franklin K2 Athena Risk Premia UCITS Fund und Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund nach Auflegung des betreffenden Fonds (bzw. eines längeren Zeitraums, der vom Verwaltungsrat oder der Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen für angemessen erachtet und beschlossen wird).

**Anteile der Klasse I** können nur institutionellen Anlegern angeboten werden.

**Anteile der Klasse J** werden nur unter beschränkten Umständen ausgewählten Vermittlern, Vertriebsgesellschaften, Plattformen und/oder Brokern/Händlern auf Einladung angeboten, vorbehaltlich einer Verpflichtung zur Erhöhung des verwalteten Vermögens über 50 Mrd. USD (bzw. Gegenwert in einer anderen Währung), und die

- aufgrund von maßgeblichen lokalen rechtlichen und/oder aufsichtsrechtlichen Verboten keine Bestandspflegekommissionen, Provisionen, Rabatte oder sonstige ähnliche Gebühren (die als Anreize bezeichnet werden) annehmen und behalten dürfen (in der EU gelten derartige Verbote zumindest für die diskretionäre Portfolioverwaltung und/oder die Leistung von unabhängiger Beratung gemäß MiFID), oder
- mit ihren Kunden gesonderte Gebührenvereinbarungen für die Vergütung nicht-unabhängiger Beratungsleistungen getroffen haben, gemäß denen sie keine Zuwendungen annehmen oder einbehalten, oder
- auf der Grundlage separater Gebührenvereinbarungen mit ihren Kunden für die Leistung von Anlageberatung Vertriebsaktivitäten außerhalb der EU ausüben. Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann für Vermittler in bestimmten Ländern außerhalb der EU auf separate Gebührenvereinbarungen verzichtet werden.

**Anteile der Klasse N** können in bestimmten Ländern und/oder durch bestimmte Untervertriebsgesellschaften, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger im Ermessen der Hauptvertriebsgesellschaft angeboten werden, in welchem Fall jegliche lokale Ergänzung zu diesem Prospekt oder Marketingmaterial, einschließlich des von den entsprechenden Vermittlern verwendeten Materials, auf die Möglichkeit und Bedingungen zur Zeichnung von Anteilen der Klasse N verweisen wird.

**Anteile der Klasse S** werden nur unter beschränkten Umständen ausgewählten Vermittlern, Vertriebsgesellschaften, Plattformen und/oder Brokern/Händlern auf Einladung angeboten, vorbehaltlich (i) eines verwalteten Vermögens (oder der Verpflichtung zur Erhöhung des verwalteten Vermögens) bei Franklin Templeton von über 1 Mrd. USD (bzw. dem Gegenwert in einer anderen Währung) und/oder (ii) einer Verpflichtung zur Erhöhung des verwalteten Vermögens über 50 Mio. USD (bzw. dem Gegenwert in einer anderen Währung) in Anteilen der Klasse S eines bestimmten Fonds und die

- aufgrund von maßgeblichen lokalen rechtlichen und/oder aufsichtsrechtlichen Verboten keine Bestandspflegekommissionen, Provisionen, Rabatte oder sonstige ähnliche Gebühren (die als Anreize bezeichnet werden) annehmen und behalten dürfen (in der EU gelten derartige Verbote zumindest für die diskretionäre Portfolioverwaltung und/oder die Leistung von unabhängiger Beratung gemäß MiFID) oder
- mit ihren Kunden gesonderte Gebührenvereinbarungen für die Vergütung nicht-unabhängiger Beratungsleistungen getroffen haben, gemäß denen sie keine Zuwendungen annehmen oder einbehalten, oder
- auf der Grundlage separater Gebührenvereinbarungen mit ihren Kunden für die Leistung von Anlageberatung Vertriebsaktivitäten außerhalb der EU ausüben. Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann für Vermittler in bestimmten Ländern außerhalb der EU auf separate Gebührenvereinbarungen verzichtet werden.

Darüber hinaus können Anteile der Klasse S professionellen Anlegern und/oder sonstigen Anlegern angeboten werden, die die vorstehende Anforderung hinsichtlich der Mindesthöhe des verwalteten Vermögens erfüllen.

**Anteile der Klasse W** können über Vermittler, Vertriebsgesellschaften, Plattformen und/oder Broker/Händler angeboten werden, die:

- aufgrund von maßgeblichen lokalen rechtlichen und/oder aufsichtsrechtlichen Verboten keine Bestandspflegekommissionen, Provisionen, Rabatte oder sonstige ähnliche Gebühren (die als Anreize bezeichnet werden) annehmen und behalten dürfen (in der EU gelten derartige Verbote zumindest für die diskretionäre Portfolioverwaltung und/oder die Leistung von unabhängiger Beratung gemäß MiFID), oder
- mit ihren Kunden gesonderte Gebührenvereinbarungen für die Vergütung nicht unabhängiger Beratungsleistungen getroffen haben, gemäß denen sie keine Zuwendungen annehmen oder einbehalten, oder
- auf der Grundlage separater Gebührenvereinbarungen mit ihren Kunden für die Leistung von Anlageberatung Vertriebsaktivitäten außerhalb der EU ausüben. Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann für Vermittler in bestimmten Nicht-EU-Ländern auf separate Gebührenvereinbarungen verzichtet werden.

**Anteile der Klasse X** können nur institutionellen Anlegern unter gewissen bedingten Umständen im Ermessen der Verwaltungsgesellschaft oder des Anlageverwalters und ihrer verbundenen Unternehmen angeboten werden.

Anteile der Klasse X sind unter anderem darauf ausgerichtet, eine alternative Gebührenstruktur zu ermöglichen, bei der eine Gebühr, die die Anlageverwaltungsgebühren gemäß Abschnitt „Anlageverwaltungsgebühren“ abdeckt, direkt von den Anlegern erhoben und eingezogen wird, die Kunden von Franklin Templeton sind und die einen bestimmten Vertrag mit der Verwaltungsgesellschaft abschließen. Diese Gebühren sind daher nicht aus dem den Anteilen der Klasse X zurechenbaren Nettovermögen des jeweiligen Fonds zahlbar.

Die Anteile der Klasse X tragen jedoch ihren Anteil an allen sonstigen maßgeblichen Aufwendungen wie den Register-, Transfer-, Vertretungs-, Domizil-, Verwaltungsstellen-, Verwahrstellen-, Buchprüfungs- und aufsichtsrechtlichen Gebühren und Kosten sowie alle maßgeblichen Steuern und sonstigen Abgaben und Ausgaben wie in den Abschnitten „Vergütung der Verwaltungsgesellschaft“ und „Sonstige Gesellschaftsgebühren und Kosten“ näher beschrieben.

**Anteile der Klasse Y** können nur institutionellen Anlegern unter gewissen bedingten Umständen im Ermessen der Verwaltungsgesellschaft und/oder ihrer verbundenen Unternehmen angeboten werden.

Anteile der Klasse Y sind unter anderem darauf ausgelegt, eine alternative Gebührenstruktur zu ermöglichen, bei der eine Gebühr, die die Anlageverwaltungs- und die Register-, Transfer-, Vertretungs-, Domizilgebühren gemäß den Abschnitten „Vergütung der Verwaltungsgesellschaft“ und „Verwaltungsgebühren“ abdeckt, direkt von den Anlegern erhoben und eingezogen wird, die Kunden von Franklin Templeton sind und die einen bestimmten Vertrag mit der Verwaltungsgesellschaft abschließen. Diese Gebühren sind daher nicht aus dem den Anteilen der Klasse X zurechenbaren Nettovermögen des jeweiligen Fonds zahlbar. Die Anteile der Klasse Y tragen jedoch ihren Anteil an allen sonstigen maßgeblichen Aufwendungen wie Verwaltungsgebühren und Kosten, so wie genauer im Abschnitt „Sonstige Gesellschaftsgebühren und Kosten“ beschrieben.

Anteile der Klasse Y im Franklin K2 ActusRay European Alpha UCITS Fund werden für Zeichnungen geschlossen, sobald der maximale Gesamtbetrag für Zeichnungen der Anteile der Klasse Y in Höhe von 100.000.000 USD erreicht ist. Anträge von neuen oder bestehenden Anlegern für Zeichnungen oder einen Umtausch in den Fonds werden daher nicht mehr angenommen, sobald diese maximale Gesamtkapazität für Zeichnungen erreicht ist. Der Verwaltungsrat kann jedoch nach eigenem Ermessen beschließen, weitere Zeichnungen zu akzeptieren, vorbehaltlich der maximalen Kapazität des Fonds, wie in dem fondsspezifischen Abschnitt angegeben.

**Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft gestatten die Ausgabe, jeglichen Umtausch sowie jegliche Übertragung von Anteilen ausschließlich für Anleger, die die vorgenannten Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllen. Sollte zu einem beliebigen Zeitpunkt festgestellt werden, dass ein Inhaber von Anteilen einer oder mehrerer der vorgenannten Anteilsklassen die Voraussetzungen nicht oder nicht mehr erfüllt, kann die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft beschließen, diese Anteile jederzeit gemäß den in der Satzung dargelegten Bestimmungen und Verfahren zwangsweise zurückzunehmen.**

**Eine vollständige Liste der verfügbaren Anteilsklassen ist auf der Internetseite von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu> oder auf Anfrage beim eingetragenen Sitz der Gesellschaft oder der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.**

#### Liste der qualifizierten institutionellen Anleger

- Institutionelle Anleger im engeren Sinne, wie Banken und andere regulierte Sparten des Finanzsektors, Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften, Sozialversicherungsanstalten und Pensionsfonds, karitative Institutionen, industrielle, kommerzielle und finanzielle Konzerne, die zu ihren eigenen Gunsten Zeichnungen vornehmen, und die von solchen institutionellen Anlegern zur Verwaltung ihres eigenen Vermögens errichteten Strukturen.
- Kreditinstitute und andere regulierte Experten im Finanzsektor, die in ihrem eigenen Namen jedoch im Auftrag von institutionellen Anlegern investieren, werden weiter oben definiert.

- Inner- oder außerhalb von Luxemburg gegründete Kreditinstitute und andere regulierte Sparten des Finanzsektors, die in eigenem Namen, jedoch zugunsten ihrer nicht institutionellen Kunden auf Basis eines Verwaltungsmandats anlegen.
- In Luxemburg oder im Ausland gegründete Organismen für gemeinsame Anlagen.
- Holdinggesellschaften oder ähnliche juristische Personen mit Sitz inner- oder außerhalb von Luxemburg, deren Aktionäre institutionelle Anleger gemäß der Beschreibung in den vorstehenden Absätzen sind.
- Holdinggesellschaften oder ähnliche juristische Personen mit Sitz inner- oder außerhalb von Luxemburg, deren Aktionär(e)/ wirtschaftliche(r) Besitzer (eine) natürliche Person(en) von außerordentlichem Reichtum ist/sind und angemessenerweise als erfahrene(r) Anleger betrachtet werden kann/können, und wenn der Zweck der Holdinggesellschaft das Halten wichtiger finanzieller Beteiligungen/Anlagen für eine natürliche Person oder eine Familie ist.
- Eine Holdinggesellschaft oder eine ähnliche juristische Person mit Sitz inner- oder außerhalb von Luxemburg, die aufgrund ihrer Struktur und Aktivitäten tatsächliche Substanz besitzt und erhebliche finanzielle Beteiligungen/Anlagen hält.

#### **Auf alternative Währungen lautende Klassen**

Anteilklassen können in folgenden Währungen angeboten werden:

- Australischer Dollar (AUD)
- Kanadischer Dollar (CAD)
- Tschechische Krone (CZK)
- Euro (EUR)
- Hongkong-Dollar (HKD)
- Ungarischer Forint (HUF)
- Schekel (ILS)
- Japanischer Yen (JPY)
- Norwegische Krone (NOK)
- Polnischer Zloty (PLN)
- Renminbi (RMB)
- Singapur-Dollar (SGD)
- Südafrikanischer Rand (ZAR)
- Schwedische Krone (SEK)
- Schweizer Franken (CHF)
- US-Dollar (USD)
- Pfund Sterling (GBP)

sowie in jeder anderen frei konvertierbaren Währung.

In Renminbi (RMB) angebotene auf alternative Währungen lautende Klassen stehen nur professionellen Anlegern und institutionellen Anlegern in Ländern zur Verfügung, in denen das Angebot zulässig oder rechtmäßig ist. Die Zuteilung der auf RMB lautenden Anteile erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Kaufpreis einschließlich des etwaigen Ausgabeaufschlags eingegangen ist. Dieser muss innerhalb von vier (4) Luxemburger Geschäftstagen ab dem Bewertungstag gezahlt werden, sofern der Verwaltungsrat den Eingang der Gelder nicht vor oder zu dem Datum der Antragsannahme fordert.

Bei der Bestimmung des Nettoinventarwerts der auf RMB lautenden auf alternative Währungen lautenden Klassen wird der Offshore-Renminbi-Marktkurs (CNH) und nicht der Onshore-Renminbi-Kurs (CNY) verwendet. Der Wert des CNH kann aufgrund einer Reihe von Faktoren einschließlich unter anderem der jeweiligen Devisenkontrollmaßnahmen und Rückführungsbeschränkungen der chinesischen Regierung und anderer externer Marktfaktoren eventuell erheblich von dem des CNY abweichen. Wenn im Prospekt der Begriff „RMB“ verwendet wird, bezieht sich dieser auf den Offshore-Renminbi-Markt (CNH).

Der Nettoinventarwert von Klassen, die auf alternative Währungen lauten, wird in der alternativen Währung berechnet und veröffentlicht, und der Kaufpreis für solche Anteilsklassen ist von den Anlegern in der maßgeblichen alternativen Währung zu zahlen, und der Verkaufserlös ist den Anlegern in der maßgeblichen alternativen Währung auszuzahlen, sofern der Prospekt keine abweichende Regelung zulässt. Derzeit wird nicht beabsichtigt, die Währungsrisiken, die diese Klassen bergen, abzusichern, es sei denn, es handelt sich um abgesicherte Anteilsklassen.

Die Bedingungen, die für die in einer alternativen Währung erhältlichen Anteilsklassen gelten, entsprechen jenen der Anteilsklassen, die in der Basiswährung angeboten werden.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, eine auf eine alternative Währung lautende Klasse in einer anderen als den oben genannten Währungen anzubieten. Wenn dies der Fall ist, wird der Prospekt aktualisiert.

### **Abgesicherte Anteilsklassen**

In Bezug auf abgesicherte Anteilsklassen kann entweder das Basiswährungsrisiko des Fonds gegenüber der alternativen Währung der abgesicherten Anteilsklasse abgesichert werden, um das Risiko von Wechselkursschwankungen zu reduzieren (H1), oder es kann eine Absicherungsstrategie eingesetzt werden, um das Risiko von Währungsbewegungen zwischen der Währung der abgesicherten Anteilsklasse und anderen wichtigen Währungen von Wertpapieren und Barmitteln, die der entsprechende Fonds hält, zu reduzieren (H2). Abgesicherte Anteilsklassen, die sich ersterer Methode bedienen, enthalten das Kürzel H1 in ihrer Nennwährung, während abgesicherte Anteilsklassen, die sich der zweiten Methode bedienen, das Kürzel H2 enthalten.

Eine dritte Methode mit dem Kürzel H3 kann für Fonds angewendet werden, deren Anlagestrategie auf einer von der Basiswährung der Fonds abweichenden Währung basiert (die „Renditewährung“). Abgesicherte H3-Anteilsklassen umfassen eine Absicherungsstrategie, die versucht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen zwischen der Basiswährung der Fonds und der Renditewährung soweit wie möglich zu reduzieren.

Wenn von der Währungsbehörde eines Landes auferlegte Devisenkontrollen den freien Währungsverkehr beschränken („beschränkte Währung“), können alternative Absicherungsmethoden mit der Abkürzung H4 oder H4E angewendet werden. Diese Anteilsklassen lauten auf die Basiswährung des Fonds, sie sichern jedoch die Basiswährung des Fonds für die Anleger in der beschränkten Währung gegenüber der beschränkten Währung der abgesicherten Anteilsklasse des betreffenden Fonds ab.

H4 und H4E Hedged-Anteilsklassen sind darauf ausgelegt, eine Währungsabsicherungslösung für die zugrunde liegenden Anleger brasilianischer Feederfonds zu bieten, die aufgrund der Handelsbeschränkungen des brasilianischen Reals („BRL“) nicht über eine auf BRL lautende herkömmliche währungsabgesicherte Anteilsklasse erzielt werden kann.

Die Referenzwährung der H4 und H4E Hedged-Anteilsklassen ist zwar die des Fonds, es wird jedoch beabsichtigt, das Währungsengagement über Finanzderivate einschließlich Non-Deliverable Forwards systematisch in den NIW der betreffenden Anteilsklasse einzuführen. Der NIW der H4 und H4E Hedged-Anteilsklassen lautet zwar auf die Basiswährung des Fonds, er schwankt jedoch im Einklang mit der Schwankung des Wechselkurses zwischen dem BRL und der Basiswährung des Fonds. Die entsprechenden Auswirkungen schlagen sich in der Wertentwicklung der betreffenden H4 und H4E Hedged-Anteilsklassen nieder, die daher erheblich von der Wertentwicklung anderer Anteilsklassen des Fonds abweichen kann. Sämtliche Gewinne oder Verluste sowie Kosten und Aufwendungen aus diesen Transaktionen schlagen sich ausschließlich im NIW der betreffenden H4 Hedged-Anteilsklasse nieder.

Die brasilianischen Feederfonds werden sich bemühen, ihren Anlegern eine Währungsabsicherungslösung zu bieten, indem sie die Derivate einschließlich von Non-Deliverable Forwards in der abgesicherten Anteilsklasse mit der Kassawährungsumrechnung im Feederfonds verbinden. Ein Feederfonds ist ein Fonds, der sein gesamtes oder fast sein gesamtes Vermögen in einen einzelnen Investmentfonds investiert, der im Allgemeinen als Zielfonds bezeichnet wird.

Eine solche Kassawährungsumrechnung wird von einem verbundenen Unternehmen von FTI in Bezug auf die H4-Anteilsklasse vorgenommen, erfolgt jedoch direkt auf Ebene des betreffenden Feederfonds durch dessen externen Anlageverwalter oder eines seiner verbundenen Unternehmen in Bezug auf die H4E-Anteilsklasse.

Ein Feederfonds ist ein Fonds, der sein gesamtes oder fast sein gesamtes Vermögen in einen einzelnen Investmentfonds investiert, der im Allgemeinen als Zielfonds bezeichnet wird.

H4 und H4E Hedged-Anteilsklassen sind institutionellen Anlegern wie vorstehend definiert vorbehalten, bei denen sich um in Brasilien ansässige Organismen für gemeinsame Anlagen handelt, die von Managern verwaltet werden, welche FTI angehören (H4 Hedged-Anteilsklasse), oder von externen Managern (H4E Hedged-Anteilsklasse) und die von der Verwaltungsgesellschaft zum Kauf der betreffenden Anteilsklasse zugelassen wurden.

Währungsabsicherungstechniken können auf Anteilsklassenebene eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang beschränkt der Anlageverwalter die Absicherung auf das Ausmaß des gewählten Währungsengagements der jeweiligen abgesicherten Anteilsklasse. Zu hoch abgesicherte Positionen werden normalerweise 105 % des Nettoinventarwerts der jeweiligen abgesicherten Anteilsklasse nicht überschreiten und zu niedrig abgesicherte Positionen werden normalerweise nicht unter

95 % des Anteils am Nettoinventarwert der jeweiligen abgesicherten Anteilsklasse fallen, der gegenüber dem gewählten Währungsrisiko abgesichert werden soll. Abgesicherte Positionen werden laufend vom Anlageverwaltern überprüft, um sicherzustellen, dass zu hoch oder zu niedrig abgesicherte Positionen die vorstehend angegebenen zulässigen Niveaus nicht über- bzw. unterschreiten. Wenn die Absicherung in Bezug auf eine abgesicherte Anteilsklasse aufgrund von Marktbewegungen oder Zeichnungen/Rücknahmen von Anteilen die zulässigen Toleranzgrenzen überschreitet, muss der Anlageverwalter diese Absicherung entsprechend anpassen.

Anteilsinhaber sollten ebenfalls beachten, dass im Allgemeinen keine Trennung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zwischen Anteilsklassen besteht und dass ein an einem in Bezug auf eine abgesicherte Anteilsklasse abgeschlossenen Derivateoverlay beteiligter Kontrahent daher auf die anderen Anteilsklassen des jeweiligen Fonds zurechenbaren Vermögenswerte dieses Fonds zugreifen kann, wenn der abgesicherten Anteilsklasse keine zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten ausreichenden Vermögenswerte zurechenbar sind. Die Gesellschaft hat zwar Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass das Risiko eines Übergreifens zwischen Anteilsklassen eingeschränkt wird, um sicherzustellen, dass das durch die Verwendung eines Derivateoverlays in den Fonds eingeführte zusätzliche Risiko nur von den Anteilsinhabern der jeweiligen Anteilsklasse getragen wird, dieses Risiko kann jedoch nicht vollständig ausgeräumt werden.

Eine aktualisierte Aufstellung der Anteilsklassen mit Währungsoverlay ist auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft erhältlich.

Die Bedingungen, die für die abgesicherten Anteilsklassen gelten, sind die gleichen wie für dieselben Anteilsklassen, die in der Basiswährung angeboten werden, mit dem einzigen Unterschied, dass die abgesicherte Anteilsklasse in der Basiswährung des Fonds abgesichert wird.

## **Ausgabeaufschlag**

### **Anteile der Klasse A**

- Ausgabeaufschlag

Der Preis, zu dem die Anteile der Klasse A angeboten werden, ist der Nettoinventarwert je Anteil, zuzüglich eines Ausgabeaufschlags in Höhe von bis zu 5,75 % auf Grundlage des gesamten investierten Betrags.

Von dieser Gebühr kann die Hauptvertriebsgesellschaft Zahlungen an Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger tätigen, wozu auch Tochtergesellschaften von Franklin Templeton zählen können. Die Hauptvertriebsgesellschaft kann für Privatanleger oder bestimmte Anlegergruppen ganz oder teilweise auf den Ausgabeaufschlag verzichten. Die Anlagesumme wird nach Abzug des etwaigen Ausgabeaufschlags für den Kauf von Anteilen des betreffenden Fonds verwendet.

Für den Fall, dass in einem Land, in dem die Anteile angeboten werden, die lokalen Gesetze oder Praktiken einen niedrigeren Ausgabeaufschlag oder einen anderen Höchstbetrag als den oben für jede einzelne Kauforder angegebenen Satz verlangen oder zulassen, kann die Hauptvertriebsgesellschaft in diesem Land Klasse A zu einem niedrigeren als dem vorstehend festgelegten Gesamtpreis, jedoch in Übereinstimmung mit den im Rahmen der Gesetze oder Praktiken dieses Landes zulässigen Beträgen verkaufen und Untervertriebsgesellschaften, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger zu einem solchen Verkauf autorisieren.

### **Anteile der Klasse N**

- Ausgabeaufschlag

Der Preis, zu dem die Anteile der Klasse N angeboten werden, ist der Nettoinventarwert je Anteil, zuzüglich eines Ausgabeaufschlags in Höhe von bis zu 3,00 % des gesamten investierten Betrags. Dieser Ausgabeaufschlag gilt für alle verschiedenen Anlageklassen. Von dieser Gebühr kann die Hauptvertriebsgesellschaft Zahlungen an Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger tätigen, wozu auch Tochtergesellschaften von Franklin Templeton zählen können. Die Hauptvertriebsgesellschaft kann für Privatanleger oder bestimmte Anlegergruppen ganz oder teilweise auf den Ausgabeaufschlag verzichten. Die Anlagesumme wird nach Abzug des etwaigen Ausgabeaufschlags für den Kauf von Anteilen des betreffenden Fonds verwendet.

Wenn in einem Land, in dem die Anteile angeboten werden, die örtlichen Gesetze oder Gepflogenheiten einen niedrigeren Ausgabeaufschlag für eine Einzelanlage vorschreiben oder erlauben oder andere Höchstaufschläge verlangen, können die Hauptvertriebsgesellschaft und die von ihr entsprechend autorisierten Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionellen Anleger in diesem Land Anteile der Klasse N zu einem Gesamtpreis verkaufen, der unter dem vor genannten Preis liegt, aber den Beträgen entspricht, die gemäß den Gesetzen oder Gepflogenheiten des entsprechenden Landes erlaubt sind.

## Anteile der Klassen EB, EO, I, J, S, W, X und Y

Der Preis, zu dem die Klassen EB, EO, I, J, S, W, X und Y angeboten werden, ist der Nettoinventarwert je Anteil. Die Hauptvertriebsstelle erhebt keinen Ausgabeaufschlag auf den Kauf von Anteilen der Klassen EB, EO, I, J, S, W, X und Y.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass gemäß den geltenden Gesetzen, Vorschriften und Marktpraktiken Intermediäre oder Vertriebsstellen, die Anteile der Klasse J, S, W, X oder Y verkaufen, eigene Vertriebsgebühren erheben können. Anlegern wird empfohlen, sich bei ihren Intermediären, Vertriebsstellen oder Finanzberatern nach diesen Gebühren zu erkundigen (bei Anteilen der Klasse W sollten diese Gebühren 5,75 % des Gesamtanlagebetrags nicht übersteigen).

### Besondere Merkmale von Anteilsklassen

In der nachstehenden Tabelle sind die besonderen Merkmale der angebotenen Anteilsklassen aufgeführt.

Anlegerkategorie	Privat	Privat/Institutionell	Institutionelle Anleger				
Überblick über die Anteilsklassen	Klassen A und N	Klassen J und S	Klasse W	Klasse EB	Klasse EO	Klasse I	Klassen X und Y
Mindestanlage	1.000 USD <sup>1,4</sup>	Nähere Angaben erteilt die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft <sup>1,4</sup>	1.000 USD <sup>1,4</sup>	5.000.000 USD <sup>2</sup>	5.000.000 USD <sup>2,3</sup>	5.000.000 USD	Nähere Angaben erteilt die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft <sup>1,4</sup>
Folgeanlagen	1.000 USD	Nähere Angaben erteilt die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft.	1.000 USD	1.000 USD	1.000 USD <sup>3</sup>	1.000 USD	Nähere Angaben erteilt die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft.

## Kauf von Anteilen

### Antragstellung

Interessierte Anleger füllen ein Antragsformular aus und senden dieses zusammen mit den erforderlichen Ausweisdokumenten (siehe Antragsformular) an die Transferstelle, um erstmals Anteile zu kaufen. Anträge können auch telefonisch, per Telefax oder auf elektronischem Weg eingereicht werden, sofern die Verwaltungsgesellschaft dies ausdrücklich genehmigt. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Transferstelle kann verlangen, dass das unterzeichnete Original-Antragsformular und die Ausweisdokumente per Post zugesandt werden, wodurch sich die Bearbeitung des Antrags bis zu deren Eingang verzögern kann. Es liegt im Ermessen des Verwaltungsrats oder der Verwaltungsgesellschaft, Anträge zu akzeptieren oder nicht.

Alle Antragsformulare, die bei der maßgeblichen Vertriebsstelle eingehen, werden erst bearbeitet, wenn sie an die Transferstelle oder eine ordnungsgemäß schriftlich autorisierte Vertriebsgesellschaft weitergeleitet wurden.

Anleger sollten außerdem die zum Zwecke der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung benötigten und im Abschnitt „Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ näher beschriebenen Unterlagen beibringen.

Darüber hinaus behält sich die Gesellschaft bzw. die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, von Anlegern zusätzliche Informationen und/oder Nachweise anzufordern, wenn ihr Bankkonto in einem anderen Land geführt wird als dem Land, in dem sie ansässig sind. Dies kann zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung von Kauf- und/oder sonstigen Transaktionen bis zum Eingang maßgeblicher und ausreichender Informationen und/oder Nachweise führen.

<sup>1</sup> Außer beim Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund und Franklin K2 Dynamic Market Neutral UCITS Fund, deren anfängliche Mindestanlage 10.000 USD bzw. den Gegenwert in jeder anderen frei handelbaren Währung beträgt, und (ii) beim Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, dessen anfängliche Mindestanlage 10.000 USD (sofern die Anleger auch die im Anlegerprofil für diesen Fonds beschriebenen Merkmale erfüllen) bzw. den Gegenwert in jeder anderen frei handelbaren Währung beträgt.

<sup>2</sup> Insgesamt in allen Fonds, mit einem Minimum von 1.000.000 USD je Fonds.

<sup>3</sup> Außer für institutionelle Anleger, die eine Beratungsvereinbarung oder einen Verwaltungsvertrag mit K2/D&S Management Co., L.L.C., der Verwaltungsgesellschaft oder deren verbundenen Unternehmen vor Auflegung des Fonds geschlossen haben. Diese institutionellen Anleger unterliegen keiner Mindestanlage oder einem Folgeanlagebetrag (mit Ausnahme derjenigen, die in den Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund investieren, für den ein Mindestanlagebetrag von 10.000 USD oder der entsprechende Betrag in einer anderen frei umtauschbaren Währung gilt).

<sup>4</sup> Außer für den Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund, für den eine anfängliche Mindestanlage von 10.000 USD oder der äquivalente Betrag in einer frei handelbaren Währung erforderlich ist. Zum Datum dieses Verkaufsprospekts sind für diesen Fonds nur Anteile der Klassen EB, EO, I, S, X und Y erhältlich. Wenn in Zukunft Anteile der Klassen A, N, J und W für diesen Fonds angeboten werden, wird der Prospekt entsprechend aktualisiert und das Anlegerprofil des Fonds wird geändert, um den neuesten aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen.



Durch die Beantragung von Anteilen der Klasse EB, EO, I und X und/oder Y sichert ein Anleger der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft zu, dass er die Voraussetzungen eines oder mehrerer der im Abschnitt „Anteilsklassen“ angeführten Typen eines institutionellen Anlegers erfüllt, und er erklärt sich damit einverstanden, die Gesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft und/oder jedes andere Unternehmen von Franklin Templeton hinsichtlich jeglicher Schäden, Verluste, Kosten oder anderer Ausgaben schadlos zu halten, die diesen dadurch entstehen könnten, dass sie in gutem Glauben auf Grundlage dieser Zusicherung handeln. Jeder Anleger erhält eine persönliche Anlegerportfolio-Nummer, die bei jedem Kontakt mit der Gesellschaft, der Transferstelle und/oder der Verwaltungsgesellschaft zusammen mit allen maßgeblichen Transaktionsangaben, soweit zutreffend, anzuführen ist.

### **Kaufanweisungen**

Anteile aller Klassen in jeglichen Fonds können an jedem Handelstag mit dem am relevanten Handelstag übermittelten Kaufantrag gekauft werden; dies gilt jedoch nicht für den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, bei dem eine vorherige Mitteilung mit einer Frist von drei (3) Geschäftstagen in Luxemburg erforderlich ist.

Anweisungen für den Erstkauf von Anteilen sind auf dem Standardantragsformular oder einem ähnlichen Antragsformular zu erteilen, das von der Transferstelle akzeptiert wird. Für Folgekäufe in einem bestehenden Anlegerportfolio ist (sofern dies in Bezug auf einen bestimmten Fonds zulässig ist) kein weiteres Antragsformular erforderlich. Privatanleger, die Franklin Templeton direkt Anweisungen erteilen, ohne die Dienste von Brokern/Händlern in Anspruch zu nehmen, müssen jedoch ein Standardkaufformular ausfüllen und unterzeichnen (das auf unserer Website oder auf Anfrage erhältlich ist). Jede nachfolgende Anweisung für den Kauf von Anteilen kann, sofern dies von der Verwaltungsgesellschaft ausdrücklich genehmigt wurde (und in Bezug auf einen bestimmten Fonds zulässig ist), per Telefon, Telefax oder auf elektronischem Wege erfolgen. Die Verwaltungsgesellschaft kann bei Folgekaufanweisungen eine schriftliche und ordnungsgemäß unterzeichnete Bestätigung verlangen. In diesem Fall kann sich die Bearbeitung der Anlage bis zum Eingang der geforderten schriftlichen Bestätigung verzögern. Es liegt im Ermessen des Verwaltungsrats oder der Verwaltungsgesellschaft, Folgekaufanweisungen zu akzeptieren oder nicht.

Das maßgebliche Basisinformationsblatt muss Anlegern vor dem Kauf von Anteilen zur Verfügung gestellt werden. Die Broker/Händler sind gegebenenfalls dafür verantwortlich, den Anlegern das maßgebliche Basisinformationsblatt zu übermitteln. Bitte wenden Sie sich vor einem Kauf von Anteilen immer zuerst an Ihren Broker/Händler. Wenn Sie keinen Broker/Händler haben, sollten Sie sich an die Verwaltungsgesellschaft oder an Ihre örtliche Niederlassung von Franklin Templeton wenden, die Ihnen das maßgebliche Basisinformationsblatt in elektronischer oder Papierform übermitteln wird.

Folgekaufanweisungen sollten (sofern dies in Bezug auf einen bestimmten Fonds zulässig ist) ordnungsgemäß unterzeichnet sein und:

- (a) den Namen des oder der Fonds, die Anteilsklasse, den ISIN-Code der Anteilsklasse (Einzelheiten hierzu finden sich auf der Website von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu>) und die Anzahl der beantragten Fondsanteile (die Anzahl der Fondsanteile ist sowohl als Zahl als auch in Worten anzugeben) oder die anzulegende Summe (in Zahlen und Worten) (bei der etwaige Ausgabeaufschlag zu berücksichtigen ist) enthalten;
- (b) Angaben darüber enthalten, wie die Zahlung vor genommen wurde oder werden soll; und
- (c) bestätigen, dass das maßgebliche Basisinformationsblatt zur Verfügung gestellt wurde.

Sollte zwischen dem Namen des/der Fonds, der Anteilsklasse, dem ISIN-Code der Anteilsklasse oder der im Antrag bezeichneten Währung der Anteilsklasse eine Diskrepanz auftreten, wird die Anweisung auf der Basis des im Antrag bezeichneten ISIN-Codes bearbeitet.

Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft behalten sich das Recht vor, sämtliche Kaufanweisungen ganz oder teilweise aus beliebigem Grund anzunehmen oder abzulehnen. Wenn eine Kaufanweisung ganz oder teilweise abgelehnt wird, werden die Zeichnungsgelder auf Kosten und Risiko des Anlegers zurückerstattet.

Anleger können ihre Kaufanträge nur widerrufen, wenn die Bewertung der Vermögenswerte der Gesellschaft ausgesetzt ist (siehe Anhang D), und in diesem Falle ist der Widerruf eines Kaufantrags nur dann wirksam, wenn er vor Ablauf des Aussetzungszeitraums schriftlich bei der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Transferstelle eingegangen ist. Zeichnungsgelder werden unter solchen Umständen an den Anleger zurückgezahlt.

Weder die Gesellschaft noch die Verwaltungsgesellschaft sind gegenüber Antragstellern oder Anlegern für Verluste verantwortlich oder haftbar zu machen, die daraus entstehen, dass ein Antragsformular oder eine Kaufanweisung, unabhängig davon, auf welchem Wege sie gesendet wurden (einschließlich des Faxversands von Antragsformularen), nicht eingeht.

### **Kaufpreis**

Zum Auflegungsdatum werden die Fondsanteile im Allgemeinen zu einem Kurs von 10 EUR (oder dem Gegenwert in einer anderen Währung), zuzüglich eines etwaigen Ausgabeaufschlags des gesamten investierten Betrags ausgegeben. Ab dem Datum der Auflegung und bei Kaufanweisungen, die für einen beliebigen Handelstag bis zum Handelsschluss

bei der Transferstelle eingehen und von ihr angenommen werden (wie in Anhang A dargelegt), werden die Anteile zum relevanten Nettoinventarwert je Anteil, wie er an dem betreffenden Handelstag ermittelt wird, ausgegeben (zuzüglich etwaiger Ausgabeaufschläge). Gegebenenfalls müssen vor der Ausführung der Anweisung frei verfügbare Zeichnungsgelder bei der Transferstelle oder der betreffenden Vertriebsstelle eingegangen sein. In einem solchen Fall wird die Anweisung auf Grundlage des am Bewertungstag bestimmten Nettoinventarwerts je Anteil ausgeführt, sofern diese Gelder bei der Transferstelle eingegangen sind (zuzüglich etwaiger Ausgabeaufschläge).

Das Verfahren zur Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil ist im Abschnitt „Ermittlung des Nettoinventarwerts“ in Anhang D beschrieben.

Die Gesellschaft, die Transferstelle und/oder die Verwaltungsgesellschaft informieren die eingetragenen Anteilshaber auf ihren Ausführungsanzeigen über den Preis, zu dem die Anteile ausgegeben wurden (siehe hierzu den Abschnitt „Ausführungsanzeige“).

### **Bezahlung**

Die Gesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft akzeptieren keine Zahlungen in bar, in Form von Reiseschecks oder in Form von Geldanweisungen, die nicht über eine Bank getätigt werden. Zahlungen sollten üblicherweise als elektronische Überweisungen auf das von der Hauptvertriebsgesellschaft bezeichnete Bankkonto erfolgen (wie im Antragsformular angeführt). Die Zahlungen können in der Währung der betreffenden Anteilsklasse erfolgen. Die Anleger können ihre Zahlungen jedoch unter bestimmten Umständen, soweit von der Verwaltungsgesellschaft gestattet, in jeder anderen, frei konvertierbaren Währung leisten, wobei jeder erforderliche Devisenumtausch im Namen und auf Kosten des betreffenden Anlegers vorgenommen wird. Anleger werden darauf hingewiesen, dass sich Zahlungen, die in einer anderen frei handelbaren Währung getätigt werden, aufgrund der Währungsumrechnung bis zum nächsten Bewertungstag verzögern können.

Der Verwaltungsrat ist auch befugt, Kaufanträge in Bezug auf Anteile ganz oder teilweise gegen Zahlung in Sachwerten zu akzeptieren, wobei die geltenden Bestimmungen der Gesetze des Großherzogtums Luxemburg zu beachten sind. Sollte ein Anleger keinen eindeutigen Besitznachweis für derartige Vermögenswerte erbringen können, ist die Gesellschaft berechtigt, gegen den säumigen Anleger ein Verfahren einzuleiten.

Die Zuteilung der Anteile erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Kaufpreis einschließlich des etwaigen Ausgabeaufschlags eingegangen ist. Dieser muss innerhalb von drei (3) Geschäftstagen in Luxemburg ab dem Bewertungstag (oder innerhalb eines anderen Zeitrahmens, der in der jeweiligen lokalen Fondsdokumentation bzw. der geltenden Handelsrichtlinie festgelegt ist) gezahlt werden, sofern der Verwaltungsrat den Eingang der Gelder nicht vor oder zu dem Datum der Antragsannahme fordert. Bis zur vollständigen Zahlung der Zeichnungsgelder ist der Zeichner der Anteile nicht der rechtmäßig Besitzer dieser Anteile. Wenn ein Zeichner von Anteilen die Zeichnungsgelder bei der Zeichnung nicht zahlt oder kein vollständig ausgefülltes Antragsformular bis zum Fälligkeitsdatum einreicht (bei einer Erstzeichnung), können die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft beschließen, die jeweiligen Anteile auf Kosten des Zeichners und/oder seiner Vertriebsgesellschaft zurückzunehmen. Der Zeichner der Anteile kann dazu verpflichtet werden, die Gesellschaft oder die Hauptvertriebsgesellschaft für jegliche Verluste, Kosten oder Ausgaben zu entschädigen, die direkt oder indirekt durch den Verzug des Zeichners, die gezeichneten Anteile zu zahlen oder die erforderlichen Dokumente fristgerecht einzureichen, entstanden sind.

Wenn Zahlungen per elektronischer Überweisung oder Banküberweisung getätigt werden, ist die Verwaltungsgesellschaft nicht dafür verantwortlich, die Überweisungen von Zeichnungsgeldern auszugleichen, wenn Probleme bei der Überweisung oder in Folge unzureichender oder falscher Überweisungsangaben entstehen. Bankgebühren in Verbindung mit einer elektronischen Überweisung können von den Erlösen der Überweisung durch die überweisende Bank, Anlaufstellen, Vertretern oder Untervertretern abgezogen werden, und auch die Empfängerbank kann Bankgebühren von solchen Überweisungen abziehen.

## **Verkauf von Anteilen**

### **Verkaufsanweisung**

Anteile aller Klassen in jeglichen Fonds können an jedem Handelstag mit dem am relevanten Handelstag übermittelten Rücknahmeantrag verkauft werden; dies gilt jedoch nicht für den (i) Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund, bei dem eine vorherige Mitteilung mit einer Frist von fünf (5) Geschäftstagen in Luxemburg erforderlich ist, und den (ii) Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, bei dem eine vorherige Mitteilung mit einer Frist von sieben (7) Geschäftstagen in Luxemburg erforderlich ist. Anweisungen zum Verkauf von Anteilen sind der Transferstelle schriftlich zu übermitteln, oder, sofern dies ausdrücklich genehmigt wurde, per Telefon, per Telefax oder auf elektronischem Wege erfolgen. Im Fall von gemeinsamen Anlegerportfolios müssen, sofern keine Einzelzeichnungsbefugnis erteilt oder der Verwaltungsgesellschaft eine Vollmacht vorgelegt wurde, alle Anweisungen von allen Anlegern unterzeichnet werden. Wurde eine Anweisung nicht in schriftlicher Form erteilt, so kann die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Transferstelle eine schriftliche und ordnungsgemäß unterzeichnete Bestätigung verlangen. In diesem Fall kann sich die Bearbeitung der Anweisung bis zum Eingang der schriftlichen und ordnungsgemäß unterzeichneten Bestätigung verzögern.

Sofern in der Satzung vorgesehen, und innerhalb der hier festgelegten Grenzen, kann die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft – wenn die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft davon Kenntnis erlangt, dass ein Anteilsinhaber (A) eine US-Person ist oder Anteile für Rechnung oder zum Nutzen einer US-Person hält, (B) Anteile entgegen den Gesetzen oder Vorschriften hält oder sich anderweitig in einer Situation befindet, die nachteilige regulatorische, steuerliche, geldliche oder materielle administrative Nachteile oder andere wesentliche Nachteile oder negativen Auswirkungen für die Gesellschaft, ihre Anteilsinhaber oder ihre Beauftragten, die mit der Anlageverwaltung oder Beratung der Gesellschaft betraut sind, hat oder haben kann, (C) Informations- oder Erklärungspflichten nicht nachgekommen ist, die von der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft auferlegt wurden, oder (D) eine Beteiligungskonzentration hält, die nach Auffassung der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft die Liquidität der Gesellschaft oder ihrer Fonds beeinträchtigen könnte – entweder (i) diese Anteilsinhaber auffordern, die betreffenden Anteile zurückzugeben oder an eine Person zu übertragen, die qualifiziert oder berechtigt ist, diese Anteile zu besitzen oder zu halten, oder (ii) die betreffenden Anteile zurückzugeben.

Sofern ein Zertifikat auf den oder die Namen des bzw. der jeweiligen Anteilsinhaber ausgestellt wurde, kann der Verwaltungsrat verlangen, dass das Anteilszertifikat nach Indossierung auf der Rückseite an die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Transferstelle zurückgereicht wird, bevor das Geschäft zum geltenden Nettoinventarwert abgewickelt und die Zahlung geleistet wird.

Die Anweisung muss die persönliche Anlegerportfolio-Nummer, den Fondsnamen, die Anteilsklasse(n), einschließlich des ISIN-Codes (der auf der Website von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu> eingesehen werden kann), die Anzahl/den Wert der zu verkaufenden Anteile und die Abrechnungswährung sowie die Bankangaben enthalten. Sollte zwischen dem Namen des/der Fonds, der Anteilsklasse, dem ISIN-Code der Anteilsklasse oder der im Antrag bezeichneten Währung der Anteilsklasse eine Diskrepanz auftreten, wird die Anweisung auf der Basis des im Antrag bezeichneten ISIN-Codes bearbeitet.

Anweisungen in Bezug auf einen Anteilsverkauf dürfen nicht ausgeführt werden, bevor alle vorangegangenen, die zu verkaufenden Anteile betreffenden Transaktionen vollständig abgewickelt wurden.

Bei Anweisungen, die dazu führen würden, dass der Bestand unter den Betrag von 1.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) oder 1.000.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) für Anteile der Klasse EB und der Klasse EO fällt, kann die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft diesen Restbestand zurücknehmen und dem Anleger den Erlös auszahlen.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, an einem Bewertungstag nicht mehr als 10 % des Werts der Anteile eines Fonds verkaufen oder umtauschen zu müssen. Unter solchen Umständen kann der Anteilsverkauf für einen Zeitraum von höchstens zehn (10) luxemburger Geschäftstagen aufgeschoben werden. Diese Verkaufsanweisungen werden gegenüber späteren Anweisungen vorrangig bearbeitet.

Weder die Gesellschaft noch die Verwaltungsgesellschaft sind gegenüber Anlegern für Verluste verantwortlich oder haftbar zu machen, die daraus entstehen, dass eine Verkaufsanweisung, unabhängig davon, auf welchem Wege sie gesendet wurde, nicht eingeht.

Anleger können ihre Verkaufsanweisungen nur widerrufen, wenn die Bewertung des Gesellschaftsvermögens ausgesetzt ist (siehe Anhang D), und in diesem Falle ist der Widerruf einer Verkaufsanweisung nur dann wirksam, wenn sie vor Ablauf des Aussetzungszeitraums schriftlich bei der Transferstelle eingegangen ist. Wenn die Anweisung nicht widerrufen wird, erfolgt der Verkauf am ersten auf das Ende der Aussetzung folgenden Bewertungstag.

### **Verkaufspreis**

Mit Ausnahme der weiter unten ausgeführten Bestimmungen für den Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund und den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund wird eine vollständige Verkaufsanweisung, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag vor dem maßgeblichen Handelsschluss (wie in Anhang A beschrieben) eingeht und akzeptiert wird, an diesem Tag auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der für diesen Handelstag ermittelt wurde, bearbeitet.

Für den Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund, für den die Kaufanweisung fünf (5) Geschäftstage in Luxemburg zuvor einzureichen ist, wird eine vollständige Kaufanweisung, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag eingeht und akzeptiert wird, auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der am Bewertungstag nach der Frist von fünf (5) Geschäftstagen in Luxemburg ermittelt wurde, bearbeitet.

Für den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, für den die Verkaufsanweisung sieben (7) Geschäftstage in Luxemburg zuvor einzureichen ist, wird eine vollständige Verkaufsanweisung, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag eingeht und akzeptiert wird, auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der am Bewertungstag nach der Frist von sieben (7) Geschäftstagen in Luxemburg ermittelt wurde, bearbeitet.

Sofern nicht in einer lokalen Version dieses Prospekts, einem lokalen spezifischen Informationsdokument, das an die Anleger ausgegeben wird, einem Antragsformular oder einem Marketingdokument anders angegeben, wird eine vollständige Verkaufsanweisung, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag nach dem maßgeblichen Handelsschluss (wie in Anhang A beschrieben) eingehen und akzeptiert werden, werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der für den maßgeblichen Bewertungstag ermittelt wurde, bearbeitet.

Das Verfahren zur Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil ist im Abschnitt „Ermittlung des Nettoinventarwerts“ in Anhang D beschrieben.

### **Auszahlung von Verkaufserlösen**

Die Bezahlung für verkaufte Anteile erfolgt innerhalb von drei (3) Handelstagen nach dem maßgeblichen Bewertungstag (oder innerhalb eines anderen Zeitrahmens, der in der jeweiligen lokalen Fondsdokumentation bzw. der geltenden Handelsrichtlinie festgelegt ist), sofern die ordnungsgemäße Verkaufsanweisung bei bzw. seitens der Transferstelle der Gesellschaft eingegangen ist bzw. angenommen wurde. Diese Zahlung erfolgt üblicherweise, sofern keine andere Anweisung erteilt wurde, in Form einer elektronischen Banküberweisung in der Währung der Anteilsklasse. Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft sind, nach einer sorgfältigen Due-Diligence-Prüfung, nicht verantwortlich für Verzögerungen oder Kosten, die bei einer Empfängerbank oder einem Abrechnungssystem entstehen; ferner sind sie ebenso nicht verantwortlich für Verzögerungen bei der Abrechnung, die aufgrund der in einigen Ländern oder bei einigen Banken, lokalen Korrespondenzbanken, Zahlstellen oder anderen Stellen erforderlichen Zeit zur lokalen Verarbeitung von Zahlungen entstehen können. Die Zahlung kann auch in einer frei konvertierbaren Währung erfolgen, wenn dies in der Anweisung festgelegt wurde, allerdings auf Kosten und Risiko des Anlegers.

Wenn unter besonderen Umständen, wie in Anhang D beschrieben, die Liquidität des Fonds nicht ausreicht, um den Verkaufserlös innerhalb von drei (3) Handelstagen (oder innerhalb eines anderen Zeitrahmens, der in der jeweiligen lokalen Fondsdokumentation bzw. der geltenden Handelsrichtlinie festgelegt ist) nach dem maßgeblichen Bewertungstag zu bezahlen, wird der Verkaufserlös so bald als vernünftigerweise möglich, jedoch ohne Zinsen, bezahlt.

Der Verwaltungsrat ist dazu berechtigt, das Zahlungsziel für Verkaufserlöse auf einen Zeitraum zu verlängern, der nicht länger als dreißig (30) Geschäftstage in Luxemburg (in einigen Ländern können jedoch kürzere Zeiträume gelten) ist, der aufgrund der Abrechnung und anderen Einschränkungen, die auf Finanzmärkten anderer Länder, in die ein erheblicher Teil der einem Fonds zurechenbaren Vermögen investiert werden sollen, erforderlich sein kann; und dies gilt exklusiv in Bezug auf jene Fonds der Gesellschaft, deren Anlageziele und -politiken Anlagen in Aktienwerte von Emittenten in Schwellenländern vorsehen.

Alle Zahlungen erfolgen auf Risiko des Anlegers, ohne dass die Vertriebsstellen, der Anlageverwalter, die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Gesellschaft hierfür haften.

### **Verkauf in Sachwerten**

Mit vorheriger Zustimmung des/der betroffenen Anteilinhaber(s) und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Anteilinhaber kann der Verwaltungsrat Verkaufserlöse ganz oder teilweise in Sachwerten auszahlen, indem er dem/den verkaufenden Anteilinhaber(n) Wertpapiere aus dem Portfolio des maßgeblichen Fonds zuteilt, deren Wert dem Nettoinventarwert der verkauften Anteile entspricht.

## **Umtausch von Anteilen**

Ein Umtausch ist eine Transaktion, bei der der Bestand eines Anlegers in einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse desselben Fonds oder in dieselbe Anteilsklasse oder eine andere Anteilsklasse eines anderen Fonds umgetauscht wird. Die Transaktion erfolgt durch den Verkauf von Anteilen in der ursprünglichen Anteilsklasse und den nachfolgenden Kauf von Anteilen in der neuen Anteilsklasse, vorausgesetzt, der Bestand des Anlegers entspricht den Anlagevoraussetzungen des/der bestehenden und des/der neuen Fonds oder Anteilsklasse.

Unter bestimmten Umständen können Anleger Anteile der Gesellschaft in Anteile bestimmter anderer Investmentfonds von Franklin Templeton umtauschen, die eine ähnliche Gebührenstruktur über denselben Zeitraum aufweisen. Informationen über die Investmentfonds, in die Anteile umgetauscht werden können, und Einzelheiten zu der Verfahrensweise und den Bedingungen für einen Umtausch sind auf Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Die Anleger des Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund können ihre Anteile einer Anteilsklasse dieses Fonds nur in Anteile einer anderen Anteilsklasse dieses Fonds umtauschen, sofern sie die anwendbaren Zugangskriterien erfüllen. Anweisungen zu einem Umtausch in eine andere Anteilsklasse des Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund sind sieben (7) Geschäftstage in Luxemburg zuvor einzureichen und werden auf Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil bearbeitet, der am Bewertungstag nach dem Ende der Vorlaufzeit zur Mitteilung von sieben (7) Geschäftstagen in Luxemburg ermittelt wurde. Es ist kein Umtausch von einer Anteilsklasse eines anderen Fonds in eine Anteilsklasse des Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund zulässig.

Umschichtungen in den Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund, den Franklin K2 Dynamic Market Neutral UCITS Fund, den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund und den Franklin K2 CFM Systematic Global Macro UCITS Fund unterliegen einem Mindestbetrag von 10.000 USD.

#### **Anteile der Klasse A**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse X gegen Anteile eines anderen Fonds oder einer anderen Anteilsklasse umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt.

#### **Anteile der Klasse EB**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse EB in Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Der Umtausch in Anteile der Klasse EB ist nicht zulässig.

#### **Anteile der Klasse EO**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse EO in Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Der Umtausch in Anteile der Klasse EO ist nicht zulässig.

#### **Anteile der Klasse I**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse I gegen Anteile eines anderen Fonds oder einer anderen Anteilsklasse umgetauscht werden. Nur institutionelle Anleger können ihre Anteile in Anteile der Klasse I umtauschen.

#### **Anteile der Klasse J**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse J gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Ein Umtausch in Anteile der Klasse J ist nur zulässig für Anleger, die über bestimmte Vertriebsgesellschaften, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger anlegen, die die Voraussetzungen für die Anlage in Anteilen der Klasse J gemäß den im Abschnitt „Anteilsklassen“ aufgeführten Bedingungen erfüllen.

#### **Anteile der Klasse N**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse N gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt.

#### **Anteile der Klasse S**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse S gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Ein Umtausch in Anteile der Klasse S ist nur zulässig für Anleger, die über bestimmte Vertriebsgesellschaften, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger anlegen, die die Voraussetzungen für die Anlage in Anteilen der Klasse S gemäß den im Abschnitt „Anteilsklassen“ aufgeführten Bedingungen erfüllen.

#### **Anteile der Klasse W**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse W gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Der Umtausch in Anteile der Klasse W ist nur Anlegern gestattet, die ihre Anweisungen über Vermittler, Vertriebsstellen, Plattformen und/oder Broker/Händler erteilen, die die Anlagevoraussetzungen gemäß den im Abschnitt „Anteilsklassen“ dargelegten Bedingungen erfüllen.

#### **Anteile der Klasse X**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse X gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in dieser Anteilsklasse erfüllt. Nur institutionelle Anleger können ihre Anteile in Anteile der Klasse X umtauschen, wobei die im Abschnitt „Anteilsklassen“ festgelegten Bedingungen gelten.

#### **Anteile der Klasse Y**

Unbeschadet bestimmter in diesem Abschnitt geregelter Anlageklassenbeschränkungen können Anteile der Klasse Y gegen Anteile eines anderen Fonds oder anderer Anteilsklassen umgetauscht werden, sofern der Anleger die Voraussetzungen für die Anlage in diese Anteilsklasse erfüllt. Nur institutionelle Anleger können ihre Anteile in Anteile der Klasse Y umtauschen, wobei die im Abschnitt „Anteilsklassen“ festgelegten Bedingungen gelten.

## Umtauschanweisungen

Anweisungen zum Umtausch von Anteilen sollten der Transferstelle schriftlich übermittelt werden, oder, sofern dies ausdrücklich genehmigt wurde, per Telefon, per Telefax oder auf elektronischem Wege erfolgen. Im Fall von gemeinsamen Anlegerportfolios müssen, sofern keine Einzelzeichnungsbefugnis erteilt oder der Verwaltungsgesellschaft eine Vollmacht vorgelegt wurde, alle Anweisungen von allen Anlegern unterzeichnet werden. Wurde eine Anweisung nicht in schriftlicher Form erteilt, so kann die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Transferstelle eine schriftliche und ordnungsgemäß unterzeichnete Bestätigung verlangen. In diesem Fall kann sich die Bearbeitung der Anweisung bis zum Eingang der schriftlichen und ordnungsgemäß unterzeichneten Bestätigung verzögern.

Für den Umtausch von Anteilen ist kein Antragsformular erforderlich. Privatanleger, die Franklin Templeton direkt Anweisungen erteilen, ohne die Dienste von Brokern/Händlern in Anspruch zu nehmen, müssen jedoch ein Standardumtauschformular ausfüllen und unterzeichnen (das auf unserer Website oder auf Anfrage erhältlich ist). Das maßgebliche Basisinformationsblatt muss Anlegern vor dem Umtausch ihrer Anteile zur Verfügung gestellt werden. Die Broker/Händler sind gegebenenfalls dafür verantwortlich, den Anlegern das maßgebliche Basisinformationsblatt zu übermitteln. Bitte wenden Sie sich vor dem Umtausch von Anteilen immer zuerst an Ihren Broker/ Händler. Wenn Sie keinen Broker/Händler haben, sollten Sie sich an die Verwaltungsgesellschaft oder an Ihre örtliche Niederlassung von Franklin Templeton wenden, die Ihnen das maßgebliche Basisinformationsblatt in elektronischer oder Papierform übermitteln wird.

Die Anweisung muss die persönliche Anlegerportfolio-Nummer und die Anzahl/den Wert der Anteile enthalten, die zwischen den genannten Fonds und Anteilsklassen umgetauscht werden sollen, einschließlich der ISIN-Codes (die auf der Website von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu> eingesehen werden können) und der Bestätigung, dass das maßgebliche Basisinformationsblatt bereitgestellt wurde. Sollte zwischen dem Namen des/der Fonds, der Anteilsklasse, dem ISIN-Code der Anteilsklasse oder der im Antrag bezeichneten Währung der Anteilsklasse eine Diskrepanz auftreten, wird die Anweisung auf der Basis des im Antrag bezeichneten ISIN-Codes bearbeitet. Anleger können Anteile an jedem Handelstag mit der am relevanten Handelstag übermittelten Umtauschanweisung umtauschen; dies gilt jedoch nicht für den Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund, bei dem eine vorherige Mitteilung mit einer Frist von fünf (5) Geschäftstagen in Luxemburg erforderlich ist, und den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund, bei dem eine vorherige Mitteilung mit einer Frist von sieben (7) Geschäftstagen in Luxemburg erforderlich ist.

Die Mindestanlage im neuen Fonds beträgt 1.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung). Anweisungen, die zu einem Bestand von unter 1.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) bzw. 1.000.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) für Anteile der Klassen EB und EO führen würden, werden nicht ausgeführt.

Anweisungen in Bezug auf einen Anteils-umtausch dürfen erst ausgeführt werden, wenn alle vorangegangenen, die umzutauschenden Anteile betreffenden Transaktionen vollständig abgewickelt wurden. Wird der Verkauf vor dem Kauf abgewickelt, verbleibt der Verkaufserlös bis zur Abrechnung des Kaufs im Sammelbankkonto der Gesellschaft. Hierbei laufen keine Zinsen zugunsten des Anlegers auf.

Anweisungen in Bezug auf den Umtausch von Anteilen zwischen auf unterschiedliche Währungen lautenden Fonds werden am selben Bewertungstag ausgeführt. Anweisungen zum Umtausch aus dem Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund und dem Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil bearbeitet, der am Bewertungstag nach dem Ende der Vorlaufzeit zur Mitteilung von fünf (5) Geschäftstagen bzw. von sieben (7) Geschäftstagen in Luxemburg ermittelt wurde. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft jedoch nach ihrem Ermessen für die Durchführung der Umtauschtransaktionen einen (1) zusätzlichen Geschäftstag benötigen. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, an einem Bewertungstag nicht mehr als 10 % des Werts der Anteile eines Fonds umtauschen zu müssen. Unter solchen Umständen kann der Umtausch für einen Zeitraum von höchstens zehn (10) Geschäftstagen aufgeschoben werden. Diese Umtauschanweisungen werden gegenüber späteren Anweisungen vorrangig bearbeitet.

Unter bestimmten begrenzten Umständen kann die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft für den Vertrieb in bestimmten Ländern und/oder über bestimmte Untervertriebsstellen und/oder professionelle Anleger einen (1) zusätzlichen Geschäftstag zur Durchführung von Umtauschgeschäften benötigen. Der zusätzliche Tag kann aus betrieblichen Gründen, wenn etwa eine Währungsumrechnung durchgeführt werden muss, erforderlich sein.

Anleger können ihre Umtauschanweisungen nur widerrufen, wenn die Bewertung des Gesellschaftsvermögens ausgesetzt ist (siehe Anhang D), und in diesem Falle ist der Widerruf einer Umtauschanweisung nur dann wirksam, wenn sie vor Ablauf des Aussetzungszeitraums schriftlich bei der Transferstelle eingegangen ist. Wenn die Anweisung nicht widerrufen wird, erfolgt der Umtausch am ersten auf das Ende der Aussetzung folgenden Bewertungstag.

## Umtauschpreis

Vollständige Umtauschanweisungen, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag vor dem maßgeblichen Handelsschluss (wie in Anhang A beschrieben) eingehen und akzeptiert werden, werden an diesem Tag auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der für diesen Handelstag ermittelt wurde, bearbeitet.

Vollständige Umtauschanweisungen, die bei der Transferstelle oder einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertriebsgesellschaft an einem Handelstag nach dem maßgeblichen Handelsschluss eingehen und akzeptiert werden, werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der für den nächsten Bewertungstag ermittelt wird, bearbeitet.

Die Anzahl der ausgegebenen Anteile basiert auf dem jeweiligen Nettoinventarwert je Anteil der beiden maßgeblichen Fonds oder Anteilsklassen an dem/den maßgeblichen Bewertungstag(en).

### Umtauschgebühren und -kosten

Für den Vertrieb in bestimmten Ländern und/oder über bestimmte Vertriebsstellen und/oder professionelle Anleger kann eine Umtauschgebühr von bis zu 1,00 % des Werts der umzutauschenden Anteile erhoben werden. Diese Gebühr wird automatisch abgezogen, wenn die Zahl der Anteile errechnet wird, und von der Gesellschaft gezahlt.

Unter bestimmten Umständen wird für den Umtausch von Anteilen eines Fonds oder einer Anteilsklasse eine Gebühr erhoben werden müssen, die der Differenz zwischen den beiden Ausgabeaufschlägen entspricht, es sei denn, der Anleger hat aufgrund früherer Tauschgeschäfte diese Ausgabeaufschlagsdifferenz bereits gezahlt.

Gegenwärtig wird erwartet, dass jegliche Umtauschgebühren- oder Ausgabeaufschlagsdifferenzen an die Hauptvertriebsgesellschaft gezahlt werden, die ihrerseits einen Teil davon an Vertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger zahlen kann. Die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft können jedoch im eigenen Ermessen auf die Ausgabeaufschlagsdifferenz verzichten.

## Übertragung von Anteilen

Eine Übertragung ist eine Transaktion, bei der der Bestand eines Anlegers auf einen anderen Anleger übertragen wird.

Eine Anweisung zur Anteilsübertragung ist schriftlich oder mit einem ordnungsgemäß unterzeichneten Anteilsübertragungsformular zusammen mit den ggf. ausgestellten Anteilszertifikaten, die entwertet werden sollen, oder, so dies ausdrücklich genehmigt wurde, per Telefon, per Telefax oder auf elektronischem Weg an die Transferstelle zu erteilen. Die Anweisung ist von dem/den Übertragenden und, sofern von der Gesellschaft und/oder der Verwaltungsgesellschaft verlangt, auch von dem/den Übertragungsempfänger(n) oder von Personen, die mit entsprechenden diesbezüglichen Vollmachten ausgestattet sind, zu datieren und zu unterzeichnen.

Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Transferstelle akzeptiert einen solchen Umtausch unter der Voraussetzung, dass der/die Übertragungsempfänger einen von der Gesellschaft akzeptierten Antrag vorlegen kann/können und alle Anforderungen des Fonds und der Anteilsklasse erfüllt/erfüllen.

Anweisungen zum Übertragen von Anteilen werden nur dann ausgeführt, wenn alle vorangegangenen, die zu übertragenden Anteile betreffenden Transaktionen vollständig abgewickelt wurden und die vollständigen Zahlungen für diese Anteile eingegangen sind.

Bei Übertragungsanweisungen, die dazu führen würden, dass der Bestand unter den Betrag von 1.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) oder 1.000.000 USD (oder den Gegenwert in einer anderen Währung) für Anteile der Klasse EB und der Klasse EO fällt, kann die Gesellschaft und/oder die Verwaltungsgesellschaft diesen Restbestand zurücknehmen und dem Anleger den Erlös auszahlen.

Die Übertragung der Anteile wird in Übereinstimmung mit den für die jeweilige Börse in Luxemburg, an der die Anteile notiert sein können, geltenden Vorschriften durchgeführt.

Die Anteile sind frei übertragbar. Die Satzung sieht vor, dass der Verwaltungsrat dazu befugt ist, Beschränkungen aufzuerlegen, die er für notwendig erachtet, um sicherstellen zu können, dass Anteile nicht von (a) einer Person erworben oder gehalten werden, die gegen die geltenden Gesetze oder Verordnungen eines Landes oder einer Regierungsbehörde verstößt, oder (b) von einer Person, die in einer Situation ist, die nach Meinung des Verwaltungsrats zur Folge haben könnten, dass der Gesellschaft eine Steuerverbindlichkeit entsteht oder die Gesellschaft andere Nachteile erleidet, die sie andernfalls nicht erleiden würde.

Die übertragenen Anteile können bestimmten Bedingungen unterliegen. Den Anlegern wird empfohlen, sich über alle Bedingungen zu informieren, die für derartige Anteile gelten.

# Dividendenpolitik

Im Hinblick auf alle Fonds, die ausschüttende Anteile ausgeben, beabsichtigt der Verwaltungsrat, im Wesentlichen sämtliche Erträge, die den ausschüttenden Anteilen zuzurechnen sind, auszuschütten. Vorbehaltlich aller rechtlichen oder regulatorischen Anforderungen können Dividenden auch aus dem Kapital der betreffenden Fonds ausgeschüttet werden. Vorbehaltlich aller rechtlichen oder regulatorischen Anforderungen behält sich der Verwaltungsrat das Recht vor, neue Anteilsklassen einzuführen, die ihren Reingewinn einbehalten oder reinvestieren können.

In der Jahreshauptversammlung der Anteilhaber können, für jeden Fonds gesondert, jährliche Ausschüttungen festgesetzt werden.

Auf Beschluss des Verwaltungsrats und/oder der Verwaltungsgesellschaft können für jeden Fonds auch Zwischendividenden ausgeschüttet werden.

Es wird damit gerechnet, dass Ausschüttungen unter normalen Umständen wie in der folgenden Tabelle angegeben vorgenommen werden:

Anteilsarten	Anteilsname	Ausschüttungshäufigkeit
Thesaurierende Anteile	A (acc), EB (acc), EO (acc), I (acc), J (acc), N (acc), S (acc), W (acc), X (acc), Y (acc)	Es erfolgt keine Dividendenausschüttung, sondern der zurechenbare Nettoertrag spiegelt sich im höheren Wert der Anteile wider.
Ausschüttende Anteile	A (Bdis), EB (Bdis), EO (Bdis) I (Bdis), J (Bdis), N (Bdis), S (Bdis), W (Bdis), X (Bdis), Y (Bdis)	Unter normalen Umständen ist vorgesehen, dass die Ausschüttung zweimal pro Jahr erfolgt (normalerweise im April und Oktober jedes Jahres).
	A (Mdis), EB (Mdis), EO (Mdis), I (Mdis), J (Mdis), N (Mdis), S (Mdis), W (Mdis), X (Mdis), Y (Mdis)	Unter normalen Umständen ist vorgesehen, dass die Ausschüttung monatlich erfolgt (nach Ende jedes Monats).
	A (Qdis), EB (Qdis), EO (Qdis) I (Qdis), J (Qdis), N (Qdis), S (Qdis), W (Qdis), X (Qdis), Y (Qdis)	Unter normalen Umständen ist vorgesehen, dass die Ausschüttung vierteljährlich erfolgt (nach Ende jedes Kalenderquartals).
	A (Ydis), EB (Ydis), EO (Ydis), I (Ydis), J (Ydis), N (Ydis), S (Ydis), W (Ydis), X (Ydis), Y (Ydis)	Unter normalen Umständen ist vorgesehen, dass die Ausschüttung jährlich erfolgt (normalerweise im April/Mai jedes Jahres).

Um Ausschüttungen auf ausschüttende Anteile zu erhalten, müssen die Anleger am Bewertungstag, den die Gesellschaft zum Ausschüttungstichtag erklärt hat, als Inhaber dieser ausschüttenden Anteile im Inhaberregister verzeichnet sein.

Sofern in dem Antragsformular nichts anderes bestimmt ist, werden Dividenden auf ausschüttende Namensanteile normalerweise in weiteren ausschüttenden Anteilen des Fonds und der Anteilsklasse wieder angelegt, auf den/die sich die Dividenden beziehen. Diese weiteren ausschüttenden Anteile werden am Ex-Dividende-Tag ausgestellt. Der Preis wird an dem Bewertungstag, an dem der Preis der ausschüttenden Anteile jenes Fonds der Preis ex Dividende ist, auf die gleiche Weise berechnet wie bei der Ausgabe anderer Anteile des betreffenden Fonds. In Bruchteilen ausgegebene Anteile werden auf drei Dezimalstellen gerundet. Es wird kein Ausgabeaufschlag erhoben. Wer diese Wiederanlagemöglichkeit nicht nutzen möchte, sollte den entsprechenden Abschnitt im Antragsformular ausfüllen. Falls Bardividenden zu zahlen sind, werden sie den Inhabern von ausschüttenden Namensanteilen, die sich für eine Barausschüttung entschieden haben, üblicherweise in Form einer Geldüberweisung gezahlt. Der Verwaltungsrat kann jedoch beschließen, dass Dividenden unter 50 USD (oder dem Gegenwert in einer anderen Währung) statt einer unmittelbaren Auszahlung an die Anleger in weitere Anteile derselben Anteilsklasse reinvestiert werden. Dividenden, die in einer anderen frei konvertierbaren Währung bezahlt werden sollen, werden auf Kosten des Anlegers umgetauscht.

Wenn Dividenden in Höhe von 250 USD (oder der Gegenwert in einer anderen Währung) oder weniger nicht an einen registrierten Anleger ausbezahlt werden können, weil Informationen fehlen oder die Zahlung nicht durchgeführt werden kann, behält sich die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, diese und alle nachfolgend zu zahlenden Dividenden automatisch durch den Kauf weiterer ausschüttender Anteile des Fonds und der Anteilsklasse, auf die die Dividenden entfallen, wieder anzulegen, bis vom Anleger klare Anweisungen eingehen, sofern keine lokale Ergänzung zum Prospekt eine abweichende Regelung enthält.

Wenn eine Dividende bekanntgegeben jedoch nicht innerhalb von fünf (5) Jahren ausgezahlt wurde, wird die Gesellschaft, da sie dazu nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg berechtigt ist, die Dividende als verfallen erklären und die ungezahlte Dividende in den jeweiligen Fonds einzahlen.

Bei jeder festgesetzten Dividende kann der Verwaltungsrat und/oder die Verwaltungsgesellschaft bestimmen, ob – und in welchem Umfang – die Dividende aus realisierten und nicht realisierten Kapitalgewinnen, und bei Fonds, die Erträge vor Abzug von Aufwendungen vom ursprünglich gezeichneten Kapital ausschütten, ohne Berücksichtigung der Kapitalverluste, eventuell erhöht oder gekürzt um den Anteil der Erträge aus Finanzanlagen und Kapitalgewinnen, die emittierten und zurückgenommenen Anteilen zuzurechnen sind, ausgezahlt werden soll.



Es sei daran erinnert, dass es keine Garantie für Dividendenausschüttungen gibt, dass die Fonds keine Zinsen zahlen und dass der Preis der Anteile an den Fonds und alle mit den Anteilen erzielten Erträge sowohl sinken als auch steigen können. Es sollte außerdem beachtet werden, dass Dividendenausschüttungen den Wert der Fondsanteile um den Betrag der Ausschüttung verringern. Künftige Erträge und Anlageergebnisse können durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden, so auch durch Veränderungen der Wechselkurse, die nicht unbedingt der Kontrolle der Gesellschaft, ihres Verwaltungsrats, ihrer leitenden Angestellten, der Verwaltungsgesellschaft oder sonstiger Personen unterliegen. Weder die Gesellschaft selbst noch ihre Verwaltungsratsmitglieder oder leitenden Angestellten, die Verwaltungsgesellschaft, Franklin Templeton oder ihre weltweit verbundenen Unternehmen oder deren Verwaltungsratsmitglieder, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter können eine Garantie hinsichtlich der künftigen Ergebnisse oder künftigen Erträge der Gesellschaft abgeben.

### Ertragsausgleich

Die Fonds wenden eine Bilanzierungstechnik an, die als „Ausgleich“ bekannt ist und bei der ein Teil der Erlöse aus Anteilsausgaben sowie der Kosten von Anteilsverkäufen, der auf Basis des einzelnen Anteils dem Betrag des nicht ausgeschütteten Anlageertrags am Datum der Transaktion entspricht, den nicht ausgeschütteten Erträgen gutgeschrieben oder belastet wird. Das bedeutet, dass der nicht ausgeschüttete Anlageertrag je Anteil durch die Ausgabe bzw. die Rücknahme von Anteilen nicht verändert wird. In Bezug auf jeden Fonds, der nur thesaurierende Anteile ausgibt, behält sich der Verwaltungsrat und/oder die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, keine Ausgleichung vorzunehmen.

## Vergütung der Verwaltungsgesellschaft

Franklin Templeton International Services S.à r.l. erhält für die Erbringung von Anlageverwaltungsdiensten in ihrer Funktion als Verwaltungsgesellschaft und für Aufwendungen, die in Verbindung mit der Anlegerbetreuung und Verwaltung von Anteilen entstehen, von der Gesellschaft eine jährliche Verwaltungsgebühr in Höhe eines bestimmten Jahresprozentsatzes des angepassten täglichen Nettovermögens der einzelnen Fonds während des Jahres („jährliche Verwaltungsgebühr“), die monatlich gezahlt wird. Nähere Informationen zu dieser jährlichen Verwaltungsgebühr sind in Anhang E zu finden. Sofern relevant, zahlt die Verwaltungsgesellschaft einen Teil dieser jährlichen Verwaltungsgebühr an verschiedene (i) Anlageverwalter, wie im Abschnitt „Verwaltungsgebühren“ beschrieben, und an (ii) externe Vertriebsgesellschaften, Vermittler und Broker/Händler für den Vertrieb von Anteilen außerhalb der USA („Administrationsgebühr“). Mit dieser Administrationsgebühr sollen diese Vertriebsgesellschaften, Vermittler und Broker/Händler für die Erbringung von Vertriebs- oder anderen Dienstleistungen für die Anleger vergütet werden. Dies umfasst unter anderem die Verbesserung der laufenden Übermittlung von aktuellen Informationen an die Anleger, die Transaktionsabwicklung sowie andere Anteilsinhaber- und/oder Verwaltungsdienstleistungen. Alle Anfragen nach zusätzlichen Informationen über solche Zahlungen sollten Anleger an die für sie zuständigen Vermittler richten. Die Verwaltungsgesellschaft kann die jährliche Verwaltungsgebühr außerdem in ihrem Ermessen ganz oder teilweise an institutionelle Anleger zahlen, die bestimmte Voraussetzungen einschließlich von Mindestanlagebeträgen erfüllen. Einzelheiten zu dieser Administrationsgebühr sind im Jahresbericht der Gesellschaft zu finden.

Für die Erbringung von Verwaltungsgesellschafts- und Nebendienstleistungen erhält die Verwaltungsgesellschaft von der Gesellschaft als Vergütung eine jährliche Gebühr in Höhe von maximal 0,20 % des Nettoinventarwerts der jeweiligen Anteilsklasse zuzüglich eines zusätzlichen Betrags (der sich aus einer festen und einer variablen Komponente zusammensetzt) pro Anlegerbestand auf der Ebene der jeweiligen Klasse über einen Zeitraum von einem (1) Jahr. Diese Gebühr wird täglich berechnet und abgegrenzt und monatlich nachträglich gezahlt. Zu den Dienstleistungen der Verwaltungsgesellschaft und den Nebendienstleistungen gehören unter anderem die Erbringung von Dienstleistungen für das Management des Anlagerisikos und der Unternehmensführung (einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Überwachung der Ausführung der delegierten Tätigkeiten der Fonds, Compliance- und Rechtsdienstleistungen, Geldwäschekontrollen, aufsichtsrechtliche Überwachung, Innenrevision, Unternehmens-, Sitz- und Verwaltungsfunktionen) für die Gesellschaft. Diese jährliche Gebühr beinhaltet die Vergütung für (i) J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, für ihre für die Gesellschaft als Verwaltungsstelle erbrachten Dienste und die Vergütung für (ii) Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l. für ihre für die Gesellschaft als Register- und Transferstelle erbrachten Dienste.

Die Verwaltungsgesellschaft hat gemäß Artikel 111bis des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 eine Vergütungsrichtlinie aufgestellt, die mit einem soliden und effektiven Risikomanagement konform ist und dieses fördert, und sie wendet diese an. Diese Richtlinien und Praktiken ermutigen nicht dazu, Risiken einzugehen, die nicht mit dem Risikoprofil, dem Prospekt oder der Satzung konform sind, und sie dürfen der Erfüllung der Verpflichtung der Verwaltungsgesellschaft, im Interesse der Gesellschaft zu handeln, nicht entgegenstehen.

Die Vergütungsanforderungen gelten für Mitarbeiterkategorien einschließlich der oberen Führungsebene, Risikoübernehmer, Kontrollfunktionen und sämtlicher Mitarbeiter, die eine Gesamtvergütung erhalten, die in dieselbe Vergütungsspanne fällt wie die der oberen Führungsebene und der Risikoübernehmer, und deren professionelle Aktivitäten erhebliche Auswirkungen auf das Risikoprofil der Verwaltungsgesellschaft oder der Gesellschaft haben. Die Vergütung umfasst eine Fixkomponente (im Wesentlichen das Grundgehalt) sowie eine variable Komponente (jährliche Boni). Der Finanzierungsgrad des Jahresbonus (der in bar, Gratisaktien oder einer Kombination daraus ausbezahlt werden kann) hängt von der allgemeinen

FRI-Unternehmensperformance ab, wird von einem Vergütungsausschuss genehmigt und wird unter Bezugnahme auf die tatsächliche Leistung der jeweiligen Person zugeteilt. Ein erheblicher Teil des Bonus kann mindestens um drei Jahre aufgeschoben werden und die Zahlung des Bonus unterliegt Rückgriffsbestimmungen. Die Einzelheiten zur aktuellen Vergütungspolitik einschließlich unter anderem einer Beschreibung, wie die Vergütungen und Vergünstigungen berechnet werden, wie der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken Rechnung getragen wird, und der Identität der für die Zuteilung der Vergütungen und Vergünstigungen zuständigen Personen einschließlich der Zusammensetzung des Vergütungsausschusses sind auf der Website [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) abrufbar; wählen Sie die Registerkarten „About Us“, „Regulatory Information“ aus (ein Druckexemplar wird auf Anfrage kostenlos zur Verfügung gestellt).

## Verwaltungsgebühren

Für die Anlageverwaltungsdienste, die sie für die Fonds erbringt, erhält die Verwaltungsgesellschaft von der Gesellschaft als Teil der jährlichen Verwaltungsgebühr eine monatliche Verwaltungsgebühr, die einem bestimmten Jahresprozentsatz des angepassten täglichen Nettovermögens der einzelnen Fonds während des Jahres entspricht. Einzelheiten zur Verwaltungsgebühr sind im Jahresbericht der Gesellschaft zu finden. Die Anlageverwalter werden von der Verwaltungsgesellschaft aus der von der Gesellschaft erhaltenen Anlageverwaltungsgebühr vergütet.

Um die beste Ausführung zu erhalten, kann/können der/die Anlageverwalter an Broker/Händler Provisionen im Hinblick auf Wertpapiertransaktionen für die Gesellschaft zahlen, um diese für erbrachte Researchdienste sowie Dienstleistungen zu entschädigen, die diese Broker/Händler bei der Ausführung von Aufträgen erbracht haben. Der Erhalt von Investmentresearch und Informationen sowie damit verbundenen Dienstleistungen ermöglicht dem/den Anlageverwalter(n), sein/ihr eigenes Research und seine/ihre eigenen Analysen zu ergänzen, und verschafft ihm/ihnen einen Einblick in die Ansichten und Informationen von Mitarbeitern und Analysten anderer Firmen. Zu diesen Dienstleistungen gehören keine Reisen, Unterbringung, Bewirtung, allgemeinen administrativen Güter und Dienstleistungen, allgemeine Büroausstattung oder Räumlichkeiten, Mitgliedsbeiträge, Angestelltegehälter oder direkten Zahlungen von Geldbeträgen, die vom/von den Anlageverwalter(n) gezahlt werden.

Der/die Anlageverwalter kann/können mit Brokern/Händlern, die juristische Personen und keine natürlichen Personen sind, nur dann Vereinbarungen über Ausgleichsprovisionen treffen, wenn dies zu einem direkten und erkennbaren Vorteil für die Kunden (einschließlich der Gesellschaft) des/der Anlageverwalter(s) führt und wenn der/die Anlageverwalter davon überzeugt ist/sind, dass die Transaktionen, die zu den Ausgleichsprovisionen führen, in gutem Glauben und in strenger Übereinstimmung mit den gültigen behördlichen Vorschriften und im besten Interesse der Gesellschaft durchgeführt werden. Solche Vereinbarungen müssen vom/von den Anlageverwalter(n) gemäß den besten Verfahrensweisen des Marktes getroffen werden. Der Einsatz von Ausgleichsprovisionen muss in den periodisch erscheinenden Berichten offengelegt werden.

## Sonstige Gesellschaftsgebühren und -kosten

Die Hauptvertriebsgesellschaft kann Anspruch auf den eventuell erhobenen Ausgabeaufschlag von bis zu 5,75 % des gesamten investierten Betrags haben, wie im Abschnitt „Anteilsklassen“ näher beschrieben. Der Ausgabeaufschlag darf in keinem Falle den Höchstbetrag überschreiten, der nach den Gesetzen, Bestimmungen und Handelsgepflogenheiten des Landes zulässig ist, in dem die Anteile verkauft werden.

Die Hauptvertriebsgesellschaft darf vertragliche Vereinbarungen mit verschiedenen Untervertriebsgesellschaften, Vermittlern, Brokern/Händlern und/oder professionellen Anlegern über den Vertrieb der Anteile außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika abschließen. Zahlungen von Gebühren oder Provisionen an verschiedene Untervertriebsgesellschaften, Broker/Händler oder andere Vermittler können aus den jährlichen Verwaltungsgebühren, den Servicegebühren oder anderen ähnlichen diesbezüglichen Gebühren erfolgen, die normalerweise an die Hauptvertriebsgesellschaft bezahlt werden, wenn zu erwarten ist, dass solche Zahlungen die Qualität des Vertriebs oder anderer für die Anleger erbrachten Dienstleistungen verbessern. Dies umfasst insbesondere die Verbesserung der fortlaufenden Übermittlung aktueller Informationen an die Anleger, die Transaktionsabwicklung und andere Anteilsinhaber- und/oder Verwaltungsdienstleistungen.

J.P. Morgan SE, Niederlassung Luxemburg, erhält als Vergütung für die Dienstleistungen, die das Unternehmen der Gesellschaft in ihrer Funktion als Verwahrstelle erbringt, je nach Art der verschiedenen Fondsanlagen jährliche Gebühren in Höhe von 0,01 % bis 0,14 % des Nettoinventarwerts des Vermögens der verschiedenen Fonds, wobei die jährlichen Verwahrstellengebühren für jene Fonds der Gesellschaft, deren Anlageziele und Anlagepolitik Anlagen in Aktienwerten von Emittenten aus Entwicklungsländern vorsehen, höher ausfallen können, wie in der maßgeblichen Gesamtkostenquote (TER) und in den Finanzberichten der Gesellschaft detaillierter dargestellt wird. Diese Gebühr wird täglich berechnet und abgegrenzt und der Verwahrstelle von der Gesellschaft monatlich nachträglich gezahlt.

In diesen Gebühren sind die üblichen Bank- und Maklergebühren und -provisionen für Transaktionen in Zusammenhang mit den Aktiva und Passiva der Gesellschaft sowie angemessene Spesen, die in Zusammenhang mit der Gesellschaft entstanden sind und ihr in Rechnung gestellt werden, sowie die Gebühren für die von Zeit zu Zeit vereinbarten sonstigen Dienstleistungen nicht enthalten. Die tatsächlich gezahlten Beträge werden in den Bilanzen der Gesellschaft ausgewiesen.

Die Gesellschaft trägt ihre sonstigen Betriebskosten, zu denen u. a. die Kosten des Kaufs und Verkaufs von Wertpapieren, amtliche Gebühren, Anwalts- und Wirtschaftsprüfergebühren, Versicherungsprämien, Zinsen, die Kosten der Erstellung von Berichten, Porto-, Telefon- und Telefaxkosten zählen. Alle Kosten werden bei der Berechnung des Nettoinventarwerts jedes Fonds täglich geschätzt und abgegrenzt. Die Gesellschaft kann gelegentlich der Verwaltungsgesellschaft zur Weiterleitung an verschiedene Untervertriebsgesellschaften, Vermittler, Broker/Händler und/oder professionelle Anleger Gebühren für die Platzierung bestimmter Fonds auf Verkaufsplattformen zur Ausweitung des Vertriebs der Fondsanteile zahlen. Diese Kosten würden lediglich auf jene Fonds aufgeteilt, die auf diesen Plattformen platziert sind.

Alle vorstehend angeführten Kosten und Ausgaben wurden ohne Mehrwertsteuern oder sonstiger Steuern angeführt, die der Fonds eventuell zu zahlen hat.

## Performancegebühren

Es gibt zwei Modelle für die Berechnung der Performancegebühr: (A) Mit High Water Mark ohne Hurdle oder Benchmark und (B) nur mit Hurdle oder Benchmark. Die Performancegebühr wird für alle Anteilklassen, ausgenommen die Anteile der Klasse J, nach dem ersten Modell (A) berechnet. Bei Anteilen der Klasse J wird die Performancegebühr nach dem zweiten Modell (B) berechnet.

### Modell A – High Water Mark ohne Hurdle oder Benchmark

Der Anlageverwalter kann ein Anrecht auf den Erhalt einer jährlichen, an die Wertentwicklung gebundenen erfolgsabhängigen Gebühr (die „Performancegebühr“) haben, die gegebenenfalls aus dem einer Anteilklasse zuzurechnenden Nettovermögen gezahlt wird, täglich berechnet wird und aufläuft und zum Ende jedes Wirtschaftsjahres zahlbar ist. Einzelheiten zu den Performancegebühren finden sich in Anhang E.

Zum Zweck der Berechnung der Performancegebühr:

- Die **High-Watermark** wird unter Bezug auf (i) den erstmaligen Ausgabepreis oder (ii) den NIW des letzten Bewertungstages des Wirtschaftsjahres berechnet, der die Basis für die Abgrenzung einer Performancegebühr innerhalb des jeweiligen Wertentwicklungszeitraums begründete, für den eine Performancegebühr gezahlt wurde, je nachdem, welcher Wert höher ausfällt.
- Der **Wertentwicklungszeitraum** entspricht normalerweise einem Wirtschaftsjahr. Der erste Wertentwicklungszeitraum für eine bestimmte Anteilklasse beginnt mit dem Auflegedatum der jeweiligen Anteilklasse und endet mit dem Abschluss des Wirtschaftsjahres.

Die Performancegebühr wird im Fall einer Outperformance fällig, d. h. wenn der Anstieg des NIW während des maßgeblichen Wertentwicklungszeitraums (nach Abzug etwaiger erhobener Zeichnungs- und/oder Rücknahmegebühren) die jeweils geltende High-Watermark übertrifft.

Die Performancegebühr läuft an jedem Handelstag auf Basis der Differenz zwischen dem NIW am vorhergehenden Handelstag (vor Abzug etwaiger Rückstellungen für die Performancegebühr) und der High-Watermark, multipliziert mit der Anzahl der jeweils umlaufenden Anteile, auf. Die Performancegebühr ist in der Währung zu berechnen und auszudrücken, auf die die jeweilige Anteilklasse lautet oder in der sie abgesichert ist.

An jedem Handelstag wird die am unmittelbar vorausgehenden Handelstag getroffene bilanzielle Rückstellung angepasst, um die wie oben beschrieben berechnete, positive oder negative, Entwicklung der Anteilklasse widerzuspiegeln. Wenn der NIW an einem bestimmten Handelstag unter der High-Watermark liegt, wird die an diesem Handelstag getätigte Rückstellung für die jeweilige Anteilklasse innerhalb des jeweiligen Fonds angepasst.

Wenn Anteilsinhaber ihre Anteile ganz oder teilweise vor dem Ende eines Wertentwicklungszeitraums zurücknehmen lassen, werden die in Bezug auf diese Anteile aufgelaufenen Performancegebühren an diesem Handelstag kristallisiert und zahlbar.

Es sei zu beachten, dass die Performancegebühr auf Grundlage der Wertentwicklung der Anteilklasse des jeweiligen Fonds und nicht auf Grundlage eines einzelnen Anlegerportfolios berechnet wird.

## Beispiel Jahr 1:

- Anteilsklasse verzeichnet Outperformance von 8 %
- Bruttovermögen von 108
- Jährliche Aufwendungen (vor Abzug von Performancegebühren) von 1,5 % von 108 = 1,62
- Bruttovermögenswert, berechnet wie folgt:  $108 - 1,62 = 106,38$
- Performancegebühr (20 % der Outperformance über High Water Mark), berechnet wie folgt: 20 % des Bruttovermögenswerts über der High Water Mark, d. h.  $6,38 \cdot 0,20 \% = 1,28$
- Netto-NIW = Bruttovermögenswert abzüglich Performancegebühr

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
Wertentwicklung der Anteilsklasse	8 %	8 %	-2 %	5 %	-8 %
Bruttovermögen	108	117	114	120	110
Jährliche Verwaltungsgebühr (1,5 %) (A)	1,62	1,75	1,71	1,8	1,66
<b>Bruttovermögenswert</b>	<b>106,38</b>	<b>114,89</b>	<b>112,59</b>	<b>118,22</b>	<b>108,76</b>
High Water Mark	100	105	113	113	117
Performancegebühren (über 20 % HWM) (B)	1,28	1,96	/	1,06	/
<b>Netto-NIW</b>	<b>105</b>	<b>113</b>	<b>113</b>	<b>117</b>	<b>109</b>
Gezahlte Gebühren gesamt ((A) +(B))	2,9	3,71	1,71	2,86	1,66

## Modell B – mit Hurdle oder Benchmark

Für die Zwecke der Berechnung der Performancegebühr für Anteile der Klasse J gilt Folgendes:

- Der **Performancezeitraum** entspricht in der Regel einem Geschäftsjahr. Hiervon ausgenommen ist ein Fall, in dem eine Anteilsklasse, für die eine Performancegebühr erhoben wird, während eines Geschäftsjahres aufgelegt wird. In diesem Fall beginnt der erste Performancezeitraum am Tag der Auflegung.
- Die **Ziel-Benchmark** ist die jeweils in Anhang E angegebene Benchmark. Sie wird jeweils in der Währung ausgedrückt, auf die die entsprechende Anteilsklasse lautet bzw. gegenüber der sie abgesichert ist.
- Die Hurdle ist die Ziel-Benchmark + 3 %.

Die Verwaltungsgesellschaft kann ein Anrecht auf den Erhalt einer jährlichen, an die Wertentwicklung gebundenen Anreizgebühr (die „Performancegebühr“) haben, die gegebenenfalls aus dem einer Anteilsklasse zuzurechnenden Nettovermögen gezahlt wird, im täglichen NIW berechnet wird und aufläuft und zum Ende jedes Geschäftsjahres zahlbar ist. Einzelheiten zu den Performancegebühren sind Anhang E zu entnehmen. Der bzw. die Anlageverwalter wird/werden von der Verwaltungsgesellschaft aus den von der Gesellschaft erhaltenen Performancegebühren vergütet.

Die Performancegebühr wird im Fall einer Outperformance fällig, d. h. wenn der Anstieg des NIW während des maßgeblichen Wertentwicklungszeitraums (nach Abzug etwaiger erhobener Zeichnungs- und/oder Rücknahmegebühren) die Hurdle in diesem Zeitraum übertrifft.

Die Performancegebühr läuft an jedem Handelstag auf Basis der Differenz zwischen dem NIW am vorhergehenden Handelstag (vor Abzug etwaiger Rückstellungen für die Performancegebühr) und der Hurdle, multipliziert mit der Anzahl der jeweils umlaufenden Anteile, auf. Die Performancegebühr wird in der Währung, auf die die entsprechende Anteilsklasse lautet bzw. gegenüber der sie abgesichert ist, berechnet und ausgedrückt.

An jedem Handelstag wird die am unmittelbar vorausgehenden Handelstag getroffene bilanzielle Rückstellung angepasst, um die wie oben beschrieben berechnete, positive oder negative, Entwicklung der Anteilsklasse widerzuspiegeln. Wenn der NIW an einem bestimmten Handelstag unter der Hurdle liegt, wird die an diesem Handelstag gebildete Rückstellung für die entsprechende Anteilsklasse des betreffenden Fonds angepasst.

Wenn Anteilsinhaber ihre Anteile gänzlich oder teilweise vor dem Ende eines Performancezeitraums zurücknehmen lassen, wird die in Bezug auf diese Anteile gegebenenfalls aufgelaufene Performancegebühr am betreffenden Handelstag festgeschrieben und zahlbar.

Es sei zu beachten, dass die Performancegebühr auf Grundlage der Wertentwicklung der Anteilsklasse des jeweiligen Fonds und nicht auf Grundlage eines einzelnen Anlegerportfolios berechnet wird.

Die Beispiele dienen ausschließlich der Veranschaulichung, und es wird nicht garantiert, dass ein Fonds diese Renditen erzielen wird.

### Beispiel 1: Ein Fonds entwickelt sich während des Geschäftsjahres besser als die für die Performancegebühr geltende Hurdle

- Die kumulative Rendite der Anteilsklasse des Fonds vor Gebühren und Aufwendungen beträgt 10,00 %.
- Die kumulative Rendite der Benchmark für die Performancegebühr beträgt 3,00 %.
- Die Hurdle Rate entspricht der Benchmark-Rendite von 3,00 % plus 3,00 %, also 6,00 %.
- Der Satz der Performancegebühr beträgt 20 % – berechnet auf die Outperformance über der Hurdle.
- Die jährliche Verwaltungsgebühr für die Anteilsklasse beträgt insgesamt 1,00 %.

Kumulierte Bruttorendite der Anteilsklasse	10 %
Abzüglich der jährlichen Verwaltungsgebühr	1,00 %
Kumulative Rendite der Anteilsklasse nach Abzug der jährlichen Verwaltungsgebühr	9,0 %
Abzüglich Performancegebühren (d. h. 20 % der über die Hurdle hinausgehenden Performance) (siehe Anmerkung 1 unten)	0,6 %
Kumulative Nettorendite der Anteilsklasse nach Performancegebühren	8,4 %

Anmerkung 1: Performancegebühren = 20 % x (Rendite der Anteilsklasse nach Abzug der jährlichen Verwaltungsgebühr (9 %) – Hurdle (6 %))

### Beispiel 2: Ein Fonds entwickelt sich während des Geschäftsjahres schwächer als die für die Performancegebühr geltende Hurdle

- Die kumulative Rendite der Anteilsklasse des Fonds vor Gebühren und Aufwendungen beträgt 5,00 %.
- Die kumulative Rendite der Benchmark für die Performancegebühr beträgt 6,00 %.
- Die Hurdle beträgt 9 %, d. h. Benchmark-Rendite von 6,00 % plus 3,00 %.
- Der Satz der Performancegebühr beträgt 20 %.

Kumulierte Bruttorendite der Anteilsklasse	5 %
Abzüglich der jährlichen Verwaltungsgebühr	1,00 %
Kumulative Rendite der Anteilsklasse nach Abzug der jährlichen Verwaltungsgebühr	4,0 %
Abzüglich Performancegebühren (d. h. 20 % der Überperformance)	k. A.
Kumulative Nettorendite der Anteilsklasse nach Performancegebühren	4,0 %

Performancegebühren = 20 % x (Rendite der Anteilsklasse nach Abzug der jährlichen Verwaltungsgebühr – Hurdle)

## Benchmark-Verordnung

### EU-Benchmark-Verordnung

Gemäß den Bestimmungen von Verordnung (EU) 2016/1011 vom 8. Juni 2016 über Indizes, die als Benchmarks für Finanzinstrumente und Finanzkontrakte oder zur Messung der Wertentwicklung von Investmentfonds verwendet werden (die „Benchmark-Verordnung“), können beaufsichtigte Unternehmen Benchmarks in der Europäischen Union verwenden, wenn die Benchmark von einem Administrator bereitgestellt wird, der in dem von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde („ESMA“) gemäß Artikel 36 der Benchmark-Verordnung geführten Register von Administratoren und Benchmarks enthalten ist (das „Register“). Benchmark-Administratoren mit Sitz in der Europäischen Union, deren Indizes von den Fonds verwendet werden, profitieren von den Übergangsbestimmungen der Benchmark-Verordnung und erscheinen daher gegebenenfalls noch nicht im Register. Benchmark-Administratoren mit Sitz in einem Drittland, deren Indizes von den Fonds verwendet werden, profitieren von den gemäß der Benchmark-Verordnung geltenden Übergangsregelungen und erscheinen daher gegebenenfalls nicht im Register.

Die Benchmark-Verordnung verpflichtet die Verwaltungsgesellschaft zur Erstellung und Aufrechterhaltung stichhaltiger schriftlicher Pläne, in denen die Maßnahmen festgelegt sind, die ergriffen werden, wenn sich eine Benchmark (im Sinne der Benchmark-Verordnung) wesentlich ändert oder nicht mehr bereitgestellt wird. Die Verwaltungsgesellschaft hält einen schriftlichen Plan vor, in dem die Maßnahmen dargelegt sind, die ergriffen werden, wenn sich ein Index wesentlich ändert oder nicht mehr bereitgestellt wird. Der schriftliche Plan ist auf Anfrage kostenlos am Sitz der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Die folgenden Benchmarks werden von den Fonds für die in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zwecke verwendet.

Fonds	Benchmark	Benchmark-Administrator	Zielsetzung
Franklin K2 Electron Global UCITS Fund	Euro Short-Term Rate (ESTR)	Europäische Zentralbank	Performancegebühr
	Secured Overnight Financing Rate (SOFR)	Federal Reserve Bank of New York	Performancegebühr
	Sterling Overnight Index Average (SONIA)	Bank of England	Performancegebühr

## Besteuerung der Gesellschaft

Die folgenden Informationen basieren auf den Gesetzen, Bestimmungen, Entscheidungen und Gepflogenheiten, die derzeit im Großherzogtum Luxemburg gelten, und unterliegen deren möglichen Änderungen, die auch rückwirkend in Kraft treten können. Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf eine umfassende Beschreibung aller steuerrechtlichen Vorschriften und steuerlichen Erwägungen im Großherzogtum Luxemburg, die für eine Anlage in, zum Eigentum, zum Halten oder zur Veräußerung von Anteilen maßgeblich sein können, und sie ist nicht als Steuerberatung für bestimmte Anleger oder potentielle Anleger gedacht. In dieser Zusammenfassung werden keine steuerlichen Konsequenzen beschrieben, die sich aus den Gesetzen eines anderen Landes, Ortes oder einer anderen Steuerhoheit als dem Großherzogtum Luxemburg ergeben. Anleger sollten sich über mögliche steuerliche Folgen eines Kaufes oder Besitzes bzw. einer Veräußerung von Anteilen informieren, die aus den Gesetzen ihres Heimatstaates, Wohn-, Aufenthalts- oder Firmenstandortes folgen, und sich gegebenenfalls an ihre professionellen Berater wenden.

Die Gewinne oder Einkommen der Gesellschaft unterliegen im Großherzogtum Luxemburg keiner Steuerpflicht, und die Gesellschaft unterliegt nicht der Vermögenssteuer des Großherzogtums Luxemburg.

Die Gesellschaft unterliegt im Großherzogtum Luxemburg jedoch einer Steuer in Höhe von 0,05 % p.a. ihres Nettoinventarwerts, die vierteljährlich auf Basis des Nettoinventarwerts der Gesellschaft am Ende jedes Kalenderquartals zu entrichten ist. Diese Steuer fällt nicht für den Vermögensanteil eines Fonds an, der in andere Organismen für gemeinsame Anlagen, die dieser Steuer unterliegen, angelegt wurde. Für Anteilsklassen, die institutionellen Anlegern vorbehalten sind, kann ein verringerter Steuersatz von 0,01 % gelten.

Die Gesellschaft oder ein einzelner Fonds der Gesellschaft kann einen ermäßigten Kapitalsteuersatz in Anspruch nehmen, abhängig vom Wert des Nettovermögens des betreffenden Fonds, das in Wirtschaftstätigkeiten investiert ist, die als ökologisch nachhaltig im Sinne von Artikel der Taxonomie-Verordnung eingestuft sind (die „qualifizierten Tätigkeiten“), ausgenommen der Anteil des Nettovermögens der Gesellschaft oder des betreffenden Fonds, der in fossilem Gas und/oder Kernenergie investiert ist.

Die ermäßigten Kapitalsteuersätze lauten wie folgt:

- 0,04 %, wenn mindestens 5 % des Gesamtnettovermögens der Gesellschaft oder des betreffenden Fonds in qualifizierte Tätigkeiten investiert sind
- 0,03 %, wenn mindestens 20 % des Gesamtnettovermögens der Gesellschaft oder des betreffenden Fonds in qualifizierte Tätigkeiten investiert sind
- 0,02 %, wenn mindestens 35 % des Gesamtnettovermögens der Gesellschaft oder des betreffenden Fonds in qualifizierte Tätigkeiten investiert sind
- 0,01 %, wenn mindestens 50 % des Gesamtnettovermögens der Gesellschaft oder des betreffenden Fonds in qualifizierte Tätigkeiten investiert sind

Die vorgenannten Kapitalsteuersätze gelten nur für das in qualifizierte Tätigkeiten investierte Nettovermögen.

Bei der Emission von Anteilen der Gesellschaft ist im Großherzogtum Luxemburg keine Stempelgebühr oder sonstige Steuer zu entrichten. Bei der Eintragung und bei jeder Änderung der Satzung wird eine Registergebühr in Höhe von 75 EUR fällig.

Nach geltendem Recht und geltender Praxis ist im Großherzogtum Luxemburg auf die realisierte oder nicht realisierte Wertsteigerung der Vermögenswerte der Gesellschaft keine Kapitalertragsteuer zu zahlen.

Die Gesellschaft ist im Großherzogtum Luxemburg zur Mehrwertsteuer angemeldet und unterliegt nach geltendem Recht der Mehrwertsteuererklärungspflicht.

Durch die Gesellschaft erzielte Anlageerträge und realisierte Kapitalgewinne können in den Herkunftsländern Quellensteuern unterschiedlicher Höhe unterliegen. Die Gesellschaft kann unter gewissen Umständen von Doppelbesteuerungsabkommen profitieren, die das Großherzogtum Luxemburg mit anderen Ländern geschlossen hat.

# Quellensteuer

Ausschüttungen der Gesellschaft unterliegen im Großherzogtum Luxemburg keiner Quellensteuer.

## Besteuerung der Anleger

Anleger sollten beachten, dass bestimmte Anteilsklassen Ausschüttungen aus Kapital, realisierten und nicht realisierten Nettokapitalerträgen sowie Erträgen vor Abzug von Aufwendungen vornehmen können. Dies kann dazu führen, dass Anleger eine höhere Dividende erhalten, als sie ansonsten erhalten hätten, und dadurch können den Anlegern höhere Einkommensteuerverbindlichkeiten entstehen. Darüber hinaus kann dies unter bestimmten Umständen bedeuten, dass der Fonds Dividenden aus dem Kapital statt aus Erträgen bestreitet. Solche Dividenden können abhängig vom örtlichen Steuerrecht zu Steuerzwecken weiterhin als Ertragsausschüttungen an die Anleger angesehen werden. Bei Anteilsklassen, für die Performancegebühren anfallen, sollten Anleger beachten, dass diese Performancegebühren, je nach den geltenden lokalen Steuergesetzen, für Steuerzwecke nicht zwingend abzugsfähig sind. Anleger sollten sich in diesen Angelegenheiten ihren eigenen professionellen steuerlichen Rat einholen.

### Großherzogtum Luxemburg

Die Anleger unterliegen derzeit keiner Kapitalertrag-, Einkommen-, Quellen-, Schenkung-, Vermögen-, Erbschaft- oder sonstigen Steuer im Großherzogtum Luxemburg (mit Ausnahme der Anleger, die ihren Wohnsitz, ihren Aufenthaltsort oder einen ständigen Firmensitz im Großherzogtum Luxemburg haben).

### Automatischer Austausch über Finanzkonten

Am 29. Oktober 2014 hat das Großherzogtum Luxemburg die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden (Multilateral Competent Authority Agreement, „MCAA“) zur Einführung des globalen Standards zum automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der MCAA hat sich Luxemburg verpflichtet, Vorschriften zu verabschieden, die die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs mit anderen MCAA-Unterzeichnerländern ermöglichen.

Am 9. Dezember 2014 verabschiedete der Europäische Rat die Richtlinie 2014/107/EU in Bezug auf die administrative Zusammenarbeit im Bereich der direkten Besteuerung. Die Richtlinie 2014/107/EU sieht einen automatischen Informationsaustausch über Konten zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union („EU-Mitgliedstaaten“) vor, wobei die Meldung im Jahr 2017 in Bezug auf Konten beginnt, die im Kalenderjahr 2016 geführt wurden. Die Richtlinie 2014/107/EU wurde im Großherzogtum Luxemburg durch das Gesetz vom 18. Dezember 2015 in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuerangelegenheiten (das „Gesetz von 2015“), das zum 1. Januar 2016 in Kraft tritt, umgesetzt.

Die Anleger werden darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Gesellschaft nach luxemburgischem Recht verpflichtet sein kann, Einzelheiten zu bestimmten Konten von Kontoinhabern, deren Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der EU oder einem der MCAA-Unterzeichnerstaaten ist, zu melden. Die Luxemburger Steuerbehörden können diese Kontodaten im Einklang mit der Richtlinie 2014/107/EU und der MCAA an die Steuerbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten und MCAA-Unterzeichnerländer, in denen die Kontoinhaber ihren Steuerwohnsitz haben, weitergeben. Bei natürlichen Personen können unter anderem der Name, die Adresse, die Steueridentifikationsnummer, das Geburtsdatum und der Geburtsort, der Kontostand und der in Bezug auf den jeweiligen Berichtszeitraum auf dem jeweiligen Konto eingezahlte oder gutgeschriebene Bruttobetrag für die meldepflichtige Person gemeldet werden.

**Beim Vorstehenden handelt es sich lediglich um eine Zusammenfassung der Auswirkungen der Richtlinie 2014/107/EU, der MCAA und des Gesetzes von 2015. Die Zusammenfassung basiert auf deren gegenwärtiger Auslegung und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit in allen Aspekten. Sie stellt keine Anlage- oder Steuerberatung dar, und die Anleger sollten sich hinsichtlich der vollständigen Auswirkungen, die die Richtlinie 2014/107/EU, die MCAA und das Gesetz von 2015 für sie haben, den Rat ihres Finanz- oder Steuerberaters einholen.**

## FATCA

Der Foreign Account Tax Compliance Act („FATCA“), eine Ergänzung des U.S. Internal Revenue Code, wurde im Jahr 2010 in den USA verabschiedet, und viele der operativen Bestimmungen traten am 1. Juli 2014 in Kraft. Allgemein schreibt der FATCA vor, dass Finanzinstitute außerhalb der USA (sog. „foreign financial institutions“ oder „FFIs“) verpflichtet sind, dem U.S. Internal Revenue Service („IRS“) Informationen über Finanzkonten zu melden, die direkt oder indirekt von bestimmten US-Personen gehalten werden. Auf bestimmte Arten von Erträgen aus US-amerikanischer Quelle, die an FFIs gezahlt werden, die die FATCA-Bestimmungen nicht erfüllen, wird eine Quellensteuer in Höhe von 30 % erhoben. Am 28. März 2014 hat das Großherzogtum Luxemburg ein zwischenstaatliches Abkommen des Modells 1 (Intergovernmental Agreement

„IGA“) mit den USA und eine diesbezügliche Absichtserklärung abgeschlossen. Die Gesellschaft muss dieses Luxemburger zwischenstaatliche Abkommen zukünftig einhalten, so wie es in Luxemburgisches Recht durch das Gesetz vom 24. Juli 2015 in Bezug auf FATCA (das „FATCA-Gesetz“) umgesetzt wurde, um die FATCA-Bestimmungen zu erfüllen, statt unmittelbar die Vorschriften des US-Schatzamtes zur Umsetzung des FATCA zu erfüllen. Gemäß dem FATCA-Gesetz und dem Luxemburger zwischenstaatlichen Abkommen ist die Gesellschaft verpflichtet, Informationen zu erfassen, um ihre direkten und indirekten Anteilsinhaber zu identifizieren, die für die Zwecke des FATCA US-Personen sind („meldepflichtige Konten“). Alle entsprechenden der Gesellschaft übermittelten Informationen über meldepflichtige Konten werden an die Luxemburger Steuerbehörden weitergegeben, die diese Informationen im Einklang mit Artikel 28 des am 3. April 1996 in Luxemburg abgeschlossenen Abkommens zwischen der Regierung der USA und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg für Verhinderung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung in Bezug auf Ertrag- und Kapitalsteuern automatisch an die Regierung der USA weitergeben.

Die Gesellschaft beabsichtigt, die Bestimmungen des FATCA-Gesetzes und des Luxemburger zwischenstaatlichen Abkommens einzuhalten, um als mit dem FATCA konform zu gelten, und unterliegt daher nicht der Quellensteuer von 30 % in Bezug auf ihren Anteil an solchen Zahlungen, die auf tatsächliche US-Anlagen und auf als US-Anlagen geltende Anlagen der Gesellschaft entfallen. Die Gesellschaft wird laufend das Ausmaß der Verpflichtungen prüfen, die ihr aufgrund des FATCA und insbesondere des FATCA-Gesetzes obliegen.

Um die Konformität der Gesellschaft mit FATCA, dem FATCA-Gesetz und dem Luxemburger zwischenstaatlichen Abkommen im Einklang mit dem Vorgenannten sicherzustellen, kann Franklin Templeton International Services S.à r.l. in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgesellschaft der Gesellschaft Folgendes tun:

- a. Informationen oder Nachweise einschließlich W-8-Steuerformulare, ggf. einer globalen Vermittleridentifizierungsnummer oder sonstige Nachweise der FATCA-Registrierung eines Anteilsinhabers beim IRS oder einer entsprechenden Befreiung verlangen, um den FATCA-Status dieses Anteilsinhabers festzustellen;
- b. Informationen in Bezug auf einen Anteilsinhaber und seine Beteiligung an der Gesellschaft den Luxemburger Steuerbehörden melden, wenn dieses Konto gemäß dem FATCA-Gesetz und dem Luxemburger zwischenstaatlichen Abkommen ein US-meldepflichtiges Konto ist; und
- c. Informationen in Bezug auf Zahlungen an Kontoinhaber mit dem FATCA-Status des nicht teilnehmenden ausländischen Finanzinstituts den Luxemburger Steuerbehörden melden.

### Vereinigtes Königreich

Es ist vorgesehen, dass bestimmte von der Gesellschaft angebotene Anteilsklassen die Voraussetzungen als „UK Reporting Fund“ im Sinne der Steuergesetze des Vereinigten Königreichs in Bezug auf Offshore-Fonds erfüllen. Die Jahresberichte für die Anleger werden auf folgender Website zur Verfügung gestellt: <http://www.franklintempleton.co.uk>. Die Liste solcher Anteilsklassen kann auch auf vorgenannter Website eingesehen oder bei der Gesellschaft an deren eingetragenen Sitz angefordert werden.

## Versammlungen und Berichtswesen

Die jährliche Hauptversammlung der Anteilsinhaber wird am eingetragenen Sitz der Gesellschaft am letzten Donnerstag im August jedes Jahres bzw., wenn dieser Tag in Luxemburg kein Geschäftstag ist, an dem unmittelbar darauffolgenden Luxemburger Geschäftstag um 14.00 Uhr abgehalten. Wenn keine Veröffentlichungen gesetzlich vorgeschrieben sind oder vom Verwaltungsrat auferlegt werden, können Mitteilungen an die Anteilsinhaber per Einschreiben, E-Mail oder mithilfe sonstiger gesetzlich zulässiger Kommunikationsmittel übermittelt werden. Einladungen zu sämtlichen Versammlungen, für die ansonsten eine Veröffentlichung erforderlich ist, werden mindestens fünfzehn (15) Kalendertage vor der Versammlung im d'Wort oder in anderen Zeitungen, die der Verwaltungsrat jeweils bestimmt, und im *Recueil Electronique des Sociétés et Associations* (im Folgenden „RESA“) veröffentlicht. Diese Einladungen können auch über Websites, die der Verwaltungsrat jeweils bestimmt, zur Verfügung gestellt werden. Sie enthalten die Tagesordnung und nennen Uhrzeit und Ort der Versammlung, die Bedingungen für die Teilnahme und die Rechtsvorschriften des Großherzogtums Luxemburg über die beschlussfähige Anzahl und erforderlichen Stimmenmehrheiten in der Versammlung. Die Vorschriften über die Teilnahme, beschlussfähige Anzahl und erforderlichen Stimmenmehrheiten werden in allen Hauptversammlungen diejenigen sein, die in den Artikeln 1 und 450 des Gesetzes vom 10. August 1915 (in der jeweils geltenden Fassung) über Handelsgesellschaften und in der Satzung dargelegt sind.

Die geprüften Jahresberichte und die ungeprüften Halbjahresberichte stehen auf der Website von Franklin Templeton unter <http://www.franklintempleton.lu> zur Verfügung und sind auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft erhältlich; sie werden nur eingetragenen Anteilsinhabern in den Ländern zugesandt, wo die örtlichen Bestimmungen dies vorschreiben. Die vollständigen geprüften Jahresberichte und ungeprüften Halbjahresberichte sind am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft endet am 31. März jedes Jahres.



## Stimmrechte der Anleger

Bei jeder Hauptversammlung der Anteilsinhaber der Gesellschaft hat jeder Anteilsinhaber eine Stimme je ganzem Anteil in seinem Besitz, unabhängig von der Anteilsklasse oder dem Nettoinventarwert je Anteil in der/den Anteilsklasse(n).

Die Anteilsinhaber haben bei separaten Sitzungen ihrer jeweiligen Fonds oder Anteilsklassen jeweils eine Stimme je ganzem Anteil, den sie im betreffenden Fonds oder in der betreffenden Anteilsklasse halten, unabhängig von der Anteilsklasse oder dem Nettoinventarwert je Anteil in der/den Anteilsklasse(n).

Für gemeinsame Anteilsinhaber gilt, dass lediglich der erstgenannte Anteilsinhaber sein Stimmrecht ausüben kann; dieser kann von der Gesellschaft als Vertreter aller gemeinsamen Anteilsinhaber angesehen werden, sofern nicht alle gemeinsamen Anteilsinhaber einen Anteilsinhaber ausdrücklich ernannt oder diesem eine schriftliche Vollmacht erteilt haben.

## Einsehbare Dokumente

Exemplare der Satzung sind beim eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

# Anhang A

## Standardmäßige Handelsschlusszeiten

Soweit in einer lokalen Ergänzung zum Prospekt, in irgendeinem Vertrag oder Marketingmaterial nichts anderes angegeben ist, werden alle Anträge in Bezug auf den Kauf, Verkauf oder Umtausch von Anteilen (die „Transaktionen“), die in einer der nachstehend aufgeführten Niederlassungen von Franklin Templeton an einem Handelstag vor dem jeweiligen Handelsschluss eingehen, auf der Grundlage des an diesem Tag berechneten Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse bearbeitet.

### Sitz in Luxemburg

Abgedeckte Hauptländer	Handelsschluss für Transaktionen in den Währungen der jeweiligen Anteilsklasse	Handelsschluss für Transaktionen in anderen von der Währung der jeweiligen Anteilsklasse abweichenden akzeptierten Währungen	Handelsschluss für Transaktionen mit abgesicherten Anteilsklassen
Jedes Land, in dem die Gesellschaft für den Vertrieb zugelassen ist, sofern nicht nachstehend unter einer anderen lokalen Niederlassung von Franklin Templeton aufgeführt.	18:00 MEZ	18:00 MEZ	18:00 MEZ

### Niederlassung in Frankfurt

Abgedeckte Hauptländer	Handelsschluss für Transaktionen in den Währungen der jeweiligen Anteilsklasse	Handelsschluss für Transaktionen in anderen von der Währung der jeweiligen Anteilsklasse abweichenden akzeptierten Währungen	Handelsschluss für Transaktionen mit abgesicherten Anteilsklassen
Österreich Deutschland Schweiz	16:00 MEZ	16:00 MEZ	16:00 MEZ
Niederlande	18:00 MEZ	18:00 MEZ	18:00 MEZ

### Niederlassung in Amerika

Abgedeckte Hauptländer	Handelsschluss für Transaktionen in den Währungen der jeweiligen Anteilsklasse	Handelsschluss für Transaktionen in anderen von der Währung der jeweiligen Anteilsklasse abweichenden akzeptierten Währungen	Handelsschluss für Transaktionen mit abgesicherten Anteilsklassen
Karibik Lateinamerika	16:00 EST	16:00 EST	12:00 EST (mit Ausnahme von H4, der um 16:00 EST ist)

### Niederlassung in Singapur (für die Regionen Südostasien bzw. Australasien)

Abgedeckte Hauptländer	Handelsschluss für Transaktionen in den Währungen der jeweiligen Anteilsklasse	Handelsschluss für Transaktionen in anderen von der Währung der jeweiligen Anteilsklasse abweichenden akzeptierten Währungen	Handelsschluss für Transaktionen mit abgesicherten Anteilsklassen
Singapur	16:00 SGT	16:00 SGT	16:00 SGT

### Elektronischer Handel

(Swift und Direct-Electronic-Verbindung mit Franklin Templeton)

Abgedeckte Hauptländer	Handelsschluss für Transaktionen in den Währungen der jeweiligen Anteilsklasse	Handelsschluss für Transaktionen in anderen von der Währung der jeweiligen Anteilsklasse abweichenden akzeptierten Währungen	Handelsschluss für Transaktionen mit abgesicherten Anteilsklassen
Jedes Land, in dem die Anteile der Gesellschaft vertrieben werden können.	22:00 MEZ	22:00 MEZ	18:00 MEZ

Anleger mit gewöhnlichem Aufenthalt in Ländern, die oben nicht angeführt sind, in denen jedoch Geschäfte mit Anteilen der Gesellschaft gemäß allen geltenden Gesetzen und Bestimmungen zulässig sind, wenden sich bitte an den Kundenbetreuer der nächstgelegenen Niederlassung von Franklin Templeton. Diese Informationen stehen auf der Website <http://www.franklintempleton.lu>.

**Definitionen:**

MEZ: Mitteleuropäische Zeit

EST: Eastern Standard Time (USA)

SGT: Singapore Standard Time

# Anhang B

## Anlagebeschränkungen

Der Verwaltungsrat hat in Bezug auf die Anlage in Vermögenswerten der Gesellschaft und deren Tätigkeit die folgenden Beschränkungen eingeführt. Diese Beschränkungen und Richtlinien können von Zeit zu Zeit durch den Verwaltungsrat geändert werden, wenn und falls er der Auffassung ist, dass dies im besten Interesse der Gesellschaft liegt. In diesem Fall wird der vorliegende Prospekt aktualisiert.

Die auf luxemburgischen Recht beruhenden Anlagebeschränkungen müssen von jedem Fonds befolgt werden. Die Beschränkungen in Abschnitt 1. e) unten gelten für die Gesellschaft als Ganzes.

### 1. ANLAGE IN ÜBERTRAGBAREN WERTPAPIEREN UND LIQUIDEN MITTELN

- a) Die Gesellschaft investiert in eine oder mehrere der folgenden Anlageformen:
- (i) Übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einem regulierten Markt im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente notieren oder gehandelt werden;
  - (ii) Übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einem anderen regulierten Markt in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (ein „Mitgliedsstaat“) gehandelt werden, der regelmäßige Geschäftszeiten hat sowie anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist;
  - (iii) Übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einer Börse außerhalb der EU zur amtlichen Notierung zugelassen sind oder an einem anderen Markt außerhalb der EU gehandelt werden, der reguliert ist, regelmäßige Geschäftszeiten hat sowie anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist;
  - (iv) Kürzlich emittierte, übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, sofern nach den Emissionsbedingungen eine Verpflichtung besteht, in einem der Länder, die in den vorstehend unter (i), (ii) und (iii) erwähnten Gebieten liegen, einen Antrag auf Zulassung zur Börse oder zu einem anderen geregelten Markt zu stellen, der regelmäßige Geschäftszeiten hat sowie anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist, wobei die Zulassung innerhalb eines Jahres nach dem Kauf erfolgt sein muss;
  - (v) Anteile von OGAWs und/oder anderen OGAs, ungeachtet dessen, ob sie einen Sitz in einem Mitgliedstaat haben oder nicht, vorausgesetzt dass:
    - diese sonstigen OGAs gemäß den Gesetzen eines EU-Mitgliedstaats oder gemäß Gesetzen zugelassen sind, die bestimmen, dass diese einer Aufsicht unterliegen, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde als gleichwertig mit derjenigen betrachtet wird, die im EU-Recht festgelegt worden ist, und dass die Zusammenarbeit zwischen den Behörden hinreichend gesichert ist,
    - das Schutzniveau der Anteilhaber dieser sonstigen OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber von OGAWs entspricht und dass insbesondere die Vorschriften zur Trennung der Vermögenswerte, zur Kreditaufnahme, zur Kreditgewährung und zum Leerverkauf von übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 entsprechen,
    - die Geschäftstätigkeit dieser anderen OGAs in Halbjahres- und Jahresberichten ausgewiesen wird, um eine Beurteilung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aktivitäten im Berichtszeitraum zu ermöglichen,
    - der OGAW oder sonstige OGA, dessen Kauf in Erwägung gezogen wird, gemäß seinen Gründungsdokumenten insgesamt höchstens 10 % des Vermögens in Anteile anderer OGAWs oder OGAs investieren kann.
  - (vi) Einlagen bei Kreditinstituten, die auf Verlangen rückzahlbar sind oder abgehoben werden können und innerhalb von 12 Monaten fällig werden, sofern das Kreditinstitut seinen eingetragenen Geschäftssitz in einem EU-Mitgliedstaat hat oder sofern, falls sich der eingetragene Geschäftssitz in einem Drittstaat befindet, dieser Staat über angemessene Vorschriften verfügt, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde als ebenbürtig mit dem EU-Recht erachtet werden;
  - (vii) Finanzderivate, einschließlich bar abgerechneter Instrumente, die auf den in den Unterabsätzen (i) bis (iv) genannten regulierten Märkten gehandelt werden, und/oder Finanzderivate, die im Freiverkehr gehandelt werden („OTC-Derivate“), vorausgesetzt, dass:

- es sich bei dem Basiswert um ein in diesem Anhang unter 1. a) genanntes Instrument, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der Fonds gemäß seinen Anlagezielen investieren kann,
  - es sich bei den Gegenparteien von OTC-Derivatgeschäften um Institute handelt, die der Aufsicht unterliegen und zu den von der luxemburgischen Aufsichtsbehörde zugelassenen Kategorien gehören,
  - die OTC-Derivate täglich zuverlässig und nachvollziehbar bewertet werden und auf Initiative der Gesellschaft jederzeit zu ihrem beizulegenden Zeitwert verkauft, liquidiert oder durch Verrechnung glattgestellt werden können,
- (viii) Geldmarktinstrumente, die nicht an einem regulierten Markt gehandelt werden, aber unter Absatz 1. a) fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst zum Zwecke des Anleger- und Kapitalschutzes reguliert ist, und unter der Voraussetzung, dass diese Instrumente:
- von einer zentralen, regionalen oder örtlichen Behörde oder von einer Zentralbank eines EU-Mitgliedstaates, von der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union, der Europäischen Investitionsbank, einem Nicht-Mitgliedstaat oder im Falle eines Bundeslandes von einem Mitglied des Bundes oder von einem öffentlichen internationalen Organ, dem mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, emittiert werden oder
  - von einem Unternehmen ausgegebenen wurden, dessen Wertpapiere ausnahmslos an den vorstehend genannten geregelten Märkten gehandelt werden, oder
  - von einer Einrichtung emittiert oder garantiert werden, die einer angemessenen Aufsicht unterliegt, welche den vom EU-Recht definierten Kriterien entspricht, bzw. von einer Einrichtung, die angemessenen Vorschriften, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde als mindestens ebenso strikt wie das EU-Recht erachtet werden, unterliegt und dieselben einhält, oder
  - von sonstigen Organen emittiert werden, die zu einer von der Luxemburger Aufsichtsbehörde genehmigten Kategorie gehören, vorausgesetzt, dass die Investition in derartige Instrumente Gegenstand des Anlegerschutzes ist, wie er im Sinne des ersten, zweiten und dritten Spiegelstrichs dargestellt wird, und auch vorausgesetzt, dass der Emittent ein Unternehmen ist, dessen Kapital und Rückstellungen sich auf mindestens 10 Millionen Euro belaufen, das seinen Jahresabschluss in Einklang mit der vierten Richtlinie 78/660/EWG veröffentlicht und das innerhalb einer Gruppe, die mindestens ein börsennotiertes Unternehmen umfasst, die Finanzierung der Gruppe vornimmt oder die Finanzierung von Vertriebsvehikeln vornimmt, die von einer Bankkreditlinie profitiert.
- b) Die Gesellschaft darf bis zu 10 % des Nettovermögens eines Fonds in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die nicht zu den vorstehend unter a) genannten Wertpapieren gehören.
- c) Jeder Fonds der Gesellschaft kann zusätzlich auch liquide Mittel halten.
- d) (i) Ein Fonds der Gesellschaft darf nicht mehr als 10 % seines Nettovermögens in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die von derselben Körperschaft emittiert werden. Ein Fonds der Gesellschaft darf nicht mehr als 20 % seines Nettovermögens in Einlagen in derselben Körperschaft anlegen. Das Risiko, das mit dem Kontrahenten eines Fonds in Zusammenhang mit einer OTC-Transaktion verbunden ist, darf 10 % seines Nettovermögens nicht übersteigen, wenn der Kontrahent ein Kreditinstitut im Sinne des vorstehenden Absatzes 1. a) (vi) ist, und in allen anderen Fällen nur 5 % seines Nettovermögens betragen.
- (ii) Der Gesamtwert der übertragbaren Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, in deren emittierenden Organen ein Fonds jeweils mehr als 5 % seines Nettovermögens anlegt, darf 40 % des Gesamtvermögenswertes nicht übersteigen. Diese Begrenzung trifft nicht auf Einlagen und Geschäfte mit OTC-Derivaten zu, die mit Kreditinstituten abgeschlossen werden, die einer angemessenen Aufsicht unterliegen.

Unbeschadet der einzelnen in Paragraph 1 d) (i) dargelegten Grenzen, darf ein Fonds nicht Folgendes kombinieren:

- Anlagen in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumente, die von derselben Körperschaft emittiert werden,
  - Einlagen bei einer einzigen Körperschaft und/oder
  - Risiken aus OTC-Derivaten, die mit einer einzigen Körperschaft eingegangen wurden,
- nicht kombinieren, wenn davon mehr als 20 % seines Nettovermögens betroffen sind.

- (iii) Die Grenze, die im ersten Satz des vorstehenden Absatzes 1. d) (i) festgesetzt wird, beträgt 35 %, sofern der Fonds in übertragbare Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente investiert, die von den Mitgliedstaaten und ihren lokalen Behörden, einem Drittstaat oder einem internationalen Organ öffentlich-rechtlichen Charakters, dem mindestens ein Mitgliedstaat angehört, emittiert oder garantiert werden.
- (iv) Die vorstehend im ersten Satz von Absatz 1. d) (i) festgelegte Grenze beträgt 25 % 1. bei gedeckten Schuldverschreibungen gemäß Definition in Artikel 3 Ziffer 1 der Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (im Folgenden die „Richtlinie (EU) 2019/2162“) und 2. bei bestimmten Anleihen, sofern sie vor dem 8. Juli 2022 von einem Kreditinstitut begeben wurden, das seinen eingetragenen Geschäftssitz in einem Mitgliedstaat hat und zum Zwecke des Anlegerschutzes kraft Gesetz der besonderen öffentlichen Kontrolle unterliegt. Insbesondere müssen die durch die Emission dieser vor dem 8. Juli 2022 begebenen Anleihen erzielten Geldbeträge laut Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Gültigkeitsdauer der Anleihen die damit verbundenen Ansprüche abdecken können und die im Falle der Insolvenz des Emittenten vorrangig für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der angefallenen Zinsen verwendet werden.

Wenn ein Fonds mehr als 5 % seines Nettovermögens in die von einem Emittenten ausgegebene, wie oben beschriebene, Anleihen investiert, darf der Gesamtwert solcher Anlagen nicht größer als 80 % Werts der Vermögen des Fonds sein.

- (v) Die in den Absätzen 1. d) (iii) und 1. d) (iv) genannten übertragbaren Wertpapiere und Geldmarktinstrumente gehen nicht in die Berechnung des in Absatz 1. d) (ii) erwähnten Limits von 40 % ein.

Die unter 1. d) (i), (ii), (iii) und (iv) oben festgelegten Grenzen dürfen nicht kombiniert werden, und daher dürfen die Anlagen in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten desselben Emittenten sowie die Einlagen und Derivate, die mit diesem Emittenten gemäß Abschnitt 1. d) (i), (ii), (iii) und (iv) eingegangen werden, insgesamt 35 % des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigen.

Unternehmen, die für die Zwecke ihres Konzernabschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG oder gemäß den anerkannten internationalen Bilanzierungsvorschriften derselben Gruppe angehören, werden für die Berechnung der unter 1. d) enthaltenen Grenzen als eine Körperschaft betrachtet. Ein Fonds kann kumulativ bis zu 20 % seines Nettovermögens in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten eines Konzerns anlegen.

- (vi) Unbeschadet der in Absatz e) festgelegten Grenzen betragen die in diesem Absatz d) festgelegten Limits für von der gleichen Körperschaft begebene Aktien oder Anleihen 20 %, wenn das Ziel der Anlagepolitik eines Fonds darin besteht, die Zusammensetzung eines bestimmten, von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannten Aktien- oder Rentenindex nachzubilden, vorausgesetzt,

- die Zusammensetzung des Index ist ausreichend diversifiziert,
- der Index stellt eine geeignete Benchmark für den Markt dar, auf den er sich bezieht,
- er wird in einer angemessenen Weise veröffentlicht.

Das im Unterabsatz oben festgelegte Limit wird auf 35 % erhöht, wenn dies durch außergewöhnliche Marktbedingungen gerechtfertigt erscheint, insbesondere in regulierten Märkten, in denen bestimmte übertragbare Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente sehr dominant sind, unter der Maßgabe, dass eine Anlage von bis zu 35 % nur für einen einzelnen Emittenten gestattet ist.

- (vii) Wenn ein Fonds nach den Grundsätzen der Risikostreuung in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegt, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften Behörden oder internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, von einem sonstigen OECD-Staat, von Singapur oder einem sonstigen G20-Mitgliedsstaat emittiert oder garantiert werden, darf die Gesellschaft das gesamte Nettovermögen eines Fonds in derartigen Wertpapieren anlegen, allerdings mit der Maßgabe, dass der betreffende Fonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen halten muss und die Wertpapiere einer Emission höchstens 30 % des Nettovermögens dieses Fonds ausmachen dürfen.

- e) Die Gesellschaft oder ein Fonds darf nicht in Stammaktien von Unternehmen investieren, um so einen signifikanten Einfluss auf die Geschäftsleitung des Emittenten ausüben zu können. Ferner darf ein Fonds nicht mehr als (i) 10 % der stimmrechtslosen Aktien eines einzelnen Emittenten, (ii) 10 % der Schuldverschreibungen eines einzelnen Emittenten, (iii) 25 % der Anteile eines einzigen Organismus für gemeinsame Anlagen und (iv) 10 % der Geldmarktinstrumente eines einzelnen Emittenten erwerben. Dabei können jedoch die in den Unterabschnitten (ii), (iii) und (iv) festgelegten

Obergrenzen zum Zeitpunkt des Erwerbs außer Acht gelassen werden, wenn zu dem Zeitpunkt der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen oder Geldmarktinstrumente oder der Nettobetrag der umlaufenden Instrumente nicht zu ermitteln ist.

Die Grenzen in Abschnitt e) gelten nicht für (i) übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften oder internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, bei denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten zu den Mitgliedern zählen, oder aber von einem anderen Staat emittiert oder garantiert werden, und diese Beschränkungen gelten nicht für (ii) Aktien, welche die Gesellschaft am Kapital eines Unternehmens hält, das in einem nicht der EU angehörenden Staat gegründet wurde und sein Vermögen in erster Linie in Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in dem betreffenden Staat anlegt, sofern nach dem Recht des betreffenden Staates eine solche Beteiligung die einzige Möglichkeit für die Gesellschaft darstellt, in Wertpapieren der Emittenten des betreffenden Staates anzulegen, allerdings mit der Maßgabe, dass die Anlagepolitik des betreffenden Unternehmens die Bestimmungen in Artikel 43 und 46 sowie in den Absätzen (1) und (2) von Artikel 48 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 zu berücksichtigen hat.

- f) (i) Soweit in der Anlagepolitik eines bestimmten Fonds nichts anderes vor gesehen ist, investiert kein Fonds mehr als 10 % seines Nettovermögens in OGAWs und sonstige OGAs.
- (ii) Für den Fall, dass die Beschränkung f) (i) oben für einen bestimmten Fonds gemäß den Bestimmungen seiner Anlagepolitik nicht gilt, kann dieser Fonds in Anteile von im Absatz 1. a) (v) erwähnten OGAWs und/oder sonstigen OGAs investieren, sofern nicht mehr als 20 % des Nettovermögens des Fonds in Anteile eines einzelnen OGAW oder sonstigen OGA investiert werden.

Um diese Anlagebeschränkung anzuwenden, ist jeder Bereich eines OGAW und/oder eines anderen OGA mit mehreren Bereichen als eigenständiger Emittent zu betrachten, sofern der Grundsatz der Trennung der Pflichten der verschiedenen Bereiche gegenüber Dritten gewährleistet ist.

- (iii) Die Gesamtsumme der Anlagen in Anteilen von OGAs, die keine OGAWs sind, darf 30 % des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigen.
- (iv) Wenn ein Fonds in Anteile von OGAWs und/oder sonstigen OGAs investiert, die durch eine gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung mit der Gesellschaft verbunden sind, werden der Gesellschaft für die Anlage in diesen Anteilen von den anderen OGAWs und/oder sonstigen OGAs keine Zeichnungs- und Rücknahmegebühren berechnet

Hinsichtlich der im vorangehenden Absatz beschriebenen Anlage des Fonds in OGAWs und sonstige OGAs, die mit der Gesellschaft verbunden sind, darf dem Fonds und den betroffenen OGAWs und sonstigen OGAs eine Verwaltungsgebühr (ohne Anlageerfolgsprämie, soweit zutreffend) von höchstens 2 % des Anlagebetrags berechnet werden. Die Gesellschaft wird in ihrem Jahresbericht den Gesamtbetrag der Verwaltungsgebühren ausweisen, die dem Fonds und den OGAWs und sonstigen OGAs, in die der Fonds im Berichtszeitraum investiert hat, in Rechnung gestellt wurden.

- (v) Ein Fonds darf nicht mehr als 25 % der Anteile desselben OGAW und/oder sonstigen OGA erwerben. Diese Grenze darf zum Zeitpunkt des Erwerbs außer Acht gelassen werden, wenn der Bruttobetrag der umlaufenden Anteile zu diesem Zeitpunkt nicht berechnet werden kann. Wenn ein OGAW oder sonstiger OGA mehrere Bereiche hat, dann trifft diese Grenze auf alle Anteile zu, die von den betroffenen OGAWs/OGAs emittiert werden, wobei alle Bereiche zusammengerechnet werden.
- (vi) Die zugrunde liegenden Anlagen der OGAWs oder sonstigen OGAs, in die der Fonds investiert, müssen hinsichtlich der in 1. d) oben beschriebenen Grenzen nicht berücksichtigt werden.

- g) Ein Fonds kann von einem oder mehreren anderen Fonds zu begebende oder begebene Anteile zeichnen, erwerben und/oder halten, ohne dass der Fonds in Bezug auf die Zeichnung, den Erwerb und/oder das Halten seiner Anteile durch eine Gesellschaft den Anforderungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften (in der jeweils aktuellen Fassung) unterliegt, jedoch unter den Bedingungen, dass:

- (i) Der Zielfonds nicht seinerseits in den Fonds investiert, der in diesen Zielfonds investiert ist; und
- (ii) Nicht mehr als 10 % des Vermögens des Zielfonds, dessen Erwerb geplant ist, in Anteile von OGAW und/oder anderen OGA investiert werden dürfen; und
- (iii) Die mit den Anteilen des Zielfonds verbundenen Stimmrechte gegebenenfalls ausgesetzt werden, solange diese von dem betreffenden Fonds gehalten werden, und unbeschadet der angemessenen Darstellung in den Abschlüssen und den periodischen Berichten; und

- (iv) Der Wert dieser Anteile in jedem Fall bei der Berechnung des Nettovermögens des Fonds zur Feststellung des durch das Gesetz vom 17. Dezember 2010 vorgeschriebenen Mindestvermögens nicht berücksichtigt wird, solange diese Anteile vom Fonds gehalten werden; und
  - (v) Keine Verwaltungsgebühren oder Ausgabeauf- bzw. Rücknahmeabschläge auf der Ebene des Fonds, der in den Zielfonds investiert hat, und auf der Ebene dieses Zielfonds mehrfach erhoben werden dürfen.
- h) Der Gesellschaft ist es nicht gestattet, (i) zugunsten eines Fonds Wertpapiere zu erwerben, die nur teilweise oder gar nicht bezahlt sind oder mit denen eine Haftung (Eventualhaftung oder sonstige) verbunden ist, sofern diese Wertpapiere gemäß den Emissionsbedingungen nicht innerhalb eines Jahres ab einem solchen Erwerb haftungsfrei sind oder entsprechend dem Wahlrecht des Inhabers haftungsfrei gestellt werden können, und (ii) für einen Fonds Wertpapiere anderer Emittenten zu zeichnen oder als untergeordneter Zeichner aufzutreten.
  - i) Die Gesellschaft darf keine Anlagen kaufen oder in sonstiger Weise erwerben, bei denen die Haftung des Inhabers unbeschränkt ist.
  - j) Die Gesellschaft darf keine Wertpapiere oder Schuldtitel erwerben, die vom Anlageverwalter oder einer verbundenen Person oder von der Verwaltungsgesellschaft begeben wurden. Für die Zwecke dieser Anlagebeschränkung bezieht sich der Begriff „verbundene Person“ auf alle verbundenen Unternehmen und Tochtergesellschaften, die im direkten oder indirekten Eigentum von FRI stehen.
  - k) Wenn und solange ein Fonds Anlagen vom The Central Provident Fund (CPF) annehmen, gelten für ihn die vom Central Provident Fund Board of Singapore herausgegebenen CPF Investment Guidelines in ihrer jeweils aktuellen Fassung:
    - l) Die Gesellschaft darf keine Wertpapiere auf Kredit kaufen (doch darf die Gesellschaft innerhalb der in der unten folgenden Ziffer 2. e) festgesetzten Grenzen diejenigen kurzfristigen Kredite aufnehmen, die für die Abwicklung von Käufen oder Verkäufen von Wertpapieren erforderlich sind) und auch keine ungedeckten Verkäufe von übertragbaren Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder den vorstehend genannten sonstigen Finanzinstrumenten tätigen. In Zusammenhang mit Futures und Terminkontrakten (und Optionen auf dieselben) darf die Gesellschaft jedoch Einschüsse bei Eröffnung von Options- oder Terminkontraktpositionen zahlen.

## 2. ANLAGE IN ANDEREN VERMÖGENSWERTEN

- a) Die Gesellschaft darf weder Immobilien kaufen noch irgendwelche Optionen, Rechte oder Beteiligungen daran erwerben, unter der Maßgabe, dass die Gesellschaft für Rechnung eines Fonds in durch Immobilien besicherten Wertpapieren oder Beteiligungen daran oder in Wertpapieren von in Immobilien investierende Unternehmen anlegen darf.
- b) Die Gesellschaft darf nicht in Edelmetallen oder diese repräsentierenden Zertifikaten anlegen.
- c) Die Gesellschaft darf keine direkten Rohstoffgeschäfte oder Rohstoffkontrakte abschließen, abgesehen davon, dass die Gesellschaft zur Absicherung des Risikos innerhalb der unter Ziffer 3 unten festgelegten Grenzen Finanzfutures auf solche Transaktionen eingehen darf.
- d) Die Gesellschaft darf keine Kredite an Dritte vergeben oder als Bürge für Drittparteien fungieren; sie darf auch nicht für Verbindlichkeiten oder Schulden oder irgendeine Person im Hinblick auf geliehene Gelder als Indossatar auftreten, in Verbindlichkeiten eintreten oder mittelbar oder unmittelbar Haftungen hierfür unternehmen. Für die Zwecke dieser einschränkenden Bestimmung gilt jedoch:
  - (i) dass der Erwerb von Rentenwerten, Schuldverschreibungen und sonstigen (gleich ob voll oder nur teilweise eingezahlten) schuldrechtlichen Wertpapieren von Unternehmen oder Körperschaften sowie die Anlage in Wertpapieren, die von einem OECD-Mitgliedsland oder einer supranationalen Institution, Organisation oder Behörde emittiert oder garantiert werden, kurzfristigen Geldmarktpapieren, Einlagenzertifikaten und Bankakzepten erster Adressen oder sonstigen börsennotierten Schuldinstrumenten nicht als Kreditgewährung einzustufen sind, und
  - (ii) dass der Erwerb von Fremdwährungen im Zuge von Parallelkrediten nicht als Kreditvergabe anzusehen ist.
- e) Die Gesellschaft darf für Rechnung eines Fonds keine Kredite aufnehmen, die insgesamt mehr als 10 % des Nettovermögens des Fonds zum Marktwert ausmachen, und auch dann nur als vorläufige Maßnahme. Die Gesellschaft darf jedoch im Rahmen von Parallelkrediten Fremdwährungen kaufen.
- f) Die Gesellschaft ist nur dann berechtigt, die Wertpapiere oder sonstigen Vermögensgegenstände eines Fonds im Wege einer Hypothek, Grundschuld, Verpfändung oder anderweitig zur Besicherung von Verbindlichkeiten zu belasten, wenn dies im Zusammenhang mit einer Kreditaufnahme gemäß der obigen Ziffer e) erforderlich ist.



Der Kauf oder Verkauf von Wertpapieren auf Grundlage des Ausgabedatums oder einer verzögerten Lieferung sowie Sicherheitsvereinbarungen in Bezug auf das Ausfertigen von Optionen oder der Kauf oder Verkauf von Terminkontrakten oder Futures gelten nicht als Verpfändung der Vermögenswerte.

- g) Wenn und solange die Gesellschaft von der Monetary Authority of Singapore (MAS) in Singapur zugelassen ist und in Bezug auf sämtliche über sie zugelassene Fonds gilt, dass Anlagen in anderen OGA als OGAW nicht mehr als 10 % des Gesamtnettovermögens eines Fonds ausmachen dürfen.

### 3. FINANZDERIVATE

Die Gesellschaft kann Derivate innerhalb der Grenzen des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 zu Anlagezwecken, zu Absicherungszwecken und zur effizienten Portfolioverwaltung verwenden. Unter keinen Umständen darf die Nutzung dieser Instrumente und Techniken einen Fonds veranlassen, von seiner Anlagepolitik abzuweichen.

Jeder Fonds darf innerhalb der unter Ziffer 1. a) (vii) festgelegten Grenzen in Finanzderivate investieren, vorausgesetzt, dass das Risiko bezüglich der zugrunde liegenden Vermögenswerte insgesamt nicht die unter Ziffer 1. d) (i) bis (v) festgelegten Anlagegrenzen übersteigt. Wenn ein Fonds in indexbasierte Finanzderivate investiert, müssen diese Anlagen nicht im Hinblick auf die in Klausel 1. d) festgelegten Grenzen zusammengefasst werden. Es erfolgen eine regelmäßige Überprüfung und Neugewichtung der Zusammensetzung des zugrunde liegenden Index dieser Finanzderivate in einer vom Promoter des betreffenden Index bestimmten Häufigkeit. Es wird jedoch vorsorglich darauf hingewiesen, dass dies nicht täglich oder untertäglich erfolgt. Die Auswirkungen der Neugewichtungshäufigkeit auf die von den betreffenden Fonds zu tragenden Kosten vor dem Hintergrund der Erreichung ihres Anlageziels dürften minimal sein. Gemäß CSSF-Rundschreiben 14/592 können weitere Informationen zu den Bestandteilen dieser Finanzindizes sowie zur Häufigkeit der Überprüfung und Neugewichtung dieser Finanzindizes kostenlos bei der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft an deren eingetragenem Sitz angefordert werden (siehe Kontaktdaten im Abschnitt „Informationen zur Fondsverwaltung“ dieses Prospekts).

Wenn ein übertragbares Wertpapier oder Geldmarktinstrument ein Derivat einschließt, muss Letzteres im Zusammenhang mit der Einhaltung der Anforderungen dieser Beschränkung berücksichtigt werden.

Die Gesellschaft kann für den jeweiligen Fonds nur Swap-Kontrahenten wählen, die vom Verwaltungsrat ausgewählte erstklassige Finanzinstitute sind, die einer aufsichtsrechtlichen Kontrolle unterliegen, die den von der CSSF für außerbörsliche Derivategeschäfte zugelassenen Kategorien angehören und die auf diese Art von Transaktionen spezialisiert sind.

Von jedem Fonds in Bezug auf außerbörsliche Derivategeschäfte erhaltene Sicherheiten können ggf. zum Ausgleich des Nettoengagements gegenüber dem Kontrahenten verwendet werden, sofern sie die Kriterien der geltenden Gesetze, Vorschriften und die von der CSSF von Zeit zu Zeit veröffentlichten Rundschreiben insbesondere in Bezug auf Liquidität, Bewertung, Kreditqualität des Emittenten, Korrelation, Risiken in Verbindung mit der Verwaltung von Sicherheiten und Durchsetzbarkeit erfüllen. Bei den Sicherheiten handelt es sich in erster Linie um Barmittel und hoch bewertete Staatsanleihen. Der Wert der Sicherheiten wird um einen Prozentsatz (einen „Abschlag“) reduziert, der Raum für kurzfristige Wertschwankungen der Sicherheiten bietet. Welche Arten von Vermögenswerten als zulässige Sicherheiten in Frage kommen, hängt vom Vertrag mit der jeweiligen Gegenpartei ab. In der Regel handelt es sich um liquide Mittel, US-Schatzanweisungen oder US-Agency-Anleihen, die durch die Finanzhoheit und Kreditwürdigkeit der US-Regierung gedeckt sind, und/oder Staats- oder Agency-Anleihen der Eurozone. Die zulässigen Sicherheiten und entsprechenden Abschläge für die einzelnen Anlagearten entsprechen den Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2016/2251 der Kommission vom 4. Oktober 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister durch technische Regulierungsstandards zu Risikominderungstechniken für nicht durch eine zentrale Gegenpartei geclearte OTC-Derivatekontrakte (üblicherweise als „EU-Verordnung für die Besicherung von OTC-Derivaten, die nicht der Clearingpflicht unterfallen“ bezeichnet), in ihrer von Zeit zu Zeit geänderten oder ergänzten Fassung. Die Nettoengagements werden täglich vom Kontrahenten berechnet und unterliegen den Bestimmungen der Verträge, die einen Mindestübertragungsbetrag vorsehen, der in der Regel unter 500.000 EUR liegt. Für den Mindestübertragungsbetrag gibt es eine Schwelle, unter der keine Sicherheiten ausgetauscht werden. Übersteigt das Nettoengagement des Kontrahenten im Fonds den Mindestübertragungsbetrag, muss der Fonds Sicherheiten für den Kontrahenten stellen. Der Besicherungsgrad kann abhängig von der Marktentwicklung des Engagements zwischen dem Fonds und dem Kontrahenten schwanken.

Sicherheiten, die in Sacheinlagen erhalten werden, werden nicht verkauft, wiederangelegt oder verpfändet. Barsicherheiten können reinvestiert werden, wenn die Reinvestition im Einklang mit den im Credit Support Annex („CSA“) des mit dem jeweiligen Kontrahenten geschlossenen International Swaps and Derivatives Association Master Agreement („ISDA Master Agreement“) dargelegten Bestimmungen steht und sofern die Reinvestition mit den in Anhang B „Anlagebeschränkungen“ dargelegten Risikostreuungsanforderungen in (a) Anteile von kurzfristigen Geldmarkt-OGAW gemäß der Definition der Guidelines on a Common Definition of European Money Market Funds, in (b) Einlagen bei einem Kreditinstitut mit eingetragenem Sitz in einem Mitgliedstaat oder bei einem Kreditinstitut in

einem Nicht-Mitgliedstaat, das aufsichtsrechtlichen Bestimmungen unterliegt, die nach Ansicht der CSSF mit denen des EU-Rechts gleichwertig sind, in (c) hoch bewertete Staatsanleihen, die gemäß den Bestimmungen des CSA des ISDA Master Agreement zulässige Sicherheiten sind, und in (d) umgekehrte Pensionsgeschäfte in Einklang steht, sofern die Transaktionen mit Kreditinstituten erfolgen, die einer aufsichtsrechtlichen Kontrolle unterliegen, und die Gesellschaft den gesamten Barbetrag jederzeit periodengerecht zurückverlangen kann. Die Gesellschaft verfügt über Richtlinien in Bezug auf die Wiederanlage von Sicherheiten (insbesondere die Vorschrift, dass Derivate oder andere Instrumente, die zur Verschuldung beitragen könnten, nicht verwendet werden dürfen), die gewährleisten, dass sich Sicherheiten nicht auf die Berechnung des Gesamtrisikos auswirken.

Im Einklang mit den im vorstehenden Absatz dargelegten Kriterien kann ein Fonds vollständig durch verschiedene übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente abgesichert werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen lokalen Behörden oder internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, von einem sonstigen OECD-Staat, von Singapur oder einem sonstigen G20-Mitgliedsstaat emittiert wurden oder garantiert werden, sofern der betreffende Fonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen hält und die Wertpapiere einer Emission höchstens 30 % des Nettovermögens dieses Fonds ausmachen.

Das Gesamtrisiko in Bezug auf Finanzderivate wird unter Berücksichtigung des aktuellen Werts der zugrunde liegenden Vermögenswerte, des Adressenausfallrisikos, der vorhersehbaren Marktentwicklungen und der für die Liquidation der Positionen verfügbaren Zeit berechnet.

Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass das Gesamtrisiko eines Fonds im Zusammenhang mit Finanzderivaten nicht das Gesamtnettovermögen des jeweiligen Fonds übersteigt. Das Gesamtrisiko des Fonds darf folglich 200 % seines Gesamtnettovermögens nicht überschreiten. Zusätzlich darf dieses Gesamtrisiko durch zeitweilige Ausleihungen (wie unter Ziffer 2. e) oben erwähnt) um höchstens 10 % erhöht werden, so dass es unter keinen Umständen 210 % des gesamten Nettovermögens eines Fonds übersteigt.

Die Fonds verwenden zur Berechnung ihres Gesamtrisikos entweder den Value-at-Risk (VaR)-Ansatz oder den Commitment-Ansatz, je nachdem, was für angemessen erachtet wird.

Wenn das Anlageziel eines Fonds eine Benchmark angibt, mit der die Performance verglichen werden könnte, kann für die zur Berechnung des Gesamtrisikos verwendete Methode eine andere Benchmark als diejenige, die für Performance- oder Volatilitätszwecke im besagten Anlageziel des Fonds genannt wird, herangezogen werden.

### **Währungsabsicherung**

Die Gesellschaft darf für jeden Fonds zum Zwecke der Absicherung von Währungsrisiken über ausstehende Engagements in Devisenterminkontrakten, Devisen-Futures, verkauften Kaufoptionen und gekauften Verkaufsoptionen auf Währungen und Währungsswaps verfügen, die an einer Börse notiert sind oder an einem regulierten Markt gehandelt werden oder mit hoch bewerteten Finanzinstituten abgeschlossen wurden.

Je nach Anwendung der nachstehenden Methoden zur Währungssicherung dürfen Verpflichtungen in einer Währung den Gesamtwert der Wertpapiere und sonstigen Vermögenswerte des betreffenden Fonds, der auf diese Währung lautet (oder andere Währungen, die in einer im Wesentlichen ähnlichen Weise wie diese Währung schwanken), nicht überschreiten.

In diesem Zusammenhang kann die Gesellschaft bei jedem Fonds die folgenden Währungssicherungstechniken anwenden:

- Absicherung durch Proxy-Hedging, d. h. eine Technik, bei der ein Fonds eine Absicherung der Referenzwährung eines Fonds (oder einer Benchmark oder des Wechselkursrisikos der Vermögenswerte des Fonds) gegenüber dem Risiko aus einer Währung durch Verkauf (oder Kauf) einer anderen Währung erreicht, vorausgesetzt, dass diese Währungen ähnlichen Schwankungen unterliegen. Bei der Bestimmung, ob sich eine Währung in einer im Wesentlichen ähnlichen Weise wie eine andere Währung entwickelt, befolgte Leitlinien sind folgende: i) die Korrelation zwischen der einen und der anderen Währung ist über einen signifikanten Zeitraum hinweg erwiesenermaßen über 85 %; ii) die beiden Währungen sind gemäß ausdrücklicher Absicht der Regierungen für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (Länder der Eurozone) ab einem bestimmten Datum vorgesehen (was beinhalten würde, den Euro selbst als Proxy für die Absicherung von Schuldscheinpositionen zu verwenden, die auf andere Währungen lauten, welche an einem bestimmten zukünftigen Datum Teil des Euro werden sollen); und iii) die als Absicherungsvehikel gegenüber der anderen Währung benutzte Währung ist Teil eines Devisenkorbes, gegenüber welchem die Zentralbank für diese Währung explizit ihre Währung innerhalb einer Bandbreite verwaltet, die entweder stabil ist oder sich anhand einer vorbestimmten Rate bewegt.
- Cross-Hedging, d. h. eine Technik, bei der ein Fonds eine Währung, deren Risiko er ausgesetzt ist, verkauft und gleichzeitig größere Bestände einer anderen Währung, deren Risiko der Fonds auch ausgesetzt sein kann, kauft, wobei der Level der Basiswährung dadurch unverändert bleibt, vorausgesetzt, es handelt sich bei den betreffenden

Währungen um Währungen von Ländern, die zu dem Zeitpunkt in der Benchmark oder in der Anlagepolitik des Fonds enthalten sind, und vorausgesetzt, dass die Technik als eine effektive Methode eingesetzt wird, um das gewünschte Devisen- und Vermögenswertengagement zu erreichen.

- Antizipatives Hedging, d. h. eine Technik, bei der die Entscheidung, eine bestimmte Währung zu kaufen, und die Entscheidung, einige Wertpapiere im Portfolio des Fonds zu halten, die auf diese Währung lauten, getrennt getroffen werden, vorausgesetzt, dass die Währung, die in Erwartung eines späteren Kaufs der zugrunde liegenden Wertpapiere des Portfolios gekauft wird, eine Währung der Länder ist, die in der Benchmark oder in der Anlagepolitik des Fonds enthalten ist.

#### **Total Return Swaps-Transaktionen**

Ein Fonds, dem gemäß seiner Anlagepolitik eine Anlage in Total Return Swaps gestattet ist, der jedoch zum Datum dieses Prospekts keine derartigen Transaktionen tätigt, kann jedoch Total Return Swap-Transaktionen tätigen, wobei der maximale Anteil des Nettovermögens dieses Fonds, der Gegenstand solcher Transaktionen sein könnte, höchstens 30 % betragen darf und der entsprechende Abschnitt in Bezug auf diesen einzelnen Fonds bei der nächsten Gelegenheit entsprechend aktualisiert werden muss. In solchen Fällen handelt es sich bei der Gegenpartei der Transaktion um eine Gegenpartei, die von der Verwaltungsgesellschaft oder dem Anlageverwalter genehmigt ist und überwacht wird. Ein an einer Transaktion beteiligter Kontrahent hat zu keinem Zeitpunkt Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Zusammensetzung oder Verwaltung des Anlageportfolios eines Fonds oder hinsichtlich des Basiswerts des Total Return Swaps. Bei der Auswahl der Kontrahenten werden zwar keine vorab festgelegten Kriterien in Bezug auf den rechtlichen Status und keine festen geografischen Kriterien angewendet, diese Aspekte werden beim Auswahlprozess jedoch üblicherweise berücksichtigt.

Die folgenden Anlagearten können Gegenstand von Total Return Swaps sein: Aktien-, Währungs- und/oder Rohstoffindizes (wie z. B. unter anderem der Morgan Stanley Balanced Ex Energy Index, der Morgan Stanley Balanced Ex Grains Index, der Morgan Stanley Balanced Ex Industrial Metals Index, der Morgan Stanley Balanced Ex Precious Metals Index oder der Morgan Stanley Balanced Ex Softs Index), Volatilitätsvarianzswaps sowie Rentenengagements, insbesondere in hochverzinslichen Unternehmensanleihen und Bankdarlehen.

Das Risiko des Adressenausfalls und die Auswirkungen auf die Rendite der Anleger sind im Abschnitt „Risikoüberlegungen“ näher beschrieben.

Wenn ein Fonds zum Datum dieses Prospekts Total Return Swap-Transaktionen tätigt, ist der voraussichtliche Anteil des Nettovermögens dieses Fonds, der Gegenstand von Total Return Swap-Transaktionen sein könnte, als Summe der Nennwerte der verwendeten Derivate berechnet und im Abschnitt „Fondsdaten, Ziele und Anlagepolitik“ zum jeweiligen Fonds angegeben. Wenn ein Fonds Total Return Swap-Transaktionen tätigt, dient dies dem Zweck der Erwirtschaftung zusätzlichen Kapitals durch die Wertänderung des Referenzbasiswerts und der Erzielung von Erträgen aus dem Referenzbasiswert und/oder der Begrenzung des Anlagerisikos im Portfolio durch das Eingehen einer Short-Position auf einen Referenzbasiswert.

Sämtliche Erlöse aus Total Return Swap-Transaktionen gehen an den jeweiligen Fonds, und die Verwaltungsgesellschaft entnimmt aus diesen Erlösen keine über die im Abschnitt „Anlageverwaltungsgebühren“ angegebenen Anlageverwaltungsgebühren für den jeweiligen Fonds hinausgehenden Gebühren oder Kosten.

#### **4. EINSATZ VON TECHNIKEN UND INSTRUMENTEN IN BEZUG AUF ÜBERTRAGBARE WERTPAPIERE UND GELDMARKTINSTRUMENTE**

##### **a) Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte**

###### **(i) Arten und Zweck**

Soweit dies gemäß dem Gesetz vom 17. Dezember 2010 zugelassen ist und sich innerhalb dessen Grenzen bewegt, bzw. innerhalb der Grenzen aktueller oder zukünftiger sich darauf beziehender Luxemburger Gesetze oder Umsetzungsvorschriften, Rundschreiben und Stellungnahmen der Luxemburger Aufsichtsbehörde (die „Vorschriften“), insbesondere die Bestimmungen in (i) Artikel 11 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008 betreffend bestimmte Definitionen des luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen und (ii) in den Rundschreiben 08/356 und 14/592 der CSSF darf ein Fonds zwecks zusätzlicher Kapital- oder Ertragsgenerierung oder zur Kosten- oder Risikoreduzierung optionale sowie nicht optionale Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte als Käufer oder als Verkäufer eingehen.

Gegebenenfalls können Sicherheiten, die ein Fonds im Zusammenhang mit einem dieser Geschäfte erhält, das Nettoengagement der Gegenpartei ausgleichen, wenn diese die in den maßgeblichen Rechtsvorschriften und in den von der CSSF gelegentlich herausgegebenen Rundschreiben dargelegten Kriterien insbesondere in Bezug auf Liquidität, Bewertung, Bonität der Emittenten, Korrelation, Risiken in Verbindung mit dem weiter unter beschriebenen Sicherheitsmanagement und der Durchsetzbarkeit erfüllen.

Bei den Sicherheiten handelt es sich in erster Linie um Barmittel und hoch bewertete staatliche Rentenpapiere, die bestimmte Ratingkriterien erfüllen. Die Sicherheiten, die die Gesellschaft bezüglich der Pensionsgeschäfte erhält, können US-Schatzwechsel oder Anleihen von US-Regierungsbehörden, die durch die Finanzhoheit und Kreditwürdigkeit der US-Regierung gedeckt sind, und/oder Staatsanleihen der Kernländer der Eurozone oder Agency-Anleihen mit einem Rating von AA- oder besser sein. Zulässige Drittparteiensicherheiten, die im Rahmen der Verwahrungsvereinbarung in Verbindung mit dem Rahmenvertrag für Pensionsgeschäfte eingesetzt werden, sind unter anderem US-amerikanische Schatztitel (T-Bills, Schuldverschreibungen und Anleihen) und die folgenden staatsnahen Einrichtungen: Federal National Mortgage Association (FNMA), Federal Home Loan Bank (FHLB), Federal Home Loan Mortgage Corp (FHLMC) und Federal Farm Credit System (FFCB).

Die Sicherheiten müssen eine Restlaufzeit von höchstens fünf (5) Jahren ab dem Datum des Abschlusses des Pensionsgeschäfts haben.

Der Wert der Wertpapiere, die als Sicherheiten entgegengenommen oder gestellt werden, muss außerdem mindestens 102 % des Betrags des Pensions- oder umgekehrten Pensionsgeschäfts ausmachen. Mit den zusätzlichen Sicherheiten, die über 100 % hinausgehen, soll etwaigen kurzfristigen Wertschwankungen der Sicherheiten Rechnung getragen werden. Die Nettoengagements werden täglich vom Kontrahenten berechnet und unterliegen den Bestimmungen der Verträge, einschließlich eines Mindestübertragungsbetrags. Der Besicherungsgrad kann abhängig von der Marktentwicklung des Engagements zwischen dem Fonds und dem Kontrahenten schwanken.

Sicherheiten, die in Sacheinlagen erhalten werden, werden nicht verkauft, wiederangelegt oder verpfändet.

Barsicherheiten, die ein Fonds für diese Transaktionen erhält, können im Einklang mit den Anlagezielen des jeweiligen Fonds und den in Anhang B „Anlagebeschränkungen“ dargelegten Risikostreunungsanforderungen in (a) Anteile von kurzfristigen Geldmarkt-OGAW gemäß der Definition der Guidelines on a Common Definition of European Money Market Funds, in (b) Einlagen bei einem Kreditinstitut mit eingetragenem Sitz in einem Mitgliedstaat oder bei einem Kreditinstitut in einem Nicht-Mitgliedstaat, das aufsichtsrechtlichen Bestimmungen unterliegt, die nach Ansicht der CSSF mit denen des EU-Rechts gleichwertig sind, in (c) hoch bewertete Staatsanleihen und in (d) umgekehrte Pensionsgeschäfte reinvestiert werden, sofern die Transaktionen mit Kreditinstituten erfolgen, die einer aufsichtsrechtlichen Kontrolle unterliegen, und die Gesellschaft den gesamten Barbetrag jederzeit periodengerecht zurückverlangen kann. Die Gesellschaft verfügt über Richtlinien in Bezug auf die Wiederanlage von Sicherheiten (insbesondere die Vorschrift, dass Derivate oder andere Instrumente, die zur Verschuldung beitragen könnten, nicht verwendet werden dürfen), die gewährleisten, dass sich Sicherheiten nicht auf die Berechnung des Gesamtrisikos auswirken.

Im Einklang mit den im vorstehenden Absatz dargelegten Kriterien kann ein Fonds vollständig durch verschiedene übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente abgesichert werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen lokalen Behörden oder internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, von einem sonstigen OECD-Staat, von Singapur oder einem sonstigen G20-Mitgliedsstaat emittiert wurden oder garantiert werden, sofern der betreffende Fonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen hält und die Wertpapiere einer Emission höchstens 30 % des Nettovermögens dieses Fonds ausmachen.

(ii) Beschränkungen und Bedingungen

#### - Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte

Sofern die Anlagepolitik des jeweiligen Fonds keine abweichende Regelung vorsieht, verwendet ein Fonds bis zu 5 % seines Vermögens vorübergehend für Pensionsgeschäfte. Die Gegenparteien von Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäften werden nach einer anfänglichen Analyse und späteren jährlichen Überprüfung von Jahresabschlüssen, Unternehmensmeldungen, Ratings und anderen Marktinformationen, einschließlich allgemeiner Marktentwicklungen, ausgewählt. Bei der Auswahl der Kontrahenten werden zwar keine vorab festgelegten Kriterien in Bezug auf den rechtlichen Status oder das Rating und keine festen geografischen Kriterien angewendet, diese Aspekte werden beim Auswahlprozess jedoch üblicherweise berücksichtigt. Das Volumen der Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäfte eines Fonds ist auf einem entsprechenden Niveau zu halten, sodass er jederzeit in der Lage ist, seine Rücknahmeverpflichtungen gegenüber den Anteilshabern zu erfüllen. Darüber hinaus muss ein Fonds sicherstellen, dass er bei der Fälligkeit der Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäfte über ausreichende Mittel verfügt, um den mit dem Kontrahenten für die Rückgabe der Wertpapiere an den Fonds vereinbarten Betrag zu begleichen. Alle aus Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäften generierten zusätzlichen Erträge fließen dem betreffenden Fonds zu.

Die folgenden Anlagearten können Gegenstand von Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäften sein: staatliche Schuldtitel, Unternehmens- und Staatsanleihen, durch Hypotheken auf Wohnimmobilien besicherte Non-Agency-Wertpapiere und durch Hypotheken auf Gewerbeimmobilien besicherte Non-Agency-Wertpapiere, möglicherweise sonstige forderungsbesicherte Wertpapiere.

Sofern in der Anlagepolitik des betreffenden Fonds nichts anderes vorgesehen ist, liegt der erwartete Anteil des Nettovermögens eines Fonds, der Gegenstand von Pensionsgeschäften oder umgekehrten Pensionsgeschäften sein könnte, innerhalb einer Spanne von 0 % bis 5 % des Nettovermögens des betreffenden Fonds.

Der Einsatz solcher Transaktionen ist zeitlich begrenzt und hängt unter anderem von Faktoren wie dem Gesamtnettovermögen des Fonds, der Nachfrage am zugrunde liegenden Markt und saisonalen Trends am zugrunde liegenden Markt ab. Gibt es am Markt kaum oder keine Nachfrage, kann der Anteil des Nettovermögens des Fonds, der Gegenstand von Pensionsgeschäften und umgekehrten Pensionsgeschäften ist, 0 % betragen, während der Anteil in Zeiten mit stärkerer Nachfrage auf 5 % steigen kann.

Die Risiken in Verbindung mit dem Einsatz und den Auswirkungen von Pensions- und umgekehrten Pensionsgeschäften auf die Anlegerrenditen sind im Abschnitt „Risikoabwägungen“ näher ausgeführt.

#### - **Kosten und Erlöse von Pensionsgeschäften und/oder umgekehrten Pensionsgeschäften**

Direkte und indirekte Betriebskosten und Gebühren aus Pensionsgeschäften und/oder umgekehrten Pensionsgeschäften können von den Erträgen abgezogen werden, die dem jeweiligen Fonds zugeschrieben werden. Diese Kosten und Gebühren umfassen keine versteckten Erträge. Sämtliche Erträge aus solchen Transaktionen abzüglich der direkten und indirekten Betriebskosten werden dem jeweiligen Fonds zugeschrieben. Der Jahresbericht der Gesellschaft enthält Einzelheiten zu den Erträgen aus Pensionsgeschäften und/oder umgekehrten Pensionsgeschäften für den gesamten Berichtszeitraum zusammen mit den angefallenen direkten und indirekten Betriebskosten und Gebühren. Zu den Unternehmen, an die direkte und indirekte Kosten und Gebühren gezahlt werden können, können Banken, Anlagefirmen, Broker/Händler oder andere Finanzinstitute oder Vermittler gehören, und sie können mit der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Verwahrstelle verbunden sein.

Sämtliche Erlöse aus Pensionsgeschäften und/oder umgekehrten Pensionsgeschäften gehen an den jeweiligen Fonds, und die Verwaltungsgesellschaft entnimmt aus diesen Erlösen keine über die im Abschnitt „Anlageverwaltungsgebühren“ angegebenen Anlageverwaltungsgebühren für den jeweiligen Fonds hinausgehenden Gebühren oder Kosten.

#### (iii) Interessenkonflikte

Es sind keine Interessenkonflikte festzustellen. Der Anlageverwalter des jeweiligen Fonds beabsichtigt nicht, die Wertpapiere des Fonds an seine verbundenen Unternehmen zu verleihen.

#### (iv) Sicherheiten

Vom jeweiligen Fonds erhaltene Sicherheiten können verwendet werden, um das Kontrahentenrisiko zu reduzieren, wenn sie die in den maßgeblichen Rechtsvorschriften und in den von der CSSF gelegentlich herausgegebenen Rundschreiben dargelegten Kriterien insbesondere in Bezug auf Liquidität, Bewertung, Bonität der Emittenten, Korrelation, Risiken in Verbindung mit dem Sicherheitsmanagement und Durchsetzbarkeit erfüllen. Sicherheiten sollten insbesondere die folgenden Bedingungen erfüllen:

- (a) Alle erhaltenen Sicherheiten mit Ausnahme von Barmitteln sollten qualitativ hochwertig und hoch liquide sein und an einem geregelten Markt oder in einem multilateralen Handelssystem mit transparenten Preisen gehandelt werden, damit sie schnell zu einem Preis verkauft werden können, der nahe an der vor dem Verkauf festgestellten Bewertung liegt;
- (b) Sie müssen mindestens auf täglicher Basis bewertet werden, und Vermögenswerte, die eine hohe Preisvolatilität aufweisen, dürfen nicht als Sicherheiten angenommen werden, sofern nicht angemessen konservative Risikoabschläge vorgenommen werden;
- (c) Sie sollten von einem Emittenten begeben werden, der von dem Kontrahenten unabhängig ist und voraussichtlich keine hohe Korrelation mit der Entwicklung des Kontrahenten aufweisen wird;
- (d) Sie sollten ausreichend nach Ländern, Märkten und Emittenten diversifiziert sein, wobei das Engagement gegenüber einem einzelnen Emittenten insgesamt auf maximal 20 % des Nettoinventarwerts des Fonds begrenzt ist, wobei hierfür alle erhaltenen Sicherheiten berücksichtigt werden. Abweichend davon kann ein Fonds vollständig in verschiedenen Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten besichert sein, die von einem EU-Mitgliedstaat oder einer oder mehreren seiner Gebietskörperschaften, von einem Drittland oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters begeben oder garantiert werden, der mindestens

ein EU-Mitgliedstaat angehört. In einem solchen Fall muss der jeweilige Fonds Sicherheiten aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen beziehen, wobei Sicherheiten aus einer einzigen Emission nicht mehr als 30 % des Nettoinventarwerts des Fonds ausmachen dürfen.

- (e) Sie sollten vom jeweiligen Fonds jederzeit ohne Bezugnahme auf oder Zustimmung des Kontrahenten vollständig durchgesetzt werden können;
- (f) Wenn eine Eigentumsübertragung erfolgt, werden die erhaltenen Sicherheiten von der Verwahrstelle im Einklang mit den Verwahrungspflichten der Verwahrstelle aus dem Verwahrstellenvertrag verwahrt. Bei anderen Arten von Sicherheitsvereinbarungen können die Sicherheiten von einer externen Depotbank verwahrt werden, die der aufsichtsrechtlichen Überwachung unterliegt und die nicht mit dem Steller der Sicherheiten verbunden ist;
- (g) Die Bonität erhaltener Sicherheiten muss im Investment Grade-Bereich liegen.

Sicherheiten werden an jedem Bewertungstag unter Verwendung der letzten verfügbaren Marktpreise und unter Berücksichtigung angemessener Abschläge bewertet, die für jede Anlageklasse auf der Grundlage der maßgeblichen Richtlinien für Sicherheitsabschläge bestimmt werden. Die Sicherheiten werden täglich zum Marktwert bewertet, und abhängig vom aktuellen Marktengagement und des Saldos der Sicherheiten können bei den Sicherheiten Margenanpassungen vorgenommen werden, wenn bestimmte vorab festgelegte Schwellen überschritten werden.

#### **b) Wertpapierleihgeschäfte, Buy/Sell-Back-, Sell/Buy-Back- und Lombardgeschäfte**

Zum Datum dieses Prospekts ist die Gesellschaft nicht an Wertpapier- oder Rohstoffverleih- und -leihgeschäften, Buy-Sell-Back- oder Sell-Buy-Back-Geschäften oder Lombardgeschäften gemäß Definition der SFT-Verordnung beteiligt. Sollte die Gesellschaft in Zukunft solche Geschäfte eingehen, wird der Prospekt gemäß der SFT-Verordnung geändert.

## **5. ZUSÄTZLICHE LOKALE BESCHRÄNKUNGEN**

Um die Qualifizierung für die teilweise Steuerbefreiung von Aktienfonds für in Deutschland ansässige Anleger sicherzustellen, werden die folgenden Fonds mindestens 50 % ihres Vermögens in Kapitalbeteiligungen im Sinne von §2 Abs. 8 des durch das deutsche Investmentsteuerreformgesetz geänderten deutschen Investmentsteuergesetzes investieren:

1. Franklin K2 Bardin Hill Arbitrage UCITS Fund
2. Franklin K2 Electron Global UCITS Fund

Für den Fall, dass die Fonds in andere Investmentfonds investieren, können diese Investmentfonds als Eigenkapitaltitel im Sinne des deutschen Investmentsteuergesetzes bis zur Höhe der von diesen Fonds an jedem Bewertungstag veröffentlichten Eigenkapitalquote oder alternativ bis zur Höhe der Mindesteigenkapitalquote gemäß der Anlagepolitik der Fonds betrachtet werden.

## **RISIKOMANAGEMENT**

Die Verwaltungsgesellschaft setzt einen Risikomanagementprozess ein, mit dem sie jederzeit die Risiken der Einzelpositionen der Gesellschaft und deren Beitrag zum Gesamtrisikoprofil der Portfolios der einzelnen Fonds überwachen und messen kann. Die Verwaltungsgesellschaft und die Anlageverwalter verwenden einen Prozess zur genauen und unabhängigen Bewertung der OTC-Derivate.

Auf Antrag des Anlegers liefert die Verwaltungsgesellschaft Zusatzinformationen in Bezug auf die quantitativen Beschränkungen, die bei der Risikoverwaltung der einzelnen Fonds gelten, die dafür gewählten Methoden und die neueste Entwicklung der Risiken und Renditen der Hauptkategorien der Instrumente.

# Anhang C

## Zusätzliche Informationen

1. Die Gesellschaft ist eine Investmentgesellschaft mit beschränkter Haftung, die nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg als *société anonyme* (Aktiengesellschaft) gegründet wurde und als *société d'investissement à capital variable* (Investmentfonds mit variablem Kapital) zugelassen ist. Die Gesellschaft wurde am 1. August 2019 im Großherzogtum Luxemburg auf unbestimmte Zeit gegründet. Die Satzung wurde am 16. August 2019 im RESA veröffentlicht. Die Gesellschaft ist im *Registre de Commerce et des Sociétés, Luxembourg* (Handelsregister), unter der Nummer B236840 eingetragen. Exemplare der Satzung können beim *Registre de Commerce et des Sociétés, Luxembourg*, und am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft eingesehen werden.
2. Das Mindestkapital der Gesellschaft beläuft sich auf 1.250.000 EUR oder den Gegenwert in US-Dollar.
3. Die Gesellschaft kann auf Beschluss einer außerordentlichen Hauptversammlung der Anteilhaber aufgelöst werden. Sinkt das Kapital der Gesellschaft auf unter zwei Drittel des Mindestkapitals, so ist der Verwaltungsrat verpflichtet, die Frage der Auflösung der Gesellschaft auf die Tagesordnung einer Hauptversammlung zu setzen, für deren Beschlussfähigkeit keine Mindestanzahl an Versammlungsteilnehmern vorgesehen ist; der Beschluss wird mit einfacher Mehrheit der bei der Versammlung vertretenen Anteile gefasst. Sinkt das Kapital der Gesellschaft auf unter ein Viertel des Mindestkapitals, so ist der Verwaltungsrat verpflichtet, die Frage der Auflösung der Gesellschaft auf die Tagesordnung einer Hauptversammlung zu setzen, für deren Beschlussfähigkeit keine Mindestzahl an Versammlungsteilnehmern vorgesehen ist; der Beschluss zur Auflösung kann von den Anteilhabern beschlossen werden, die ein Viertel der bei der Versammlung vertretenen Anteile halten. Sollte die Gesellschaft liquidiert werden, so hat diese Liquidation gemäß den Bestimmungen der Gesetze des Großherzogtums Luxemburg zu erfolgen, welche die Schritte vorschreiben, die erforderlich sind, um die Anteilhaber an den Liquidationserlösen zu beteiligen; in diesem Zusammenhang sieht das Gesetz die treuhänderische Hinterlegung all jener Beträge bei der Caisse des Consignations vor, auf die von Anteilhabern nicht unverzüglich Anspruch erhoben wird. Beträge, die nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist aus dem Treuhandkonto eingefordert werden, können nach den Bestimmungen der Gesetze des Großherzogtums Luxemburg verfallen. Alle an die *Caisse de Consignation* übertragenen Beträge unterliegen einer „*taxe de consignation*“, und daher wird der ursprüngliche Betrag eventuell nicht zurückerstattet.
4. Der Verwaltungsrat kann die Liquidation eines Fonds beschließen, wenn sein Nettovermögen unter 50 Millionen USD fällt oder wenn sich die den Fonds betreffende wirtschaftliche oder politische Situation in einer Weise ändert, die eine Liquidation rechtfertigt, oder wenn dies im Interesse der Anteilhaber des betreffenden Fonds erforderlich ist. Die Entscheidung über die Liquidation eines Fonds wird von der Gesellschaft vor der Liquidation veröffentlicht oder gegebenenfalls bekannt gegeben, und in der Veröffentlichung und/oder Bekanntmachung werden die Gründe für die Liquidation angegeben und die damit verbundenen Verfahren erläutert. Sofern der Verwaltungsrat nichts anderes im Interesse oder zur Wahrung der Gleichbehandlung der Anteilhaber beschließt, können die Anteilhaber des betreffenden Fonds weiterhin den Verkauf oder den Tausch ihrer Anteile verlangen. Vermögenswerte, die bis zum Ende des Liquidationszeitraums nicht an die Begünstigten ausgehändigt werden konnten, werden bei der *Caisse de Consignation* für die Begünstigten hinterlegt. Alle an die *Caisse de Consignation* übertragenen Beträge unterliegen einer „*taxe de consignation*“, und daher wird der ursprüngliche Betrag eventuell nicht zurückerstattet.

Unter allen anderen Bedingungen oder wenn der Verwaltungsrat bestimmt, dass der Beschluss den Anteilhabern zur Genehmigung vorgelegt werden sollte, kann der Beschluss zur Liquidation eines Fonds auf einer Versammlung der Anteilhaber des zu liquidierenden Fonds gefasst werden. Auf dieser Fondsversammlung ist kein Quorum erforderlich, und der Beschluss über die Liquidation wird mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Eine Verschmelzung eines Fonds ist vom Verwaltungsrat zu beschließen, sofern der Verwaltungsrat nicht beschließt, die Entscheidung über eine Verschmelzung einer Versammlung der Anteilhaber des betroffenen Fonds vorzulegen. Für eine solche Versammlung ist kein Quorum erforderlich und Beschlüsse werden mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Im Falle einer Verschmelzung eines oder mehrerer Fonds, die dazu führt, dass die Gesellschaft nicht mehr fortbesteht, ist die Verschmelzung von einer Versammlung der Anteilhaber zu beschließen, bei der kein Quorum erforderlich ist und die mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließen kann. Darüber hinaus gelten die im Gesetz vom 17. Dezember 2010 und in den Durchführungsverordnungen festgelegten Bestimmungen bezüglich der Verschmelzung von OGAW (insbesondere in Bezug auf die Mitteilung an die Aktionäre).

Der Verwaltungsrat kann außerdem unter den vorstehend im ersten Absatz von Punkt 4. genannten Bedingungen die Umstrukturierung eines Fonds durch die Aufteilung in zwei oder mehrere getrennte Fonds beschließen. Sofern dies nach Luxemburger Recht erforderlich ist, wird ein solcher Beschluss veröffentlicht oder mitgeteilt, wenn dies angemessen ist, und darüber hinaus wird die Veröffentlichung oder Mitteilung Angaben über die Fonds enthalten, die durch die Umstrukturierung entstehen.

Der vorstehende Absatz gilt auch für eine Aufteilung von Anteilen jeder Anteilklasse.

Unter den vorstehend im ersten Absatz beschriebenen Bedingungen und vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Genehmigung (falls erforderlich) kann der Verwaltungsrat auch die Zusammenlegung oder Aufteilung von Anteilsklassen innerhalb eines Fonds beschließen. Sofern es nach Luxemburger Recht erforderlich ist, wird ein solcher Beschluss veröffentlicht oder mitgeteilt, und die Veröffentlichung oder Mitteilung wird Angaben in Bezug auf die geplante Aufteilung oder Zusammenlegung enthalten. Der Verwaltungsrat kann außerdem beschließen, die Frage der Zusammenlegung oder Aufteilung einer Anteilsklasse einer Versammlung der Inhaber dieser Anteilsklasse zu unterbreiten. Für eine solche Versammlung ist kein Quorum erforderlich und Beschlüsse werden mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

5. Die Verwaltungsgesellschaft ist grundsätzlich bestrebt, die mit den verschiedenen Anlagen der Gesellschaft in übertragbaren Wertpapieren verbundenen Stimmrechte auszuüben. Insofern hat die Verwaltungsgesellschaft die Befugnis zur Stimmrechtsvertretung in Bezug auf die von der Gesellschaft gehaltenen Portfoliowertpapiere dem Anlageverwalter und dem/den Untieranlageverwalter(n) des jeweiligen Fonds übertragen, die nicht unbedingt der Franklin Templeton-Gruppe angehören müssen. Die Aufzeichnungen über die Stimmrechtsvertretung sind kostenlos und auf Anfrage am eingetragenen Sitz der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.



# Anhang D

## Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil

### BERECHNUNG DES NETTOINVENTARWERTS

Der Nettoinventarwert je Anteil („NIW“) jeder Anteilsklasse jedes Fonds wird in der Währung des betreffenden Fonds oder der betreffenden Klasse als eine Zahl pro Anteil angegeben und an jedem Bewertungstag durch Teilung des Nettovermögens der Gesellschaft, das den Anteilsklassen der einzelnen Fonds zuzuordnen ist und bei dem es sich um den Wert der dem Fonds zuzuordnenden Vermögenswerte der Gesellschaft abzüglich der dem Fonds zuzuordnenden Verbindlichkeiten handelt, durch die Zahl der dann in Umlauf befindlichen Anteile ermittelt, auf zwei Dezimalstellen auf- oder abgerundet gemäß Beschluss des Verwaltungsrats.

### BEWERTUNG

Zu den Vermögenswerten der Gesellschaft zählen:

- (a) der gesamte Barbestand und alle Bankguthaben einschließlich aller dafür aufgelaufenen Zinsen;
- (b) alle Wechsel, Schuldscheine und Forderungen (einschließlich der Erlöse aus verkauften, jedoch noch nicht ausgelieferten Wertpapieren);
- (c) alle Anleihen, zeitlich befristeten Schuldscheine, Anteile, Aktien, Schuldverschreibungen, Bezugsrechte, Optionsscheine, Optionen und sonstigen Derivate, Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen und sonstigen Anlagen und Wertpapiere, die Eigentum der Gesellschaft sind oder auf die sie vertragliche Ansprüche hat;
- (d) alle Aktien, Dividenden, Bardividenden und Barausschüttungen, die der Gesellschaft zustehen und soweit sie der Gesellschaft bekannt sind (vorausgesetzt, die Gesellschaft kann in Bezug auf Schwankungen des Marktwerts von Wertpapieren, die auf ex-Dividenden-Handel, ex-Bezugsrechts-Handel oder ähnliche Praktiken zurückzuführen sind, Berichtigungen vornehmen);
- (e) alle aufgelaufenen Zinsen für zinstragende Wertpapiere, die von der Gesellschaft gehalten werden, sofern sie nicht bereits im Kapitalbetrag der betreffenden Wertpapiere enthalten sind oder berücksichtigt wurden;
- (f) die Gründungskosten der Gesellschaft, soweit sie noch nicht abgeschrieben sind; und
- (g) alle sonstigen Vermögenswerte, unabhängig von ihrer Art und Natur, einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Gesamtverbindlichkeiten bestehen aus:

- (a) sämtlichen Fremdmitteln, Wechselverbindlichkeiten und fälligen Verbindlichkeiten;
- (b) allen aufgelaufenen oder fälligen Verwaltungsausgaben (einschließlich Anlageverwaltungs- und/oder -beratungsgebühren, Verwahrstellengebühren und Gebühren der Vertretungsstelle);
- (c) allen bekannten aktuellen und künftigen Verbindlichkeiten, einschließlich aller vertraglich fälligen Geld- oder Sachleistungen und des Betrags der von der Gesellschaft festgesetzten, aber noch nicht ausgeschütteten Dividenden, wenn der Bewertungstag auf den Stichtag zur Feststellung der berechtigten Person fällt oder später liegt;
- (d) einer angemessenen, sich auf Kapital und Erträge zum Bewertungstag begründenden Rückstellung für künftige Steuern, die von der Gesellschaft jeweils festgesetzt wird, sowie allen sonstigen Rückstellungen, die gegebenenfalls vom Verwaltungsrat genehmigt wurden und neben anderen Verbindlichkeiten auch Liquidationskosten enthalten; und
- (e) allen sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft jeglicher Art und Natur, ausgenommen jene, die durch Gesellschaftsanteile verkörpert werden. Bei der Ermittlung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft alle von ihr zu zahlenden maßgeblichen Aufwendungen zu berücksichtigen, wie zum Beispiel die Gründungskosten, die Buchführungskosten, die Gebühren der Verwaltungsgesellschaft für ihre verschiedenen Leistungen und für die der Anlageverwaltung und/oder Anlageberater, der Verwahrstelle und der örtlichen Zahlstellen sowie der ständigen Vertreter an den Orten der Registrierung sowie die Kosten für die Registrierung und Aufrechterhaltung der Registrierung in den verschiedenen Ländern, die Gebühren aller anderen, von der Gesellschaft beschäftigten Vertreter, die Gebühren für Facilities-Services, die Gebühren für Secretary-Services, die Rechtsberatungs- und Buchprüfungsgebühren, Versicherungsprämien, Druck-, Berichtslegungs- und Veröffentlichungskosten einschließlich der Aufwendungen für die Erstellung und den Druck der Prospekte, Basisinformationsblätter, erläuternden Memoranden oder Registrierungsformulare, Steuern und Abgaben an Behörden und alle sonstigen Betriebsaufwendungen, einschließlich der Aufwendungen für den Kauf und Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bankgebühren und Brokerage, Porto, Telefon und Telefax. Die Gesellschaft und/oder die Verwahrstelle können gegebenenfalls regelmäßig anfallende oder anderweitig wiederkehrende Verwaltungs- und sonstige Kosten auf Grundlage eines geschätzten Betrags jährlich oder für einen anderen Zeitraum im Voraus berechnen und in gleichen Anteilen über einen solchen Zeitraum abrechnen.

Abgesicherte Anteilsklassen können ihr Wechselkursrisiko absichern. In diesem Sinne gehen die mit einer solchen Absicherung zusammenhängenden Kosten, Verbindlichkeiten und/oder Vorteile ausschließlich zulasten der betreffenden Klasse. Folglich schlagen sich bei solchen abgesicherten Anteilsklassen alle mit der Absicherung verbundenen Kosten, Verbindlichkeiten und/oder Vorteile im Nettoinventarwert je Anteil nieder. Das Währungsrisiko der Vermögenswerte des betreffenden Fonds wird nicht den einzelnen Klassen zugerechnet. Wechselkursabsicherungen dürfen nicht zu spekulativen Zwecken eingesetzt werden. Die periodisch erscheinenden Berichte der Gesellschaft werden darlegen, wie die Absicherungstransaktionen eingesetzt wurden.

Bei der Ermittlung des NIW der Gesellschaft bewertet die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle Barmittel und Forderungen zu ihrem realisierbaren Wert und erfasst Zinsen, wenn sie auflaufen, und Dividenden am Ex-Dividendtag. Bei der Ermittlung des aktuellen Marktwerts jedes Wertpapiers bedient sich die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle in der Regel zweier unabhängiger Preisfestsetzungsdienste. Wenn Marktnotierungen für Wertpapiere des Portfolios, die an einer Börse notiert sind oder gehandelt werden, ohne Weiteres verfügbar sind, bewertet die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle diese Wertpapiere zu ihrem letzten verfügbaren Kurs an der besagten Börse (dem zuletzt notierten Verkaufspreis bzw. dem offiziellen Schlusskurs des Tages) oder, wenn kein Verkauf stattfand, im Bereich der letzten Geld- und Briefkurse. Die Bewertung von Wertpapieren, die an einem organisierten Markt gehandelt werden, richtet sich so weit wie möglich nach der Berechnung von börsennotierten Wertpapieren.

Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle bewertet im Freiverkehr gehandelte Portfoliowertpapiere, die von einem bestimmten Fonds in Übereinstimmung mit den im vorstehenden Anhang B beschriebenen Anlagebeschränkungen erworben wurden, im Bereich der letzten Geld- und Briefkurse. Portfoliowertpapiere, die sowohl im Freiverkehr als auch an einer Börse gehandelt werden, bewertet die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle gemäß dem größten und repräsentativsten Markt, der vom Verwaltungsrat bestimmt wurde.

Im Allgemeinen werden Geschäfte mit Unternehmensanleihen, Staatspapieren und Geldmarktinstrumenten täglich zu verschiedenen Zeiten vor Börsenschluss der New York Stock Exchange im Wesentlichen vollständig abgewickelt. Der Wert dieser Wertpapiere, der zur Berechnung des NIW herangezogen wird, wird zu diesen Zeitpunkten ermittelt. Gelegentlich können zwischen dem Zeitpunkt der Wertbestimmung und dem Börsenschluss der New York Stock Exchange Ereignisse eintreten, die den Wert dieser Wertpapiere beeinflussen und die bei der Berechnung des NIW nicht berücksichtigt werden. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle stützt sich bei der Überwachung von Ereignissen, die während dieses Zeitraums den Wert dieser Wertpapiere wesentlich beeinflussen, auf externe Preisfeststellungsdienste. Tritt ein solches Ereignis ein, so legt der externe Preisfeststellungsdienst der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Verwaltungsstelle revidierte Werte vor.

Der Wert von Wertpapieren, die nicht an einer Börse oder einem regulierten Markt notiert bzw. gehandelt werden, sowie von Wertpapieren, die zwar notiert oder gehandelt werden, für die jedoch keine Kursangaben zur Verfügung stehen oder bei denen der notierte Kurs nicht dem angemessenen Marktwert der betreffenden Wertpapiere entspricht, wird durch den Verwaltungsrat oder unter dessen Leitung ermittelt. Kurzfristige übertragbare Schuldtitel und Geldmarktinstrumente, die nicht an einer regulierten Börse gehandelt werden, werden in der Regel zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Da die Gesellschaft gemäß den in Anhang B beschriebenen Anlagebeschränkungen in beschränkt verfügbare, nicht börsennotierte, nicht häufig bzw. selten gehandelte und relativ illiquide Wertpapiere investieren darf, ist eine Differenz zwischen dem zuletzt verfügbaren Marktpreis für eines oder mehrere dieser Wertpapiere und den letzten Marktnotierungen dieser Wertpapiere nicht ausgeschlossen. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle verfügen über Verfahren zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts einzelner Wertpapiere und anderer Vermögenswerte, für die keine leicht erhältlichen Marktkurse vorliegen (wie z. B. einige eingeschränkt verfügbare oder nicht börsennotierte Wertpapiere und Privatplatzierungen) oder deren Kurse möglicherweise nicht zuverlässig sind (wie z. B. im Fall von Handelsaussetzungen oder -stopps, von einigen ausländischen Märkten festgelegte Limits für Kursschwankungen und selten gehandelten oder illiquiden Wertpapieren). Einige dieser Wertpapierbewertungsmethoden können Fundamentaldatenanalysen (Ertragsvielfache usw.), Matrixpreise, Abschläge von Marktkursen ähnlicher Wertpapiere oder Abschläge aufgrund der Art und Dauer der Einschränkungen bei der Veräußerung der Wertpapiere umfassen.

Die Anwendung von Fair-Value-Bewertungsverfahren stellt eine Good-Faith-Bestimmung dar, die auf speziell angewandten Verfahren basiert. Es kann jedoch nicht garantiert werden, dass die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Verwaltungsstelle den für ein Wertpapier ermittelten beizulegenden Zeitwert erzielen kann, wenn sie das betreffende Wertpapier zu ungefähr dem Zeitpunkt verkaufen kann, an dem der NIW je Anteil der Gesellschaft ermittelt wird.

Der Handel mit Wertpapieren an ausländischen Wertpapierbörsen und auf Freiverkehrsmärkten (OTC), wie beispielsweise in Europa und Asien, kann in der Regel weit vor der Schließung der New York Stock Exchange an jedem Tag, an dem die New York Stock Exchange geöffnet ist, abgeschlossen werden. Generell oder in bestimmten Ländern findet der Handel mit europäischen und fernöstlichen Wertpapieren nicht unbedingt an jedem Bewertungstag statt. Ferner kann der Handel auf diversen ausländischen Märkten an Tagen stattfinden, die keine Bewertungstage sind und an denen der Nettoinventarwert des Fonds nicht berechnet wird. Daher erfolgt die Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil nicht immer gleichzeitig mit der

Preisfestsetzung zahlreicher Portfoliopapiere, die in die Berechnung eingehen. Wenn Ereignisse den Wert der ausländischen Wertpapiere wesentlich beeinflussen, werden diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der in gutem Glauben durch die Verwaltungsgesellschaft oder unter deren Leitung bestimmt und genehmigt wird.

## **ANPASSUNG SCHWANKENDER PREISE**

Der Nettoinventarwert je Anteil eines Fonds kann zurückgehen, wenn Anleger Anteile des Fonds zu einem Preis kaufen, verkaufen und/oder umtauschen, der den mit den Portfoliotransaktionen dieses Fonds, die der Anlageverwalter zur Regelung der Zu- oder Abflüsse von Barmitteln vornimmt, verbundenen Handelskosten nicht Rechnung trägt.

Zum Ausgleich dieses Verwässerungseffekts und zum Schutz der Interessen der Anteilsinhaber kann die Gesellschaft im Rahmen ihrer Bewertungsstrategie einen Swing-Pricing-Mechanismus verwenden.

Der Fonds wendet einen Swing-Pricing-Mechanismus an, wenn die gesamte Kapitalaktivität (Summe der Zuflüsse und Abflüsse) auf Fondsebene über eine festgelegte Grenze hinausgeht, die in Prozent des Nettovermögens des betreffenden Fonds für den Bewertungstag angegeben wird. Die Fonds können einen vollumfänglichen Swing-Pricing-Mechanismus anwenden, bei dem die Grenze auf Null gesetzt wird, oder einen teilweisen Swing-Pricing-Mechanismus, bei dem die Grenze über Null liegt.

Diese Anpassung erhöht normalerweise den Nettoinventarwert je Anteil, wenn es Nettomittelzuflüsse in den Fonds gibt, und sie reduziert den Nettoinventarwert je Anteil, wenn es Nettomittelabflüsse gibt. Der Nettoinventarwert je Anteil jeder Anteilsklasse eines Fonds wird separat berechnet, eine Anpassung wird sich jedoch prozentual in gleichem Maße auf den Nettoinventarwert je Anteil jeder Anteilsklasse eines Fonds auswirken. Das Swing-Pricing berücksichtigt nicht die besonderen Umstände jeder einzelnen Anlegertransaktion.

Mit den Anpassungen soll den voraussichtlichen Preisen, zu denen der Fonds Vermögenswerte kauft und verkauft, sowie den geschätzten Transaktionskosten Rechnung getragen werden. Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Volatilität des Nettoinventarwerts des Fonds infolge der Anwendung von Swing-Pricing eventuell nicht die tatsächliche Wertentwicklung des Portfolios widerspiegelt.

Der Umfang der Anpassungsauswirkung wird von Faktoren wie dem Transaktionsvolumen, den Kauf- oder Verkaufspreisen der zugrunde liegenden Anlagen und der zur Berechnung des Wertes dieser zugrunde liegenden Anlagen des Fonds verwendeten Bewertungsmethode bestimmt.

Der Swing-Pricing-Mechanismus kann bei allen Fonds der Gesellschaft angewendet werden. Das Ausmaß der Preisanpassung wird von der Gesellschaft regelmäßig neu festgelegt, um eine Annäherung an die aktuellen Handels- und sonstigen Kosten zu bieten. Diese Anpassung kann von Fonds zu Fonds unterschiedlich ausfallen und wird unter normalen Marktbedingungen höchstens 2 % des ursprünglichen Nettoinventarwerts je Anteil betragen. Der Verwaltungsrat kann unter außergewöhnlichen Umständen, im Fall ungewöhnlich starker Handelsaktivität, und wenn dies im besten Interesse der Anteilsinhaber liegt, eine Anhebung dieser Grenze genehmigen.

Die Verwaltungsgesellschaft überträgt ihre Befugnisse zur Umsetzung und periodischen Überprüfung der operativen Entscheidungen im Zusammenhang mit Swing-Pricing an das Swing Pricing Oversight Committee. Dieser Ausschuss ist verantwortlich für Entscheidungen hinsichtlich Swing-Pricing und die laufende Genehmigung von Swing-Faktoren, die die Grundlage für feste Anweisungen bilden.

Die Preisanpassung ist auf Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft an ihrem eingetragenen Sitz erhältlich.

Bei bestimmten Anteilsklassen hat die Verwaltungsgesellschaft gegebenenfalls Anspruch auf eine Performancegebühr, die auf dem NIW ohne Swing-Pricing basiert.

Weitere Informationen zum Swing-Pricing finden Sie unter: <https://www.franklintempleton.lu/investor/resources/investor-tools/swing-pricing>.

## **AUSSETZUNG DER ERMITTLUNG DES NETTOINVENTARWERTS**

1. Die Gesellschaft kann die Ermittlung des Nettoinventarwerts der Anteile eines bestimmten Fonds sowie den Kauf und Verkauf von Anteilen und den Umtausch von Anteilen aus diesem oder in diesen Fonds aussetzen:
  - (a) solange die wichtigsten Börsen oder Märkte, an denen ein wesentlicher Teil der Wertpapiere der Gesellschaft notiert, die dem betreffenden Fonds jeweils zuzurechnen sind, geschlossen sind oder der dortige Handel eingeschränkt oder ausgesetzt ist; oder
  - (b) solange ein Notstand vorliegt, der die Veräußerung oder Bewertung von Vermögenswerten im Besitz der Gesellschaft, die dem betreffenden Fonds zugeordnet werden können, undurchführbar macht; oder

- (c) solange Kommunikationsmittel ausgefallen oder eingeschränkt sind, die normalerweise zur Feststellung des Kurses oder Werts der Wertpapiere eines bestimmten Fonds oder des aktuellen Kurses oder Werts an einer Börse oder einem anderen Markt genutzt werden; oder
- (d) solange die Gesellschaft sich außerstande sieht, Mittel zu repatriieren, um Zahlungen für Anteilsverkäufe zu leisten, oder wenn die Überweisung von Geldern in Verbindung mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Anteilen oder Zahlungen, die beim Anteilsverkauf fällig werden, nach Ansicht des Verwaltungsrats nicht zu normalen Wechselkursen durchgeführt werden kann; oder
- (e) solange der Nettoinventarwert der Anteile eines Fonds nicht genau bestimmt werden kann, oder
- (f) in Zeiträumen, in denen nach Ansicht des Verwaltungsrats außergewöhnliche Umstände vorliegen, die die Fortsetzung des Handels mit Anteilen eines Fonds praktisch nicht durchführbar machen oder für die Anleger unzumutbar sein würden, oder wenn andere Umstände vorliegen, unter denen eine Nichtaussetzung dazu führen könnte, dass den Anlegern oder einem Fonds Steuerverbindlichkeiten oder sonstige finanzielle Nachteile oder Schäden entstehen würden, die den Anlegern oder einem Fonds ansonsten nicht entstanden wären; oder
- (g) wenn die Gesellschaft oder ein Fonds aufgelöst wird oder werden könnte, ab dem Datum, an dem dieser Beschluss vom Verwaltungsrat getroffen wird oder an dem die Anteilhaber zu einer Hauptversammlung der Anteilhaber geladen werden, bei der ein Beschluss zur Auflösung der Gesellschaft oder eines Fonds vorgelegt werden soll; oder
- (h) im Falle einer Verschmelzung, wenn dies dem Verwaltungsrat zum Schutz der Anteilhaber für gerechtfertigt erscheint; oder
- (i) im Falle einer Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts eines oder mehrerer zugrunde liegender Investmentfonds, in die ein Fonds einen erheblichen Teil seines Vermögens investiert hat.

Gemäß dem Gesetz vom 17. Dezember 2010 sind die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen untersagt:

- (i) in Zeiten, in denen die Gesellschaft keine Verwahrstelle hat, und
  - (ii) wenn die Verwahrstelle liquidiert oder für insolvent erklärt wird oder einen Vergleich mit den Gläubigern, eine Aussetzung von Zahlungen oder eine kontrollierte Geschäftsführung anstrebt oder Gegenstand eines ähnlichen Verfahrens ist.
2. Die Gesellschaft gibt derartige Aussetzungen bekannt und teilt dies Anteilhabern, die bei der Gesellschaft den Verkauf oder Umtausch (sofern zulässig) ihrer Anteile beantragt haben, zum Zeitpunkt der Einreichung eines unwiderruflichen schriftlichen Kauf- oder Umtauschantrags mit.

## ZUWEISUNG VON VERMÖGENSWERTEN UND VERBINDLICHKEITEN

Der Verwaltungsrat bildet auf die nachfolgend beschriebene Weise für die Anteile jedes einzelnen Fonds einen Vermögenspool:

1.
  - (a) die Ausgabeerlöse in Bezug auf die Anteile aller Klassen jedes einzelnen Fonds werden in den Büchern der Gesellschaft dem Vermögenspool des betreffenden Fonds gutgeschrieben; desgleichen werden alle dem Fonds zuzuschreibenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen diesem Pool zugeordnet;
  - (b) wenn sich aus einem bestimmten Vermögenswert ein anderer Vermögenswert ableitet, wird der abgeleitete Vermögenswert in den Büchern der Gesellschaft demselben Pool zugeordnet, zu dem auch die Vermögenswerte zählen, von denen er sich ableitet, und bei jeder Neubewertung eines Vermögenswerts wird die jeweilige Wertsteigerung oder Wertminderung dem betreffenden Pool zugerechnet;
  - (c) wenn die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, die sich auf einen Vermögenswert eines bestimmten Pools oder eine Transaktion im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines bestimmten Pools bezieht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Pool zugeordnet;
  - (d) wenn ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft keinem bestimmten Pool zugeordnet werden kann, wird dieser Vermögenswert oder diese Verbindlichkeit zu gleichen Teilen auf alle Pools verteilt oder, wenn die Höhe der Beträge dies rechtfertigt, im Verhältnis zum Nettoinventarwert des betreffenden Pools auf die Pools umgelegt;
  - (e) am Stichtag zur Feststellung der berechtigten Person, die Anspruch auf Dividenden aus den Anteilen einer Fondsklasse hat, wird der Nettoinventarwert je Anteil des betreffenden Fonds um den Betrag der festgesetzten Ausschüttung reduziert.
2. Wenn innerhalb eines Fonds zwei oder mehrere Anteilsklassen gebildet wurden, gelten die oben angeführten Zuordnungsregeln für diese Klassen entsprechend.

3. Für die Zwecke der Berechnung des Nettoinventarwerts, der Bewertung und oben beschriebenen Zuordnung werden zurückzunehmende Anteile der Gesellschaft als existierend behandelt und sind am Bewertungstag bis unmittelbar nach Geschäftsschluss zu berücksichtigen. Sie gelten als Verbindlichkeit der Gesellschaft, bis ihr Preis gezahlt worden ist. Alle Anlagen, Barbestände und sonstigen Vermögenswerte der Gesellschaft, die auf eine andere Währung als die des betreffenden Fonds lauten, werden unter Berücksichtigung des Markt- oder Wechselkurses bewertet, der jeweils an dem Datum und zu der Uhrzeit gilt, an denen der Nettoinventarwert der Anteile ermittelt wird. Soweit möglich, werden an jedem Bewertungstag die von der Gesellschaft für den Bewertungstag vertraglich vereinbarten Wertpapierkäufe und -verkäufe berücksichtigt.

# Anhang E

## Franklin Templeton Alternative Funds – Aufschläge, Gebühren und Kosten

### 1. AUSGABEAUFSCHLAG

#### Ausgabeaufschlag

Überblick über die Anteilsklassen	Klassen: • A	Klassen: • N	Klassen: • S • J • W*	Klassen: • EB • EO • I • X • Y
<b>Anlegerkategorie</b>	Privat und institutionell	Privat und institutionell	Privat und institutionell	Institutionelle Anleger
<b>Ausgabeaufschlag</b>	Bis zu 5,75 %	Bis zu 3,00 %	Nein	Nein

\* Intermediäre oder Vertriebsstellen, die Anteile der Klasse W vertreiben, können eigene Vertriebsgebühren erheben, diese sollten aber nicht 5,75 % übersteigen.

### 2. JÄHRLICHE VERWALTUNGSGEBÜHR

Da Anteile der Klasse X und Anteile der Klasse Y unter anderem darauf abzielen, alternative Gebührenstrukturen zu ermöglichen, wenn es sich bei dem Anleger um einen Kunden von Franklin Templeton handelt, dem die jährliche Verwaltungsgebühr direkt von Franklin Templeton in Rechnung gestellt wird, ist in Bezug auf Anteile der Klasse X und Anteile der Klasse Y keine jährliche Verwaltungsgebühr aus dem Nettovermögen des maßgeblichen Fonds zu zahlen.

Im Folgenden ist die jährliche Verwaltungsgebühr in Bezug auf die jeweiligen Anteile aufgeführt:

Name des Fonds	Klasse A	Klasse N	Klasse EB	Klasse EO	Klasse I	Klasse J	Klasse S	Klasse W
FRANKLIN K2 ELLINGTON STRUCTURED CREDIT UCITS FUND	1,90 %	2,65 %	0,50 %	0,65 %	1 %	/	Bis zu 1 %	1 %
FRANKLIN K2 BARDIN HILL ARBITRAGE UCITS FUND	1,95 %	2,7 %	0,63 %	0,75 %	1,25 %	/	Bis zu 1,25 %	1,25 %
FRANKLIN K2 WELLINGTON TECHNOLOGY LONG SHORT UCITS FUND	1,90 %	2,65 %	0,60 %	0,75 %	1,20 %	/	Bis zu 1,20 %	1,20 %
FRANKLIN K2 ELECTRON GLOBAL UCITS FUND	1,95 %	2,7 %	0,60 %	0,75 %	1,25 %	Bis zu 1,25 %	Bis zu 1,25 %	1,25 %
FRANKLIN K2 DYNAMIC MARKET NEUTRAL UCITS FUND	/	/	/	/	1,30 %	/	Bis zu 1,30 %	/
FRANKLIN K2 ATHENA RISK PREMIA UCITS FUND	1,20 %	1,95 %	0,30 %	0,45 %	0,60 %	/	Bis zu 0,60 %	0,60 %
FRANKLIN K2 CAT BOND UCITS FUND	1,50 %	2,25 %	0,40 %	0,55 %	0,75 %	/	Bis zu 0,75 %	0,75 %
FRANKLIN K2 ACTUSRAY EUROPEAN ALPHA UCITS FUND	1,95 %	/	0,75 %	1,00 %	1,25 %	/	Bis zu 1,25 %	1,25 %
FRANKLIN K2 CFM SYSTEMATIC GLOBAL MACRO UCITS FUND	/	/	0,5 %	0,75 %	1,00 %	/	Bis zu 1 %	/

### 3. PERFORMANCEGEBÜHREN

A) Es gelten die folgenden Performancegebühren:

Name des Fonds	Anteilswährung	Performancegebühr			
		Klassen A, I, N, W, X und Y	Klasse EB	Klasse EO	Klasse S
FRANKLIN K2 ELLINGTON STRUCTURED CREDIT UCITS FUND <sup>17</sup>	EUR	/	/	15 %	/
	CHF	/	/	15 %	/
	USD	/	/	15 %	/
	GBP	/	/	15 %	/
	JPY	/	/	15 %	/
FRANKLIN K2 BARDIN HILL ARBITRAGE UCITS FUND <sup>18</sup>	EUR	12,5 %	10 %	20 %	20 %
	CHF	12,5 %	10 %	20 %	20 %
	USD	12,5 %	10 %	20 %	20 %
	GBP	12,5 %	10 %	20 %	20 %
	JPY	12,5 %	10 %	20 %	20 %
FRANKLIN K2 WELLINGTON TECHNOLOGY LONG SHORT UCITS FUND	EUR	15 %	12,5 %	20 %	15 %
	CHF	15 %	12,5 %	20 %	15 %
	USD	15 %	12,5 %	20 %	15 %
	GBP	15 %	12,5 %	20 %	15 %
	JPY	15 %	12,5 %	20 %	15 %
FRANKLIN K2 ELECTRON GLOBAL UCITS FUND	EUR	15 %	10 %	20 %	15 %
	CHF	15 %	10 %	20 %	15 %
	USD	15 %	10 %	20 %	15 %
	GBP	15 %	10 %	20 %	15 %
	JPY	15 %	10 %	20 %	15 %
	SGD	15 %	10 %	20 %	15 %
FRANKLIN K2 DYNAMIC MARKET NEUTRAL UCITS FUND	EUR	15 %	/	-	15 %
	CHF	15 %	/	-	15 %
	USD	15 %	/	-	15 %
	GBP	15 %	/	-	15 %
	JPY	15 %	/	-	15 %
FRANKLIN K2 ACTUSRAY EUROPEAN ALPHA UCITS FUND	EUR	20 %	20 %	20 %	20 %
	CHF	20 %	20 %	20 %	20 %
	USD	20 %	20 %	20 %	20 %
	GBP	20 %	20 %	20 %	20 %
	JPY	20 %	20 %	20 %	20 %
FRANKLIN K2 CFM SYSTEMATIC GLOBAL MACRO UCITS FUND	EUR	15 %	15 %	15 %	15 %
	CHF	15 %	15 %	15 %	15 %
	USD	15 %	15 %	15 %	15 %
	GBP	15 %	15 %	15 %	15 %
	JPY	15 %	15 %	15 %	15 %

<sup>17</sup> Für die Anteile der Klasse EO des Franklin K2 Ellington Structured Credit UCITS Fund fallen nach dem aktuellen Abrechnungszeitraum bis zum 31. März 2024 keine Performancegebühren mehr an.

<sup>18</sup> Für die Anteile der Klasse S des Franklin K2 Bardin Hill Arbitrage UCITS Fund fallen nach dem aktuellen Abrechnungszeitraum bis zum 31. März 2024 keine Performancegebühren mehr an.

B) Im Folgenden sind die Performancegebühren für die Anteile der Klasse J aufgeführt:

Name des Fonds	Anteilswährung	Performancegebühr	Für die Performancegebühr geltende Benchmark	Benchmark-Administrator	Hurdle
<b>Franklin K2 Electron Global UCITS Fund</b>	EUR	18 %	Euro Short-term Rate (ESTR)	Europäische Zentralbank	Benchmark + 3 %
	USD	18 %	Secured Overnight Financing Rate (SOFR)	Federal Reserve Bank of New York	Benchmark + 3 %
	GBP	18 %	Sterling Over Night Index Average (SONIA)	Bank of England	Benchmark + 3 %

Es wird keine Performancegebühr für den Franklin K2 Athena Risk Premia UCITS Fund und den Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund berechnet.



# Anhang F

## Angaben zu den Benchmarks

Anteilhaber werden darauf hingewiesen, dass sich diese Benchmarks mit der Zeit ändern können und dass der Verkaufsprospekt dann entsprechend aktualisiert wird. Die aktuelle Liste der Benchmarks der Fonds ist auf der Website [www.franklintempleton.lu](http://www.franklintempleton.lu) zu finden.

### 1. FRANKLIN K2 ELLINGTON STRUCTURED CREDIT UCITS FUND

Benchmarks:

HFRX RV: FI-Asset Backed Index

Bloomberg Barclays US Aggregate Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

### 2. FRANKLIN K2 BARDIN HILL ARBITRAGE UCITS FUND

Benchmarks:

HFRX ED: Merger Arbitrage Index

HFRX Event Driven Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

### 3. FRANKLIN K2 WELLINGTON TECHNOLOGY LONG SHORT UCITS FUND

Benchmarks:

HFRX Equity Hedge Index

MSCI World Information Technology Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

### 4. FRANKLIN K2 ELECTRON GLOBAL UCITS FUND

Benchmarks:

MSCI World Utilities Sector Index

HFRX Equity Hedge Index

Euro Short-term Rate (ESTR) – dient der Berechnung der Performancegebühr

Secured Overnight Financing Rate (SOFR) – dient der Berechnung der Performancegebühr

Sterling Over Night Index Average (SONIA) – dient der Berechnung der Performancegebühr

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb der Benchmarks anlegen.

### 5. FRANKLIN K2 ATHENA RISK PREMIA UCITS FUND

Benchmark: ICE BofA US 3-Month Treasury Bill Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

## **6. FRANKLIN K2 CAT BOND UCITS FUND**

Benchmark: Secured Overnight Financing Rate (SOFR)

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

## **7. FRANKLIN K2 ACTUSRAY EUROPEAN ALPHA UCITS FUND**

Benchmark: HFRX Equity Hedge – Equity Market Neutral Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

## **8. FRANKLIN K2 DYNAMIC MARKET NEUTRAL UCITS FUND**

Benchmark: HFRU Hedge Fund Composite Index USD

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmarks dienen ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmarks dienen weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmarks anlegen.

## **9. FRANKLIN K2 CFM SYSTEMATIC GLOBAL MACRO UCITS FUND**

Benchmark: HFRX Macro: Systematic Diversified CTA Index

Verwendung der Benchmark und Ähnlichkeit des Fonds mit der Benchmark Der Fonds wird aktiv verwaltet. Die Benchmark dient ausschließlich als Referenz für Anleger für den Vergleich mit der Wertentwicklung des Fonds. Diese Benchmark dient weder als Vorgabe für die Zusammenstellung des Fondsportfolios noch als Zielwert für die Performance des Fonds, den es zu übertreffen gilt. Der Fonds ist nicht verpflichtet, Indexbestandteile zu halten, und kann bis zu 100 % seines Nettovermögens außerhalb dieser Benchmark anlegen.

# Anhang G

## Offenlegungen nach SFDR

### Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund

Vorvertragliche Informationen zu den in Artikel 8 Absätze 1, 2 und 2a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten

**Name des Produkts:** Franklin Templeton Alternative Funds – Franklin K2 Cat Bond UCITS Fund (der „Fonds“)

**Unternehmenskennung:** 549300014KL5NVWP3Z23

## Ökologische und/oder soziale Merkmale

Werden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?

Ja

Nein

- Es wird damit ein Mindestanteil an **nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel** getätigt: \_\_\_ %
  - in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind
  - in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind
- Damit wird ein Mindestanteil an **nachhaltigen Investitionen mit einem sozialen Ziel** getätigt: \_\_\_ %

- Es werden damit **ökologische/soziale Merkmale** beworben und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt werden, enthält es einen Mindestanteil von **15 %** an nachhaltigen Investitionen<sup>19</sup>
  - mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind
  - mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind
  - mit einem sozialen Ziel
- Es werden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber **keine nachhaltigen Investitionen getätigt.**

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. Diese Verordnung umfasst kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomiekonform sein oder nicht.



**Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?**

Die von dem Fonds beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale umfassen unter anderem die Verringerung von Armut, die Förderung stabiler und nachhaltiger Infrastruktur, die Minderung von und die Anpassung an den Klimawandel. Der Anlageverwalter ist bestrebt, diese Merkmale durch Investitionen in Katastrophenanleihen zu erreichen, mit denen das Ziel verfolgt wird, Gemeinden zu unterstützen, die von extremen Naturereignissen betroffen sind, welche unter anderem durch die Auswirkungen des Klimawandels verstärkt werden. Ökologische und/oder soziale Merkmale werden zudem mittels einer Reihe von Ausschlusskriterien beworben, die weiter unten detailliert beschrieben sind.

<sup>19</sup> Ab dem 1. April 2024 wird der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem sozialen Ziel des Fonds von 15 % auf 9 % des Nettovermögens des Fonds sinken.

Außerdem verpflichtet sich der Fonds, mindestens 15 % des Portfolios in nachhaltigen Investitionen zu halten<sup>19</sup>, mit denen ein soziales Ziel im Einklang mit den folgenden nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (die „UN SDG“) verfolgt wird:

- Ziel 1 Keine Armut (das „Ziel Keine Armut“) und
- Ziel 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur (das „Ziel Industrie, Innovation und Infrastruktur“).

Obwohl keine Verpflichtung dazu besteht, nachhaltige Anlagen zu halten, mit denen ein ökologisches Ziel im Sinne der Verordnung über Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (Sustainable Finance Disclosure Regulation, „SFDR“) verfolgt wird, ist der Fonds darüber hinaus bestrebt, der Umwelt zu dienen und Ziel 13 Maßnahmen zum Klimaschutz („Ziel Maßnahmen zum Klimaschutz“) zu unterstützen.

Der Fonds nutzt verschiedene Methoden zur Bewertung seiner ökologischen und/oder sozialen Leistung, verwendet jedoch keine Referenzwerte, an denen er die ökologischen und/oder sozialen Merkmale, die der Fonds bewirbt, ausrichtet.

Mit Nachhaltigkeitsindikatoren wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

● **Welche Nachhaltigkeitsindikatoren werden zur Messung der Erreichung der einzelnen ökologischen oder sozialen Merkmale, die durch dieses Finanzprodukt beworben werden, herangezogen?**

Zur Messung der Erreichung der beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden folgende Nachhaltigkeitsindikatoren herangezogen:

- Engagement bei Emittenten mit einem positiven Beitrag in ökologischen und/oder sozialen Ergebnisbereichen im Hinblick auf die folgenden UN SDG: Keine Armut, Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Maßnahmen zum Klimaschutz;
- Engagement bei Emittenten, die in der unten im Abschnitt Anlagestrategie dieses Anhangs beschriebenen Ausschlussliste im Hinblick auf die Faktoren Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance, „ESG“) aufgenommen sind, und
- Der erzielte Prozentsatz der Verkleinerung des Anlageuniversums nach Anwendung der Screening-Kriterien.

● **Welches sind die Ziele der nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, und wie trägt die nachhaltige Investition zu diesen Zielen bei?**

Die nachhaltigen Investitionen tragen zur Erreichung der sozialen Ziele in Verbindung mit den UN SDG Keine Armut, Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Maßnahmen zum Klimaschutz bei. Sie decken spezielle Risiken ab (Flächenbrände und Überflutungen) und bieten unterversorgten Gemeinden Versicherungen an.

Der Anlageverwalter hat vier Kategorien von Katastrophenanleihen mit einem sozialen Ziel identifiziert, die unterversorgten Gemeinden einen Versicherungsschutz bieten. Sie sind wie folgt definiert:

• **Weltbankanleihen (Ziel Keine Armut)**

Die Weltbank arbeitet mit Entwicklungsländern für den Fall einer großen Naturkatastrophe am Risikotransfer auf den Katastrophenanleihemarkt. Bis heute hat es mittels dieser Anleihen mehrere schnelle Auszahlungen bei Ereignissen in Mexiko und Peru gegeben. Diese Anleihen helfen bei der Überbrückung der erheblichen Versicherungslücke in Bezug auf Sachversicherungen, die den Unterschied zwischen wirtschaftlichen und versicherten Verlusten darstellen.

• **Versicherer letzter Instanz (Ziel Industrie, Innovation und Infrastruktur)**

Diese werden Parteien angeboten, deren Versicherungsrisiko als extrem hoch eingestuft wird. Da solche Antragsteller von den meisten privaten Versicherungsunternehmen als nicht versicherungsfähig eingestuft werden, können sie keine Versicherungspolice erhalten, um ihre Risiken abzudecken, und ganz sicher nicht zu wettbewerbsfähigen Marktpreisen. Regierungen sind eingeschritten, um landesweite Versicherer letzter Instanz zu schaffen, die anstelle privater Versicherungsunternehmen ihrer Bevölkerung Versicherungspolice anbieten. Die Staaten schaffen somit ihre eigenen Versicherungsunternehmen, die daraufhin das Verlustrisiko von ihrer Bilanz auf den Katastrophenanleihemarkt transferieren. Das ermöglicht es Staaten, ihren Einwohnern bezahlbare Versicherungen anzubieten. Aus sozialer Perspektive ermöglichen diese Anleihen eine Erweiterung des Versicherungsschutzes mithilfe einer flexiblen Kapitalmarktlösung, die den Umfang von Versicherungsprodukten für Wohnungsbesitzer und Unternehmen erweitern kann.

- **Pfandbriefe der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die „IBRD“) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die „EBRD“) (Ziel Industrie, Innovation und Infrastruktur)**

Anleihen und Schuldverschreibungen, die das Schuldverschreibungsprogramm der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten in Mitgliedsstaaten unterstützt. Erlöse aus den Sicherheiten dieser Anleihen werden von der Weltbank dazu benutzt, um nachhaltige Entwicklungsprojekte und Ziele in Mitgliedsstaaten zu finanzieren. Die Inhaber von Katastrophenanleihen bieten der Weltbank über die Sicherheitenanlagen Kapitalhilfen, so dass sie ihren Mitgliedsstaaten Dienstleistungen anbieten können.

- **Klimaanleihen (Ziel Maßnahmen zum Klimaschutz)**

Bestimmte Katastrophenanleihen bieten Versicherungsschutz ausschließlich in unterversicherten Gebieten, die vom Klimawandel betroffen sind. Mittels Research wurde dargelegt, dass Überflutungen und Flächenbrände die beiden Gefahrenherde darstellen, die am meisten vom Klimawandel verschlimmert werden. Diese Anleihen helfen bei der Überbrückung der erheblichen Versicherungslücke in Bezug auf Sachversicherungen, die den Unterschied zwischen wirtschaftlichen und versicherten Verlusten angesichts der relativ niedrigen Versicherungsdurchdringung bei Versicherungen gegen Verluste aufgrund von Überflutungen und Flächenbränden bilden.

● ***Inwiefern werden die nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, keinem der ökologischen oder sozialen nachhaltigen Anlageziele erheblich schaden?***

Der Fonds ist zu einer aktiven Überwachung des Status von Emittenten innerhalb des Universums an Katastrophenanleihen in Verbindung mit den Grundsätzen des Global Compact der Vereinten Nationen (die „UNGC-Grundsätze“) verpflichtet, zusammen mit dem Status von Emittenten, in die der Fonds investiert hat. Dabei wird berücksichtigt, dass der Versicherungsschutz innerhalb dieses Universums im Vergleich zu traditionellen Anlageklassen niedrig ist. Emittenten von Katastrophenanleihen, die die Prüfung im Hinblick auf die UNGC-Grundsätze des Anlageverwalters nicht bestehen, werden ausgeschlossen.

Das Investmentteam ist der Meinung, dass Katastrophenanleihen grundsätzlich die Anpassung fördern, indem die Begünstigten dabei unterstützt werden, mit den Auswirkungen von Klimawandel leben zu lernen. Emittenten von Katastrophenanleihen benutzen die Anlagen, um die von Naturkatastrophen betroffenen Gebiete wieder aufzubauen. Es bestehen für sie Anreize, den Wiederaufbau mit Anpassungs- und Mitigierungsmaßnahmen voranzutreiben, um so die Auswirkungen und Risiken des Klimawandels zu verringern. Der Anlageverwalter analysiert die Verpflichtung der Emittenten, die von Überflutung und Flächenbrand betroffenen Gebiete unter Beachtung des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen wieder aufzubauen. Insbesondere stellt der Anlageverwalter bei Anleihen, die als nachhaltig eingestuft werden, sicher, dass damit keine Projekte versichert werden, die zur Gewinnung, Lagerung, dem Transport oder der Produktion von fossilen Brennstoffen oder der Versicherung von Fahrzeugen, Immobilien oder anderer Anlagen für solche Zwecke dienen.

– – *Wie wurden die Indikatoren für nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?*

Generell prüft der Anlageverwalter, dass die Nutzung von Einnahmen aus Katastrophenanleihen keinen erheblichen Schaden bei nachhaltigen ökologischen oder sozialen Investitionszielen verursachen. Da die bedeutenden negativen Auswirkungen (Principal Adverse Impacts, „PAI“) für die Anlageklasse nur eine begrenzte Bedeutung haben, wird die Taxonomie für Nachhaltigkeitsüberlegungen benutzt.

Um negative Auswirkungen zu mindern, stellt der Anlageverwalter sicher, dass versicherte Anlagen nicht der Produktion umstrittener Waffen oder der Erforschung, Gewinnung, Lagerung, Produktion oder dem Transport von fossilen Brennstoffen dienen.

– – – *Wie stehen die nachhaltigen Investitionen mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang?*

Da der Fonds nicht in Unternehmen investiert, ist die Ausrichtung auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen nicht relevant. Der Fonds ist jedoch zu einer aktiven Überwachung der Emittenten innerhalb des Anlageuniversums von Katastrophenanleihen im Hinblick auf die UNGC-Grundsätze verpflichtet, zusammen mit dem Status von Emittenten, in die der Fonds investiert hat. Dabei wird berücksichtigt, dass der Versicherungsschutz innerhalb dieses Universums im Vergleich zu traditionellen Anlageklassen niedrig ist.

*In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische EU-Kriterien beigefügt.*

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen Anwendung, die die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

*Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.*



**Werden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?**

Ja

Nein

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.



**Welche Anlagestrategie wird mit diesem Finanzprodukt verfolgt?**

Der Fonds verfolgt bei Investitionen in Katastrophenanleihen einen regelbasierten, bewertungsorientierten Ansatz, der in den folgenden Schritten umrissen werden kann.

Im ersten Schritt schließt der Anlageverwalter Lebens- und Hypothekenemissionen aus dem Universum an Katastrophenanleihen aus, denn für das Portfolio sind keine Gewinne aufgrund des Verlusts von Leben oder Wohnsitz vorgesehen.

Danach schließt der Anlageverwalter private Emissionen aus, die keine Transparenz bieten und bei denen die ESG-Auswirkungen nicht bewertet werden können. Daraufhin erstellt der Anlageverwalter eine Rangliste der verbliebenen Anleihen gemäß der jeweiligen Spreads. Die oberen 10 % und die unteren 10 % der Anleihen werden auf Basis der Spreads wegen aggressiver Preise und begrenzter Daten für modellierte Ergebnisse ausgeschlossen.

Danach identifiziert der Anlageverwalter Anleihen mit einem ökologischen und/oder sozialen Merkmal mithilfe einer Bottom-Up-Analyse des Sponsors und des Versicherungsrisikos, welches die Anleihe abdeckt. Bei 9 % der nachhaltigen Investitionen sind Anleihen mit einem sozialen Ziel solche, die spezielle Versicherungsrisiken in Gebieten abdecken, die von privaten Versicherungsmärkten unterversorgt werden. Diese ausgewählten Anleihen sind immer mit den UN SDG Keine Armut,

Die **Anlagestrategie** dient als Richtschnur für Investitionsentscheidungen, wobei bestimmte Kriterien wie beispielsweise Investitionsziele oder Risikotoleranz berücksichtigt werden.

Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Maßnahmen zum Klimaschutz gekennzeichnet. Gemäß des Investitionsziels des Fonds müssen diese Anleihen auch die erforderlichen als Insurance-Linked-Securities (ILS) bezeichneten Investitionsmerkmale erfüllen, um für die Aufnahme in das Portfolio geeignet zu sein. Aus ökologischer Perspektive decken diese Anleihen eines von zwei speziellen Klimarisiken ab: Flächenbrände und Überflutungen.

Schließlich investiert der Fonds nicht in Katastrophenanleihen aus einem Land, das nach dem Freedom House Index<sup>20</sup> als „nicht frei“ gilt, oder in Katastrophenanleihen, die nicht die UNGC-Grundsätze befolgen.

- **Worin bestehen die verbindlichen Elemente der Anlagestrategie, die für die Auswahl der Investitionen zur Erfüllung der beworbenen ökologischen oder sozialen Ziele verwendet werden?**

Die verbindlichen Elemente der Investitionsstrategie sind:

1. Ausschluss von Katastrophenanleihen bei Lebens- und Hypothekenemissionen, um nicht zu Begünstigten aufgrund von Todesfällen oder Zwangsräumungen zu werden;
2. Ausschluss von Investitionen in Katastrophenanleihen aus einem Land, das nach dem Freedom House Index als „nicht frei“ gilt, oder in Katastrophenanleihen, die nicht die UNGC-Grundsätze befolgen.

- **Um welchen Mindestsatz wird der Umfang der vor der Anwendung dieser Anlagestrategie in Betracht gezogenen Investitionen reduziert?**

Nicht zutreffend.

- **Wie werden die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung der Unternehmen, in die investiert wird, bewertet?**

Der Anlageverwalter bewertet die Anforderungen an gute Unternehmensführung der Jurisdiktionen, in denen die Katastrophenanleihen begeben wurden, und investiert nur in Titel aus Jurisdiktionen mit strengen Anforderungen an gute Unternehmensführung.

Emittenten von Katastrophenanleihen, die dem UNGC-Filter des Anlageverwalters nicht entsprechen, werden ausgeschlossen.

Bei der Prüfung guter Unternehmensführung wird eine obligatorische Prüfung der von der Ratingagentur AM Best vergebenen Ratings<sup>21</sup> (die „AM Best Ratings“) von Anleiheemittenten mit einbezogen. Bei zwei vergleichbaren Anleihen werden die AM Best Ratings dazu benutzt, eine Entscheidung zu treffen.

AM Best Ratings sind für den Anlageprozess dieses Fonds relevant, da sie ausschließlich auf den Versicherungssektor konzentriert sind. Bei dem Ratingprozess werden Faktoren berücksichtigt, wie das Geschäftsprofil des Versicherungsunternehmens, die Bilanz und die operative Leistung, sowie die Frage, wie es im Vergleich zu seinen Konkurrenten abschneidet.

### Welche Vermögensallokation ist für dieses Finanzprodukt geplant?

Der Anlageverwalter verwendet eine verbindliche eigene ESG-Methodik, die auf mindestens 60 % des Fondsportfolios angewendet wird. Der verbleibende Teil (<40 %) des Portfolios, der hauptsächlich aus liquiden Mitteln (ergänzende liquide Mittel, Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds) besteht, ist nicht an den beworbenen Merkmalen ausgerichtet. Für das Portfoliosegment des Fonds, das an den beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmalen ausgerichtet ist, geht der Fonds eine weitere Verpflichtung ein: Mindestens 15 % des Portfolios werden in nachhaltige Anlagen investiert<sup>22</sup>.

Die **Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung** umfassen solide Managementstrukturen, die Beziehungen zu den Arbeitnehmern, die Vergütung von Mitarbeitern sowie die Einhaltung der Steuervorschriften.

Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.



<sup>20</sup> <https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>

<sup>21</sup> <https://ratings.ambest.com/>

<sup>22</sup> Ab dem 1. April 2024 wird der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem sozialen Ziel des Fonds von 15 % auf 9 % des Nettovermögens des Fonds sinken.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die den Anteil der Einnahmen aus umweltfreundlichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln
- **Investitionsausgaben** (CapEx), die die umweltfreundlichen Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen, z. B. für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft
- **Betriebsausgaben** (OpEx), die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln



● **Inwiefern werden durch den Einsatz von Derivaten die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht?**

Obwohl der Fonds Derivate als Teil seiner Anlagestrategie verwenden kann, werden diese Instrumente nicht von dem Fonds dazu benutzt werden, um beworbene ökologische oder soziale Merkmale zu erzielen.



**In welchem Mindestmaß sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform?**

Nicht zutreffend.

● **Wird mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie investiert<sup>23</sup>?**

- Ja:
- In fossiles Gas  In Kernenergie
- Nein

<sup>23</sup> Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie sind nur dann EU-taxonomiekonform, wenn sie zur Eindämmung des Klimawandels („Klimaschutz“) beitragen und kein Ziel der EU-Taxonomie erheblich beeinträchtigen – siehe Erläuterung am linken Rand. Die vollständigen Kriterien für EU-taxonomiekonforme Wirtschaftstätigkeiten im Bereich fossiles Gas und Kernenergie sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission festgelegt.



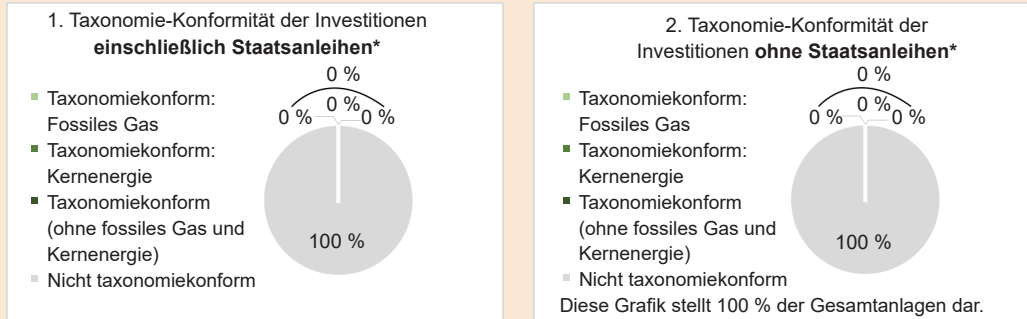
Mit Blick auf die EU-Taxonomiekonformität umfassen die Kriterien für **fossiles Gas** die Begrenzung der Emissionen und die Umstellung auf voll erneuerbare Energie oder CO<sub>2</sub>-arme Kraftstoffe bis Ende 2035. Die Kriterien für **Kernenergie** beinhalten umfassende Sicherheits- und Abfallentsorgungsvorschriften.

**Ermöglichende Tätigkeiten** wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu einem Umweltziel leisten.

**Übergangstätigkeiten** sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO<sub>2</sub>-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.

sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel, die die Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der EU-Taxonomie **nicht berücksichtigen**.

**In den beiden nachstehenden Diagrammen ist in Grün der Mindestprozentsatz der Investitionen zu sehen, die mit der EU-Taxonomie konform sind. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomie-Konformität von Staatsanleihen\* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomie-Konformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomie-Konformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.**



\* Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.

● **Wie hoch ist der Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten?**

Da sich der Fonds zu keinen nachhaltigen Investitionen im Sinne der EU-Taxonomie verpflichtet, wird der Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten im Sinne der EU-Taxonomie daher ebenfalls auf 0 % festgelegt.



**Wie hoch ist der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie konform sind?**

Nicht zutreffend.



**Wie hoch ist der Mindestanteil der sozial nachhaltigen Investitionen?**

Der Fonds verpflichtet sich zu einem Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen mit einem sozialen Ziel von 15 % seines Portfolios<sup>24</sup>.



**Welche Investitionen fallen unter „#2 Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wird mit ihnen verfolgt und gibt es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?**

Unter „#2 Andere Investitionen“ fallen liquide Mittel (ergänzende liquide Mittel, Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds), die zum Zweck der Deckung des täglichen Bedarfs des Fonds gehalten werden.

Aufgrund des neutralen Charakters der Vermögenswerte wurden keine minimalen Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

<sup>24</sup> Ab dem 1. April 2024 wird der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem sozialen Ziel des Fonds von 15 % auf 9 % des Nettovermögens des Fonds sinken.



**Wurde ein Index als Referenzwert bestimmt, um festzustellen, ob dieses Finanzprodukt auf die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale ausgerichtet ist?**

Nein.

Bei den **Referenzwerten** handelt es sich um Indizes, mit denen gemessen wird, ob das Finanzprodukt die beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht.



**Wo kann ich im Internet weitere produktspezifische Informationen finden?**

**Weitere produktspezifische Informationen sind abrufbar unter:**

<https://www.franklintempleton.lu/our-funds/price-and-performance/products/31292/J/franklin-k-2-cat-bond-ucits-fund/LU2303826973>

Nach Artikel 10 SFDR für den Fonds erforderliche besondere Offenlegungen sind abrufbar unter: [www.franklintempleton.lu/31292](http://www.franklintempleton.lu/31292)

# Besondere Hinweise für Anleger In Deutschland und Österreich

## Recht zum Vertrieb

Franklin Templeton Alternative Funds ist ein EU-OGAW und hat die Absicht Investmentanteile in der Bundesrepublik Deutschland zu vertreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angezeigt und ist seit dem Abschluss des Anzeigeverfahrens zum Vertrieb berechtigt.

Die Gesellschaft hat die Absicht Investmentanteile (Kapitalanlagefondsanteile) in der Republik Österreich öffentlich zu vertreiben der Finanzmarktaufsicht gem. § 140 Abs.1 Investmentfondsgesetz InvFG 2011 angezeigt und ist zum Vertrieb berechtigt.

Franklin Templeton Alternative Funds ist zum Vertrieb der Anteile an ihren einzelnen Fonds seit den folgenden Daten berechtigt:

Name des Fonds	Deutschland	Österreich
Franklin K2 Ellington Mortgage Income UCITS Fund	24.09.2019	10.09.2019
Franklin K2 Bardin Hill Arbitrage Ucits Fund	24.09.2019	10.09.2019
Franklin K2 Wellington Technology Long Short Ucits Fund	24.09.2019	10.09.2019
Franklin K2 Electron Global Ucits Fund	24.09.2019	10.09.2019
Franklin K2 Market Neutral Ucits Fund		
Franklin K2 Cat Bond Ucits Fund	28.05.2021	28.05.2021
Franklin K2 Athena Uncorrelated Strategies UCITS Fund	28.05.2021	28.05.2021
Franklin K2 ActusRayPartners European Alpha UCITS Fund	21.11.2022	

**Für den Teilfonds Franklin K2 Market Neutral UCITS Fund wurde kein Anzeigeverfahren in Deutschland und Österreich durchgeführt. Investmentanteile an dem vorgenannten Teilfonds dürfen in Deutschland und Österreich bis auf weiteres nicht vertrieben werden.**

**Für den Teilfonds Franklin K2 ActusRayPartners European Alpha UCITS Fund wurde kein Anzeigeverfahren in Österreich durchgeführt. Investmentanteile an dem vorgenannten Teilfonds dürfen in Österreich bis auf weiteres nicht vertrieben werden.**

## Erwerb von Investmentanteilen

Vor jeder Anlage in die Franklin Templeton Alternative Funds sollen die Anleger die Wesentlichen Anlegerinformationen erhalten und lesen.

Sofern Sie Ihre Anlage durch einen Anlagevermittler getätigt haben bzw. erklärt haben, dass Sie von einem Anlagevermittler betreut werden möchten, ist dieser Anlagevermittler dafür verantwortlich, Ihnen die Wesentlichen Anlegerinformationen auch für weitere Anlagen zur Verfügung zu stellen. Sollten Anleger eine Anlage in unsere Fonds beabsichtigen, müssen Anleger zuvor ihren Vermittler kontaktieren, um die Wesentlichen Anlegerinformationen zu erhalten. Darüber hinaus sind die Wesentlichen Anlegerinformationen auf der Website [www.ftidocuments.com](http://www.ftidocuments.com) erhältlich. Sofern Sie Ihre Anlage durch einen Anlagevermittler getätigt haben bzw. die Betreuung durch einen Anlagevermittler gewünscht haben, betrachten wir Sie für alle künftigen Anlagen als einen von diesem registrierten Anlagevermittler betreuten Kunden, sofern Sie uns nicht ausdrücklich mitteilen, dass Sie nicht länger durch einen Anlagevermittler betreut werden möchten. Bitte beachten Sie, dass wir Sie nur bei einer entsprechenden Mitteilung als direkten Kunden behandeln und Ihnen die betreffenden Wesentlichen Anlegerinformationen vor einer Anlage zur Verfügung stellen können.

Die Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland fungiert als Empfangsbotin der Franklin Templeton Alternative Funds, die sämtliche Aufträge (Kauf-, Verkaufs- und Umtauschgeschäfte) an die Franklin Templeton Alternative Funds weiterleitet.

Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland steht den Anlegern als Informationsstelle nach dem Kapitalanlagegesetzbuch zur Verfügung. Sie ist berechtigt, in Deutschland und Österreich mit Anlagevermittlern und Finanzberatern Vertriebsverträge wegen der Investmentanteile der Gesellschaft abzuschließen.

Diese Anlagevermittler und Banken sind selbstständig tätig und erbringen dem Anleger eine eigene Leistung. Auch wenn sie Provisionszahlungen erhalten, sind die Anlagevermittler und Banken weder Erfüllungsgehilfen der Franklin Templeton Alternative Funds noch der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland noch einer anderen Gesellschaft der Franklin Templeton Gruppe, noch vertreten sie diese in sonstiger Weise. Eine Haftung für die Anlagevermittler und Banken wird deshalb von diesen Gesellschaften nicht übernommen.

Aufträge von Banken und Institutionen müssen bis 16.00 Uhr Frankfurter Zeit an Tagen, an denen der Nettovermögenswert des Teilfonds berechnet wird, bei der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland eingegangen sein, damit unter normalen Umständen der an diesem Tag errechnete Ausgabepreis zugrunde gelegt werden kann. Diese Aufträge können allerdings nur an den Tagen angenommen werden, an denen die Banken in Frankfurt am Main geöffnet sind („Bankarbeitstag“) und auch nur dann, wenn zuvor eine entsprechende Vereinbarung mit der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland abgeschlossen wurde.

Der Anlagebetrag ist am dritten Bankarbeitstag nach Ausgabe der Anteile fällig.

Die Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland ist nicht berechtigt, sich Eigentum oder Besitz an Geldern, Anteilsscheinen oder Anteilen von Kunden zu verschaffen.

## Zahlungsweise in Deutschland

### Überweisung

Zahlungen dürfen nur auf das im Folgenden angegebene Konto geleistet werden. Vordruckte Überweisungsträger stehen zur Verfügung. Als Empfänger geben Sie bitte „Franklin Templeton Investment Funds“ an.

Bank: J.P. Morgan AG  
IBAN: DE64501108006111600208  
BIC: CHASDEFXXXX

Unter Verwendungszweck tragen Sie bitte den Namen des Anteilsinhabers und die Anlegerportfolio-Nummer (bei bereits bestehenden Konten) bzw. die Antragsnummer (bei Erstkauf) und die ISIN des entsprechenden Fonds ein. Falls schon ein Investmentkonto besteht, jedoch in einem anderen Fonds investiert werden soll, ist die entsprechende vierstellige Nummer des neuen Fonds und die bestehende Anlegerportfolio- Nummer anzugeben.

Bitte beachten Sie vor einer Anlage in die Franklin Templeton Investment Funds die vorstehenden Informationen betreffend die Aushändigung der Wesentlichen Anlegerinformationen.

Wenn die Basiswährung des betreffenden Fonds nicht auf Euro lautet, veranlasst der Transferagent nach Eingang der Zahlung bei der Gesellschaft auf Rechnung des Anlegers am Londoner Devisenmarkt einen Währungswechsel zu dem im Zeitpunkt der Ausführung der Transaktion gültigen Wechselkurs.

### Einrichtung nach § 306a KAGB

Als Einrichtung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 306a Absatz 1 Nr. 1 bis 6 KAGB fungiert für Anleger in Deutschland:

Brieflich:  
Franklin Templeton International Services, S.à r.l.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxembourg

Telefonisch:  
Client Dealer Service - Luxembourg  
Tel +352 46 66 67 212

E-mail:  
Client Dealer Service - Luxembourg  
lucs@franklintempleton.com

(„Einrichtung“)

Zeichnungs-, Zahlungs-, Rücknahme- und Umtauschtaufträge von Anlegern für Anteile der in Deutschland registrierten Teilfonds werden nach Maßgabe der in § 297 Absatz 4 Satz 1 KAGB genannten Verkaufsunterlagen festgelegten Voraussetzungen von der Einrichtung verarbeitet.

Anleger werden von der Einrichtung darüber informiert, wie die vorstehend genannten Aufträge erteilt werden können und wie Rücknahmeerlöse ausgezahlt werden.

Die Gesellschaft hat Verfahren eingerichtet und Vorkehrungen in Bezug auf die Wahrnehmung und Sicherstellung von Anlegerrechten nach Art. 15 der Richtlinie 2009/65/EG getroffen. Für Anleger in Deutschland erleichtert die Einrichtung den Zugang zu diesen Verfahren und Vorkehrungen und informiert darüber.

Die Einrichtung stellt Anlegern in Deutschland relevante Informationen über die Aufgaben, die sie erfüllt, auf einen dauerhaften Datenträger zur Verfügung. Die Einrichtung fungiert außerdem als Kontaktstelle für die Kommunikation mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

## Zahlungsweise in Österreich

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge von österreichischen Anlegern im Hinblick auf Anteile des Fonds und der Teilfonds können an die Depotbank des österreichischen Anlegers oder an die UniCredit Bank Austria AG oder direkt an die unten angeführte Kontaktstelle gerichtet werden. Rücknahmeerlöse und anderweitige Zahlungen an einen österreichischen Anleger werden auf das Konto des österreichischen Anlegers bei seiner Depotbank gezahlt.

Bitte überweisen Sie den Anlagebetrag in Euro an die UniCredit Bank Austria AG.

UniCredit Bank Austria AG Rothschildplatz 1  
1020 Wien  
IBAN: AT56110000030014510  
BIC: BKAUATWW

Unter Begünstigter ist die Franklin Templeton Alternative Funds anzugeben. Unter Verwendungszweck tragen Sie bitte den Namen des Anteilsinhabers, die Anlegerportfolio-Nummer (bei bereits bestehenden Konten) bzw. die Antragsnummer (bei Erstkauf) und die ISIN des entsprechenden Fonds ein.

In Österreich leitet die UniCredit Bank Austria AG die eingehenden Beträge im Auftrag der Anleger unverzüglich an die Gesellschaft weiter. Der Transferagent veranlasst nach Eingang der Zahlung bei der Gesellschaft auf Rechnung des Anlegers am Londoner Devisenmarkt einen Währungswechsel in die Basiswährung des betreffenden Fonds – sofern erforderlich – zu dem im Zeitpunkt der Ausführung der Transaktion gültigen Wechselkurs.

## Kontaktstelle in Österreich

Einrichtung (Kontaktstelle) des Fonds und der Teilfonds in Österreich gemäß Artikel 92 Abs 1 der Richtlinie 2009/65/EG geändert durch die Richtlinie (EU) 2019/1160 ist die Verwaltungsgesellschaft des Fonds:

Franklin Templeton International Services, S.à r.l.  
8A, rue Albert Borschette  
L-1246 Luxembourg

Die Kontaktstelle nimmt die Aufgaben gemäß 139 Abs 8 InvFG 2011 wahr.

Anleger können die Kontaktstelle auch telefonisch bzw per E-Mail erreichen:

### Telefonisch:

Client Dealer Service - Luxembourg  
Tel +352 46 66 67 212

### E-Mail:

Client Dealer Service - Luxembourg  
lucs@franklintempleton.com

## Informationen

Informationen und Unterlagen betreffend den Fonds und der Teilfonds sind kostenlos und in deutscher Sprache bei der Kontaktstelle erhältlich. Insbesondere:

- die Satzung der Gesellschaft in der geltenden Fassung;
- der Verkaufsprospekt in der geltenden Fassung;
- das Kundeninformationsdokument (wesentliche Anlegerinformationen) in der aktuellen Fassung;
- der zuletzt veröffentlichte Jahresbericht (Rechenschaftsbericht) und Halbjahresbericht;
- die jeweils gültigen Ausgabe- und Rücknahmepreise.

Die Dokumente und Informationen zu den Ausgabe- und Rücknahmepreisen der Anteile stehen auch auf folgender Website (Länderauswahl „Österreich“) zum Download zur Verfügung:

<https://www.ftidocuments.com/>

Auf Verlangen wird den Anlegern von den Dokumenten (mit Ausnahme der Angaben zu den Ausgabe- und Rücknahmepreisen) kostenlos eine Papierversion zur Verfügung gestellt.

## Anteilsklassen

Für Anteile der Klassen EB und EO wird derzeit kein Ausgabeaufschlag erhoben. Anteile der Klassen A, N, I, W, X und Y werden derzeit in Deutschland und Österreich nicht vertrieben.

Für Anteile der Klasse A ist ein Ausgabeaufschlag bis zu 5,75 % und für Anteile der Klasse N ist ein Ausgabeaufschlag bis zu 3,00 % möglich.

## Rückgabe der Investmentanteile

Die Anteile werden im Regelfall gebührenfrei zum Rücknahmepreis zurückgenommen, wenn der Anteilsinhaber der Verwaltungsgesellschaft einen Antrag zuschickt, der in „guter Ordnung“ ist. In „guter Ordnung“ bedeutet, dass der Rücknahmeauftrag die folgenden Kriterien erfüllen muss:

1. Der Auftrag ist schriftlich an die  
Franklin Templeton Alternative Funds  
Franklin Templeton International Services S.à r.l.  
Niederlassung Deutschland  
Transfer Agent:  
FIS Investor Services Germany GmbH  
Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l.  
Postfach 11 18 03, 60053 Frankfurt  
Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt  
Telefon 069 27223-272  
Telefax 069 27223-141

zu senden, die den Auftrag unverzüglich auf elektronischem Wege an die Verwaltungsgesellschaft weiterleitet. Rücknahmeaufträge können auch bei der österreichischen Zahlstelle zur Weiterleitung an die Verwaltungsgesellschaft eingereicht werden.

Bei Auftragserteilung per Fax an die Franklin Templeton Alternative Funds bis 16.00 Uhr Frankfurter Zeit, und zwar an Tagen, an denen der Nettoinventarwert der Fonds berechnet wird, wird unter normalen Umständen der an diesem Tag errechnete Rücknahmepreis zugrunde gelegt.

Diese Aufträge können allerdings nur an Tagen angenommen werden, an denen die Banken in Frankfurt geöffnet sind („Bankarbeitstag“). Jedoch behält sich Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland vor, die Zahlung so lange zurückzuhalten, bis das Auftragsoriginal bei der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland eingeht.

2. Die auf dem Rücknahmeauftrag vorzunehmende(n) Unterschrift(en) des/der Anteilsinhaber(s) muss/müssen genau der/den Unterschrift(en) auf dem Kaufantrag entsprechen. In dem Antrag ist entweder die Zahl der Anteile oder der Betrag der Fondswährung anzugeben, für die die Rücknahme beantragt wird.

3. Falls die zur Rücknahme vorgesehenen Anteile auf einen Nachlass, eine Bank, eine Stiftung, einen Treuhänder oder Vormund bzw. auf eine Kapital- oder Personengesellschaft eingetragen sind, müssen Unterlagen beiliegen, aus denen nach Ermessen der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland die Befugnis des Unterzeichners oder der Unterzeichner des Antrags ersichtlich ist und/oder die allen einschlägigen Rechtsvorschriften genügen müssen. Nähere Informationen sind bei der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland erhältlich.

Der Rücknahmepreis ist der Nettoinventarwert der Anteile, der als Nächster errechnet wird, nachdem der Rücknahmeauftrag in guter Ordnung beim Transferagenten eingegangen ist. Die Zahlung des Rücknahmepreises, d. h. die Absendung des Rücknahmeerlöses, erfolgt im Regelfall innerhalb von 5 Bankarbeitstagen nach Eingang des Rücknahmeauftrags bei dem Transferagenten.

Der Rücknahmeerlös wird gemäß Prospekt nach Wahl des Anteilsinhabers entweder in Form eines Schecks oder durch Banküberweisung gezahlt. Ein etwaiger Währungswechsel erfolgt unverzüglich nach Feststellung des Nettoinventarwertes pro Anteil. Zahlungen per Überweisung oder Scheck erfolgen auf Kosten der Anteilsinhaber. Hierzu zählen auch etwaige durch einen Währungswechsel bedingte Kosten. Sofern der Anteilsinhaber eine Überweisung des Rücknahmeerlöses wünscht und hierbei keine Währung für die Zahlung angibt, erfolgt bei Überweisung auf ein vom Anteilsinhaber benanntes Konto in einem Mitgliedsland der Europäischen Währungsunion die Zahlung in Euro.

Bei Rücknahmeanträgen von Anteilsinhabern, die bei der Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland eingehen und bei denen eine Zahlung per Banküberweisung gewünscht wird, wird die Banküberweisung grundsätzlich nur ausgeführt, sofern das Konto des Anteilsinhabers auf denselben Namen wie das Empfängerkonto bei der Bank lautet, bzw. es sich um ein vom Kunden mitgeteiltes Referenzkonto handelt. Grundsätzlich sollte dieses Konto im selben

Land geführt werden, in dem der Anteilsinhaber auch lebt. Für Banküberweisungen ins Ausland behält sich Franklin Templeton Alternative Funds das Recht vor, diese abzulehnen.

Bei Konten mit mehr als einem Anteilsinhaber wird die Auszahlung nur auf ein Empfängerkonto durchgeführt, welches auf den Namen mindestens eines der Anteilsinhaber lautet. Den Anlegern wird daher dringend empfohlen, stets ein die vorgenannten Anforderungen erfüllendes Konto zu benennen, da es anderenfalls zu Zeitverzögerungen bei der Rückzahlung kommen kann. Entsprechendes gilt für die Übertragung von Anteilen in ein nicht von Franklin Templeton geführtes Depot. Eine Übertragung an Dritte ist hierbei grundsätzlich nicht möglich. Nähere Auskünfte erteilt Ihnen die Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland. Anteilsinhaber können sämtliche Zahlungen (Rücknahmeerlöse, etwaige Ausschüttungen und sonstige Zahlungen) über die österreichische Zahlstelle verlangen.

## Allgemeine Informationen

### Anfragen

Bitte richten Sie Anfragen an:  
Franklin Templeton International Services S.à r.l.  
Niederlassung Deutschland  
Transfer Agent:  
FIS Investor Services Germany GmbH  
Virtus Partners Fund Services Luxembourg S.à r.l.  
Postfach 11 18 03, 60053 Frankfurt  
Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt  
Telefon 069 27223-272  
Telefax 069 27223-141

Bei der FIS Investor Services Germany GmbH sind neben den Ausgabe-, Umtausch- und Rücknahmepreisen, der Teilfonds der Verkaufsprospekt und die Finanzberichte (die geprüften Jahres- und ungeprüften Halbjahresberichte), die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die Satzung der Franklin Templeton Investment Funds kostenlos in Papierform erhältlich.

Diese Unterlagen finden Sie auch unter [www.eifs.lu/franklintempleton](http://www.eifs.lu/franklintempleton)

### Kontoauszüge

Die Anteilsinhaberkonten werden nach den Registrierungsanweisungen des Anteilsinhabers eröffnet. Bewegungen auf dem Konto, werden durch regelmäßige Kontoauszüge der Franklin Templeton International Services S.à r.l. bestätigt.

## Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften

### Besteuerung in Deutschland

Die folgenden allgemeinen Hinweise zur Besteuerung beziehen sich auf in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Anteilsinhaber und basieren auf der derzeitigen Rechtslage (Stand: Januar 2022). Die steuerliche Beurteilung kann sich durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung ändern. Die Besteuerung der einzelnen Anteilsinhaber kann von unterschiedlichen individuellen Faktoren abhängen, die in dieser Zusammenfassung nicht berücksichtigt werden. Es wird den Anteilsinhabern daher empfohlen, sich bezüglich ihrer persönlichen Steuersituation an einen Steuerberater zu wenden. Insbesondere auch steuerlich nicht in Deutschland ansässigen Anlegern empfehlen wir, sich vor dem Erwerb von Anteilen mit einem Steuerberater in Verbindung zu setzen, um mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb individuell zu klären.

### Besteuerung des Investmentfonds

Ausländische Fonds unterliegen in Deutschland der beschränkten Steuerpflicht, sofern sie inländische Beteiligungseinnahmen, inländische Immobilienerträge oder sonstige inländische Einkünfte im Sinne des § 6 Abs. 3 bis 5 des Investmentsteuergesetzes erzielen. Der Steuersatz beträgt für inländische Beteiligungseinnahmen 15 % und für inländische Immobilienerträge sowie sonstige inländische Einkünfte 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag, sofern die für den Investmentfonds zuständige Finanzbehörde den Status als Investmentfonds im Zeitpunkt des Zuflusses der Kapitalerträge mittels einer Bescheinigung (sog. Statusbescheinigung) bestätigt.

Sind am Fonds steuerbegünstigte Anleger beteiligt, so sieht das Investmentsteuergesetz vor, dass der Fonds grundsätzlich eine anteilige Befreiung von der auf der Fondsebene anfallenden Körperschaftsteuer beantragen kann. Zu den steuerbegünstigten Anlegern zählen inländische Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, oder juristische Personen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen, sowie vergleichbare ausländische Anleger mit Sitz und Geschäftsleitung in einem Amts- und Beitreibungshilfe leistenden ausländischen Staat. Dies gilt nicht, wenn die Anteile

vom jeweiligen Anleger in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehalten werden. Der Fonds beabsichtigt derzeit nicht, eine anteilige Befreiung von der Körperschaftsteuer aufgrund einer Beteiligung von steuerbegünstigten Anlegern zu beantragen.

## **Besteuerung des Anlegers**

### Allgemeines

Erträge aus Investmentfonds werden beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den Sparer-Pauschbetrag von jährlich EUR 801,00 (bei Einzelveranlagung) bzw. EUR 1.602,00 (bei Zusammenveranlagung) übersteigen. Zu den Investmenterträgen zählen die Ausschüttungen des Fonds, die Vorabpauschalen und die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile. Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuersatz von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer).

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Anleger einen pauschalen Teil dieser Investmenterträge steuerfrei erhalten (sog. Teilfreistellung). Eine Teilfreistellung ist auf Erträge aus Investmentfonds anwendbar, die die steuerlichen Voraussetzungen für eine Klassifikation als Aktienfonds oder Mischfonds erfüllen. Aktienfonds sind Investmentfonds, die gemäß den Anlagebedingungen fortlaufend mehr als 50 % ihres Wertes bzw. ihres Aktivvermögens in Kapitalbeteiligungen im Sinne des Investmentsteuergesetzes anlegen. Mischfonds sind Investmentfonds, die gemäß den Anlagebedingungen fortlaufend mindestens 25 % ihres Wertes bzw. ihres Aktivvermögens in Kapitalbeteiligungen im Sinne des Investmentsteuergesetzes anlegen. Erfüllt der Fonds weder die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktien- noch für einen Mischfonds, sind auf die Investmenterträge keine Teilfreistellungen anzuwenden. Ändert sich die steuerliche Klassifikation des Investmentfonds für Zwecke der Teilfreistellung, gilt der Fondsanteil als veräußert und an dem Folgetag mit einer neuen steuerlichen Klassifikation für die Zwecke der Teilfreistellung als angeschafft; allerdings ist ein daraus resultierender fiktiver Veräußerungsgewinn erst zu berücksichtigen, wenn die Anteile tatsächlich veräußert werden.

Bei Depotführung in Deutschland (Inlandsverwahrung) wird ein Steuerabzug auf Kapitalerträge vorgenommen. Dieser Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich abgeltende Wirkung (sog. Abgeltungsteuer), so dass die entsprechenden Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die inländische depotführende Stelle grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und ausländische Quellensteuern aus der Direktanlage angerechnet. Der Steuerabzug hat aber u.a. dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer als der Abgeltungssatz von 25 % ist. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sog. Günstigerprüfung). Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag nicht überschreiten. Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden (sog. Nichtveranlagungsbescheinigung).

Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterliegen (z. B. weil die Verwahrung der Fondsanteile in einem ausländischen Depot erfolgt), sind diese grundsätzlich in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 % oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz.

Befinden sich die Anteile im Betriebsvermögen, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst.

### Ausschüttungen

Ausschüttungen des Fonds sind auf Ebene des Privatanlegers grundsätzlich einkommensteuerpflichtig. Sofern der Fonds jedoch die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind 30 % der Ausschüttungen steuerfrei. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind 15 % der Ausschüttungen steuerfrei. Die Ausschüttungen unterliegen bei Inlandsverwahrung i. d. R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer). Die Teilfreistellungen für Aktien- oder Mischfonds können grundsätzlich bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Auf Ebene betrieblicher Anleger sind Ausschüttungen des Fonds grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbsteuerpflichtig. Sofern der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind 60 % der Ausschüttungen für Zwecke der Einkommensteuer und 30 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 80 % der Ausschüttungen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 40 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder von denen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 30 % der Ausschüttungen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind 30 % der Ausschüttungen für Zwecke der Einkommensteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 40 % der Ausschüttungen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 20 % für Zwecke der



Gewerbsteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 15 % der Ausschüttungen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 7,5 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Zwecke des Steuerabzugs wird, sofern die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktien- oder Mischfonds erfüllt werden, einheitlich der für Privatanleger geltende Teilfreistellungssatz angewendet, d.h. im Falle eines Aktienfonds in Höhe von 30 %, im Falle eines Mischfonds in Höhe von 15 %.

#### Vorabpauschalen

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 % des Basiszinses ermittelt, welcher aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind für den Privatanleger grundsätzlich einkommensteuerpflichtig. Sofern der Fonds jedoch die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind auf Ebene des Privatanlegers 30 % der Vorabpauschalen steuerfrei. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind für Privatanleger 15 % der Vorabpauschalen steuerfrei. Die steuerpflichtigen Vorabpauschalen unterliegen bei Inlandsverwahrung i.d.R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Die Teilfreistellungen für Aktien- oder Mischfonds können grundsätzlich bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden. Zur Durchführung des Steuerabzugs hat der Anleger der inländischen depotführenden Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck darf die depotführende Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer von einem bei ihr unterhaltenen und auf den Namen des Anlegers lautenden Kontos ohne Einwilligung des Anlegers einziehen. Soweit der Anleger nicht vor Zufluss der Vorabpauschale widerspricht, darf die depotführende Stelle auch insoweit den Betrag der abzuführenden Steuer von einem auf den Namen des Anlegers lautenden Konto einziehen, wie ein mit dem Anleger vereinbarter Kontokorrentkredit für dieses Konto nicht in Anspruch genommen wurde. Soweit der Anleger seiner Verpflichtung, den Betrag der abzuführenden Steuer der inländischen depotführenden Stelle zur Verfügung zu stellen, nicht nachkommt, hat die depotführende Stelle dies dem für sie zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Der Anleger muss in diesem Fall die Vorabpauschale in seiner Einkommensteuererklärung angeben.

Bei betrieblichen Anlegern sind Vorabpauschalen grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbsteuerpflichtig. Sofern der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind 60 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Einkommensteuer und 30 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 80 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 40 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 30 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind 30 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Einkommensteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 40 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 20 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 15 % der Vorabpauschalen für Zwecke der Körperschaftsteuer und 7,5 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Zwecke des Steuerabzugs wird, sofern die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktien- oder Mischfonds erfüllt werden, einheitlich der für Privatanleger geltende Teilfreistellungssatz angewendet, d.h. im Falle eines Aktienfonds in Höhe von 30 %, im Falle eines Mischfonds in Höhe von 15 %.

#### Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Werden Fondsanteile veräußert, unterliegt der Veräußerungsgewinn auf Ebene des Privatanlegers der Steuerpflicht zum Abgeltungssatz von 25 %. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern. Sofern der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind beim Privatanleger 30 % der Veräußerungsgewinne steuerfrei. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind 15 % der Veräußerungsgewinne steuerfrei. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug unter Berücksichtigung etwaiger Teilfreistellungen vor. Werden solche Anteile von einem Privatanleger mit Verlust veräußert, kann der Verlust reduziert um eine etwaige Teilfreistellung mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt und bei derselben depotführenden Stelle im selben Kalenderjahr positive Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt werden, nimmt die depotführende Stelle die Verlustverrechnung vor.

Bei betrieblichen Anlegern unterliegen Gewinne aus der Veräußerung der Anteile grundsätzlich der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern. Sofern der Fonds jedoch die steuerlichen Voraussetzungen für einen Aktienfonds erfüllt, sind 60 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Einkommensteuer und 30 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 80 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Körperschaftsteuer und 40 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 30 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Körperschaftsteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Im Falle eines Veräußerungsverlustes ist der Verlust in Höhe der jeweils anzuwendenden Teilfreistellung auf Anlegerebene nicht abzugsfähig. Erfüllt der Fonds die steuerlichen Voraussetzungen für einen Mischfonds, sind 30 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Einkommensteuer und 15 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei, wenn die Anteile von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden. Für steuerpflichtige Körperschaften sind generell 40 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Körperschaftsteuer und 20 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Für Körperschaften, die Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen sind und bei denen die Anteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind, oder die Kreditinstitute sind und bei denen die Anteile dem Handelsbuch zuzurechnen sind oder mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben wurden, sind 15 % der Veräußerungsgewinne für Zwecke der Körperschaftsteuer und 7,5 % für Zwecke der Gewerbesteuer steuerfrei. Im Falle eines Veräußerungsverlustes ist der Verlust in Höhe der jeweils anzuwendenden Teilfreistellung auf Anlegerebene nicht abzugsfähig.

Die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen bei betrieblichen Anlegern i.d.R. keinem Kapitalertragsteuerabzug.

#### Negative steuerliche Erträge

Eine Zurechnung negativer steuerlicher Erträge des Fonds an den Anleger ist nicht möglich.

#### Abwicklungsbesteuerung

Während der Abwicklung des Fonds gelten Ausschüttungen nur insoweit als Ertrag, wie in ihnen der Wertzuwachs eines Kalenderjahres enthalten ist.

### **Besteuerung in Österreich**

Die folgenden allgemeinen Hinweise zur Besteuerung von Erträgen aus Anteilen an Investmentfonds beziehen sich auf in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Anleger und basieren auf der derzeit bekannten Rechtslage (Stand: Januar 2022). Die steuerliche Beurteilung kann sich durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung ändern. Die Besteuerung der einzelnen Anteilsinhaber kann von unterschiedlichen individuellen Faktoren abhängen, die in dieser Zusammenfassung nicht berücksichtigt werden. Es wird den Anteilsinhabern daher empfohlen, sich bezüglich ihrer persönlichen Steuersituation an einen Steuerberater zu wenden.

#### **Grundlegendes zur Besteuerung von Investmentfonderträgen**

Die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentfonds auf Ebene österreichischer Anteilsinhaber stellt einerseits auf die vom Anleger bezogenen Ausschüttungen, andererseits auf die dem Anleger zuzurechnenden, sogenannten ausschüttungsgleichen Erträge des ausländischen Fonds ab.

Bei Anteilen an ausländischen Investmentfonds wird unterschieden zwischen

- ausländischen Fonds, die einen steuerlichen Vertreter bestellt haben, der die Zusammensetzung der Ausschüttungen und ausschüttungsgleichen Erträge sowie die zur Ermittlung der Höhe der Kapitalertragssteuer (KESt) erforderlichen Daten an die Österreichische Kontrollbank AG (OeKB) meldet (sog. Meldefonds) und
- ausländischen Fonds, die nicht bei der OeKB als Meldefonds registriert sind und für die daher auch kein Nachweis zu den steuerpflichtigen Fonderträgen erbracht wird (sog. Nicht-Meldefonds).

#### **Besteuerung auf Ebene des Privatanlegers**

Ist der Fonds steuerlich vertreten, wird bei Anteilsverwahrung in Österreich (Inlandsverwahrung) durch die depotführende Stelle die von der OeKB gemeldete KESt auf Ausschüttungen und ausschüttungsgleiche Erträge einbehalten. Die KESt beläuft sich auf 27,5 %. Mit Einbehalt der KESt gilt die Einkommensteuer auf die Ausschüttungen und ausschüttungsgleichen Erträge als abgegolten.

Wenn der Fonds steuerlich nicht vertreten ist, unterliegt die gesamte Ausschüttung der Steuerpflicht und die ausschüttungsgleichen Erträge sind nach einer gesetzlich geregelten pauschalen Schätzformel zu ermitteln, sofern der Anleger keinen Nachweis über steuerfreie Ausschüttungen bzw. keinen Selbstnachweis der ausschüttungsgleichen Erträge

erbringt. Bei Verwahrung im Inland ist auf die Ausschüttung und die nach der Schätzformel ermittelten ausschüttungsgleichen Erträge von der depotführenden Bank Kapitalertragsteuer einzubehalten.

Werden die Anteilsscheine auf einem ausländischen Depot verwahrt, so hat ein Anleger sowohl die erhaltenen Ausschüttungen als auch die ausschüttungsgleichen Erträge, entweder in der vom steuerlichen Vertreter nachgewiesenen Zusammensetzung oder nach der Schätzformel ermittelten Höhe, mit dem besonderen Steuersatz von 27,5 % zur Einkommensteuer zu veranlagern.

### **Umfang der ausschüttungsgleichen Erträge**

Als ausschüttungsgleiche Erträge gelten die nach Abzug der Fondsaufwendungen verbleibenden, nicht ausgeschütteten vereinnahmten Einkünfte aus der Überlassung von Kapital (Zinsen, Dividenden, ausschüttungsgleiche Erträge von im Fondsvermögen befindlichen Anteilen an anderen in- oder ausländischen Investmentfonds, sonstige Einkünfte), sowie 60 % des positiven Saldos der realisierten Substanzgewinne und -verluste. Für den Fall, dass die Fondsaufwendungen die vereinnahmten Einkünfte aus der Überlassung von Kapital übersteigen, kann der entsprechende Aufwandüberhang mit dem positiven Saldo der realisierten Substanzgewinne und -verluste verrechnet werden. Im Falle eines Überhangs realisierter Substanzverluste kann dieser innerhalb des Fonds mit positiven Einkünften aus der Überlassung von Kapital ausgeglichen werden. Ein verbleibender negativer Saldo kann auf Folgejahre vorgetragen werden (interner Verlustausgleich). Der vorgetragene Verlust ist vorrangig mit einem positiven Saldo der realisierten Substanzgewinne und -verluste zu verrechnen. Ein verbleibender Verlustvortrag kann darauffolgend ebenfalls mit positiven Einkünften aus der Überlassung von Kapital (nach Abzug der Fondsaufwendungen) verrechnet werden.

Die ausschüttungsgleichen Erträge sind grundsätzlich von einem steuerlichen Vertreter nachzuweisen und gelten den Anlegern für steuerliche Zwecke zum Zeitpunkt der Meldung durch die OeKB als fiktiv zugeflossen.

Werden die ausschüttungsgleichen Erträge weder durch einen steuerlichen Vertreter noch im Rahmen des Selbstnachweises nachgewiesen, so ist deren Höhe zu schätzen. Der ausschüttungsgleiche Ertrag wird im Schätzungsfall mit 90 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem ersten und letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis, mindestens aber mit 10 % des letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreises, angenommen und gilt als am 31. Dezember jedes Kalenderjahres als zugeflossen.

Ausschüttungsgleiche Erträge unterliegen zur Gänze der Kapitalertragsteuer in Höhe von 27,5 %. Tatsächlich einbehaltene Quellensteuern auf ausländische Dividenden können grundsätzlich auf die anfallende Kapitalertragsteuer angerechnet werden.

### **Veräußerung eines Fondsanteilsscheins**

Die Veräußerung von Fondsanteilsscheinen, die nach dem 31.12.2010 angeschafft wurden, ist generell steuerpflichtig im Rahmen der Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen. Solche Einkünfte unterliegen seit dem 1.1.2016 der Besteuerung mit dem besonderen Steuersatz von 27,5 %. Verluste aus der Veräußerung von Fondsanteilen können grundsätzlich sowohl mit Gewinnen aus der Veräußerung anderer Wertpapiere als auch mit laufenden Einkünften, wie Dividenden oder Anleihezinsen, verrechnet werden, wobei im Einzelfall bestimmte Einschränkungen zu beachten sind. Ein Ausgleich ist nur innerhalb desselben Jahres möglich, und Verluste können nicht auf Folgejahre vorgetragen werden. Die realisierte Wertsteigerung wird als Differenz zwischen dem Veräußerungserlös einerseits und den (fortgeführten) Anschaffungskosten andererseits ermittelt. Zur Vermeidung der doppelten steuerlichen Erfassung derselben Wertsteigerung können den ursprünglichen Anschaffungskosten der Anteilsscheine die schon als ausschüttungsgleiche Erträge beim Anleger steuerlich erfassten Beträge hinzugeschlagen werden. Vom Anleger eventuell steuerfrei bezogene Ausschüttungen hingegen vermindern die Anschaffungskosten. Ein allfälliger Ausgabeaufschlag erhöht nicht die steuerlichen Anschaffungskosten.

Bei Inlandsdepots werden diese Hinzurechnungen bzw. Abzüge automatisch von der depotführenden Bank vorgenommen.

### **Besteuerung auf Ebene des betrieblichen Anlegers**

Bei Fondsanteilsscheinen, die von einer natürlichen Person im Betriebsvermögen gehalten werden (z. B. Einzelunternehmer), gelten grundsätzlich die Regelungen für Privatanleger entsprechend, wobei die in den ausschüttungsgleichen Erträgen enthaltenen, realisierten Substanzgewinne im Betriebsvermögen zu 100 % steuerpflichtig sind und eine Steuerbefreiung bei Verkauf von Altbestand ausgeschlossen ist. Die Kapitalerträge im Betriebsvermögen einer natürlichen Person sind in der Einkommensteuererklärung anzugeben und mit dem Steuersatz von 27,5 % zu versteuern. Kapitalertragsteuer, die durch eine österreichische depotführende Stelle einbehalten wurde, kann mit der Einkommensteuerschuld verrechnet werden. Die Möglichkeiten der Verlustverrechnung gehen über jene im Privatvermögen hinaus. Des Weiteren können Verluste auf Folgejahre vorgetragen werden, und Anschaffungsnebenkosten (z. B. ein Ausgabeaufschlag) reduzieren den steuerpflichtigen Gewinn.

Bei juristischen Personen unterliegen die ausgeschütteten und ausschüttungsgleichen ordentlichen Erträge sowie realisierten Substanzgewinne des Fonds der Körperschaftsteuer in Höhe von 25 %. Die österreichische depotführende Stelle kann bei Vorlage einer Befreiungsbescheinigung vom Kapitalertragsteuerabzug Abstand nehmen. Gewinne aus der Veräußerung von Fondsanteilsscheinen werden im Rahmen der Körperschaftsteuererklärung ebenfalls der Steuer in Höhe von 25 % unterworfen.

Bereits versteuerte ausschüttungsgleiche Erträge können bei der Ermittlung der Veräußerungsgewinne in Abzug gebracht werden.

#### **Hinweis**

Ob ein Investmentfonds bzw. eine bestimmte Anteilsklasse des Investmentfonds als Meldefonds qualifiziert, kann auf der Internetseite der OeKB ([www.profitweb.at](http://www.profitweb.at)) geprüft werden. Anteilsinhaber von dort nicht als Meldefonds aufgeführten Fonds oder Anteilsklassen werden entsprechend den Regelungen für Nicht-Meldefonds pauschal besteuert, sofern kein Selbstnachweis erbracht wird. Eine Investition in diese Anteilsklassen ist für österreichische Anteilsinhaber in aller Regel steuerlich nachteilig.

#### **Veröffentlichungen:**

In Deutschland und Österreich werden die Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie etwaige Mitteilungen an die Anleger auf den Internetseiten [www.franklintempleton.de](http://www.franklintempleton.de) bzw. [www.franklintempleton.at](http://www.franklintempleton.at) veröffentlicht. In den in § 298 Abs. 2 KAGB genannten Fällen, werden die Anteilinhaber in Deutschland darüber hinaus entsprechend § 167 KAGB mittels eines dauerhaften Datenträger unterrichtet. Die Unterrichtung von Anlegern in Österreich erfolgt in diesen Fällen im Einklang mit § 136 Abs. 4 InvFG 2011.



**FRANKLIN  
TEMPLETON**

Verkaufsprospekte und weitere Unterlagen erhalten Sie kostenlos bei Ihrem Berater oder bei

<b>Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland</b>	<b>Tel.</b>	08 0010 73 80 01 (Deutschland), 08 00/29 59 11 (Österreich)
Postfach 11 18 03	<b>Fax</b>	+49 (0) 69/2 72 23-120
60053 Frankfurt a.M.,	<b>E-Mail</b>	info@franklintempleton.de
Mainzer Landstr. e 16		info@franklintempleton.at
60325 Frankfurt a. M.		
Deutschland		

Die Franklin Templeton International Services S.à r.l. wird durch die CSSF (Commission de Surveillance du Secteur Financier, 283, route d'Arlon, L-1150 Luxembourg) beaufsichtigt.

Die Franklin Templeton International Services S.à r.l. Niederlassung Deutschland unterliegt zusätzlich der eingeschränkten Aufsicht durch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main.)